

# 1 Entstehung: Einführung der Praktikumsprogramme, 1956 – 1961

In den späten 1950er Jahren begannen beide deutsche Staaten damit, eigene entwicklungspolitische Fortbildungsprogramme zu organisieren. Ghana hatte bereits zu Kolonialzeiten nicht nur Student:innen, sondern auch *vocational trainees* in das Ausland gesandt, vor allem nach Großbritannien und in die USA. Nachdem das Land im März 1957 die Unabhängigkeit erlangt hatte, fand die neue Regierung zum einen immer mehr Kooperationsstaaten, zum anderen baute sie eine eigene Stipendienverwaltung auf, die akademische und berufspraktische Programme parallel verwaltete. Während Ghana in den späten 1950er Jahren eine eigene Stipendienpolitik entwickelte, entwarfen die BRD und die DDR ab 1956/57 ihre jeweiligen Praktikumsprogramme – parallel zu und als Teil der ebenfalls in den Kinderschuhen steckenden staatlichen Entwicklungspolitik. Für alle drei Staaten bildeten die Jahre bis 1961 die Entstehungsphase der Praktikumsprogramme. In dieser Zeit machten Accra, Bonn und Ost-Berlin erste praktische Erfahrungen und gestalteten ihre jeweiligen Programme mal mehr, mal weniger aktiv. Auch die ersten Fortbildungskooperationen zwischen der ghanaischen und den beiden deutschen Regierungen fielen in diese Phase. In Westdeutschland trafen die ersten ghanaischen Fachkräfte Anfang 1959 ein, in Ostdeutschland im Spätsommer 1960.<sup>1</sup>

Die Entstehung der Praktikumsprogramme in den Untersuchungsländern war Teil eines internationalen Trends. Nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere nach der Konferenz von Bandung boomten unterschiedlichste Formen der *Cultural Diplomacy*. Stipendienprogramme jeglicher Art waren ein Teil dieses Booms.<sup>2</sup> Die Supermächte und die europäischen Staaten nutzten Fortbildungskooperationen mit dem globalen Süden, um vor dem Hintergrund des Systemkonflikts ihre politische, kulturelle und ideologische Position in den Partnerländern zu stärken.<sup>3</sup> Der Kalte Krieg beförderte also den globalen Aufschwung der

---

1 Vgl. HHStAW 502–11647a, Reuß (Staatssekretär, Wirtschaftsministerium Hessen) an Zinn (Ministerpräsident), Betr.: Ghana, 27.2.1959 sowie als Anlage: Foto dpa: „Afrikanische Eisenbahner lernen in Kassel“; BArch DE 1/21380, Neidhardt (MfV) an Wiesenfeldt, (SPK), Betr.: Weiterbildung von 19 Bürgern aus Ghana, 17.11.1960.

2 Vgl. Bu: Educational Exchange, S. 393 & 397; Gerits: Bandung as the Call, S. 267–271; Katsakioris: Sowjetische Bildungsförderung, S. 396.

3 Vgl. Bu: Educational Exchange, S. 393f; Katsakioris: Sowjetische Bildungsförderung, S. 397; ders.: Lumumba University, S. 282; Perraton: International Students, S. 89f; Tarradellas: „A Glorious Future“, S. 10; Tournès/Scott-Smith: Introduction, S. 15f. Für private US-amerikanische

Programme. Gleichzeitig versuchten die ehemaligen Kolonialmächte sich über Bildungsk Kooperationen einen gewissen Einflussbereich in den postkolonialen Staaten zu sichern.<sup>4</sup> Zunehmend waren Stipendienprogramme aber auch mit entwicklungspolitischen Zielsetzungen verknüpft.<sup>5</sup> Die jungen afrikanischen Regierungen setzten in Anbetracht fehlender Bildungsinstitutionen im eigenen Land auf Auslandsschulungen, um ihre jeweiligen nationalen Entwicklungspläne zu realisieren. Bildung galt dabei als ein Schlüsselement für den Aufbau des Nationalstaats.<sup>6</sup> Die Annahme, dass ein höheres Bildungsniveau und die Verbreitung von Fachwissen, insbesondere technischer Expertise, zwangsläufig zu wirtschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlicher Modernisierung führen würden, einte dabei die verschiedenen Akteur:innen in Ost, West und Süd. Sie fand sich in kapitalistischen Modernisierungstheorien ebenso wieder wie in marxistisch-leninistischen Entwicklungskonzepten oder in Ansätzen des „Afrikanischen Sozialismus“.<sup>7</sup> Aufgrund dieses globalen Konsenses erschienen internationale Fortbildungsprogramme geradezu als ideales Instrument, um politische Ziele ebenso wie entwicklungspolitische Ziele zu erreichen.

Auch die Regierung in Accra bemühte sich spätestens seit der Unabhängigkeit im Jahr 1957 darum, das eigene Bildungssystem auszubauen, um so Fachkräfte schulen zu können, welche die wirtschaftliche Entwicklung des Landes voranbringen würden. Nachdem die britische Kolonialregierung den Ausbau des Bildungssektors jahrzehntelang vernachlässigt hatte, fehlten auch in Ghana die Bildungsinstitutionen, selbst wenn das Land im Vergleich zu anderen afrikani-

---

Initiativen siehe: Corinna Unger: *The United States, Decolonization, and the Education of Third World Elites*, in: Jost Düllfer/Marc Frey (Hg.): *Elites and Decolonization in the Twentieth Century*, Basingstoke, Hampshire/New York 2011, S. 241–261, hier: S. 244 f & 254 f.

<sup>4</sup> Vgl. Bu: *Educational Exchange*, S. 414; Gerits: *Bandung as the Call*, S. 267–271; Katsakioris: *Sowjetische Bildungsförderung*, S. 396; Perraton: *International Students*, S. 90 f; Tournès/Scott-Smith: *Introduction*, S. 7 & 15. Siehe auch: Slobodian: *Bandung in Divided Germany: Managing Non-Aligned Politics in East and West, 1955–63*, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History*, Vol. 41, 4 (2013), S. 644–662, hier: S. 646.

<sup>5</sup> Vgl. Bu: *Educational Exchange*, S. 394; Gerits: *Bandung as the Call*, S. 257; Perraton: *International Students*, S. 86–89; Tarradellas: „*A Glorious Future*“, S. 2 & 4–7.

<sup>6</sup> Vgl. Bu: *Educational Exchange*, S. 407; Katsakioris: *Sowjetische Bildungsförderung*, S. 397–399; ders.: *Socialist Intelligentsia*, S. 261 f.

<sup>7</sup> Vgl. u. a. Alena Alamgir: *Mobility: Education and Labour*, in: James Mark/Paul Betts u. a. (Hg.): *Socialism Goes Global. The Soviet Union and Eastern Europe in the Age of Decolonization*, Oxford 2022, S. 290–317, hier: S. 298; Caruso/Maul: *Decolonization(s) and Education*, S. 7–9; Unger: *Education of Third World Elites*, S. 250 f.

schen Staaten wie Tansania relativ gut aufgestellt war.<sup>8</sup> Dennoch sah Nkrumah die Entsendung von Fachkräften nach Übersee vorerst als einzigen Weg, um die Entwicklungsziele des Landes zu erreichen. Die beiden deutschen Staaten versuchten wiederum, durch die Schulungsprogramme ihre Position im deutsch-deutschen Wettstreit zu verbessern. Gleichzeitig hofften sie, durch die Fortbildungskooperation auch ihren Export in den globalen Süden zu steigern.

Die Entstehungsphase endet im Falle der drei Untersuchungsländer in den Jahren 1960/61. In allen drei Staaten brachten diese Jahre eine Veränderung der Programmkonzeptionen mit sich. In Ghana kam es darüber hinaus zu einer politischen Zäsur, die sich direkt auf die Fortbildungskooperation auswirken sollte. Machtverschiebungen innerhalb der Regierungspartei CPP, eine Verfassungsänderung, die größere Entscheidungskompetenzen für Präsident Kwame Nkrumah mit sich brachte und die Effekte der Kongo-Krise führten gemeinsam dazu, dass Accra sich 1961 den sozialistischen Staaten annäherte und auch seine Stipendienpolitik dementsprechend ausrichtete.<sup>9</sup> Die beiden deutschen Regierungen entschieden zu Beginn der 1960er Jahre, die Kompetenzen für die Praktikumsprogramme stärker zu zentralisieren. In der DDR wies die Parteispitze Anfang 1960 dem Ministerium für Volksbildung (MfV) die Federführung zu.<sup>10</sup> Die Bundesregierung gründete 1961 das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in dessen Verantwortungsbereich die Schulungen 1962 vollends übergangen.<sup>11</sup>

## 1.1 Entwicklungspolitischer Aufbruch und die Rolle der Fortbildungsprogramme

Die ghanaische Stipendienpolitik hat ihren Ursprung bereits in den letzten zwei Jahrzehnten der Kolonialherrschaft. Schon vor der Kooperation mit den beiden

---

**8** Vgl. Eric Burton: *African Manpower Development during the Global Cold War: The Case of Tanzanian Students in the Two German States*, in: Andreas Exenberger/Ulrich Pallua (Hg.): *Africa Research in Austria. Approaches and Perspectives*, Innsbruck 2016, S. 101–134, hier: S. 102f.

**9** Vgl. Matteo Grilli: *Nkrumalism and African Nationalism: Ghana's Pan-African Foreign Policy in the Age of Decolonization*, Cham 2018, S. 213f; Iandolo: *Rise and Fall*, S. 697f; Landricina: *Nkrumah and the West*, S. 39 & 49–52; Thompson: *Ghana's Foreign Policy*, S. 111f.

**10** Vgl. BArch DC 20-I-4/363, Präsidium des Ministerrates: Beschluss über Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Aus- oder Weiterbildung von Facharbeitern aus antiimperialistischen Nationalstaaten und anderen Entwicklungsländern in volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, 11.2.1960, S. 1f.

**11** Vgl. BArch B 145/7406, Kätterblitz (BMA) an das BPA, Betr.: Fortbildung von Praktikanten aus Entwicklungsländern mit finanzieller Förderung der Bundesregierung, 13.7.1962.

deutschen Staaten gingen Stipendiat:innen aus der Goldküste, wie das Land vor der Unabhängigkeit 1957 hieß, zu Schulungs- und Ausbildungszwecken nach Übersee. Die Mehrzahl der Geförderten waren Student:innen, für Fachkräfte existierten nur wenige Programme. Die Zielländer der stipendienbasierten Bildungsmigration waren in erster Linie die koloniale Metropole Großbritannien sowie die USA. In beiden Ländern gab es schon im späten 19. oder frühen 20. Jahrhundert vereinzelt Student:innen aus der Goldküste. In den 1940er Jahren führten London und Washington größer angelegte Stipendienprogramme ein.<sup>12</sup> Ab 1951 konnten erstmals lokale Politiker der Goldküste die Bildungs Kooperationen der Kolonie mitgestalten. Nachdem die Dekolonisierungsbewegung des Landes in den 1940er Jahren erstarkt war und diverse Proteste organisiert hatte, sah sich die britische Kolonialregierung gezwungen, einen Teil der Regierungsmacht abzugeben. Um die Kolonialherrschaft überhaupt aufrechtzuerhalten und eine geordnete, schrittweise Dekolonisierung vorzubereiten, teilte sich das britische *Colonial Office* die Führung des Landes fortan mit einer gewählten lokalen Regierung.<sup>13</sup> Den afrikanischen Teil der Regierung bildete die CPP unter Kwame Nkrumah, die sich stark in den Unabhängigkeitskampf eingebracht und die Parlamentswahlen 1951 haushoch gewonnen hatte.<sup>14</sup> Mit der Unabhängigkeit im März 1957 ging schließlich die gesamte Regierungsverantwortung an die CPP über.

Die Bundesregierung förderte schon in den frühen 1950er Jahren einzelne ausländische Betriebspraktikanten im Rahmen ihrer „Technischen Hilfe“. Seit 1953 organisierte das Bundesarbeitsministerium (BMA) Praktika für ausländische Fachkräfte in westdeutschen Betrieben.<sup>15</sup> Die Anregung dazu, entwicklungspolitische Fortbildungen zu realisieren, kam ursprünglich von den internationalen Organisationen, die auch die ersten Teilnehmer nach Westdeutschland vermittelten.<sup>16</sup> Neben den internationalen Organisationen traten auch einzelne Staaten mit Fortbildungsanfragen an die Bundesregierung heran. Im Gegensatz zu den

---

<sup>12</sup> Vgl. Katya Leney: *Decolonisation, Independence and the Politics of Higher Education in West Africa*, Lewiston N.Y. 2003, S. 178 & 322; Martin: *Been-To, Burger, Transmigranten?*, S. 61.

<sup>13</sup> Vgl. Immanuel Wallerstein: *The Road to Independence. Ghana and the Ivory Coast*, Paris 1964, S. 33–54.

<sup>14</sup> Vgl. Gocking: *The History of Ghana*, S. 91–98.

<sup>15</sup> Vgl. BAarch B 149/6293, Ref.: Dr. Sicha (BMA) an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung: Verfügung, Betr.: Durchführung von bilateralen und Beteiligung an multilateralen Programmen der Technischen Hilfeleistung, 9.9.1953.

<sup>16</sup> Vgl. Kurt Düwell: *Zwischen Propaganda und Friedensarbeit – Geschichte der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik im internationalen Vergleich*, in: Kurt-Jürgen Maaß (Hg.): *Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*, 3. Auflage, Baden-Baden 2015, S. 57–98, hier: S. 78.

akademischen Programmen, die seit 1950 vom Deutschen Akademischen Auslandsdienst (DAAD) koordiniert wurden, blieben die Fördermaßnahmen für Fachkräfte aber zunächst vereinzelt, eigenständige Programme der Bundesregierung existierten noch nicht.<sup>17</sup> Erst als nach der Konferenz von Bandung diverse andere Staaten begannen, entwicklungspolitische Fortbildungsprogramme zu nutzen, um ihren internationalen Einfluss zu sichern, entwickelte auch die Bundesregierung ab 1956 eigene berufspraktische Schulungen für den globalen Süden.<sup>18</sup> Auch wenn ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Boom internationaler Fortbildungsprogramme und der Entscheidung zu einem westdeutschen Programm in den eingesehenen Quellen nicht explizit belegt ist, erscheint es naheliegend, dass Bonn dem Vorbild seiner westlichen Verbündeten folgte, insbesondere da die Westmächte ihre Entwicklungspolitik miteinander abstimmten.

Wie die BRD bildete auch die DDR schon vor der offiziellen Einrichtung von Praktikumsprogrammen Fachkräfte aus den postkolonialen Staaten aus. Im April 1957 zählte das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung (MAB) bereits 470 „ausländische Jugendliche“<sup>19</sup> und 27 Erwachsene in den staatlichen Volkseigenen Betrieben (VEB). Im Gegensatz zur Bundesrepublik waren diese Teilnehmer aber nicht durch die internationalen Organisationen vermittelt worden. Stattdessen hatte Ost-Berlin die entsprechenden Verträge direkt mit den jeweiligen Partnerstaaten abgeschlossen, und zwar üblicherweise im Rahmen der „wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit“, dem ostdeutschen Pendant zur „Technischen Hilfe“.<sup>20</sup> Vorerst handelte es sich noch um individuelle Maßnahmen. Im Jahr 1956 begann aber auch die SED-Regierung, ein eigenes Praktikumsprogramm zu entwerfen.

---

**17** Zur frühen Tätigkeit des DAAD vgl. Düwell: Zwischen Propaganda und Friedensarbeit, S. 78.

**18** Vgl. Gerits: *Bandung as the Call*, S. 267–269 & S. 271; Slobodian: *Bandung in Divided Germany*, S. 646.

**19** BAArch DC 20-I/4 255, MAB: Begründung zum Beschluß über die berufliche Aus- oder Weiterbildung für Bürger anderer Staaten in volkseigenen und gleichgestellten Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, undatiert [8.4.1957], S. 1.

**20** Vgl. BAArch DC 20-I/4 255, MAB: Begründung zum Beschluß über die berufliche Aus- oder Weiterbildung [...], undatiert [1957], S. 1f.

## Ghana und das postkoloniale Fachkräftedilemma

### *Auslandsschulungen und Stipendienpolitik während der späten Kolonialzeit*

Anfang der 1940er Jahre änderte die britische Kolonialregierung ihre Bildungspolitik grundlegend. Sie begann, das Bildungssystem der Goldküste auszubauen, welches sie lange Zeit vernachlässigte hatte. Die Kehrtwende entsprang unter anderem der Erkenntnis, dass ein besseres Bildungssystem notwendig sei, um die angestrebte Afrikanisierungspolitik endlich umzusetzen. Ziel der Afrikanisierungspolitik war es, den öffentlichen Dienst aus britischen Händen sukzessive an Beamten:innen aus der Goldküste abzugeben, die es aber zu diesem Zeitpunkt kaum gab.<sup>21</sup> Stipendien schienen eine Lösung dieses Problems zu sein. 1945 existierten bereits fünf größere britische Stipendienprogramme für die Goldküste, darunter zwei, die Teilnehmer:innen für den öffentlichen Dienst schulten.<sup>22</sup> Parallel zu den größeren staatlichen Angeboten entstanden diverse kleinere öffentliche, halböffentliche und private Förderprogramme, die auch berufspraktische Formate umfassten. Der westafrikanische Fachkräftemangel sollte nicht nur im Bereich der Verwaltung, sondern auch in anderen Sektoren gemindert werden. Besonders groß war der Bedarf an Mediziner:innen und Ingenieur:innen.<sup>23</sup> Üblicherweise vergab London die Stipendien aber nicht für Studien oder Fortbildungen in Übersee, sondern für westafrikanische Colleges. Nur für Fächer, die vor Ort nicht angemessen unterrichtet werden konnten, finanzierte die Kolonialregierung auch Schulungen in Großbritannien oder den USA. So wollte sie dazu beitragen, die Entwicklung lokaler Bildungsinstitutionen nicht zu behindern.<sup>24</sup> Abgesehen davon waren Kurse in den Industrieländern aber auch wesentlich teurer als Kurse in den postkolonialen Staaten.<sup>25</sup>

Auch die US-amerikanische Regierung begann, sich für die afrikanischen Bildungssysteme zu interessieren. Im Jahr 1950 waren bereits 100 Student:innen aus der Goldküste an US-amerikanischen Universitäten eingeschrieben.<sup>26</sup> Mit dem global ausgerichteten *Fulbright Program* war 1946 erstmals der Rahmen dafür

---

<sup>21</sup> Vgl. Matteo Grilli: *Nkrumaism and African Nationalism: Ghana's Pan-African Foreign Policy in the Age of Decolonization*, Cham 2018, S. 68f; Leney: *Decolonisation*, S. 58.

<sup>22</sup> Vgl. Leney: *Decolonisation*, S. 321f.

<sup>23</sup> Vgl. ebd., S. 322f. Die Übersetzung ist hier nicht eindeutig. Leney spricht im Original vom Bereich des „Engineering“, was im Deutschen sowohl das Ingenieurwesen als auch den Maschinenbau bezeichnen kann.

<sup>24</sup> Vgl. ebd., S. 323; GH/PRAAD/RG 3/1/584, Legislative Assembly Question, Budget Meeting – May 1956, 18.5.1956; GH/PRAAD/RG 3/1/581, Ministry of Education, Minutes of the Second Meeting of the Scholarships Policy Committee 28.11.1956, 30.11.1956, S. 2.

<sup>25</sup> Vgl. Leney: *Decolonisation*, S. 323.

<sup>26</sup> Vgl. ebd., S. 178.

entstanden, afrikanische Student:innen intensiver zu fördern.<sup>27</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg betrieb Washington mit diesem und anderen Förderprogrammen *Cultural Diplomacy*. Kulturelle Beziehungen, insbesondere auch Ausbildungs-, Stipendien- und Austauschprogramme, sollten im Kalten Krieg dazu beitragen, die Außenbeziehungen der USA zu stärken, ihre Position international zu sichern und den Einfluss der SU einzudämmen.<sup>28</sup> Teil dieser Außenpolitik mit kulturellen Mitteln waren explizit auch entwicklungspolitisch ausgerichtete Programme.<sup>29</sup> Diesen entwicklungspolitischen Impetus baute Harry Truman mit seinem *Point Four Program* weiter aus.<sup>30</sup>

Nachdem Großbritannien 1951 einen Teil der Regierungsmacht an die CPP abgeben musste, bestimmte die Partei gemeinsam mit der Kolonialmacht über die Fortbildungsoperationen des Landes. Dabei vertraten beide teilweise unterschiedliche Ansichten. Hinsichtlich der neuen Studienmöglichkeiten in den USA beispielsweise gingen die Meinungen der britischen und der afrikanischen Regierungsfraktion auseinander: Während das *Colonial Office* die Schulungen begeistert begrüßte, stand ihnen die Goldküsten-Regierung skeptisch gegenüber. Sie setzte stärker als die Kolonialmacht darauf, lokale Bildungseinrichtungen zu nutzen.<sup>31</sup> Erst nach und nach erkannte die CPP, wie begrenzt die Ausbildungsmöglichkeiten im Inland waren. Obwohl die Goldküste im innerafrikanischen Vergleich über ein recht gut ausgebautes Bildungssystem verfügte, bestand dennoch ein deutlicher Mangel sowohl an Berufsbildungseinrichtungen als auch an Fachkräften. Schließlich setzte die lokale Regierung ebenfalls auf die Auslandschulungen und begann sogar, eigene Stipendien zu finanzieren, und zwar für das Studium in der Goldküste wie auch für Studien, Aus- und Fortbildungen im Ausland.<sup>32</sup>

In der Zeit der Doppelherrschaft von 1951 bis 1957 entwickelte Accra die eigene Stipendienpolitik weiter und baute dafür institutionelle Strukturen auf, die teilweise auch für die spätere Kooperation mit den beiden deutschen Staaten relevant waren. Als großer staatlicher Stipendienggeber trat das *Cocoa Marketing Board* auf, welches die staatlichen Einnahmen aus dem Kakaoexport verwaltete – dem wichtigsten Exportprodukt des Landes.<sup>33</sup> Das *Ministry of Education* über-

---

27 Vgl. ebd., S. 170f.

28 Vgl. Bu: Educational Exchange, S. 393f; Tournès/Scott-Smith: Introduction, S. 15f.

29 Vgl. Bu: Educational Exchange, S. 394; Tarradellas: „A Glorious Future“, S. 2 & 4–7.

30 Vgl. Leney: Decolonisation, S. 173; Tournès/Scott-Smith: Introduction, S. 16.

31 Vgl. Leney: Decolonisation, S. 185.

32 Vgl. ebd., S. 166 & 185.

33 Vgl. Martin: Been-To, Burger, Transmigranten?, S. 63; Leney: Decolonisation, S. 324.



nahm die Verwaltung der Regierungsstipendien.<sup>34</sup> Accra finanzierte zwei unterschiedliche Programme: eines für junge Beamt:innen der verschiedenen Regierungsstellen und ein öffentliches, bei dem sich auch Interessierte bewerben konnten, die nicht im Staatsapparat beschäftigt waren. So förderte die lokale Regierung beispielsweise berufliche Fortbildung im Bereich Landwirtschaft und *engineering*.<sup>35</sup>

Ab 1953 begann Accra, stärkere eigene Akzente in der Stipendienpolitik zu setzen. Die Regierung installierte ein permanentes Auswahlgremium, das *Scholarship Selection Board*, welches als Expertenkommission über die Bewerbungen entschied.<sup>36</sup> Darüber hinaus führte sie neue Kriterien und Bedingungen ein. So wurden die ehemaligen Teilnehmer:innen beispielsweise verpflichtet, nach Ende ihrer Rückkehr mindestens fünf Jahre für die Regierung zu arbeiten. Für den öffentlichen Dienst koppelte die CPP die Förderung eng an den vorhandenen Bedarf. In allen anderen Bereichen konnten die Programmteilnehmer:innen ihr Fach hingegen frei wählen. Ende 1956, kurz vor der Unabhängigkeit des Landes, unterstützte Accra fast alle der 870 Student:innen am *University College of the Gold Coast* in Legon und am *Kumasi College of Technology* mit einem Regierungsstipendium. In Großbritannien und den USA finanzierte die Goldküste 237 Stipendiat:innen sowie in den deutschsprachigen Ländern Österreich, der Schweiz und der BRD zwischen 50 und 100 Personen.<sup>37</sup> Bereits vor der Unabhängigkeit sammelte die Regierung in Accra also schon Erfahrungen damit, eigene Stipendien zu vergeben sowie die Vergabe ausländischer Förderungen zu verwalten. Nach der Unabhängigkeit nutzte Ghana Fortbildungsmöglichkeiten in diversen Staaten. Auch die sozialistischen Länder, insbesondere die Sowjetunion, kamen als Stipendiengeberinnen hinzu.<sup>38</sup>

Wie die CPP ihre Stipendienpolitik nach der Unabhängigkeit gestaltete, ist unklar, da fast keine Quellen zu dieser Frage existieren. Für die Jahre 1957 bis 1960 ist in den *National Archives* lediglich übermittelt, dass die unabhängige Regierung weiterhin die Afrikanisierung des öffentlichen Dienstes anstrebte und einige Stipendienprogramme danach ausrichtete, dabei aber mit einer engen Finanzlage zu kämpfen hatte.<sup>39</sup> Auch die Forschungsliteratur liefert keine Erkenntnisse zu staatliche Richtlinien, Prinzipien und Strategien. Damit bleibt unklar, ob die

---

<sup>34</sup> Vgl. Leney: *Decolonisation*, S. 324.

<sup>35</sup> Vgl. ebd., S. 324 f.

<sup>36</sup> Vgl. ebd., S. 325.

<sup>37</sup> Vgl. ebd., S. 324–326.

<sup>38</sup> Vgl. Martin: *Been-to, Burger, Transmigranten?*, S. 64; Mazov: *A Distant Front*, S. 231 f.

<sup>39</sup> Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/581, Frank H. Brown (Secretary, Scholarships Policy Committee): *Agenda for the 4th Meeting of the Scholarships Policy Committee*, 23.5.1957.



Regierung nach der Unabhängigkeit neue Schwerpunkte in der Stipendienpolitik setzte und welchen Platz sie den Auslandsschulungen darin einräumte. Was sich jedoch nachvollziehen lässt, ist die grundsätzliche Entwicklungsstrategie, die Accra ab 1957 verfolgte. Diese Entwicklungspläne bildeten den Rahmen, innerhalb dessen sich die ghanaische Stipendienpolitik entfaltete, sodass eine Rekonstruktion zumindest indirekte Rückschlüsse darauf zulässt.

### ***Die ghanaische Entwicklungsstrategie und der Fachkräftemangel***

Am 6. März 1957 proklamierte Nkrumah die Unabhängigkeit der Goldküste, die von da an den Namen Ghana trug. Die CPP stand nun vor der Möglichkeit, aber auch vor der Herausforderung, die Regierungsaufgaben allein zu erfüllen. Die Erwartungshaltung an die eigenständige Regierung war enorm, im Inland wie im Ausland. Die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien sah im ersten unabhängigen Staat südlich der Sahara einen Testfall für die afrikanische Selbstregierung und hoffte, dass Ghana sich zum postkolonialen, westlich orientierten Vorzeigestaat entwickeln würde. Diese Hoffnung teilten auch andere Staaten wie die USA und die BRD.<sup>40</sup> Die ghanaische Bevölkerung erwartete wiederum, dass sich nach dem Ende der Kolonialherrschaft die Lebensverhältnisse deutlich verbessern würden. Dazu hatte unter anderem Nkrumah selbst beigetragen, der schon 1949 nicht weniger versprochen hatte, als dass er die Goldküste innerhalb von zehn Jahren in ein Paradies verwandeln würde – ein ehrgeiziger Plan.<sup>41</sup>

Nach der Dekolonisation stand Nkrumah als Premierminister damit vor einem klassischen Problem der postkolonialen Staatsoberhäupter: Um seine Unterstützer:innen nicht zu verlieren, musste er die im Unabhängigkeitskampf geweckten ökonomischen Erwartungen möglichst schnell erfüllen.<sup>42</sup> Der Wirtschaftswissenschaftler Tony Killick fasst die Situation folgendermaßen zusammen:

„So the pressure was on Nkrumah. He wanted to build a modern nation-state but to do this he needed power, an undoubted authority. To ensure his authority he had to provide at least a glimpse of that paradise he had promised – he had to make jobs and demonstrate some

---

<sup>40</sup> Vgl. Killick: *Development Economics*, S. 1; Landricina: *Nkrumah and the West*, S. xxxif, 272; Ebere Nwaubani: *The United States and Decolonization in West Africa, 1950 – 1960*, Rochester 2001, S. 120 & 128 f.

<sup>41</sup> Vgl. Ahlman: *Living with Nkrumahism*, S. 60 f; Gocking: *The History of Ghana*, S. 118 f; Akwasei P. Osei: *Ghana. Recurrence and Change in a Post-Independence African State*. New York 1999, S. 59 f.

<sup>42</sup> Vgl. Killick: *Development Economics*, S. 38 f. Siehe auch: Birmingham: *Kwame Nkrumah*, S. 70.

economic progress – and to do so quickly. This he had to achieve with a world cocoa market turning sour and while maintaining social cohesion.“<sup>43</sup>

Um seine eigene Macht innerhalb und außerhalb der Partei zu erhalten, war Nkrumah geradezu gezwungen, die Entwicklung Ghanas zügig voranzutreiben. Dafür setzte er auf den Ausbau von drei Bereichen: der Infrastruktur, der Industrie und des Bildungssystems.<sup>44</sup> Die beiden letzteren waren eng mit dem Ausbau der Stipendienprogramme verknüpft, denn Accra benötigte Fachkräfte in erster Linie für die angestrebte schnelle Industrialisierung.<sup>45</sup> Der schon während der Doppelherrschaft kritisierte Fachkräftemangel hatte sich nach der Unabhängigkeit nicht in Luft aufgelöst. Noch 1960 waren nur drei Prozent der Angestellten ausgebildete Fachkräfte.<sup>46</sup> Das lag unter anderem daran, dass die CPP beim Ausbau des ghanaischen Bildungssystems die fachliche Berufsausbildung vorerst vernachlässigte. Obwohl Nkrumah davon überzeugt war, dass ein elementarer Zusammenhang zwischen Bildung und nationaler Entwicklung bestand, konzentrierten sich die bildungspolitischen Initiativen hauptsächlich auf den Sekundarschulbereich und auf die höhere Bildung.<sup>47</sup> Folglich fehlten auch noch Jahre nach der Unabhängigkeit gerade jene Fachkräfte, die für die Industrialisierung des Landes benötigt wurden.<sup>48</sup> Die ghanaische Regierung blieb aus diesem Grund weiterhin auf Auslandsschulungen angewiesen.

---

<sup>43</sup> Killick: *Development Economics*, S. 40.

<sup>44</sup> Vgl. Ahlman: *Living with Nkrumahism* S. 12, 52, 128 f; Rajen Harshé: *Africa in World Affairs. Politics of Imperialism, the Cold War and Globalisation*, London/New York 2019, S. 20; Killick: *Development Economics*, S. 50, 52, 73.

<sup>45</sup> Vgl. Martin: *Been-To, Burger, Transmigranten?*, S. 54.

<sup>46</sup> Vgl. Killick: *Development Economics*, S. 4. Siehe zum Fachkräftemangel in den postkolonialen afrikanischen Staaten generell: Tarradellas: „A Glorious Future“, S. 8; für Tanganjika/Tansania: Burton: *Navigating Global Socialism: Tanzanian Students in and beyond East Germany*, in: *Cold War History*, 19:1 (2018), S. 63–83, hier: S. 67.

<sup>47</sup> Vgl. Philip Foster: *Education and Social Change in Ghana*, Chicago 1965, S. 183 & 191–193; Haizel: *Education in Ghana*, S. 53 & 66; Leney: *Decolonization*, S. 252f; Ahlman: *Living with Nkrumahism*, S. 56.

<sup>48</sup> Vgl. James Dankwah: *Developing a Vocational Training System for Third World Countries – Ghana as a Paradigm*, Dissertationsschrift, Universität Dortmund 1983; Killick: *Development Economics*, S. 5; Ahlman: *Living with Nkrumahism*, S. 61.

Allerdings gab es schon 1956 in allen Regionen des Landes je eine Institution für die Fachausbildung. Vgl. Haizel: *Education*, S. 63.

Nkrumahs Entwicklungsstrategien ähnelten denjenigen, die auch prominente Entwicklungstheoretiker der Zeit vertraten.<sup>49</sup> Das lag nicht nur daran, dass die ghanaische Regierung sich bei der Erstellung der Entwicklungspläne von britischen Experten beraten ließ – denn oft genug handelte die Regierung auch gegen den Rat dieser *expatriates*.<sup>50</sup> Tatsächlich teilte Nkrumah die Überzeugungen vieler Modernisierungstheoretiker.<sup>51</sup> Wie diese ging er davon aus, dass eine stagnierende Wirtschaft einen äußeren Anstoß benötige, um den Kreislauf der Armut zu durchbrechen. Dieser *big push* werde wesentlich durch Investitionen in die drei genannten Bereiche ausgelöst. Nkrumah war aber nicht der Einzige, der diese Ansicht vertrat. Die Annahme, dass wirtschaftliche Entwicklung auf Industrialisierung und Bildung basiere, kann geradezu als nationaler Konsens in Ghana betrachtet werden. Nicht nur die beiden großen Fraktionen innerhalb der CPP – Nkrumahs alte Weggefährten, die als eher konservativ und westlich orientiert galten, auf der einen Seite und meist jüngere Parteimitglieder, die stärker sozialistisch orientiert waren, auf der anderen Seite – stimmten darin überein, sondern auch die Opposition.<sup>52</sup> Dieser Glaube an die fundamentale Bedeutung von Bildung für das postkoloniale *Nation Building* war allerdings keine ghanaische Besonderheit. Auch die Staatsoberhäupter anderer junger afrikanischer Nationalstaaten „placed education at the heart of their quests to construct a new political order from scratch.“<sup>53</sup> Für Nkrumah schloss Bildung auch Bewusstseinsbildung ein. Die ghanaischen Bildungsinitiativen sollten nicht nur durch die Vermittlung von fachlichem Wissen, sondern ebenso durch die Förderung einer neuen Geisteshaltung zur Nationenbildung beitragen, welche die kolonialen Denkweisen hinter sich ließ.<sup>54</sup>

---

**49** Vgl. Killick: *Development Economics*, S. 59. Siehe auch: Ahlman: *Living with Nkrumahism*, S. 60.

**50** Vgl. u. a. Gocking: *The History of Ghana*, S. 119; Killick: *Development Economics*, S. 58 f.; Thompson: *Ghana's Foreign Policy*, S. 20 f.

**51** Vgl. Killick: *Development Economics*, S. 59.

**52** Vgl. Killick: *Development Economics*, S. 2, 12 f, 19, 44. Siehe zum Punkt der Industrialisierung auch Massimiliano Trentins Ausführungen über die Gemeinsamkeiten postkolonialer Anführer: Massimiliano Trentin: *Engineers of Modern Development: East German Experts in Ba'thist Syria, 1965–1972*, Padova 2010, S. 31. Zu den verschiedenen Fraktionen innerhalb der CPP siehe u. a.: Gocking: *The History of Ghana*, S. 132.

**53** Caruso/Maul: *Decolonization(s) and Education*, S. 8. Siehe auch: Huber: *Planning Education*, S. 106.

**54** Vgl. De-Valera N. Y. M. Botchway: „There is a New African in the World!“ – Kwame Nkrumah and the Making of a „New African (Wo)Man“ in Ghana 1957–1966, in: *Comparativ*, 28 (2018), Heft 5, S. 59–76, hier: S. 60 f & 65 f.

Darüber hinaus ging Nkrumah davon aus, dass in der Bildungspolitik wie auch in der Wirtschaft eine lenkende Instanz in Form des Staates notwendig sei. Nur mithilfe von staatlicher Planung könne wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden. Er setzte also – ebenfalls ein Trend der 1950er und 1960er Jahre – auf staatlichen Interventionismus.<sup>55</sup> Im Jahr 1959 implementierte die CPP einen neuen Entwicklungsplan, den *Second Development Plan*, mit dem die oben aufgeführten Strategien umgesetzt werden sollten. Der Plan zielte darauf, mithilfe eigener staatlicher und ausländischer Investitionen einen Industrialisierungsboom zu erreichen und die Landwirtschaft zu modernisieren.<sup>56</sup> Dabei war bereits seinen Autoren bewusst, dass der Erfolg des Vorhabens im Wesentlichen damit stehen und fallen würde, ob die ghanaische Regierung über qualifiziertes Personal verfügte.<sup>57</sup> Um eben diese Fachkräfte zu erhalten, waren wiederum Schulungsprogramme im Ausland notwendig – das zeigen unter anderem die Bedarfsübersichten der Regierung.<sup>58</sup> Solange das nationale Aus- und Fortbildungssystem noch unzureichend war, bildeten die Kurse in Übersee die einzige Möglichkeit, die benötigten Arbeitskräfte zu erlangen.<sup>59</sup>

### **Ausbau der Stipendienverwaltung**

Die CPP erkannte die wichtige Funktion der Stipendien im akademischen Bereich wie auch in der Berufsbildung und baute nach 1957 die Stipendienverwaltung weiter aus. Die Regierung richtete einen eigenen Kabinettsausschuss ein, der die grundlegenden Entscheidungen bezüglich aller ghanaischen und der ausländischen Stipendien traf. Dem *Cabinet Committee on Scholarships* oblagen alle grundsätzlichen Fragen der Stipendienpolitik, in seine Zuständigkeit fielen sowohl die akademischen Förderprogramme als auch die berufspraktischen. Der Ausschuss war sowohl für ausländische Stipendien als auch für diejenigen der ghanaischen Regierung verantwortlich, sodass ausländische Angebote und die eigene Förderung in einer Hand lagen. Er entschied in letzter Instanz darüber, mit

---

<sup>55</sup> Vgl. Killick: *Development Economics*, S. 23–26.

<sup>56</sup> Vgl. Ahlman: *Living with Nkrumahism*, S. 128 f.

<sup>57</sup> Vgl. ebd. Siehe auch: Caruso/Maul: *Decolonization(s) and Education*, S. 9; Grilli: *Nkrumahism*, S. 138.

<sup>58</sup> Vgl. GH/PRAAD/RG 7/1/2140, *Overseas Scholarships Programme in Relation to the Second Development Plan: Industry (Manufacturing and Mining)*, undatiert [1959]; GH/PRAAD/RG 7/1/2140, *Ausschnitt aus dem Papier: Overseas Scholarships Programme in Relation to the Second Development Plan: Agriculture*, undatiert [1959].

<sup>59</sup> Vor einer ähnlichen Situation stand unter anderem Kenia, nachdem es die Unabhängigkeit erreicht hatte. Vgl. Branch: *Political Traffic*, S. 812.

welchen Ländern Accra kooperierte und wie viele Plätze in welchen Bereichen angenommen wurden. Darüber hinaus genehmigte der Ausschuss die Auswahl der Bewerber:innen, die zuvor von entsprechenden Komitees vorbereitet worden war.<sup>60</sup> Als ständige, dem Kabinettausschuss untergeordnete Institution übernahm das *Scholarship Secretariat* die gesamte Verwaltungsarbeit, die mit den heimischen und ausländischen Stipendien anfiel. Außerdem war es zuständig für die Anwerbung der potenziellen Teilnehmer:innen, die üblicherweise über Zeitungsanzeigen zur Bewerbung aufgefordert wurden.<sup>61</sup> Das *Scholarship Secretariat* existiert noch heute. Der aktuellen ghanaischen Regierung zufolge wurde es 1960 gegründet als ministerial unabhängige Institution, die an das Büro des Präsidenten angegliedert war.<sup>62</sup> Einige Quellen erwähnen die Arbeit der Behörde allerdings schon für das Jahr 1959.<sup>63</sup>

Registrar und damit leitender Beamter des Sekretariats war in den ersten Jahren ein Brite, David D. Carmichael, der lange Zeit für das *Colonial Office* gearbeitet hatte, womit sich auch in der Stipendienverwaltung der Einfluss ausländischer Sachverständiger niederschlug.<sup>64</sup> So war es beispielsweise Carmichael, der im Dezember 1959 festlegte, dass vorerst ausschließlich männliche Teilnehmer zur Berufsausbildung in die sozialistischen Staaten reisen sollten. Eine Bewerberin, die sich für eine Schulung in der Tschechoslowakei beworben hatte, lehnte er ab, da aus seiner Sicht keine Frauen unter den „pioneers“ sein sollten. Weiter begründete Carmichael diese Entscheidung nicht. Er ergänzte lediglich, dass der gewünschte Kurs, bezeichnenderweise „Domestic Science“, nicht zu den prioritären Schulungsbereichen zählte.<sup>65</sup> Die Tatsache, dass

---

**60** Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, [Unterschrift unleserlich, J. O.]: P.S. zu: East German Vocational Scholarships. Minutes of the U.K. Selection Board, 25.11.1959; GH/PRAAD/RG 7/1/2141, Development Secretariat: Extract from the Minutes of Meeting of the Cabinet Committee on Establishment and Scholarships Matters, 18.5.1961.

**61** Vgl. exempl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, Press Advert, Daily Graphic, 9.4.1964.

**62** Vgl. o. A.: Scholarship Secretariat, URL: <http://www.scholarships.gov.gh> [letzter Zugriff am 10.1.2019, 10:39]. Zur aktuellen Bedeutung des *Secretariats* siehe auch: Maxwell Ofori: Scholarship Secretariat to be decentralised, URL: <http://thechronicle.com.gh/index.php/2018/11/08/scholarship-secretariat-to-be-decentralised/> [letzter Zugriff am 10.1.2019, 10:44]. Siehe auch: Kwesi Armah: Peace without Power. Ghana's Foreign Policy, 1957–1966, Accra 2004, S. 26.

**63** Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, D. D. Carmichael (Registrar of Scholarships), Secretary to the Cabinet, subject: Scholarships from East European Countries, 15.12.[1959]; GH/PRAAD/RG 3/1/600, File No. AS/H/24 drafted by AS (S. D.), 1.12.1959.

**64** Zur beruflichen Tätigkeit Carmichaels vgl. Ivor G. Cummings: David D. Carmichael, in: West Africa, No. 3056, 26.1.1976, S. 113.

**65** Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, D. D. Carmichael (Registrar of Scholarships), Secretary to the Cabinet, subject: Scholarships from East European Countries, 15.12.[1959].

Männer als Teilnehmer der berufspraktischen Programme bevorzugt wurden, ging im ghanaischen Fall anfänglich also zumindest teilweise auf einen britischen Akteur zurück.

Die ghanaische Regierung gab die gesamte Auswahl der Teilnehmer:innen an das *Scholarship Secretariat* und weitere untergeordnete Gremien ab. Wenn die Verhandlungen mit den ausländischen Regierungen so weit fortgeschritten waren, dass die Bewerber:innen ausgewählt werden konnten, führten Auswahlkomitees die Bewerbungsgespräche und reichten anschließend Vorschläge im *Scholarship Secretariat* ein. Diese wurden vom Registrar gesichtet, kommentiert und mit einer eigenen Empfehlung an den Kabinettsausschuss weitergeleitet, der die endgültige Entscheidung über die Teilnehmer:innen traf.<sup>66</sup> In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit fanden die Bewerbungsgespräche sowohl in Accra als auch in London statt, wobei im letzten Fall Vertreter der *High Commission* die Gespräche leiteten.<sup>67</sup> Vermutlich ergab sich diese Zweiteilung, um die Bildungsmigrant:innen in Großbritannien in die Auswahl miteinzubeziehen, da diese einen großen Anteil der ghanaischen Bildungselite ausmachten. Einige der ersten ghanaischen DDR-Praktikanten reisten dementsprechend aus London nach Ostdeutschland.<sup>68</sup> Mit dem Kabinettsausschuss als politischem Entscheidungsträger, der administrativen Rückendeckung durch das *Scholarship Secretariat* und den Auswahlkomitees verfügte die Regierung Anfang der 1960er Jahre über eine überschaubare, solide institutionelle Struktur, um die Stipendienangelegenheiten zu bearbeiten.

---

<sup>66</sup> Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, D. D. Carmichael (Registrar of Scholarships), Secretary to the Cabinet, subject: Scholarships from East European Countries, 15.12.[1959]; GH/PRAAD/RG 3/1/600, File No. AS/H/24 drafted by AS (S. D.), 1.12.1959.

<sup>67</sup> Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, D. D. Carmichael (Registrar of Scholarships), Secretary to the Cabinet, subject: Scholarships from East European Countries, 15.12.[1959]; GH/PRAAD/RG 3/1/600, East German Vocational Scholarships, Minutes of Meetings of the U.K. Selection Board held at 13 Belgrave Square, London, 10./11.11.1959.

<sup>68</sup> Vgl. PA AA MfAA A 1156, Büttner (MfAA) an Botschafter der DDR in der UdSSR, ohne Betreff, 8.9.1960.

**Tabelle 1:** Zuständigkeiten in der ghanaischen Stipendienverwaltung, 1957 – 1961.<sup>69</sup>

| Institution                              | Zuständigkeit                                                                                                                            | Organisationsform   |
|------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------|
| <i>Cabinet Committee on Scholarships</i> | <b>Federführung</b> , Entscheidung über Grundsatzfragen, Auswahl der Partnerländer, Festlegung des Umfangs, Auswahl der Teilnehmer:innen | Regierungsausschuss |
| <i>Scholarship Secretariat</i>           | Verwaltung der laufenden Programme, Bewerbung der Programme, Votum für Auswahl der Teilnehmer:innen                                      | Regierungsbehörde   |
| <i>Scholarship Selection Board</i>       | Realisierung der Bewerbungsgespräche, Auswahl der Bewerber:innen                                                                         | Expertenkommission  |

### ***Stipendienprogramme im Dienste der panafrikanischen Einigkeit***

Berufspraktische Stipendienprogramme erfüllten für Nkrumahs Regierung in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit gleich in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Funktion. Durch den Transfer von technischem und administrativem Wissen sollten sie das notwendige Fachpersonal bereitstellen, um die ghanaische Industrie aufzubauen und die heimische Verwaltung zu „afrikanisieren“, also britische Beamte durch ghanaische zu ersetzen. In beiden Bereichen war das Ziel letztlich die – wirtschaftliche und strukturelle – Unabhängigkeit von Großbritannien und anderen Industrieländern. Damit erfüllten die Programme wichtige Funktionen für das *Nation Building*.

Gleichzeitig waren Stipendienprogramme eng mit der ideologischen Komponente von Nkrumahs Bildungspolitik verknüpft. Ein Großteil der ghanaischen Bildungsinitiativen sollte dazu beitragen, in Ghana und darüber hinaus das notwendige Bewusstsein für ein entkolonialisiertes, vereintes Afrika zu schaffen. Die panafrikanische Einigkeit stellte zu diesem Zeitpunkt Nkrumahs wichtigstes außenpolitisches Ziel dar, dem alle Wirtschafts- und Bildungsinitiativen dienen sollten. Denn nur als geeinter Kontinent, davon war Nkrumah fest überzeugt, könne Afrika sich der Balkanisierung und damit neokolonialer Einflussnahme entziehen.<sup>70</sup> Diese Zielsetzung führte dazu, dass Ghana keineswegs nur als

<sup>69</sup> Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, [Unterschrift unleserlich, J. O.]: P.S. zu: East German Vocational Scholarships. Minutes of the U.K. Selection Board, 25.11.1959; GH/PRAAD/RG 3/1/600, D. D. Carmichael (Registrar of Scholarships), Secretary to the Cabinet, subject: Scholarships from East European Countries, 15.12.[1959]; GH/PRAAD/RG 3/1/600, File No. AS/H/24 drafted by AS (S.D.), 1.12.1959; GH/PRAAD/RG 7/1/2141, Development Secretariat: Extract from the Minutes of Meeting of the Cabinet Committee on Establishment and Scholarships Matters, 18.5.1961.

<sup>70</sup> Vgl. u. a. Grilli: Nkrumaism, S. 61 & 216.



„Empfänger“ von Fortbildungsstipendien in Erscheinung trat, sondern auch als „Geber“. Accra entsandte nicht nur Fachkräfte und Student:innen in diverse europäische Staaten und die USA, sondern begann im Januar 1959 eigene technische und praktische Schulungen für Freiheitskämpfer:innen aus afrikanischen Kolonien in Ghana zu organisieren. Zusätzlich finanzierte die Regierung Mitgliedern afrikanischer Befreiungsbewegungen Stipendien für die Teilnahme an Programmen der sozialistischen Staaten. Accra investierte somit erhebliche Summen, um als „Stipendiengeber“ in Erscheinung zu treten. Die ghanaischen Programme verbanden auf einen Vorschlag von Georg Padmore hin politische Unterweisungen mit (berufs-)praktischem Training.<sup>71</sup> Padmore, den Nkrumah während seiner Studienzeit in London kennengelernt hatte, fungierte nun als wichtigster außenpolitischer Berater des ghanaischen Ministerpräsidenten. Padmore sei überzeugt gewesen, so der Historiker Matteo Grilli, dass Stipendienprogramme eine wichtige Rolle im panafrikanischen Freiheitskampf spielen konnten: „[No] matter how, Ghana had to provide scholarships to the students. The question was not technical, but rather political. [...] Scholarships to all intent and purposes became instruments of foreign policy, issued strategically to countries that could play an important role in the Pan-Africanist cause.“<sup>72</sup> Die von Padmore entworfenen Schulungen bildeten die ersten Vorläufer der Kurse im *Kwame Nkrumah Ideological Institute* in Winneba, welches die CPP ab 1960 als Parteischule aufbaute. Sie verbanden fachlichen Unterricht mit ideologischen Schulungen.<sup>73</sup> Ausgehend vom Ziel der panafrikanischen Einigkeit, stellte die parallele Entsendung und Aufnahme von Fachkräften tatsächlich keinerlei Widerspruch dar. Beides sollte auf seine Art zu einem starken, unabhängigen Ghana und einem geeinten, souveränen Afrika beitragen. Doch die Realisierung dieses Ziels erwies sich keineswegs als einfach.

### ***Verstärkte Ausrichtung am ghanaischen Bedarf***

Für die Entwicklungspläne Ghanas blieben die Auslandsschulungen eine ambivalente Angelegenheit. Denn während sie für die Industrialisierung Ghanas förderlich schienen, behinderten sie gleichzeitig den Ausbau des ghanaischen Bildungssystems.<sup>74</sup> Da die Ghanaer:innen, die über eine ausreichende Vorbildung

---

<sup>71</sup> Vgl. ebd., S. 138–141.

<sup>72</sup> Ebd., S. 140.

<sup>73</sup> Siehe auch: Botchway: *New African*.

<sup>74</sup> Wenige Jahre später sahen tansanische Eliten Auslandsstudienprogrammen ebenfalls „gleichermaßen als Notwendigkeit wie auch als Gefährdung der Nationalisierungsbestrebungen“,

verfügten, um Universitäten oder Berufsbildungsschulen zu besuchen, in der Regel bereits Kurse in Übersee besuchten, fehlte es den lokalen Institutionen an Schüler:innen. Im Mai 1961 verfügte der zuständige Kabinettsausschuss daher, dass die Auslandsstipendien zukünftig konsequent am ghanaischen Bedarf auszurichten seien. Damit erneuerte die Regierung einen Grundsatz, der theoretisch schon von der Kolonialverwaltung eingeführt worden war. Berufliche oder akademische Fortbildungen im Ausland sollten nur dann genehmigt werden, wenn diese in Ghana nicht angeboten werden konnten.<sup>75</sup> Auswahl und Ausreise der Teilnehmer:innen sollten fortan nur noch mit Zustimmung des Ausschusses erfolgen.<sup>76</sup> Dieser legte die Priorität darauf, zuerst die ghanaischen Bildungsinstitutionen mit Student:innen und Fachkräften zu versorgen. Außerdem konzentrierte der Beschluss die Kontrolle aller Auslandsstipendien beim *Scholarship Secretariat*.<sup>77</sup> Hintergrund dieser Entscheidung war das Ziel, den Ausbau der eigenen (Aus-)Bildungsinstitutionen nicht durch die Abwanderung von Student:innen und Fachkräften zu erschweren.<sup>78</sup> In der Tat war die starke Bildungsmigration zu einem Problem für das ghanaische System geworden. Das *Manpower Committee*, zuständig für die Arbeitsmarktpolitik des Landes, stellte mit Bezug auf die akademische Bildung alarmiert fest: „As a result [of the emigration, J. O.] the universities of Ghana are operating far below capacity and there is constant drain on students employed in Government establishments. [...] This situation if allowed to continue, can have disastrous consequences for Ghana.“<sup>79</sup>

Die angeordnete Ausrichtung am ghanaischen Bedarf beschränkte sich aber nicht nur auf die Universitäten, sie galt ebenso im Bereich der Berufsausbildung. Nkrumah plante, letztere zunehmend auszubauen. 1960 kam er zu dem Schluss, dass der Bedarf an Arbeitskräften, insbesondere im technischen Bereich, groß sei. Ghana, so forderte der Premierminister, brauche seine eigenen technischen Fachkräfte und Expert:innen. Von da an setzte die CPP ergänzend zum Ausbau der Sekundarbildung verstärkt darauf, das System (technischer) Berufsbildung auszubauen. 1961 erließ die Regierung den *Apprentice Act*, welcher vorsah, eine ei-

---

wobei sich ihre Befürchtungen auch auf die Gefahr einer politischen „Entfremdung vom Afrikanischen Sozialismus“ bezogen. Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus, S. 203 & 204.

<sup>75</sup> Vgl. GH/PRAAD/RG 7/1/2141, Confidential Extract from the Minutes of a Meeting of the Cabinet Committee on Est. & Scholarship Matters, 18.5.1961.

<sup>76</sup> Vgl. GH/PRAAD/RG 7/1/2141, Confidential Extract [...] 18.5.1961.

<sup>77</sup> Vgl. ebd.; GH/PRAAD/RG 3/6/1074, Summary of the Recommendations of the Manpower Committee Affecting the Scholarship Secretariat, undatiert [1961/62].

<sup>78</sup> Vgl. Leney: Decolonisation, S. 323.

<sup>79</sup> GH/PRAAD/RG 3/6/1074, Summary of the Recommendations [...], undatiert.

gene ghanaische Berufsausbildungsbehörde zu gründen, um so einen Überblick über die Ausbildungsbedingungen und den Bedarf zu erhalten.<sup>80</sup>

Accra versuchte also, die Übersicht und Kontrolle über die eigenen Arbeitskräfte und Student:innen zu erlangen, um mit ihnen das ghanaische Bildungssystem aufzubauen und den Arbeitsmarkt gezielter zu versorgen. Dabei stand die Regierung vor einem postkolonialen Dilemma: Da Bildungsinstitutionen vor Ort nicht oder nur sehr begrenzt existierten, wanderten die lokalen Fachkräfte ab.<sup>81</sup> Das hatte zur Folge, dass es schwieriger war, die entsprechenden Schulen aufzubauen und zu betreiben, da durch die Abwanderung die potenziellen Schüler:innen fehlten. Dieser Teufelskreis betraf auch Ghana, obwohl das Land im innerafrikanischen Vergleich über eines der am besten ausgebauten Bildungssysteme verfügte.<sup>82</sup> Ludovic Tournés und Giles Scott-Smith kommen dementsprechend zu dem Schluss, dass Stipendienprogramme üblicherweise „the imbalance between center and periphery in the global systems of power“<sup>83</sup> verstärkten. Eben diesen Teufelskreis versuchte die Regierung mit dem *Apprentice Act* zu durchbrechen, um so die ghanaischen Bildungseinrichtungen ausbauen zu können. Daran war die CPP auch deshalb interessiert, weil das Niveau des Bildungssystems stets auch eine Frage des internationalen staatlichen Renommées war.<sup>84</sup> Im Bereich der Bildung, so Philip Foster, hätten die postkolonialen Staaten am deutlichsten den Erfolg ihrer Modernisierungsbemühungen demonstrieren können.<sup>85</sup>

Die Praxis sah hingegen anders aus, als es die Vorgaben der Regierung vermuten lassen. Die ghanaische Regierung reduzierte die Auslandsstipendien keineswegs, vielmehr erweiterte sie ihre eigenen Programme bis Mitte der 1960er Jahre noch.<sup>86</sup> Und auch die Zusammenarbeit mit ausländischen Fördereinrichtungen veränderte sich kaum. Nach dem Sturz Nkrumahs im Jahr 1966 stellte das *Ministry of Education* retrospektiv fest, dass der Grundsatz, nur Schulungsangebote anzunehmen, für die es kein Äquivalent in Ghana gab, in der Praxis nicht

---

<sup>80</sup> Vgl. Haizel: Education, S. 61–63. Siehe auch: Ahlman: Living with Nkrumahism, S. 56.

<sup>81</sup> Siehe zu diesem verbreiteten Phänomen für den afrikanischen Kontinent insgesamt: Tarradellas: „A Glorious Future“, S. 6.

<sup>82</sup> Vgl. Killick: Development Economics, S. 4.

<sup>83</sup> Tournés/Scott-Smith: Conclusion, S. 323.

<sup>84</sup> GH/PRAAD/RG 7/1/2140, Minister of Industries and Chairman of the CECE: Memo No. SC. 633, Cabinet Committee on Establishment and Scholarships Matters, undatiert. Siehe auch: Grilli: Nkrumahism, S. 138 & 140.

<sup>85</sup> Vgl. Foster: Education, S. 183f.

<sup>86</sup> Vgl. Haizel: Education, S. 70.

umgesetzt worden sei.<sup>87</sup> Solche Widersprüche zwischen Theorie und Praxis prägten die Politik Accras auch in anderen Bereichen.<sup>88</sup> Im Falle der Stipendienpolitik kam es zu diesen Inkonsistenzen, weil sowohl einzelne Minister als auch Regierungsbeamte die Programme für ihre je eigenen Zwecke nutzten und eigenmächtig Bewerber:innen zusagten, ohne sich dabei an die offiziellen Vorgaben zu halten.<sup>89</sup> In Anbetracht des mangelnden Bildungsangebotes vor Ort stellte die Teilnahme an Auslandsschulungen also eine Ressource dar, mit der sich Politiker und Regierungsmitarbeiter:innen Loyalitäten sichern konnten. Dieser Aspekt sollte auch die frühe ghanaische Zusammenarbeit mit der BRD und der DDR prägen (siehe Kapitel 1.2).

### **„Wachsen wie ein Baum“ – der Beginn der westdeutschen „Regierungspraktikantenprogramme“**

#### ***Praktikantenaufnahme und Expertenentsendung – eine Frage des nationalen Prestiges***

Ihre ersten Erfahrungen mit internationalen Praktikumsprogrammen machte die Bundesrepublik keineswegs als Anbieterin solcher Schulungen, sondern als Teilnehmerin. Seit 1949 reisten westdeutsche Industrielle und führende Beamte zu Fortbildungen in die USA, um dort neue berufliche Kenntnisse zu erlangen. Diese Schulungen fanden im Rahmen des Marshallplans statt, sie sollten also zum Aufbau Westeuropas beitragen. Keine fünf Jahre später begann die Position der BRD sich zu ändern: Bonn entsandte zum einen auf Anregung der internationalen Organisationen „Sachverständige“<sup>90</sup> als Lehrer und Berater in andere Staaten, zum anderen organisierte sie Betriebspraktika für ausländische Fachkräfte in Westdeutschland. Spätestens 1953 weilten die ersten internationalen Teilnehmer im Rahmen des „Technischen Beistandsprogramms der UN“ in bun-

---

**87** Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, E. K. Minta (Principal Secretary, Ministry of Education): Memorandum for the National Liberation Council, Subject: Review of Cultural Agreements, 17.6.1966.

**88** Vgl. Ahlman: Living with Nkrumahism, S. 4; Killick: Development Economics, S. 37.

**89** Vgl. GH/PRAAD/RG 3/6/892, D. D. Carmichael (Adviser, Scholarship Secretariat): Memorandum to the Secretary, National Liberation Council, undatiert [1967].

**90** BArch B 149/6293, Dr. Sicha (BMA) an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Betr.: Beteiligung an internationalen Programmen der Technischen Hilfeleistung, 23.10.1952, S. 2. Vgl. für die Entsendung der deutschen Fortbildungsteilnehmer und die Zuordnung zu Maßnahmen des Marshallplans ebd., S. 2f.

desdeutschen Firmen.<sup>91</sup> Finanziert wurden diese Maßnahmen in der Regel aus Beitragszahlungen der UN-Mitgliedsstaaten.<sup>92</sup> Vermittelt worden waren die Betriebspraktikanten durch die ILO, der wichtigsten Kooperationspartnerin und Impulsgeberin Bonns im Bereich der internationalen Schulungen. Auf westdeutscher Seite war das Bundesministerium für Arbeit (BMA) zuständig für die Organisation dieser frühen internationalen Programme. Interessanterweise ordnete das BMA sowohl die Förderung westdeutscher Fachleute im Ausland als auch die Schulung ausländischer Fachkräfte in der BRD als Teil der „Technischen Hilfeleistung“ ein.<sup>93</sup> Der Begriff bezeichnete verschiedenste Maßnahmen, die zur Vermittlung von Wissen und technischen Fähigkeiten beitrugen, wie der Einsatz von Berater:innen im globalen Süden, der Aufbau von Lehrwerkstätten oder Gewerbeschulen oder eben die Praktikumsprogramme. Dieser Klassifizierung zufolge besaß die Bundesrepublik in den frühen 1950er Jahren im Bereich der internationalen Schulungen eine Doppelrolle. Sie sah sich gleichzeitig als „Beistand empfangendes und als Beistand gewährendes Land.“<sup>94</sup> Faktisch nahm sie damit anfänglich eine ähnliche doppelte Position ein wie Ghana ab 1959.

Zu dem Zeitpunkt, als die Bundesrepublik die ersten internationalen Praktikanten aufnahm, steckte die westdeutsche Entwicklungspolitik insgesamt noch in den Kinderschuhen. Die Beteiligung am „Technischen Beistandsprogramm“ der UN zählte also zu den ersten unkoordinierten Ansätzen westdeutscher Entwicklungszusammenarbeit. Erst etwa ein Jahr später begann das Bundeswirtschaftsministerium (BMW), die bekannteren frühen Entwicklungsinitiativen wie den Aufbau des indischen Stahlwerks Rourkela in Angriff zu nehmen.<sup>95</sup> Das BMA war hingegen schon 1952 darum bemüht, die Position der Bundesrepublik als Anbieterin internationaler Fortbildungen weiter auszubauen. Das Auftreten als „Geberland“ im Rahmen der internationalen Schulungsprogramme, so argumentierte das Arbeitsministerium, sei „eine Frage des Prestiges“<sup>96</sup> und daher ein

---

<sup>91</sup> Vgl. BArch B 149/6293, Dr. Sicha (BMA) an den Präsidenten der BAVAV, Betr.: Durchführung von bilateralen und Beteiligung an multilateralen Programmen der Technischen Hilfeleistung, 9.9.1953, S. 1f.

<sup>92</sup> Vgl. BArch B 149/6293, Dr. Sicha (BMA) an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Betr.: Beteiligung an internationalen Programmen der Technischen Hilfeleistung, 23.10.1952, S. 1.

<sup>93</sup> Vgl. Ebd.

<sup>94</sup> Ebd.

<sup>95</sup> Vgl. Hein: Die Westdeutschen, S. 29f; Lancaster: Foreign Aid, S. 171; Unger: Export und Entwicklung, S. 73f; Vahsen: Eurafrikanische Entwicklungskooperationen, S. 83.

<sup>96</sup> BArch B 149/6293, Dr. Sicha (BMA) an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Betr.: Beteiligung an internationalen Programmen der Technischen Hilfeleistung, 23.10.1952, S. 2.

wichtiger Faktor im Wettbewerb der Staaten. Ganz im Sinne der an Bedeutung gewinnenden *Cultural Diplomacy* sah das BMA die Programme als ein wichtiges Instrument in der politischen und wirtschaftlichen Konkurrenz der Industrieländer. Dabei startete die BRD von einer benachteiligten Position, analysierte der zuständige Oberregierungsrat, da sie später als andere Mitgliedsstaaten der internationalen Organisation begonnen habe, sich an den Maßnahmen zu beteiligen. Schon die ersten berufspraktischen Schulungen waren also von der internationalen Rivalität um staatliches Prestige geprägt, wobei Bonn anfänglich vor allem mit den eigenen westlichen Verbündeten konkurrierte.<sup>97</sup> Der Systemkonflikt spielte zu diesem Zeitpunkt noch keine Rolle, da die SU und ihre Bundesgenossen kaum mit dem globalen Süden kooperierten. Der Zwei-Lager-Theorie folgend, welche die Welt in zwei unvereinbare konträre Blöcke aus Imperialist:innen auf der einen Seite und Antiimperialist:innen auf der anderen Seite einteilte, arbeiteten die sozialistischen Regierungen in den frühen 1950er Jahren nur mit jenen Ländern zusammen, denen sie „allumfassende Linientreue“<sup>98</sup> attestierten.

Trotz des beschworenen „offenen Wettbewerbs mit anderen Nationen“<sup>99</sup> trat die Bundesregierung in den ersten Jahren nicht sonderlich aktiv auf. Die Initiative überließ sie zu Beginn ganz den internationalen Organisationen, vor allem dem Internationalen Arbeitsamt (IAA), dem ständigen Sekretariat der ILO. Dieses vermittelte im Jahr 1954 die erste größere Praktikantengruppe nach Westdeutschland: 114 Fachleute aus Jugoslawien, der Türkei und dem Iran nahmen im Rahmen des ILO-Trainee-Programms an Schulungen in 82 westdeutschen Betrieben teil.<sup>100</sup> In der ersten Hälfte der 1950er Jahre blieben die Schulungsmaßnahmen, wie die frühen westdeutschen Entwicklungsprojekte generell, vereinzelt und unsystematisch.<sup>101</sup> Gänzlich eigene Aus- und Fortbildungen organisierte die BRD nicht. Das änderte sich zur Mitte des Jahrzehnts.

---

**97** Zur Konkurrenz westlicher Staaten um den „Orient“ in den frühen 1950er Jahren vgl. Dirk van Laak: *Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880 bis 1960*, Paderborn 2004, S. 157.

**98** Spanger/Brock: Die beiden deutschen Staaten, S. 161. Siehe hierzu auch: Wolf-Dieter Graewe: *Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der DDR*, in: Hans-Jörg Bücking (Hg.): *Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*, Berlin 1998, S. 81–93, hier: 84.

**99** BArch B 149/6293, Dr. Sicha (BMA) an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Betr.: Beteiligung an internationalen Programmen der Technischen Hilfeleistung, 23.10.1952, S. 6.

**100** Vgl. BArch B 149/6293, R. Rao (ILO) an Maximilian Sauerborn (BMA), ohne Betreff, 26.3.1955.

**101** Vgl. BArch B 149/6293, Dr. Sicha (BMA) an den Präsidenten der der BAVAV, Betr.: Durchführung von bilateralen und Beteiligung an multilateralen Programmen der Technischen Hilfeleistung, 9.9.1953, S. 2.

Ausgangspunkt dieser Zäsur war die erste afro-asiatische Konferenz, die im Frühjahr 1955 im indonesischen Bandung stattfand. Dieses erste Gipfeltreffen der (post-)kolonialen Staaten veranschaulichte das Erstarken des globalen Südens.<sup>102</sup> Die internationalen Beziehungen veränderten sich dadurch grundlegend, was nicht ohne Effekt auf die zwischenstaatlichen Fortbildungsprogramme blieb. Im Osten bewirkte die Konferenz, dass die SU und ihre Partnerinnen die (post-)kolonialen Staaten als potenziell verbündete „antiimperialistische Kräfte“<sup>103</sup> anerkannten und begannen, stärker mit diesen zu kooperieren, auch im Rahmen von Studien- und Praktikumsprogrammen.<sup>104</sup> Gleichzeitig weiteten die ehemaligen westeuropäischen Kolonialmächte und die USA ihre Auslandsschulungen für Afrika, Asien und Lateinamerika erheblich aus, in der Absicht, dort auch nach der Dekolonisation weiterhin Einfluss auszuüben.<sup>105</sup> Kurz darauf kam der Boom der Schulungsprogramme auch in den beiden deutschen Staaten an: Bonn und Ost-Berlin begannen nun ebenfalls eigenständige Fortbildungen zu organisieren.<sup>106</sup>

### ***Die Einführung westdeutscher Praktikumsprogramme***

In Westdeutschland fiel die Einführung strukturierter, eigenständiger Praktikumsprogramme in eine Zeit der entwicklungspolitischen Aufbruchsstimmung. Noch unter dem Eindruck der Konferenz von Bandung begannen Parlamentarier:innen verschiedener Parteien, sich für eine verstärkte und eigenständige bundesdeutsche Entwicklungspolitik einzusetzen.<sup>107</sup> Dabei verfolgten sie zum

---

**102** Zur internationalen Bedeutung der Konferenz von Bandung vgl. u. a.: Jürgen Dinkel: Die Bewegung Bündnisfreier Staaten, Genese, Organisation und Politik (1927–1992), Berlin u. a. 2015; Christopher J. Lee: Making a World After Empire. The Bandung Moment and its Political Afterlives, Athens 2010.

**103** Ebd., S. 162. Siehe auch: Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 94; Spanger/Brock: Die beiden deutschen Staaten, S. 104 f & 161–163.

**104** Vgl. Katsakioris: Sowjetische Bildungsförderung, S. 402; ders: Creating a Socialist Intelligentsia. Soviet Educational Aid and its Impact in Africa (1960–1991), in: Cahiers d'études africaines [Online], 226 (2017), S. 259–287, hier: S. 259; Mazov: A Distant Front, S. 17. Siehe auch: Alessandro Iandolo: The Rise and Fall of the „Soviet Model of Development“ in West Africa, 1957–64, in: Cold War History, 12:4 (2012), S. 683–704, hier: S. 685.

**105** Vgl. Gerits: Bandung as the Call, S. 257 & 268–271.

**106** Vgl. Quinn Slobodian: Bandung in Divided Germany, S. 646.

**107** Vgl. Dumke: Anfänge der deutschen staatlichen Entwicklungspolitik. Eine Korrektur des politischen Bildes, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 1997, S. 11; Bettina Fettich-Biernath: Deutschland gibt. Zivile und militärische Entwicklungshilfe der Bundesrepublik an Afrika südlich der Sahara von 1956 bis 1974, Erlangen 2018, S. 61; Vahsen: Eurafrikanische Entwicklungskooperation, S. 83. Siehe auch: 2. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 138. Sitzung, 23.3.1956, S. 7131 (B).



einen das Ziel, ein positiveres Bild der Bundesrepublik im Ausland zu etablieren und zum anderen sahen sie die BRD in der moralischen Pflicht, etwas von der Unterstützung weiterzugeben, welche Westdeutschland in den Nachkriegsjahren durch das *European Recovery Program* erhalten hatte.<sup>108</sup> Der eigentliche Impuls dazu, eigene westdeutsche Schulungen anzubieten, ging aber vom Auswärtigen Amt aus. Das AA entdeckte die Entwicklungspolitik, die bis dato vorrangig eine Domäne des Bundeswirtschaftsministeriums gewesen war, als neues Betätigungsfeld für sich. Die Initiative des Außenministeriums, sich in diesem Bereich konzeptionell und organisatorisch stärker einzubringen, ging maßgeblich auf das zunehmende sowjetische und ostdeutsche Engagement in den postkolonialen Staaten zurück, so erinnert sich der damalige Mitarbeiter des AA, Horst Dumke, rückblickend.<sup>109</sup> Die sozialistische Konkurrenz animierte das Außenministerium, sich stärker mit entwicklungspolitischen Maßnahmen zu befassen.

Hilger van Scherpenberg, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, war es, der Anfang März 1956 eine erste interministerielle Beratung einberief, um eine gemeinsame entwicklungspolitische Konzeption zu entwerfen und die bestehenden einzelnen Initiativen zu koordinieren.<sup>110</sup> Hierzu lud er leitende Vertreter des BMWi und des BMA ein.<sup>111</sup> Ein solcher Austausch zwischen den Ministerien stellte ein Novum dar. Bis zu dieser Zusammenkunft im Auswärtigen Amt hatten die beteiligten Ressorts noch nie gemeinsame entwicklungspolitische Grundsätze und Richtlinien diskutiert, geschweige denn beschlossen. Gleich bei ihrem ersten Treffen entschieden die Ministerialbeamten, die Praktikumsprogramme auszuweiten und besser zu koordinieren.<sup>112</sup> Denn diese sollten zukünftig einen der fünf zentralen Aufgabenbereiche bilden und somit die entwicklungspolitische Arbeit der Bundesregierung prägen. Neben der „Praktikantenvermittlung“ wählten die drei Ressorts die weit gefassten Felder „Zusammenarbeit mit anderen Ländern und in internationalen Organisationen“, „Regionale Schwerpunktbildung“, „Exportfinanzierung“ und „Technische Hilfeleistung“ als relevante Sektoren aus.<sup>113</sup> Als einer der fünf grundlegenden Aufgabenbereiche gehörten die „Regierungs-

---

**108** Vgl. Lancaster: *Foreign Aid*, S. 182f. Siehe auch: Dumke: *Anfänge*, S. 11f.

**109** Vgl. ebd., S. 27. Der Geist der Systemkonkurrenz findet selbst in dieser Ende der 1990er Jahre verfassten Retrospektive des ehemaligen AA- und BMZ-Mitarbeiters Dumke noch sprachlichen Ausdruck.

**110** Vgl. Dumke: *Anfänge*, S. 59.

**111** Letzteres war zwischenzeitig in Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung umbenannt worden, behielt aber die vorherige Abkürzung bei.

**112** Vgl. BArch B 149/6293, Referat: Reg. Dir. Dr. Sicha (BMA) an AA, Betr.: Unterstützung unterentwickelter Länder, 15.3.1956, S. 1.

**113** Vgl. BArch B 149/6293, Dr. van Scherpenberg (AA) an Dr. Petz (BMA) u. a., Betr.: Zusammenarbeit mit unterentwickelten Ländern – Interministerielle Sitzung vom 2.3.1956, 23.3.1956.



praktikantenprogramme“, so die offizielle Bezeichnung, zu den frühen entwicklungspolitischen Schwerpunkten der Bundesregierung.

Dass insbesondere das Auswärtige Amt ein Interesse an den Programmen besaß, zeigte sich auch an der Kompetenzverteilung zwischen den Ministerien: Obwohl der Arbeitskreis für die Praktikumsvermittlung dem BMA zufiel, beanspruchte das AA die federführende Verantwortlichkeit für sich. Alle wichtigen konzeptionellen Entscheidungen hinsichtlich der Programme fielen in den ersten Jahren im Außenministerium. Darüber hinaus knüpfte es über die Auslandsvertretungen die Kontakte zu den Partnerländern und wählte in letzter Instanz die teilnehmenden Fachkräfte aus. Das BMA hingegen, das schließlich schon die frühen internationalen Schulungen organisiert hatte, wurde mit der praktischen Realisierung der Fortbildungsprogramme in der BRD betraut. Das Arbeitsministerium war dafür zuständig, passende Arbeitsplätze in westdeutschen Betrieben zu finden und die Fachkräfte an diese Ausbildungsstellen zu vermitteln.<sup>114</sup> Dementsprechend lag die geplante Ausweitung der Praktikumsprogramme wesentlich in den Händen des Auswärtigen Amtes und des Arbeitsministeriums.

### ***Zwischen Systempolitik und Wirtschaftsinteressen***

Doch bevor die Praktikumsprogramme tatsächlich ausgeweitet werden konnten, mussten finanzielle Mittel dafür bereitgestellt werden. Hierfür setzte sich zunächst eine Initiative der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion ein. Ende März 1956, drei Wochen nach der konzeptionellen Beratung im Außenministerium, brachte die SPD mehrere Anträge in den Bundestag ein, mit dem Ziel, einen entwicklungspolitischen Haushaltstitel in Höhe von 50 Millionen DM einzurichten. Diese Summe überstieg alle vorherigen Budgets deutlich. In den vergangenen Jahren hatten insgesamt etwa 13,5 Millionen DM bei unterschiedlichen Ressorts zur Verfügung gestanden.<sup>115</sup> Die Einrichtung des neuen Haushaltstitels war aus

---

**114** BArch B 149/6293, Referat Sicha (BMA) an AA, Betr.: Unterstützung unterentwickelter Länder, 15. 3. 1956, S. 1; BArch B 149/6293, van Scherpenberg (AA) an Petz (BMA) u. a., Betr.: Zusammenarbeit mit unterentwickelten Ländern – Interministerielle Sitzung vom 2. 3. 1956, 23. 3. 1956; BArch B 149/6293, AA an alle diplomatischen und berufskonsularischen Auslandsvertretungen, Betr.: Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Technische Hilfe für entwicklungsfähige Länder, 17. 4. 1956. Zur Kompetenzaufteilung der ersten Jahre vgl. auch die retrospektive Übersicht in: BArch B 149/6299, Jamrath (BMA): Vermerk, Betr.: Praktikantenprogramm, 18. 3. 1959; BArch B 149/6299, Referat II a 6 (Dr. Sicha) (BMA) an Referat II a 1 (BMA), Betr.: Übertragung von Aufgaben auf das Bundesverwaltungsamt, 29. 8. 1960.

**115** Diese verteilten sich wie folgt: 3,5 Millionen beim BMWi, 2 Millionen beim AA (Kulturfonds), 7,1 Millionen für den sogenannten Schneiterplan im Rahmen der EG und 1 Million für das „Beistandsprogramm“ der UNO. Vgl. Dumke: Anfänge, S. 12.

Sicht der Sozialdemokrat:innen unter anderem notwendig, um die Fortbildungsprogramme ausbauen zu können. Dies sei vor allem deshalb wichtig, mahnte etwa der sozialdemokratische Abgeordnete Georg Kahn-Ackermann, da „nicht nur die *Ostblockstaaten*, sondern auch die *sowjetisch besetzte Zone* beginnen, uns in diesen Dingen den Rang abzulaufen“.<sup>116</sup> In der DDR würden erheblich mehr asiatische und afrikanische Student:innen gefördert als in der BRD.<sup>117</sup> Letztlich, so führte Kahn-Ackermann aus, könnten alle militärischen Hilfen „für die Katz“<sup>118</sup> gewesen sein, wenn Bonn die „Bildungshilfe“ zu sehr vernachlässige. Mit dieser Sichtweise war der Sozialdemokrat nicht allein. Wann immer Studien- und Praktikumsprogramme im Bundestag zur Sprache kamen, argumentierten Abgeordnete quer durch die Parteien mit der Konkurrenz der sozialistischen Staaten und dabei insbesondere der DDR.<sup>119</sup> Trotz der eindringlichen Mahnungen scheiterte die SPD-Initiative im Frühjahr 1956 zunächst an der CDU-geführten Bundesregierung, die entwicklungspolitische Ausgaben in der beantragten Größenordnung verhindern wollte. Das Engagement der Parlamentarier:innen war aber geweckt. Parteiübergreifend traten nun viele für eine eigenständige westdeutsche Entwicklungspolitik ein und führten die SPD-Initiative in den folgenden Monaten fort.<sup>120</sup>

Schon die frühen Debatten um die Einführung des entwicklungspolitischen Haushaltstitels zeigen, dass sich die westdeutsche Perspektive auf die Fortbildungen innerhalb weniger Jahre verschoben hatte. Die ersten Schulungsprogramme der internationalen Organisationen galten den zuständigen Regierungsbehörden vor allem als ein Instrument, um sich gegenüber den westlichen Verbündeten der BRD als international handlungsfähiger Staat zu profilieren. Auch Kahn-Ackermann und Außenminister Heinrich von Brentano (CDU) verwiesen noch im Jahr 1956 darauf, dass die Bundesrepublik als vermeintlich kolonial-unbelasteter Staat bei der Anbahnung von internationalen Schulungspro-

---

**116** 2. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 138. Sitzung, 23.3.1956, S. 7133 B-C. Hervorhebungen i. O.

**117** Kahn-Ackerman sprach sogar davon, dass die Zahl der in der DDR geförderten asiatischen und afrikanischen Student:innen ein „Hundertfaches“ der westdeutschen Teilnehmer betrage. Es ist unklar, woher er diese Information besaß, der Realität entsprach sie nicht. Vgl. 2. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 138. Sitzung, 23.3.1956, S. 7133 C.

**118** 2. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 138. Sitzung, 23.3.1956, S. 7133 C.

**119** Vgl. u. a. 2. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 155. Sitzung, 28.6.1956, S. 8418 A & 8419 C; 3. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 108. Sitzung, 6.4.1960, S. 5949 D & 5950 B-C; 3. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 118. Sitzung, 22.6.1960, S. 6813 B – 6814 D. Siehe auch: Slobodian: *Bandung in Divided Germany*, S. 646 f.

**120** Vgl. Dumke: *Anfänge*, S. 11–13; Hein: *Die Westdeutschen*, S. 35.

grammen einen Vorteil gegenüber anderen westlichen Ländern besäße.<sup>121</sup> Von entscheidenderer Bedeutung war nun aber die Rivalität mit den sozialistischen Staaten, insbesondere der DDR. Dies wird auch in den Ausführungen von Kahn-Ackermann und Brentano deutlich.<sup>122</sup> Generell griffen ab 1956 sowohl die verantwortlichen Ministerien als auch die Parlamentarier:innen im Bundestag regelmäßig auf antikommunistische Argumente zurück. Sie stellten die Praktikumsprogramme klar in den Kontext der Ost-West-Konkurrenz.

Systempolitische Beweggründe zählten dementsprechend bei der Einführung der „Regierungspraktikantenprogramme“ zu den zwei zentralen bundesdeutschen Motiven. Die Bundesregierung erwartete, dass die Fachkräfte durch ihren Aufenthalt in der BRD zu politischen Verbündeten im Systemkonflikt würden. Nach ihrer Rückkehr, so das Kalkül, würden die Praktikanten die westdeutsche Nichtanerkennungspolitik im Ausland unterstützen. Wenn Bonn die Praktikumsanfragen aus dem globalen Süden zurückweise, so argumentierte Adalbert Seifriz, welcher als Präsident des Landesarbeitsamtes (LAA) Stuttgart in die Programme eingebunden war, dann würde „der kommunistische Block [...] diese Chance in vollem Umfang für sich nützen. [...] Oberstes Ziel muss sein, dass der junge Ausländer eines Tages die Bundesrepublik als Freund verlässt.“<sup>123</sup> Die Konkurrenz zur DDR stand dabei besonders im Fokus. Die Fortbildungsprogramme waren also ein Angebot, mit dem Bonn nach „Freunden“ im Ausland suchte, um die eigene Position im deutsch-deutschen Konflikt zu stärken. Hinzu kamen klassische Wirtschaftsinteressen. Die Adenauer-Regierung beabsichtigte, mithilfe der Schulungen neue Absatzgebiete zu erschließen. Die jungen Nationalstaaten in Afrika, Asien und Lateinamerika galten in den 1950er Jahren als aufstrebende Märkte mit vielversprechendem Wirtschaftswachstum.<sup>124</sup> Der Gesamtwert aller afrikanischen Exporte stieg zwischen 1945 und 1960 um 526 Pro-

---

**121** Vgl. 2. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 138. Sitzung, 23. 3. 1956, S. 7132 D; 2. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 155. Sitzung, 28. 6. 1956, S. 8419 A.

**122** Vgl. 2. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 138. Sitzung, 23. 3. 1956, S. 7132 D; 2. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 155. Sitzung, 28. 6. 1956, S. 8419 A.

**123** BAArch B 149/6308, Dr. A. Seifriz: „Ausländische Praktikanten in Baden-Württemberg“ [Artikelentwurf], undatiert [1958]. Beinahe mit den gleichen Worten stellte Seifriz seine Überlegungen im Juli 1958 im Aussprachekreis vor. Vgl. BAArch B 149/6308, o. A.: Vermerk zur Sitzung des Aussprachekreises vom 29. 7. 1958, S. 3. Slobodian konstatiert darüber hinaus, dass westdeutsche Politiker:innen ganz ähnliche Hoffnungen mit den akademischen Stipendienprogrammen verbanden. Vgl. Slobodian: *Bandung in Divided Germany*, S. 647.

**124** Vgl. Dieter Ziegler: *Deutschland und der Weltmarkt. Einleitende Bemerkungen zur Struktur des deutschen Außenhandel im 20 Jahrhundert*, in: Ders./Christian Kleinschmidt (Hg.): *Dekolonisierungsgewinner. Deutsche Außenpolitik und Außenwirtschaftsbeziehungen im Zeitalter des Kalten Krieges*, Berlin/Boston 2018, S. 19 – 55, hier: S. 39.

zent. Dieser Trend versprach eine weitere wirtschaftliche Expansion der (post-)kolonialen Staaten und damit neue ökonomische Optionen für die Bundesrepublik.<sup>125</sup>

Die systempolitischen und die wirtschaftspolitischen Ziele waren so eng miteinander verknüpft, dass sie kaum voneinander getrennt werden können. Denn von intensiveren Wirtschaftsbeziehungen zu den expandierenden afrikanischen Märkten erhoffte sich die Bundesregierung gleichzeitig eine stärkere politische Position gegenüber dem „Ostblock“. Bessere politische Beziehungen wiederum sollten der BRD neue ökonomische Möglichkeiten eröffnen. Diese eng verwobenen Interessen waren charakteristisch für die frühe westdeutsche Entwicklungspolitik.<sup>126</sup> Corinna Unger spricht daher von einem „entwicklungs-, wirtschafts- und geopolitische[n] Interessens- und Handlungskomplex“<sup>127</sup>, der zweifelsohne auch für die Praktikumsprogramme konstatiert werden kann.

Das zeigte sich bereits auf der ersten Sitzung des zuständigen Arbeitskreises Mitte April 1956. Dort kamen Mitarbeiter verschiedener Ministerien, der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (BAVAV) sowie Vertreter:innen von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden im BMA zusammen. Der Vorsitzende Ministerialdirektor Dr. Rudolf Petz (BMA) erinnerte die Teilnehmer:innen einleitend daran, dass „der Wettlauf zwischen der westlichen und der östlichen Welt um die sogenannten unterentwickelten Länder“<sup>128</sup> große Bedeutung erlangt habe. Die Entsendung westdeutscher Experten und Fachkräfte nach Afrika und Asien sowie die Schulung von Praktikanten aus diesen Kontinenten müssten als „wichtiger Weg der Teilnahme der Bundesrepublik an der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder“<sup>129</sup> angesehen werden.

Die Verknüpfung systempolitischer und wirtschaftspolitischer Interessen mit Entwicklungsinitiativen gewann weiter an Bedeutung, nachdem das AA im Sommer 1956 schließlich einen eigenen entwicklungspolitischen Haushaltstitel

---

**125** Vgl. Manfred Glagow/Andreas Stucke: Die Etablierung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und die Rolle seiner Gründungsmitglieder 1961–63. Personelle Gestaltungsräume bei der Herausbildung administrativer Strukturen, in: Dies./Wilfried Gotsch: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ): Entstehungszusammenhang, Personalpolitik, Steuerungsfähigkeit, Pfaffenweiler 1989, S. 1–90, hier: S. 19.

**126** Vgl. Unger: Export und Entwicklung, S. 74.

**127** Ebd., S. 69.

**128** BArch B 149/6293, Kozłowicz (BMA): Niederschrift erste Sitzung des Arbeitskreises für die Aufnahmen ausländischer Praktikanten [...] am 19.4.1956, undatiert, S. 1.

**129** Ebd.

erhalten hatte.<sup>130</sup> Das Budget in Höhe von 50 Millionen DM hatte das Auswärtige Amt einem erneuten Antrag zur Einführung eines entwicklungspolitischen Haushaltstitels zu verdanken, der von Abgeordneten verschiedener Fraktionen eingereicht und am 21. Juni 1956 vom Parlament bewilligt worden war.<sup>131</sup> Diese Gelder ermöglichten es dem Außenministerium, als relevanter entwicklungspolitischer Akteur aufzutreten und die bundesdeutschen Maßnahmen aktiv zu prägen, auch wenn wesentliche entwicklungspolitische Kompetenzen weiterhin beim BMWi verblieben. Neben den großen Industrieprojekten, deren Aufbau Bonn in der ersten Hälfte der 1950er Jahre primär gefördert hatte, gewann nun die „Technische Hilfe“ an Bedeutung, als zentraler und vom AA vorrangig geförderter Bereich.<sup>132</sup> Dabei legte das Außenministerium den Schwerpunkt insbesondere auf den Ausbildungsbereich, zum Beispiel durch die Errichtung von Ausbildungsstätten in den Partnerländern, aber auch in Form von Fortbildungen in der BRD. Die westdeutschen Praktikumsprogramme waren damit Teil der entwicklungspolitischen Neuausrichtung, die das Auswärtige Amt ab 1956 vornahm. Horst Dumke, der im AA bis 1961 das Referat für „Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern“ leitete, erschien die Aufnahme von Praktikant:innen und Stipendiat:innen geradezu als „klassisches Projekt der ‚Technischen Hilfeleistung‘“.<sup>133</sup>

### ***Die Bedeutung nichtstaatlicher Kooperationspartner:innen***

Die Realisierung der Programme lag nicht allein in den Händen der beteiligten Ministerien. Im Gegenteil, die Bundesregierung beabsichtigte von Beginn an, auch Wirtschaftsverbände und private Organisationen in die praktische Arbeit mit einzubeziehen. Dieses Vorhaben traf auf ein aktives Interesse der privat-

---

**130** Die offizielle Bezeichnung des Haushaltstitels lautete „Förderungsmaßnahmen für unterentwickelte Länder“. Vgl. Dumke: Anfänge, S. 12; Hein: Die Westdeutschen, S. 35; Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 360; Lancaster: Foreign Aid, S. 171f.

**131** Mit welcher Summe das AA daraus in den Jahren 1956 und 1957 die „Regierungspraktikantenprogramme“ finanzierte, ist allerdings unklar. Selbst innerhalb des Ministeriums stand der Betrag lange Zeit nicht fest. Neben dem Außenministerium beteiligte sich auch das BMWi und der Wirtschaftsplan für das ERP-Sondervermögen aus ihren kleineren entwicklungspolitischen Budgets (BMW i 3,5 Mio DM, ERP-Sondervermögen 2 Mio DM) an der Finanzierung der Praktikumsprogramme. Vgl. BArch B 149/6293, BMA an den Präsidenten der BAVAV, Verfügung, Betr.: Technische Hilfe für entwicklungsfähige Länder [...], 11.9.1956, S. 1; BArch B 149/6293, AA: Runderlass 6170/56, an alle diplomatischen und berufskonsularischen Auslandsvertretungen, Betr.: Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern 12.11. 1956, S. 3 f.

**132** Zur wirtschaftspolitischen Prägung der frühen deutschen Entwicklungspolitik siehe: Unger: Export und Entwicklung. Zur Schwerpunktsetzung des Auswärtigen Amts in der „Technischen Hilfe“ siehe: Dumke: Anfänge, S. 14.

**133** Dumke: Anfänge, S. 51. Zur Position Dumkes vgl. Hein: Die Westdeutschen, S. 36.

wirtschaftlichen Verbände. Die westdeutschen Wirtschaftsverbände wurden zu den ersten Verfechterinnen der Praktikumsprogramme. In der Hoffnung, von der dynamischen Entwicklung der afrikanischen und asiatischen Wirtschaftsmärkte profitieren zu können, begannen sie, sich zunehmend dem globalen Süden zuzuwenden. Mithilfe der Fachkräfteschulungen, so nahmen die Interessenverbände an, ließen sich notwendige Kontakte vor Ort knüpfen, um sich einen Zugang zu den afrikanischen und asiatischen Märkten zu sichern.<sup>134</sup> Auf der ersten Sitzung des Arbeitskreises für die Praktikantenaufnahme im April 1956 hatte Hellmuth Wagner, Vertreter des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), bereits in diesem Sinne für die Fortbildungsprogramme argumentiert, wobei auch er insbesondere die Konkurrenz zur Sowjetunion hervorhob.<sup>135</sup> Hermann Wenhold, Vorsitzender des Außenhandelsbeirats (AHB), betonte in einem Schreiben an Wirtschaftsminister Ludwig Erhard ebenfalls, dass „der Anteil unserer Ein- und Ausfuhr nach Asien, Afrika und Südamerika seit 1913 ständig zunimmt, während in dem gleichen Zeitraum der Anteil des Europahandels rückläufig war.“<sup>136</sup> Um die westdeutschen Wirtschaftskontakte auszubauen, sei der „Förderung von Studierenden und Praktikanten aus Entwicklungsländern in Deutschland“ daher „entscheidende Bedeutung [...] beizumessen“<sup>137</sup>, so Wenhold weiter.

Wie groß das Interesse der Wirtschaftsverbände an den Praktikumsprogrammen war, zeigte sich nicht zuletzt daran, dass der BDI im Herbst 1956 sogar einen eigenen „Aussprachekreis für die berufliche Aus- und Weiterbildung von Ausländern in der Bundesrepublik“ ins Leben rief, der parallel zum Arbeitskreis

---

**134** Vgl. BAArch B 149/6308, Ref.: ORR von Wistinghausen (BMA), Vermerk, Betr.: Aussprachekreis des Bundesverbandes der Deutschen Industrie für die berufliche Aus- und Weiterbildung von Ausländern in der Bundesrepublik, 17.4.1957, S. 1. Siehe auch: BAArch B 149/6308, o. A.: Vermerk zur Sitzung des Aussprachekreises vom 29.7.1958, S. 3; BDI: Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, 1. Oktober 1959 – 30. April 1960, Köln 1960, S. 34 f. Bastian Hein sieht in den westdeutschen Wirtschaftsverbänden generell die erste bundesdeutsche Lobby für die Entwicklungspolitik. Wohingegen Dirk van Laak konstatiert, dass die westdeutsche Wirtschaft Mitte der 1950er Jahre zurückhaltend auf die Entwicklungspläne westdeutscher Politiker:innen reagiert habe. Vgl. Hein: Die Westdeutschen, S. 30; Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 361.

**135** Vgl. BAArch B 149/6293, Kozłowicz (BMA): Niederschrift erste Sitzung des Arbeitskreises für die Aufnahmen ausländischer Praktikanten [...] am 19.4.1956, undatiert, S. 5.

**136** BAArch B 149/6308, Hermann Wenhold (AHB) an Ludwig Erhard, ohne Betreff, 30.3.1957, [Abschrift], S. 1. Ähnlich hatte Erhard selbst in seinem vier Jahre zuvor erschienenen Buch „Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt“ argumentiert, wobei sein Fokus hauptsächlich auf Lateinamerika und dem Mittleren Osten lag. Vgl. Ziegler: Deutschland und der Weltmarkt, S. 39.

**137** BAArch B 149/6308, Hermann Wenhold (AHB) an Ludwig Erhard, ohne Betreff, 30.3.1957, [Abschrift], S. 3.

des BMA agierte.<sup>138</sup> Hier entschieden die Spitzenverbände der Wirtschaft und Arbeitgeberverbände gemeinsam mit Delegierten aus dem AA und dem BMWi im November 1956, die Verbände der Industrie- und Handelskammern mit der praktischen Realisierung der Betriebsausbildung zu betrauen. Damit hatten sich die Wirtschaftsverbände eine Möglichkeit gesichert, die Schulungen in ihrem Sinne zu beeinflussen, während die staatlichen Behörden einen erheblichen Teil des Organisationsaufwandes abgeben konnten.

Die westdeutschen Ministerien waren insgesamt darauf bedacht, staatliche Stellen möglichst wenig mit der praktischen Organisation der Praktikumsprogramme zu belasten, wie etwa mit der Betreuung der Teilnehmer. Von Anfang an planten das AA, das BMA und das BMWi, die Betreuung auszulagern und hierfür private Organisationen, wie beispielsweise die Carl Duisberg Gesellschaft, einzubeziehen.<sup>139</sup> Die CDG zählte zu den klassischen „Mittlerorganisationen“<sup>140</sup>, die ab Beginn der 1950er Jahre entstanden und seitdem fest in die westdeutsche Auswärtige Kulturpolitik eingebunden waren. Trotz ihrer meist privatrechtlichen Form wurden sie in weiten Teilen vom Bund und den Ländern finanziert. Bei ihrer Tätigkeit blieben sie „innerhalb der außenpolitischen Konzeption der Bundesregierung“, besaßen darin aber „einen autonomen Gestaltungsspielraum“<sup>141</sup>. Nun, da Bonn sich stärker entwicklungspolitisch betätigte, weitete sich das Wirkungsfeld der Organisationen auch auf diesen Bereich aus. Für die Praktikumsprogramme schien die CDG aufgrund ihrer Vorerfahrungen als Kooperationspartnerin prädestiniert. Der gemeinnützige Verein hatte bereits seit 1949 akademische Auslandsschulungen für junge ausländische und deutsche Nachwuchskräfte organisiert und diese während ihres Studiums in der BRD begleitet. Neben der Betreuung der Fachkräfte übernahm die CDG für die „Re-

---

**138** Vgl. zur Aufgabenabgrenzung zwischen Arbeitskreis und Aussprachekreis: BArch B 149/6293, o. A.: Niederschrift über die Besprechung im Arbeitskreis vom 19.6.1957, S. 1; BArch B 149/6308, Dr. Wagner (BDI): Niederschrift über die Sitzung des Aussprachekreises am 3.7.1957 in Köln, S. 1f.

**139** Vgl. BArch B 149/6293, Kozlowiz (BMA): Vermerk, Betr.: Unterstützung unterentwickelter Länder durch Entsendung von deutschen Fachkräften und Aufnahme ausländischer Praktikanten, 4.4.1956, S. 2.

**140** Düwell: Zwischen Propaganda und Friedensarbeit, S. 77. Für die geplante Einbindung der CDG vgl. BArch B 149/6293, Kozlowiz (BMA): Vermerk, Betr.: Unterstützung unterentwickelter Länder [...] [Entwurf] 4.4.1956, S. 1–3. Zur Entstehung der privatrechtlichen Organisationen siehe auch: Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 360.

**141** Düwell: Zwischen Propaganda und Friedensarbeit, S. 78.



gierungspraktikantenprogramme“ letztlich auch das Erstellen von Merkblättern und die Evaluation einzelner Schulungen.<sup>142</sup>

Ab dem Sommer 1959 kam eine weitere wichtige Mittlerorganisation hinzu. Im Juni 1959 wurde auf Betreiben des Auswärtigen Amtes die Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer (DSE) gegründet. Im Verlauf der folgenden Monate nahm sie nach und nach ihre Arbeit auf, wobei diese schwerpunktmäßig in der Unterstützung staatlicher und privatwirtschaftlicher Praktikumsprogramme sowie in der Schulung von westdeutschem Entwicklungspersonal lag.<sup>143</sup> Für die westdeutschen „Regierungspraktikantenprogramme“ organisierte die DSE Vorbereitungskurse, Zwischen- und Abschlussseminare für die teilnehmenden Fachkräfte. Zusätzlich richtete die Stiftung auch Tagungen und Weiterbildungen für die westdeutschen Fachleute aus, die mit der Ausrichtung der Fortbildungen betraut waren. Gleichzeitig nahm sie eine beratende Funktion ein, indem sie regelmäßig konzeptionelle Vorschläge und konkrete Handlungsempfehlungen zur Ausrichtung und Gestaltung der Programme formulierte.

Die Bundesregierung verließ sich für entscheidende koordinierende, konzeptionelle und praktische Aufgaben also auf nichtstaatliche Organisationen. Durch die Einbindung dieser Stellen und die Streuung der staatlichen Verantwortlichkeiten auf mehrere Ministerien ergaben sich diverse Kompetenzüberschneidungen und Doppelstrukturen. Das war allerdings kein Phänomen, welches die Praktikumsprogramme allein betraf, sondern geradezu charakteristisch für die frühe westdeutsche Entwicklungspolitik. Im Jahr 1960 gab es bis auf das Justizministerium kein Ressort, das nicht in irgendeiner Form mit entwicklungspolitischen Aufgaben betraut war. Häufig verteilten sich die Aufgaben für ein Projekt über verschiedene Ministerien.<sup>144</sup> Im Falle der Fortbildungsprogramme führte dies aber anscheinend nicht zu ernsthaften Konflikten, zumindest ist nichts dergleichen dokumentiert.

---

**142** Vgl. BAArch B 149/6308, Dr. Wagner (BDI): Niederschrift über die Sitzung des Aussprachekreises [...] am 26.11.1956, 4.12.1956, S. 2; PA AA B 94 148, Graf Posadowsky-Wehner (AA): Vermerk, Betr.: Betreuung ausländischer Praktikanten in Deutschland, 14.1.1957, S. 1.

**143** Vgl. BAArch B 136/2913, DSE an Senator für Justiz Berlin, Betr.: Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer, 30. Juni 1959; BAArch B 136/2913, Rolf Thießen (Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes) an Oberregierungsrat Dr. von Cramer (Bundeskanzleramt), ohne Betreff, 6.11.1959.

**144** Vgl. 3. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 118. Sitzung, 22.06.1960, S. 6808 D – 6809 A. Siehe auch: Eckert: Westdeutsche Entwicklungszusammenarbeit, S. 37; Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 363.



**Tabelle 2:** Zuständigkeiten bei den bundesdeutschen Praktikumsprogrammen, 1956 – 1961.<sup>145</sup>

| Gremium                                                                                                                                                       | Zuständigkeit                                                                                                                                                                                                                                     | Mitglieder                                                                                                        |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Arbeitskreis für die Aufnahme ausländischer Praktikanten und Stipendiaten in der Bundesrepublik und für die Vermittlung deutscher Fachkräfte nach dem Ausland | Grundsatzfragen der Realisierung                                                                                                                                                                                                                  | Leitung: BMA<br>AA, BMWi, BMELF, BAVAV, ZAV, DGB, DAG, ZDH, BDI, BDA, DHI, CDG<br>gelegentlich anwesend: BMI, BMV |
| Aussprachekreis für die berufliche Aus- und Weiterbildung von Ausländern in der Bundesrepublik                                                                | Befragung der Betriebe, Werbung für Programme, praktische Fragen der Schulungen                                                                                                                                                                   | Leitung: BDI<br>BMZ, DIHT, BDA RKW, ZAV, CDG,<br>BMWi & AA (ab November 1956)                                     |
| Institution                                                                                                                                                   | Zuständigkeit                                                                                                                                                                                                                                     | Organisationsform                                                                                                 |
| AA                                                                                                                                                            | <b>Federführung</b> (bis Mai 1960), Konzeption, Auswahl der Programme und Teilnehmer:innen, Kommunikation mit Partnerländern, Anleitung der Auslandsvertretungen und NGOs, Entscheidung über Ablauf der Fortbildungen, finanzielle Entscheidungen | Ministerium                                                                                                       |
| BMA                                                                                                                                                           | <b>Federführung</b> (ab Mai 1960), Stellenvermittlung (über ZAV),                                                                                                                                                                                 | Ministerium                                                                                                       |

**145** Vgl. BArch B 149/6293, AA an alle diplomatischen und berufskonsularischen Auslandsvertretungen, Betr.: Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, 12. 11. 1956; BArch B 149/6308, Dr. Wagner (BDI): Niederschrift über die Sitzung des Aussprachekreises [...] am 26. 11. 1956, 4. 12. 1956, S. 2; PA AA B 94 148, Graf Posadowsky-Wehner (AA): Vermerk, Betr.: Betreuung ausländischer Praktikanten in Deutschland, 14. 1. 1957, S. 1; BArch B 149/6293, o. A.: Niederschrift über die Besprechung im Arbeitskreis für die Aufnahme ausländischer Praktikanten und Stipendiaten [...] vom 19. 6. 1957, undatiert, S. 1; BArch B 149/6308, Dr. Wagner (BDI): Niederschrift über die Sitzung des Aussprachekreises [...] am 3. 7. 1957, 4. 7. 1957; BArch B 149/6299, v. Wistinghausen (BMA): Vermerk, Übertragung der Praktikanten-Programme vom Auswärtigen Amt auf das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 6. 3. 1959; BArch B 149/6299, Jamrath (BMA): Betr.: Praktikantenprogramm, 18. 3. 1959; BArch B 149/6299, Referat Dr. Sicha (BMA) an Referat II a 1 (BMA), Betr.: Übertragung von Aufgaben auf das Bundesverwaltungsamt, 29. 8. 1960; BArch B 122/5318, Prof. Dr. Gerhard Weisser/Alfred Nau (FES) an Dr. Heinrich Lübke (Bundespräsident), ohne Betreff, 16. 11. 1961; BArch B 106/64445, AA an FES, Betr.: Ausbildung von Verwaltungspraktikanten aus Entwicklungsländern, 1. 12. 1961; BArch B 122/5318, DSE: Empfehlungen des Studienausschusses „Landwirtschaftliche Entwicklungshilfe“, 12/1961.

**Tabelle 2:** Zuständigkeiten bei den bundesdeutschen Praktikumsprogrammen, 1956–1961.  
(Fortsetzung)

| Institution     | Zuständigkeit                                                                                                                                                                                                            | Organisationsform                                                             |
|-----------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------|
|                 | Finanzverwaltung, Beteiligung an der Programmplanung, Anleitung der CDG und der ZAV, Anleitung anderer NGOs und der Auslandsvertretungen (ab Mai 1960), Organisation der An- und Rückreise, Entscheidung in Sonderfällen |                                                                               |
| BMWi            | Überwachung der betrieblichen Ausbildungen (zusammen mit IHK)                                                                                                                                                            | Ministerium                                                                   |
| BMI             | Organisation von Fortbildungen für Verwaltungspraktikant:innen                                                                                                                                                           | Ministerium                                                                   |
| BDI             | Bewerbung der Programme, Kontakt zu Firmen                                                                                                                                                                               | Wirtschaftsverband                                                            |
| DIHT            | Bewerbung der Programme, Kontakt zu Firmen                                                                                                                                                                               | Wirtschaftsverband                                                            |
| IHK             | Überwachung der betrieblichen Ausbildungen (zusammen mit BMWi)                                                                                                                                                           | Wirtschaftsverband                                                            |
| LAA Stuttgart   | Bewerbung der Programme, Kontakt zu Firmen                                                                                                                                                                               | Arbeitsamt des Bundeslands                                                    |
| CDG             | Betreuung, Beratung der Ausbildungsbetriebe, Veranstaltung von Zwischenseminaren, Evaluation, Entwurf von Richtlinien und Merkblättern, Abschluss von Versicherungen, konzeptionelle Beratung                            | Gemeinnütziger Verein/ Mittlerorganisation, größtenteils staatlich finanziert |
| ZAV             | Stellenvermittlung, Auszahlung der Unterhaltszuschüsse, Vermittlung von Sprachkursen, Erstellen von Merkblättern, Evaluation                                                                                             | Staatliche Behörde                                                            |
| Goethe-Institut | Sprachkurse                                                                                                                                                                                                              | Gemeinnütziger Verein, größtenteils staatlich finanziert                      |

**Tabelle 2:** Zuständigkeiten bei den bundesdeutschen Praktikumsprogrammen, 1956 – 1961.  
(Fortsetzung)

| Institution          | Zuständigkeit                                                                                                                                                                                | Organisationsform                                                       |
|----------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------|
| DSE                  | Planungsseminare für westdeutsche Expert:innen, Realisierung eigener Fortbildungsprogramme, Vorbereitungskurse, Zwischen- und Abschlussseminare (ab Juni 1959), konzeptionelle Beratung      | Private Stiftung/Mittlerorganisation, größtenteils staatlich finanziert |
| FES                  | Realisierung eigener Fortbildungsprogramme                                                                                                                                                   | Politische Stiftung                                                     |
| Auslandsvertretungen | Bericht über Schulungswünsche der Partnerländer, Vorschläge für Mittelverwendung, Beteiligung an Teilnehmerauswahl, Vermittlung von Informationen an Partnerregierungen und Praktikant:innen | Staatliche Behörde                                                      |

### ***Gezielte Konzeptlosigkeit? – Die Gestaltung der ersten „Regierungspraktikantenprogramme“***

Trotz der Interessen, die sie mit den Fortbildungen verband, verzichtete die Bundesregierung auf eine aktive Lenkung der Programme, indem sie weite Teile der Realisierung an nichtstaatliche Stellen abgab. Diese Haltung setzte sich darin fort, dass weder das Auswärtige Amt noch das BMA eine einheitliche Konzeption für die Schulungen entwarfen. Die fehlende konzeptionelle Gestaltung war nicht nur charakteristisch für die frühen Praktikumsprogramme, sondern auch für die damalige Entwicklungspolitik generell. Die Konzeptionsverweigerung hatte Prinzip. Die westdeutschen Politiker:innen wollten mit ihrer Zurückhaltung zum einen dem Vorwurf vorbeugen, dass der Bonner Entwicklungspolitik neokoloniale Interessen zugrunde lägen. Zum anderen waren zumindest einige von ihnen tatsächlich davon überzeugt, dass eine entwicklungspolitische Konzeption quasi natürlich wachsen müsse.<sup>146</sup> Der Diskussionskreis Entwicklungshilfe der CDU/CSU-Fraktion versinnbildlichte diese Haltung mit den Worten des Wirtschaftswissenschaftlers Matthias Schmitts: „Eine Konzeption für die Entwicklungshilfe

<sup>146</sup> Vgl. Hein: Die Westdeutschen, S. 56; Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 355 f.

kann nur allmählich entstehen; sie muß wachsen wie ein Baum“<sup>147</sup>, welche die Unionspolitiker:innen ihren frühen Ausführungen zur Entwicklungszusammenarbeit paradigmatisch voranstellten.

Tatsächlich gingen wesentliche konzeptionelle Impulse in der ersten Phase weniger von den verantwortlichen Ministerien aus als von den Wirtschaftsverbänden, der CDG und auch den Kooperationsstaaten. Dennoch existierten in der Praxis einige grundlegende Prinzipien und Konditionen, an denen Bonn bereits zu Beginn der Programme festhielt und die Aufschluss über die bundesdeutsche Herangehensweise an die Fortbildungen geben. Eines dieser Prinzipien war die Zurückhaltung in finanziellen Fragen. Was die Adenauer-Regierung den Partnerländern und den Teilnehmern anbot, war lediglich ein Gerüst: Im Gegensatz zu diversen anderen Staaten, unter anderem der DDR, zahlte die Bundesrepublik den Teilnehmern in den ersten Jahren kein Stipendium, um deren Lebenshaltungskosten zu decken.<sup>148</sup> Stattdessen erwarteten die Bonner Ministerien, dass die Ausbildungsbetriebe oder aber die Herkunftsländer für die Unkosten der Fachkräfte aufkamen. Auch die Kosten für ihre Unterkunft mussten die Teilnehmer selbst zahlen, außerdem hatten sie Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten.<sup>149</sup> Die BRD finanzierte anfänglich vor allem die Reisekosten der Fachkräfte, deren Unfall- und Krankenversicherung, die Verwaltungskosten der CDG und gegebenenfalls Sprachkurse, die der Schulung im Betrieb vorausgingen.<sup>150</sup> Neben der Finanzierung dieser drei Posten bestand die bundesdeutsche Förderung in erster Linie darin, dass sie die Praktikanten an passende Ausbildungsbetriebe vermittelte. Hiermit war die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) betraut, eine staatliche Behörde, die dem BMA unterstand.<sup>151</sup>

---

**147** Der Diskussionskreis zitiert hier den westdeutschen Wirtschaftswissenschaftler und ehemaligen BMWi-Mitarbeiter Matthias Schmitt. Vgl. NLA-HStAH, Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 1505, Diskussionskreis Entwicklungshilfe der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages: Vorstellungen über eine deutsche Entwicklungshilfe (1. Entwurf), 12/1960.

**148** Zu den Stipendienzahlen anderer Staaten siehe: Bu: Educational Exchange, S. 497; Hessler: Third World Students, S. 202; Katsakioris: Sowjetische Bildungsförderung, S. 412; Nwaubani: The United States and Decolonization, FN 38, S. 94.

**149** Vgl. BAArch B 149/6308, Dr. Zöllner (BAVAV): Vermittlung von Praktikanten aus Entwicklungsfähigen Ländern, 12.4.1957, S. 5.

**150** Vgl. BAArch B 149/6293, Kozłowicz (BMA): Niederschrift erste Sitzung des Arbeitskreises für die Aufnahmen ausländischer Praktikanten und Stipendiaten in der Bundesrepublik und Vermittlung deutscher Fachkräfte nach dem Ausland am 19.4.1956, undatiert, S. 4; BAArch B 149/6293, o. A.: Niederschrift über die Ergebnisse der Besprechung im „Arbeitskreis für die Aufnahme ausländischer Praktikanten [...]“ am 1.4.1957, undatiert, S. 1f.

**151** Vgl. BAArch B 149/6308, Dr. Wagner (BDI): Niederschrift über die Sitzung des Aussprachekreises [...] am 26.11.1956, 4.12.1956, S. 2; PA AA B 94 148, Graf Posadowsky-Wehner (AA): Vermerk, Betr.: Betreuung ausländischer Praktikanten in Deutschland, 14.1.1957.

Auch hinsichtlich vertraglicher Verpflichtungen war die BRD zurückhaltender als die DDR. Die westdeutschen Fortbildungen fanden zwar auf der Grundlage staatlicher Absprachen statt, der Abschluss zwischenstaatlicher Verträge hierfür war aber bei Weitem nicht die Regel, häufig wurden die Vereinbarungen formlos und *ad hoc* getroffen.<sup>152</sup> Gerade im internationalen Vergleich erweckt die Praxis der ersten Jahre den Eindruck, dass die Bundesregierung zwar von den Kontakten, die sie mithilfe der Schulungen herstellte, profitieren wollte, aber selbst nur bedingt bereit war, Geld und Arbeit in die Programme zu stecken. Aus dieser Haltung resultierte die Tatsache, dass diverse Aspekte der Fortbildungen nur vage oder inkonsistent geregelt waren. Das begann bereits mit dem Ablauf der Schulungen. Fest stand lediglich, dass die Teilnehmer eine praktische Fortbildung in Betrieben, Gewerbeschulen oder Behörden durchlaufen sollten. Üblicherweise waren diese Praktika für eine Dauer von ein bis zwei Jahren angesetzt. Teilweise ging diesem praktischen Ausbildungsteil ein mehrmonatiger Sprachkurs voraus, wobei die westdeutschen Stellen darauf bedacht waren, diese aus Kostengründen nach Möglichkeit im Herkunftsland abhalten zu lassen. Verpflichtend wurden diese Sprachkurse erst 1958, nachdem sich herausgestellt hatte, dass die Kurse im Herkunftsland nicht ausreichend waren.<sup>153</sup> Auch mit den genauen Lehrinhalten und Betätigungsfeldern befassten die staatlichen Behörden sich nicht. Darüber entschieden die jeweiligen Ausbildungsstellen – was nicht nur dazu führte, dass die einzelnen Praktika sich stark voneinander unterschieden, sondern teilweise zur Folge hatte, dass die Fachkräfte nur als günstige Arbeitskräfte eingesetzt wurden.<sup>154</sup>

Darüber hinaus existierten im Prinzip keine verbindlichen Kriterien für die Teilnehmerauswahl. Die Zielgruppe der Programme war immerhin grob eingegrenzt: die Schulungen richteten sich an junge Männer zwischen 20 und 35 Jahren, die bereits berufliche Vorkenntnisse besaßen.<sup>155</sup> Weibliche Teilnehmerinnen waren in den ersten Jahren schlicht nicht vorgesehen und blieben auch danach

---

**152** Vgl. BACh B 149/6308, BDI: Rundschreiben Nr. 7/57, Betr.: Berufliche Aus- und Weiterbildung ausländischer Praktikanten in deutschen Industriebetrieben, 19.6.1957, S. 1.

**153** Vgl. BACh B 149/6308, Dr. Zöllner (BAVAV): Vermittlung von Praktikanten aus entwicklungsfähigen Ländern, 12.4.1957, S. 5; BACh B 149/6293, o. A.: Niederschrift über die Ergebnisse der Besprechung im „Arbeitskreis für die Aufnahme ausländischer Praktikanten [...]“ am 1.4.1957, undatiert, S. 2; BACh B 149/6293 ORR von Wistinghausen (BMA): Vermerk zum Tagesordnungspunkt 1 der Sitzung des Arbeitskreises des BMA am 3.6.1958, [undatiert], S. 1.

**154** Vgl. PA AA B 94 148, Vente (CDG), Betr.: Ausbildung von 88 ägyptischen Praktikanten in Deutschland, 8.3.1957, S. 5; PA AA B 94 149, K. Sass (CDG): Bericht über das Zwischenseminar der 2. Gruppe II. Jahrgang ägyptischer Praktikanten, 28.8.1958, S. 5.

**155** Vgl. BACh B 149/6308, Dr. Zöllner (Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung): Vermittlung von Praktikanten aus entwicklungsfähigen Ländern, 12.4.1957, S. 5.

deutlich in der Minderheit. Über die Aufnahme in das Programm entschied auf westdeutscher Seite das Auswärtige Amt, nach einer ersten Selektion durch die jeweiligen Auslandsvertretungen. Die Bewerbungsunterlagen gingen aber zunächst bei den Behörden des Partnerlandes ein, sodass diese eine Vorauswahl treffen oder selbst mögliche Kandidaten vorschlagen konnten. Die Auslandsvertretungen hatten häufig keinen persönlichen Kontakt zu den Bewerbern, sondern ermittelten deren Angaben über Fragebögen.<sup>156</sup> In anderen Fällen wiederum tagten bilaterale Auswahlkommissionen in den Herkunftsländern, deren Zusammensetzung variierte. Die westdeutschen Botschaften vor Ort leiteten diese Gremien und luden hierzu Vertreter westdeutscher Firmen und der Internationalen Handelskammer sowie Unternehmer und Arbeitgeberverbände der Partnerländer ein, teilweise waren auch Delegierte der westdeutschen Arbeitsämter vertreten.<sup>157</sup> Welche Kriterien die Kommissionen bei der Auswahl berücksichtigen sollten, war allerdings keineswegs einheitlich festgelegt. Zwar erinnerte Hilger van Scherpenberg die Auslandsvertretungen in einem Rundschreiben daran, „nur besonders qualifizierte Bewerber“<sup>158</sup> auszuwählen. Was darunter genau zu verstehen war, durch welche Qualifikationen oder Charaktereigenschaften sich die zukünftigen „Regierungspraktikanten“ also auszeichnen sollten, blieb aber offen. Diese Entscheidung blieb letztlich dem Ermessen der Sachbearbeiter:innen oder Auswahlkommissionen überlassen.

Einig war sich der Aussprachekreis lediglich darin, dass die Teilnehmer zur „unteren und mittleren Führungsschicht in ihrem Lande“<sup>159</sup> gehören sollten. Denn diesen Gruppen, so die Annahme, fiel es aufgrund ihrer Vorkenntnisse mutmaßlich leichter, das Praktikum zu absolvieren. Außerdem könnten sie im Herkunftsland besser als Multiplikatoren wirken. Und schließlich komme ihre Förderung den westdeutschen Wirtschaftsinteressen entgegen, denn, so argumentierte Landesarbeitsamt-Präsident Adalbert Seifriz, gerade die „künftige[n] leitende[n] Techniker und Betriebsführer in den Entwicklungsländern“ seien relevant für den westdeutschen Export, da „heute der Handel nicht mehr der

---

**156** Vgl. PA AA B 94 148, Graf Posadowsky-Wehner (AA): Vermerk, Betr.: Betreuung ausländischer Praktikanten in Deutschland, 14.11.1957, S. 2f.

**157** Vgl. BArch B 149/6308, Dr. Wagner (BDI): Niederschrift über die Sitzung des Aussprachekreises [...] am 26.11.1956, 4.12.1956, S. 2; BArch B 149/6308, o. A.: Vermerk über die Sitzung vom 13.6.58.

**158** BArch B 149/6293, „Erläuterungen einiger Beispiele für Technische Hilfeleistung“, Anlage zu: van Scherpenberg (AA) an alle diplomatischen und berufskonsularischen Auslandsvertretungen, Betr.: Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern [...], 12.11.1956.

**159** BArch B 149/6308, Aussprachekreis des BDI: Empfehlungen für die Ausbildung ausländischer Praktikanten, [undatiert], S. 2.

Flagge, sondern dem Ingenieur folgt“.<sup>160</sup> Damit griff Seifriz, allerdings ohne dies kenntlich zu machen, die These des Wirtschaftsjournalisten Herbert Gross auf, der schon einige Jahre zuvor in einer Publikation namens „Der Handel folgt dem Ingenieur“ zu eben dieser Erkenntnis gekommen war.<sup>161</sup> Die westdeutschen Pläne zur Erschließung Afrikas, die in den 1950er Jahren Konjunktur besaßen, wirkten sich also auch auf die Gestaltung der Praktikumsprogramme aus.<sup>162</sup>

Tatsächlich wurde „der Ingenieur“ als Programmteilnehmer, neben Gewerbelehrern und landwirtschaftlichen Fachkräften, besonders stark gefördert.<sup>163</sup> Diese Berufe entsprachen den drei Bereichen, die charakteristisch für die westdeutsche Entwicklungspolitik waren und vorerst bleiben sollten: die Vermittlung (technischer) Fachkenntnisse, die Förderung der Landwirtschaft und der Aufbau von Infrastruktur. Faktisch fanden sich diese Schwerpunkte also auch bei der Realisierung der Fortbildungen wieder, obwohl die westdeutschen Stellen anfänglich keine Berufe oder Branchen benannten, die vorrangig gefördert werden sollten, sondern auch hier betonten, dass sie sich von den Wünschen der Partnerländer leiten ließen.<sup>164</sup> Diese allerdings waren gar nicht befragt worden, stattdessen entsprach die Wahl der Berufe und Branchen (Metall- und Eisenindustrie, Automobilindustrie, chemische Industrie und Bergbau) den westdeutschen entwicklungspolitischen Trends.<sup>165</sup>

Aus dem prominent von Seifriz formulierten Ziel, sich einflussreiche (Wirtschafts-)Kontakte im Ausland zu schaffen, ergab sich eine der wenigen Regeln, auf die Bonn während des gesamten Untersuchungszeitraums bestand: Die Rückkehr der Fachkräfte galt als obligatorisch. Das traf keineswegs nur auf die Bundesrepublik zu, auch andere Staaten teilten diese Erwartungshaltung. Denn, so argumentierten sie, der Zweck der entwicklungspolitischen Schulungen, durch den Transfer von Wissen und (technischen) Fähigkeiten zur wirtschaftlichen Entwicklung des Herkunftslandes beizutragen, wäre ansonsten verfehlt wor-

---

**160** BArch B 149/6308, Dr. A. Seifriz: „Ausländische Praktikanten in Baden-Württemberg“ [Artikelentwurf], undatiert [1958], S. 5.

**161** Vgl. Laak: *Imperiale Infrastruktur*, S. 364, FN 55.

**162** Zu zeitgenössischen Erschließungsplänen und deren langer Tradition sowie zum deutschen „Ingenieurmythos“ vgl. ebd., insbes. S. 10, 17, 243–248, 376–378.

**163** Vgl. BArch B 149/6308, Dr. Wagner (BDI): Niederschrift des Aussprachekreises für die berufliche Aus- und Weiterbildung von Ausländern am 21.5.1957.

**164** Vgl. BArch B 149/6293, AA an Dr. Ehmke (BMA), Betr.: Ausbildung ausländischer Praktikanten in der Bundesrepublik, 28.3.1957, S. 2.

**165** Vgl. BArch B 149/6308, Dr. Wagner (BDI): Niederschrift des Aussprachekreises für die berufliche Aus- und Weiterbildung von Ausländern am 21.5.1957, S. 1.



den.<sup>166</sup> Die BRD stellte die Arbeitserlaubnis für Praktikant:innen aus afrikanischen und asiatischen Staaten daher generell nur für die Ausbildungsdauer aus und schloss eine Verlängerung kategorisch aus.<sup>167</sup> Eric Burton bezeichnet diese Erwartung der Rückkehr treffend als „patriotisch-entwicklungspolitische[n] Imperativ“<sup>168</sup> und sieht darin einen Minimalkonsens zwischen den Regierungen im Westen, Osten und Süden, denn auch die aussendenden Staaten setzten auf die Rückkehr der Teilnehmer:innen. Anton Tarradellas spricht für akademische Programme der US-amerikanischen Regierung noch etwas prägnanter vom „development imperativ“<sup>169</sup>, der von den afrikanischen Student:innen forderte, als Teil einer modernisierenden Elite im Herkunftsland zu wirken.

### ***Der erzieherische Ansatz: von „modern men“ und entwicklungspolitischen „Neuerern“***

Das Ziel, mit den Fortbildungsprogrammen eine modernisierende Elite auszubilden, kann nicht nur für die USA konstatiert werden. Trotz der teilweise fraprierenden Konzeptlosigkeit der Bundesregierung kristallisierte sich eine gemeinsame Vorstellung als zentral heraus: Die Praktikumsprogramme waren schwerpunktmäßig auf Männer in technischen und administrativen Berufen ausgerichtet. Diese sollten zu Akteuren der Industrialisierung und Modernisierung aufgebaut werden. Die Fortbildungen waren nicht nur dazu gedacht, den Teilnehmern technische Fähigkeiten zu vermitteln, sie sollten auch deren Verhaltensweisen, Charaktereigenschaften und Wertvorstellungen in einer Art und Weise prägen, die als entwicklungsfördernd angesehen wurde. Damit verfolgten die Schulungen bereits in den ersten Jahren einen klaren erzieherischen Ansatz.

Der Historiker Steffen Dörre hat überzeugend herausgearbeitet, dass dieser „psychosoziale“ entwicklungspolitische Zugang auf Ansätzen der US-amerikanischen Modernisierungstheorien aufbaute, welche die westdeutschen Akteur:innen aber an traditionelle Vorstellungen von deutschen Tugenden anpass-

---

**166** Vgl. für die BRD exemplarisch: BAArch B 145/7406, AA an alle diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen der Bundesrepublik in Entwicklungsländern, Betr.: Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland, 18.5.1961, S. 1. Siehe auch: Lin/David/Rodogno: Fellowship Programs, S. 142 & 150; Perraton: Learning Abroad, S. 33 & 157; Tarradellas: „A Glorious Future“, S. 8.

**167** Vgl. BAArch B 145/7406, AA an alle diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen der Bundesrepublik in Entwicklungsländern, Betr.: Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland, 18.5.1961, S. 2.

**168** Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus, S. 199.

**169** Tarradellas: „A Glorious Future“, S. 11. Siehe zu diesem Entwicklungsauftrag auch: Burton: Navigating global socialism, S. 64.

ten.<sup>170</sup> „Entwicklung“ und „Modernisierung“, so die Grundannahme, könnten nicht allein durch wirtschaftliches Wachstum erreicht werden, ebenso notwendig seien hierfür kulturelle und psychologische Veränderungen der jeweiligen Gesellschaften. Als zentraler Faktor für diesen Prozess galt die Figur des „modern man“. Bereits die frühen US-amerikanischen Modernisierungstheorien imaginierten den „modern man“ gleichzeitig als Ziel wie auch als Voraussetzung der gesellschaftlichen Modernisierung.<sup>171</sup> In einer strikt dichotomen Gegenüberstellung verkörperten die „modern men“ demnach aktive, rationale, leistungsorientierte, effiziente Personen, die in der Lage wären, gesellschaftlichen Wandel anzustoßen. Sie bildeten damit, so die Annahme westlicher wirtschaftswissenschaftlicher und sozioökonomischer Forschung, den Gegensatz zur vermeintlich passiven, fatalistischen, traditionellen Mehrheit im globalen Süden. Hier knüpften die Modernisierungstheorien teilweise an koloniale Konzepte der Zivilisierungsmission an, gaben diesen aber eine neue Wendung, indem sie die männliche Elite der postkolonialen Staaten als treibenden Akteur des gesellschaftlichen Wandels auserkoren.<sup>172</sup>

Der englische Begriff „men“ war dabei keineswegs als geschlechtsneutral zu verstehen. Den westlichen Modernisierungsvorstellungen war auch eine geschlechtliche Dichotomie inhärent. Den Gegensatz zum „modern man“ bildete nicht nur der „traditional man“, sondern noch vielmehr die Frau im globalen Süden, welche *per se* als traditionell galt. Catherine V. Scott zeigt auf, wie frühe westliche Modernisierungsvorstellungen auf die binären Geschlechtermodelle der

---

**170** Vgl. Steffen Dörre: Entwicklung durch Leistungsstreben.

**171** Vgl. ebd., S. 313.

**172** Vgl. ebd., S. 328. Zu den angenommenen Charaktereigenschaften der „modern men“ siehe auch: Michael Adas: Modernization Theory and the American Revival of the Scientific and Technological Standards of Social Achievement and Human Worth, in: David C. Engeman u. a. (Hg.): Staging Growth. Modernization, Development and the Global Cold War, Amherst/Boston 2003, S. 25–45, hier: S. 38 f; Corinna Unger: The United States, Decolonization, and the Education of Third World Elites, in: Jost Dülffer/Marc Frey (Hg.): Elites and Decolonization in the Twentieth Century, Basingstoke, Hampshire/New York 2011, S. 241–261, hier: S. 245. Auf die Vorstellungen von gesellschaftlichem Wandel in den US-amerikanischen Modernisierungstheorien sowie auf dessen ideengeschichtliche Vorläufer in frühen US-amerikanischen Zivilisierungskonzepten und in der europäischen Zivilisierungsmission, aber auch die entscheidenden Differenzen zu letzterer gehen Michael Adas und Michael Latham ein. Vgl. Adas: Modernization Theory, S. 26–37; Michael E. Latham: Introduction: Modernization, International History, and the Cold War World, in: Ders./David C. Engeman/Nils Gilman/Mark H. Haefle (Hg.): Staging Growth. Modernization, Development and the Global Cold War, Amherst/Boston 2003, S. 1–22, hier: S. 3–5. Zum deutschen Ansatz der „Erziehung zur Arbeit“ siehe: Büschel: Hilfe zur Selbsthilfe, S. 130–141.

Aufklärung rekurrierten.<sup>173</sup> Solche gegenderten Annahmen wirkten sich zweifelsohne auch auf die konzeptionelle Ausrichtung und die Realisierung der westdeutschen Praktikumsprogramme aus.

Der „modern man“ als männlicher Agent des gesellschaftlichen Wandels etablierte sich recht schnell als Zielperson der Praktikumsprogramme, allerdings mit einer spezifischen westdeutschen Wendung. Die entscheidenden Impulse dazu gingen wieder einmal nicht auf die verantwortlichen Ministerien zurück, sondern auf nichtstaatliche Organisationen und Wirtschaftsunternehmen. Insbesondere die CDG und die DSE waren hier prägend. Der Volkswirt Rolf Erwin Vente, der als leitender Mitarbeiter der CDG mit den frühen westdeutschen Praktikumsprogrammen befasst war, entwarf nach den ersten praktischen Erfahrungen konzeptionelle Vorschläge zur Zielsetzung der Schulungen sowie zur Auswahl der Teilnehmer. Bezugnehmend auf verschiedene Wirtschaftswissenschaftler wie Gunnar Myrdal, William Arthur Lewis, Jakob Viner, Albert O. Hirschmann und Eugene Staley, aber auch auf die Anthropolog:innen John und Ruth Useem, ging Vente von einem sozioökonomischen Ansatz aus, bei dem erzieherische Überlegungen zentral waren. Vente sah zwei Ziele als essenziell an für die akademischen und berufspraktischen entwicklungspolitischen Schulungen: Zum einen sollten diese bei den Teilnehmern ein „Umdenken“ und „Durchbrechen alter Vorstellungen“<sup>174</sup> bewirken. Das erste Ziel „besteht also darin, den Auszubildenden unmittelbar als Person zu beeinflussen und so mittelbar bestimmte Vorstellungen und Werte im Heimatland des Ausgebildeten zu verändern.“<sup>175</sup> Zum anderen müssten die Schulungen konkretes, technisches „Wissen und Können“<sup>176</sup> vermitteln. Obwohl diese beiden Aspekte zwingend zusammengehörten und nur gemeinsam „Entwicklung“ bewirken könnten, sei von zwei verschiedenen Persönlichkeitstypen auszugehen, die jeweils eines der genannten Ziele vorantreiben könnten. Dementsprechend unterschied Ventes Typologie zwischen dem „Neuerer“ und dem „Techniker“<sup>177</sup>. Auch wenn der Autor ein-

---

**173** Vgl. Catherine V. Scott: *Gender and Development. Rethinking Modernization and Dependency Theory*, Colorado/London 1995, S. 26–29 & 122. Frederick Cooper konstatiert eine enge Verknüpfung von Arbeit, Industrialisierung und Geschlechtervorstellungen auch für die spät-kolonialen Systeme in Afrika. Vgl. Frederick Cooper: *Industrial Man Goes to Africa*, in: Lisa A. Lindsay/Stephan F. Miescher: *Men and Masculinities in Modern Africa*, Portsmouth 2003, S. 128–137, hier: S. 128f & 135.

**174** Rolf E. Vente: *Möglichkeiten und Grenzen der Ausbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer in Industrieländern*, herausgegeben von der Carl Duisberg-Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Institut für Selbsthilfe und Sozialforschung, Bonn 1962, S. 8.

**175** Ebd., Hervorhebung i. O.

**176** Ebd., S. 11.

**177** Ebd., S. 12.

räumte, dass sich in der Realität durchaus Potenziale für beides in einer Person finden könnten, ging er von zwei grundverschiedenen Charakteren aus. Während der „Neuerer“ offen sein solle für neue Erfahrungen, charakterlich nicht gefestigt und unzufrieden mit der Gesellschaftsordnung in seinem Herkunftsland, damit er nach seiner Rückkehr Entwicklungsprozesse anstoßen werde, solle der „Techniker“ eine gefestigte Persönlichkeit besitzen, karriereorientiert sein und bereits praktische Erfahrungen haben.<sup>178</sup> Für den „Neuerer“ seien Probleme bei der Anpassung an das Gastland geradezu erwünscht, um so eine Charakterentwicklung zu bewirken, aber auch ein neues Nationalgefühl zu erzeugen, für den „Techniker“ seien Anpassungsschwierigkeiten hingegen hinderlich. Er solle allerdings im Herkunftsland einen hohen Status besitzen, um nach seiner Rückkehr einen größeren Einfluss garantieren zu können.<sup>179</sup> Vor diesem Hintergrund befürwortete Vente sogar ein gewisses Maß an Klientelismus bei der Bewerberauswahl, um so gezielter „den Status zu berücksichtigen“<sup>180</sup>. Dass die Teilnehmer dabei stets Männer sein sollten, schien so selbstverständlich, dass es nicht einmal explizit erwähnt werden musste.<sup>181</sup>

Rolf Vente formulierte also explizit einen erzieherischen Auftrag der Praktikumsprogramme, der insbesondere für die Figur des „Neuerers“ galt, welche offensichtlich auf den „modern man“ rekurrierte. Neben die Vermittlung technischer Fähigkeiten trat damit auch das Ziel, über psychologische Effekte eine sozioökonomische Veränderung in den afrikanischen und asiatischen Staaten zu bewirken. Dörre zeigt auf, wie verbreitet ähnliche Vorstellungen und Annahmen auch bei anderen Organisationen wie der DSE sowie den westdeutschen Wirtschaftsunternehmen und -verbänden waren. In Wirtschaftskreisen habe sich geradezu eine Obsession für die Beschäftigung mit der Psyche von Menschen aus dem globalen Süden entwickelt, die mit dem westdeutschen Informationsdefizit über die realen Lebensverhältnisse in Afrika und Asien korrespondierte.<sup>182</sup> Ziel der westdeutschen Unternehmen und Verbände sei es gewesen, nicht nur deutsche Waren, sondern auch deutsche Werte zu exportieren, wie „die vermeintlich ‚deutschen‘ Tugenden Fleiß, Disziplin, Ordnungsliebe, vorausschauende Planung und aufopferungsvolle Leistungsbereitschaft.“<sup>183</sup>

---

<sup>178</sup> Vgl. ebd., S. 14 f & 37.

<sup>179</sup> Vgl. ebd., S. 16–18, 28 f, 36. Zum erwünschten Effekt des Ortswechsels siehe auch: Dörre: Entwicklung durch Leistungsstreben, S. 339 f.

<sup>180</sup> Vente: Möglichkeiten und Grenzen, S. 36.

<sup>181</sup> Vgl. Dörre: Entwicklung durch Leistungsstreben, S. 342.

<sup>182</sup> Vgl. ebd., S. 330, 335–338.

<sup>183</sup> Ebd., S. 335.

Der erzieherische Ansatz etablierte sich im Verlauf der ersten Phase. Hierbei wirkten verschiedene ideologische Vorstellungen und Interessen ineinander. Während NGO-Mitarbeiter, wie Rolf Vente oder auch Dieter Danckwortt und Diether Breitenbach von der DSE, Annahmen der frühen westlichen Modernisierungstheorien aufgriffen und mit ihren ersten praktischen Erfahrungen in Einklang brachten, zielten Wirtschaftsbetriebe und -verbände darauf ab, ihre Vorstellungen von unternehmerischen Tugenden zu vermitteln und sich auf diese Weise zukünftige Geschäftspartner heranzuziehen, welche bereits mit deutschen kulturellen Werten vertraut wären. Bei der Einführung der Praktikumsprogramme 1956/57 hatten solche Überlegungen noch keine Rolle gespielt, sie erwiesen sich aber als anschlussfähig an die entwicklungspolitischen Ansätze der Bundesregierung. Insbesondere die Ausrichtung auf junge Männer als Zielgruppe knüpfte nahtlos an bürgerliche Vorstellungen von männlichen und weiblichen „Geschlechtscharakteren“ und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung an, die in der westdeutschen Nachkriegszeit eine Renaissance erlebten.<sup>184</sup>

### ***Die Wahl der Partnerländer***

Die konzeptionelle Zurückhaltung der Bundesregierung zeigte sich auch bei der Wahl der Partnerländer. Statt selbst Schwerpunkte zu setzen, ließ sich das AA auch in diesem Punkt weitgehend von den hereinkommenden Anfragen leiten. Indem das Außenministerium offen verkündete, dass die Anregung zu den Programmen von den kooperierenden Staaten ausging, wollte es Vorwürfe des Neokolonialismus vermeiden.<sup>185</sup> Aber auch intern formulierte das Ministerium nur vage Ziele für die Wahl der Herkunftsländer: Entscheidend sei die Aussicht auf engere politische und wirtschaftliche Beziehungen – eine Floskel, die stets zutreffen konnte. Verbindliche Anforderungen an die Vertragspartner:innen existierten hingegen nicht.<sup>186</sup>

Faktisch kamen viele der Teilnehmer:innen in den ersten Jahren aus europäischen Ländern und zwar aus solchen, die zu diesem Zeitpunkt ebenfalls als „Entwicklungsländer“ galten, wie Italien oder Griechenland. Unter den asiati-

---

**184** Vgl. Karin Hausen: Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1976, S. 363–393; Isabel Heinemann: Die patriarchale Familie als „Keimzelle“ der Demokratie – oder deren größte Bedrohung? Konflikte um den Wert der Familie in der Bundesrepublik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Band 69/4 (2021), S. 701–711.

**185** Vgl. Hein: Die Westdeutschen, S. 56.

**186** Vgl. BAArch B 149/6293, AA an Dr. Ehmke (BMA), Betr.: Ausbildung ausländischer Praktikanten in der Bundesrepublik, Entwurf eines Runderlasses, 28. 3. 1957, S. 1–3 & 5.

schen Staaten hatten Indien und Indonesien die größten Kontingente.<sup>187</sup> Gerade mit Neu-Delhi verbanden Bonn enge wirtschaftliche Beziehungen sowie einige Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit.<sup>188</sup> Hinzu kam, dass sowohl Indien als auch Indonesien politisch einflussreich waren, was sich unter anderem an ihrer führenden Rolle bei der Konferenz von Bandung gezeigt hatte. Bei der Wahl der Partnerländer zeigte sich also erneut die Verknüpfung wirtschaftspolitischer und systempolitischer Interessen.

Der mit Abstand wichtigste Partnerstaat der ersten Jahre und das einzige Land, an dem das AA selbst ein aktives Interesse zeigte, war Ägypten. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass die erste größere Praktikantengruppe aus Ägypten kam.<sup>189</sup> Im Sommer 1956 reisten 106 Gewerbelehrer zur Fortbildung in die Bundesrepublik.<sup>190</sup> Im Jahr 1957 machten die ägyptischen Fachkräfte in den Planungen des AA etwa 9 % der Programmteilnehmer aus. Damit bildeten sie die absolute Mehrheit unter den afrikanischen Teilnehmern, auf die insgesamt 14 % der Plätze entfielen.<sup>191</sup> 1958 lag der Anteil der ägyptischen Praktikanten dann schon bei knapp 40 %.<sup>192</sup> Das große Interesse an einer Fortbildungskooperation mit Ägypten ging ebenfalls sowohl auf wirtschaftliche als auch auf systempolitische Gründe zurück. Bonn und Kairo verbanden traditionell enge wirtschaftli-

---

**187** Vgl. PA AA B 94 148, CDG: Bericht der Geschäftsleitung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai 1957, S. 8; BArch B 149/6293, AA: Aufstellung der vordringlichsten Praktikantenvorhaben, 26.3.1957; PA AA B 94 149, CDG: Kurzbericht über die Tätigkeit der Carl Duisberg-Gesellschaft (bis 22. Mai 1958), S. 5.

**188** Vgl. Unger: Export und Entwicklung.

**189** Auch die Bildungsmigration aus Ägypten nach Deutschland blickt schon auf eine lange Tradition zurück, wenn auch hauptsächlich im akademischen Bereich. Schon im späten 19. Jahrhundert hatte eine zweistellige Zahl ägyptischer Studenten in Deutschland studiert. In den 1920er Jahren waren es bereits etwa 500 Ägypter, die in der Weimarer Republik akademischen Studien nachgingen. Die Reichsregierung befürwortete ihren Aufenthalt. Vgl. Gerhard Höpp: Zwischen Universität und Straße. Ägyptische Studenten in Deutschland 1849–1945, in: Schliephake/Shanneik (Hg.): Die Beziehungen, S. 31–41, hier: S. 31f.

**190** Vgl. BArch B 149/6293, Dr. Kozłowicz (BMA) an den Präsidenten der BAVAV, Betr.: Technische Hilfeleistung für entwicklungsfähige Länder durch Aufnahme ausländischer Praktikanten und Stipendiaten in der Bundesrepublik [Entwurf], 4.9.1956, S. 1.

Zur genauen Anzahl siehe auch: BArch B 149/6308, BDI: Niederschrift über die Sitzung des „Aussprachekreises für die berufliche Aus- und Weiterbildung von Ausländern in der Bundesrepublik“ am 4.1.1957, S. 4.

**191** Vgl. BArch B 149/6308, AA: Praktikantenprogramme (sog. Regierungsprogramme), deren Durchführung feststeht oder im Jahre 1958 möglich werden kann, undatiert [12/1957].

**192** Vgl. BArch B 149/6299, Jamrath (BMA): Vermerk, Betr.: Praktikantenprogramm, 18.3.1959.

che Beziehungen.<sup>193</sup> Darüber hinaus spielte Gamal Abdel Nassers Republik als „führende[ ] arabische[ ] Macht im Nahen Osten“<sup>194</sup> und als wichtiger Vertreter der afro-asiatischen Bewegung auch politisch und geostrategisch eine wichtige Rolle. Gerade nachdem Nasser sich in der Suezkrise (Oktober 1956 – März 1957) der SU angenähert hatte, buhlten nicht nur die Supermächte um die Gunst Ägyptens. Was die Fortbildungsprogramme anging, war das Auswärtige Amt „außerordentlich interessiert an der Aufnahme dieser Ägypter, schon um die Entsendung von Praktikanten in die Länder des Sowjetblocks zu vermeiden oder jedenfalls in engeren Grenzen zu halten.“<sup>195</sup>

Wie sich in den folgenden Kapiteln zeigen wird, war das „Ägypten-Programm“<sup>196</sup> als erstes größeres geschlossenes Programm prägend für die spätere Gestaltung der Schulungen. Insbesondere da den Fortbildungen keine kohärente Konzeption zugrunde lag, entstanden die einzelnen Regeln und Richtlinien erst nach und nach aus der Praxis heraus. Viele gingen daher auf die Erfahrungen zurück, die die westdeutschen Stellen mit den ersten ägyptischen Teilnehmern gemacht hatten. Nach der Aufnahme der ersten ägyptischen Gruppe entschied der Aussprachekreis beispielsweise, sich stärker in die Auswahl der Teilnehmer einzuschalten und dafür gegebenenfalls auch Beamt:innen der ZAV zu den Bewerbungsgesprächen in das Ausland zu entsenden. Die westdeutschen Institutionen und Betriebe hatten sich vor allem am Ausbildungsstand der Praktikanten sowie an deren Arbeitshaltung gestört.<sup>197</sup>

### ***Ausbau und beginnende Vereinheitlichung der Programme***

Dass bereits im Sommer 1956 über 100 Gewerbelehrer aus Ägypten zur Fortbildung in die Bundesrepublik einreisten, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Vermittlungen von „Regierungspraktikanten“ an die Betriebe anfänglich schwierig gestaltete. Die potenziellen Ausbildungsfirmen standen den Programmen skeptisch gegenüber, anders als ihre Interessenvertretungen, die Wirtschaftsverbände. Sie sahen in den ausländischen Fachkräften vor allem eine

<sup>193</sup> Vgl. Ulrich Wurzel: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Ägypten, in: Konrad Schliephake/Ghazi Shanneik (Hg.): Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der arabischen Republik Ägypten, Würzburg 2002, S. 11–20, hier: S. 11 & 14.

<sup>194</sup> André Bank: Regionales System und Machtbalance, URL: <http://www.bpb.de/156615/regionales-system-und-machtbalance> [letzter Zugriff am 12.11.2018, 11:54 Uhr].

<sup>195</sup> BArch B 149/6308, o. A.: Vermerk, 03/1957, S. 3 f.

<sup>196</sup> PA AA B 94 148, CDG: Protokoll über die Beiratssitzung am 24.1.57, 13.2.1957, S. 1.

<sup>197</sup> Vgl. BArch B 149/6308, ORR von Wistinghausen (BMA), Vermerk, Betr.: Sitzung des Aussprachekreises des Bundesverbandes der Deutschen Industrie am 21. 5. 1957, 22. 5. 1957, S. 3; BArch B 149/6308, o. A.: Sitzung des Aussprachekreises vom 17.9.57.



zusätzliche Arbeitsbelastung, die den alltäglichen Betriebsablauf behindern würde.<sup>198</sup> Um die Schulungen auszuweiten, war es also zunächst notwendig, Überzeugungsarbeit zu leisten. Hier wurden in erster Linie die Wirtschaftsverbände aktiv. Im Jahr 1957 initiierten sie eine Werbekampagne, um den Ausbau der Programme zu fördern. Im persönlichen Gespräch versuchten Mitarbeiter:innen des BDI, der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Deutschen Industrie und Handelstag (DIHT), Vertreter:innen einzelner Industriezweige, aber auch die Inhaber:innen kleinerer und mittlerer Betriebe von der Aufnahme der Fachkräfte zu überzeugen.<sup>199</sup> Darüber hinaus warben sie mittels Vorträgen und Rundschreiben für die Programme.<sup>200</sup> Dieses aktive Engagement zeigt noch einmal, wie sehr den wirtschaftlichen Interessenverbänden daran gelegen war, die Fortbildungen zu etablieren und sich darüber Kontakte in den globalen Süden aufzubauen.

Die Überzeugungsarbeit der Wirtschaftsverbände zeigte nach und nach Erfolg. Im August 1958 wusste die CDG zu berichten, dass inzwischen deutlich mehr Fachkräfte in kleinere und mittlere Betriebe vermittelt werden konnten.<sup>201</sup> In diesem Jahr lag die Zahl der „Regierungspraktikanten“ bereits bei 800 Personen, womit sich der Umfang der Schulungen innerhalb von zwei Jahren beinahe verachtacht hatte.<sup>202</sup> Bonn konnte die Praktikumsprogramme also tatsächlich kontinuierlich ausbauen. Im Herbst 1961, und damit am Ende der ersten Phase, befanden sich insgesamt etwa 2.000 staatlich geförderte Praktikant:innen in der BRD.<sup>203</sup> Diese Steigerung war nur deshalb möglich, weil die Bereitschaft der Betriebe stieg, ausländische Fachkräfte aufzunehmen

---

**198** Vgl. B 149/6308, Dr. Zöllner (BAVAV): Vermittlung von Praktikanten aus entwicklungsfähigen Ländern, 12.4.1957, S. 2.

**199** Vgl. BArch B 149/6308, Referat ORR von Wistinghausen (BMA): Vermerk, Betr.: Aussprachekreis des Bundesverbandes der Deutschen Industrie für die berufliche Aus- und Weiterbildung von Ausländern in der Bundesrepublik, 17.4.1957, S. 1.

**200** Vgl. BArch B 149/6308, Referat ORR von Wistinghausen (BMA): Vermerk, Betr.: Sitzung des Aussprachekreises des Bundesverbandes der Deutschen Industrie [...] am 21.5.1957, S. 1 sowie BArch B 149/6308, Niederschrift über Sitzung des Aussprachekreises für die berufliche Aus- und Weiterbildung[...] am 21.5.1957, S. 2; BArch B 149/6308, Rundschreiben 7/57 des BDI an die Mitgliedsverbände und Landesvertretungen, Betr.: Berufliche Aus- und Weiterbildung ausländischer Praktikanten in deutschen Industriebetrieben, 19.6.1957.

**201** Vgl. PA AA B 94 149, K. Sass (CDG): Bericht über das Zwischenseminar der 2. Gruppe II. Jahrgang ägyptischer Praktikanten vom 30.7.–2.8.58, 28.8.1958, S. 7.

**202** Vgl. BArch B 149/6299, Jamrath (BMA): Vermerk, Betr.: Praktikantenprogramm, 18.3.1959.

**203** Vgl. NLA-HStAH, Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 1503, Protokoll über die Sitzung der Unterkommision der Länderkommission für Entwicklungshilfe am 16.10.1961, 26.10.1961, S. 12.



**Tabelle 3:** „Regierungspraktikanten“ (Bund und Länder) in der BRD, 1956–1961.<sup>204</sup>

| 1956 | 1957  | 1958 | 1959  | 1960  | 1961  |
|------|-------|------|-------|-------|-------|
| 106  | k. A. | 800  | k. A. | k. A. | 2.000 |

Parallel zum quantitativen Ausbau der Praktikumsprogramme wirkte die CDG darauf hin, diese sukzessive zu vereinheitlichen. Entscheidende konzeptionelle Initiativen gingen meist von der Betreuungsorganisation aus statt von den zuständigen Ministerien. Die CDG, die in weiten Teilen mit der praktischen Realisierung der Schulungen betraut war, machte die staatlichen Stellen nicht nur regelmäßig auf praktische Missstände aufmerksam, sondern erarbeitete auch erste Richtlinien für die Fortbildungen.<sup>205</sup> Parallel drängte sie über Jahre hinweg darauf, die einzelnen Programme, die sich in ihrer jeweiligen Ausführung deutlich voneinander unterschieden, soweit wie möglich zu vereinheitlichen. Um dies zu gewährleisten, setzte sie sich dafür ein, die Verantwortlichkeit für die Programme auf eine einzige Stelle zu übertragen, statt sie zwischen dem AA und dem BMA aufzuteilen, um so Mehrarbeit, Missverständnisse, Unübersichtlichkeit und Verzögerungen zu vermeiden. Darüber hinaus empfahl sie, die Lohnzahlungen der Betriebe durch einheitliche staatliche „Praktikantenbeihilfen“<sup>206</sup> zu ersetzen und gleichzeitig deutlich zu machen, dass es sich bei den Fortbildungen um ein Ausbildungsverhältnis und nicht um ein Arbeitsverhältnis handele.

Die CDG brauchte einen langen Atem, aber schließlich konnte sie sich mit beiden Forderungen wenigstens partiell durchsetzen. Den Vorschlag, die Programmverantwortlichkeit bei nur einem Ministerium zu konzentrieren, griff das AA im Frühjahr 1959 zumindest dem Anschein nach auf. Das Außenministerium bereitete sich darauf vor, die Programme an das BMA zu übergeben, um alle administrativen Aufgaben in einer Hand zu bündeln.<sup>207</sup> Die eigentliche Übergabe

**204** Vgl. BAArch B 149/6308, BDI: Niederschrift über die Sitzung des „Aussprachekreises für die berufliche Aus- und Weiterbildung von Ausländern in der Bundesrepublik“ am 4.1.1957; BAArch B 149/6299, Jamrath (BMA): Vermerk, Betr.: Praktikantenprogramm, 18.3.1959; NLA-HStA Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 1503, Protokoll über die Sitzung der Unterkommission der Länderkommission für Entwicklungshilfe am 16.10.1961, 26.10.1961, S. 12.

**205** Vgl. BAArch B 149/6308, Dr. Wagner (BDI): Niederschrift über die Sitzung des Aussprachekreises am 26.11.1956, 4.12.1956, S. 2.

**206** PA AA B 94 149, K. Sass (CDG): Bericht über das Zwischenseminar der 2. Gruppe II. Jahrgang ägyptischer Praktikanten vom 30.7.–2.8.58, 28.8.1958, S. 9. Vgl. insgesamt auch: Ebd. S. 5–10.

**207** Vgl. BAArch B 149/6299 ORR v. Wistinghausen (BMA): Vermerk, „Übertragung der Praktikanten-Programme vom Auswärtigen Amt auf das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung“, 6.3.1959, S. 1f.

erfolgte schließlich im Mai 1960. Zusätzlich zur Stellenvermittlung übernahm das BMA nun auch die Koordination mit anderen Organisationen sowie die Abstimmung mit den diplomatischen Auslandsvertretungen.<sup>208</sup> Eine komplette Übertragung der Programme scheiterte allerdings daran, dass das Außenministerium sich weigerte, die grundsätzliche Entscheidung über die Projekte sowie die finanziellen Mittel abzugeben.<sup>209</sup> Praktisch verblieben das entsprechende Budget und die Entscheidung über dessen Verwendung beim AA.<sup>210</sup> Dem BMA oblagen damit vor allem die praktischen Verwaltungsaufgaben. Eine klare Trennung der Zuständigkeiten war so immer noch nicht erreicht.

Erfolgreicher war die CDG auf lange Sicht mit ihrem Vorschlag, einheitliche staatliche Unterhaltszahlungen einzuführen. Anfang des Jahres 1961 einigten sich die Ministerien darauf, den Teilnehmer:innen einen monatlichen Unterhaltszuschuss in Höhe von 400 DM zu zahlen. Hoch qualifizierte Fachkräfte, deren Stellung beispielsweise vergleichbar war mit der eines Oberregierungsrates, konnten sogar 500 DM im Monat erhalten. Diese Entscheidung stellte einen Durchbruch dar: Bonn verpflichtete sich damit erstmals verbindlich zu eigenen staatlichen Zahlungen an die Praktikant:innen und übernahm somit die grundlegende Finanzierung der Programme. Eine Hintertür hielt sich die BRD aber noch offen: Sofern auch die Betriebe ein Entgelt zahlten, stockte sie nur die Differenzsumme zu den 400 DM auf. Aus Sicht der Partnerländer stellte die Entscheidung dennoch eine bedeutsame Veränderung dar, denn ihre Beiträge zum Lebensunterhalt der Praktikant:innen fielen nun weg, was sicherlich auch zur Attraktivität der westdeutschen Programme beitrug.<sup>211</sup>

---

**208** Vgl. ebd., S. 1; BArch B 149/6299, BMI an die obersten Bundesbehörden, Betr.: Übertragung von Aufgaben auf das Bundesverwaltungsamt, 12.4.1960; BArch B 149/6299, Referat Dr. Sicha (BMA) an Referat II a 1 (BMA), Betr.: Übertragung von Aufgaben auf das Bundesverwaltungsamt, 29.8.1960, S. 2.

**209** Vgl. BArch B 149/6299, Jamrath (BMA): Vermerk, Betr.: Praktikantenprogramm, 18.3.1959, S. 1.

**210** Vgl. BArch B 149/6299, BMI an die obersten Bundesbehörden, Betr.: Übertragung von Aufgaben auf das Bundesverwaltungsamt, 12.4.1960, S. 2; BArch B 106/64445, AA an BMA, Betr.: Fortbildungsvorhaben ausländischer Praktikanten aus Mitteln des Entwicklungsfonds in der Bundesrepublik Deutschland, 21.2.1962.

**211** Der Entscheidungsprozess zur Einführung der staatlichen Unterhaltszuschüsse ist nicht dokumentiert. Zum Ergebnis vgl. BArch B 145/7406, Aufzeichnung, Betr.: Ausbildung von Praktikanten in der Bundesrepublik aus Mitteln des Entwicklungsfonds, 11.4.1961, S. 2; BArch B 145/7406, AA an alle diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Ländern, die in die Entwicklungshilfe einbezogen sind; Betr.: – Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland, 15.11.1961, S. 5.

### ***Einbindung der Bundesländer und neue Kompetenzverschiebungen***

Im Januar 1961 kamen schließlich noch weitere Akteur:innen zu dem ohnehin schon unübersichtlichen Netz von Institutionen hinzu, das für die Planung und Realisierung der Praktikumsprogramme zuständig war. Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard drängte die Bundesländer, sich zukünftig an der westdeutschen Entwicklungszusammenarbeit zu beteiligen.<sup>212</sup> Dem Druck der USA nachgebend, die einen höheren entwicklungspolitischen Einsatz der BRD gefordert hatten, hatte Bonn das westdeutsche Budget für die Entwicklungszusammenarbeit 1960 stark angehoben.<sup>213</sup> Erhard wollte die gestiegenen Ausgaben nun auf mehreren Schultern verteilen. Die Praktikumsprogramme schienen sich aus Sicht der Regierung für eine Beteiligung der Bundesländer besonders anzubieten, da diese im Inland organisiert wurden und die Länder somit nicht der bundesdeutschen Außenpolitik in die Quere kommen konnten.<sup>214</sup> Daher einigten sich die Ministerpräsidenten darauf, die Förderung von Praktikant:innen zu einem Schwerpunkt ihrer entwicklungspolitischen Tätigkeit zu machen.<sup>215</sup> Sie gründeten eine eigene „Länderkommission für Entwicklungshilfe“, welche die Beteiligung koordinierte und grundlegende Entscheidungen traf.<sup>216</sup> Darüber beteiligten sich die Bundesländer in der zweiten Phase aktiv an der Gestaltung und Ausrichtung der Fortbildungen.

Als die Länder die Entscheidung trafen, eigene Schulungen zu organisieren, kündigte sich bereits eine institutionelle und konzeptionelle Zäsur an. Etwa parallel zur Einbeziehung der Bundesländer hatte im Parlament die Unzufriedenheit über das Kompetenzdurcheinander in der Entwicklungspolitik einen Höhepunkt erreicht. Die Abgeordneten drängten zunehmend darauf, die west-

---

**212** Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2000/139 Nr. 8, o. A.: Stenografischer Bericht, Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder am 26.1.1961 über die Mitwirkung der Länder an der Entwicklungshilfe, undatiert, S. 71.

**213** Vgl. NLA-HStAH Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 1505, Herzog: Vermerk, Betr.: Finanzministerkonferenz am 3. 11.1960, 4. 11. 1960, S. 1–3 & 10. Siehe auch: Hein: Die Westdeutschen, S. 32f; Lancaster: Foreign Aid, S. 172.

**214** Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2000/139 Nr. 8, o. A.: Stenografischer Bericht, Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder am 26.1.1961 in Bonn über die Mitwirkung der Länder an der Entwicklungshilfe, undatiert, S. 4, 8–12 & 28.

**215** Vgl. NLA-HStAH Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 1503, Länderkommission: „Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe – Beschluß“, undatiert [1962]; NLA-HStAH Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 1503, „Grundsätze für die Arbeit der Länder auf dem Gebiet der Bildungs- und Ausbildungshilfe“, undatiert [1962].

**216** Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2000/139 Nr. 8, o. A.: Stenografischer Bericht, Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder am 26.1.1961 in Bonn über die Mitwirkung der Länder an der Entwicklungshilfe, undatiert, S. 66 & 71.

deutsche Entwicklungspolitik stärker zu koordinieren.<sup>217</sup> Das Interesse an einer besseren Koordinierung der Entwicklungspolitik war einer der Gründe, die dazu führten, dass im November 1961 das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) entstand, und damit das erste „Entwicklungsministerium“ Europas.<sup>218</sup> Spätestens, als das neue Ressort unter Bundesminister Walter Scheel im Juli 1962 die Verantwortlichkeit für die Praktikumsprogramme vom BMA übernahm, begann eine neue Phase der westdeutschen „Regierungspraktikantenprogramme“.<sup>219</sup>

### **Praktikumsprogramme als Türöffner – die „Aus- und Weiterbildung von Bürgern aus den Entwicklungsländern“ in der DDR**

#### ***Entstehung der Aus- und Weiterbildungsprogramme***

Im Frühjahr 1957 war das MAB bereits seit etwa einem Jahr damit befasst, ein entwicklungspolitisches Aus- und Weiterbildungsprogramm zu entwerfen.<sup>220</sup> Zu diesem Zweck hatten die Mitarbeiter eine Beschlussvorlage für den Ministerrat erarbeitet. Die Notwendigkeit des Programms begründeten sie mit der steigenden Nachfrage:

„Im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und im Ministerium für Aussen- und Innerdeutschen Handel, aber auch in anderen Ministerien häufen sich die Anträge, besonders aus befreundeten antiimperialistischen und wirtschaftlich unentwickelten Nationalstaaten, für die Ausbildung und Qualifizierung von Bürgern dieser Staaten in der Deutschen Demokratischen Republik.“<sup>221</sup>

Knapp 300 Anträge hätten die genannten Stellen inzwischen erreicht, erklärten die Staatsangestellten. Die Bewerbungen kämen vor allem aus Indien, Syrien und

---

**217** Vgl. 3. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 118. Sitzung, 22.06.1960, S. 6808 D – 6809 A. Siehe auch: Hein: Die Westdeutschen, S. 45.

**218** Vgl. Michael Bohnet: Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik. Strategien, Innenansichten, Zeitzeugen Herausforderungen, Konstanz/München 2015, S. 37f; Glagow/Stucke: Die Etablierung, S. 22; Hein: Die Westdeutschen, S. 45.

**219** Vgl. BArch B 145/7406, Kätterblitz (BMA) an das BPA, Betr.: Fortbildung von Praktikanten aus Entwicklungsländern mit finanzieller Förderung der Bundesregierung, 13.7.1962.

**220** Vgl. BArch DC 20-I/4 255, Stellvertreter des Ministers f. Handelspolitik KA an Minister Rau (MAI), Betr.: Beschluß über die Berufsaus- oder Weiterbildung für Bürger anderer Staaten in volkseigenen und gleichgestellten Betrieben und Einrichtungen der DDR, 11.9.1957.

**221** BArch, DC 20-I/4 255, MAB: Begründung zum Beschluß über die berufliche Aus- oder Weiterbildung [...], undatiert [8.4.1957], S. 1.

Ägypten, aber auch aus Libyen, Indonesien und Liberia.<sup>222</sup> Auch außerhalb des Arbeitsministeriums fanden die Schulungen einflussreiche Fürsprecher. Johannes König, DDR-Botschafter in Moskau, sah die „Notwendigkeit“<sup>223</sup> der Programme allein schon aus außenwirtschaftlichen Gründen gegeben. Am 12. September 1957 fasste das Präsidium des Ministerrats schließlich den offiziellen Beschluss, das Schulungsprogramm einzurichten, und bekräftigte so das Bestreben, zukünftig mehr ausländische Arbeiter:innen in der DDR weiterzubilden.<sup>224</sup>

Der Präsidiumsbeschluss beinhaltete nicht nur die grundsätzliche Entscheidung, die Schulungen koordiniert auszuweiten, darüber hinaus legte er auch die Zuständigkeiten und konzeptionelle Eckpunkte fest. Das Ziel der „Aus- und Weiterbildungen“ lag primär in der Vermittlung fachlicher Kenntnisse und Fähigkeiten, womit sich die Programme klar von den parallel existierenden Partei- und Gewerkschaftskursen unterschieden, die eher einem Kadertraining glichen.<sup>225</sup> Der programmatische Rahmen der berufspraktischen Schulungen war in der DDR von Anfang an klarer abgesteckt als in der BRD. Die ostdeutschen Fortbildungsprogramme fanden auf der Grundlage von bilateralen staatlichen Verträgen statt.<sup>226</sup> Innerhalb dieses Rahmens schlossen auch die Ausbildungsbetriebe und die Praktikant:innen einen Vertrag miteinander.<sup>227</sup> Als Ausbildungsstellen nahm die SED-Regierung die Volkseigenen Betriebe in die Pflicht und zwar im Zweifelsfall auch ohne das Einverständnis der Be-

---

**222** Vgl. ebd., S. 1f.

**223** BArch DC 20-I/4 255, König: Betr.: Beschluß über die berufliche Aus- und Weiterbildung für Bürger anderer Staaten [...], 10.9.1957. Zu den Positionen Königs siehe: Ingrid Muth: Die DDR-Außenpolitik 1949–72. Inhalte, Strukturen, Mechanismen, Berlin 2000, S. 63 & 313. In der DDR war es üblich, dass die Minister nicht nur einen, sondern mehrere Stellvertreter besaßen.

**224** Vgl. BArch DC 20/647, Präsidium des Ministerrates: Beschluß 63/5 über die berufliche Aus- und Weiterbildung für Bürger anderer Staaten in volkseigenen und gleichgestellten Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, 12.9.1957.

**225** Vgl. u. a. Imanuel R. Harisch: „Mit gewerkschaftlichem Gruß!“ Afrikanische GewerkschafterInnen an der FDGB-Gewerkschaftshochschule Fritz Heckert in der DDR, in: Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien, No. 34 (2018), Vol. 18, S. 77–109.

**226** Vgl. exemplarisch: BArch DE 1/13589, Schwant (SPK): Aktenvermerk über eine Besprechung bei der Abteilung Internationale ökonomische Beziehungen über die Ausbildung von syrischen und ägyptischen Praktikanten in der DDR, 8.9.1958, S. 1; BArch DE 1/21380, Vereinbarung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung Ghanas über die berufliche Aus- und Weiterbildung von Bürgern Ghanas in Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, 16.9.1959 [Abschrift von Abschrift]. Siehe für die 1980er Jahre: Müller: Die Bildungshilfe, S. 53.

**227** Vgl. BArch DC 20/647, Präsidium des Ministerrates: Beschluß 63/5 über die berufliche Aus- und Weiterbildung [...], 12.9.1957, S. 2.

triebsleitung.<sup>228</sup> Die einzelnen DDR-Ministerien hatten den leitenden Institutionen die Zahl der möglichen Ausbildungsplätze zu melden. Die Auswahl der Teilnehmer:innen lag jedoch allein bei den Herkunftsländern. Die Tatsache, dass auch in der DDR gerade zu Beginn überwiegend Männer an den Schulungen teilnahmen, ging also auf Entscheidungen der Partnerstaaten zurück, einen dementsprechenden Beschluss der SED-Regierung gab es nicht. Versuche, den Frauenanteil gezielt zu erhöhen, wie Alena Alamgir es für einige sowjetische Programme feststellt, sind hingegen ebenso wenig übermittelt.<sup>229</sup> Es hat also den Anschein, dass die ostdeutsche Regierung sich in Geschlechterfragen überwiegend indifferent verhielt. Faktisch war der Anteil weiblicher Teilnehmerinnen damit in den ersten Jahren höher als in der Bundesrepublik, welche die Programme explizit auf männliche Fachkräfte ausrichtete und Frauen zu Beginn nur in Einzelfällen zuließ. Die ostdeutsche Regierung verpflichtete sich dazu, sämtliche Schulungskosten zu übernehmen. Außerdem schloss sie Kranken- und Unfallversicherungen für die Fachkräfte ab. Alle weiteren Ausgaben – wie Reise- und Lebenshaltungskosten – sollten die Partnerländer oder die Teilnehmer:innen selbst tragen, sofern dies nicht vertraglich anders geregelt wurde.<sup>230</sup> Diese Kostenaufteilung blieb aber größtenteils Theorie, in der Praxis finanzierte die DDR üblicherweise auch die Lebenshaltungskosten. Die Ausbildungsbetriebe zahlten den Praktikant:innen bis zu 300 Mark aus, was etwa dem Niveau der niedrigsten Lohngruppe für ostdeutsche Facharbeiter:innen entsprach.<sup>231</sup> Der Betrag wurde anschließend von der Staatlichen Finanzkontrolle zurückerstattet.<sup>232</sup> In der Regel waren die Teilnehmer:innen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.<sup>233</sup> An den Miet-

---

**228** Widerstand einzelner Firmen gegen die Aufnahme von Praktikant:innen ist allerdings nur in wenigen Fällen dokumentiert. Ein Beispiel findet sich in: BArch SAPMO DY 30/IV 2–20 373, SED-Bezirksleitung Magdeburg an ZK der SED, Betr: Aufnahme von Syriern im VEB Schwermaschinenbau „Karl Liebknecht“ Magdeburg, 18. 3.1959.

**229** Vgl. Alamgir: *Mobility*, S. 301f.

**230** Vgl. BArch DC 20/647, Präsidium des Ministerrates: Beschluß 63/5 über die berufliche Aus- und Weiterbildung [...], 12.9.1957.

**231** Vgl. BArch DC 20-I/4 255, o. A.: Anordnung zum Beschluß des Ministerrates vom 12.9.1957 über die berufliche Aus- oder Weiterbildung [...], 12.9.1957. Siehe hierzu auch: Helga Stephan/Eberhard Wiedemann: Lohnstruktur und Lohn Differenzierung in der DDR, Ergebnisse der Lohndatenerfassung vom September 1988, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt und Berufsforschung*, 23 (1990), S. 550–562, hier: S. 556.

**232** Vgl. BArch DE 1/13589, Scholz (BBS Elbtalwerk Heidenau): Besprechung über Grundfragen der syrischen Bürger am 21.11.58, 26.11.1958, S. 4f.

**233** Vgl. u. a. BArch DE 1/13589, Schwant (SPK): Vorschlag für die Ausbildung ausländischer Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik, 1.11.1958; BArch DE 1/13589, Scholz (BBS Elbtalwerk Heidenau): Besprechung über Grundfragen der syrischen Bürger am 21.11.58, 26.11.

kosten mussten sich die Praktikant:innen nur mit einem geringen Anteil beteiligen, das Gros der Kosten übernahm ebenfalls der ostdeutsche Staat.<sup>234</sup> Die Herkunftsländer finanzierten *de facto* lediglich die Hin- und Rückreise.<sup>235</sup>

Insgesamt bot die DDR damit sowohl den kooperierenden Staaten als auch den Teilnehmer:innen komfortablere Bedingungen als die BRD. Während Ost-Berlin beinahe alle anfallenden Kosten übernahm, gewährte Bonn nur eine Aufstockung zu den Zahlungen der Betriebe und forderte oft eine Beteiligung der Partnerländer.<sup>236</sup> Die ostdeutsche Großzügigkeit erstaunt, standen der SED-Regierung doch insgesamt deutlich weniger finanzielle Mittel zur Verfügung als der wirtschaftsstarken Bundesrepublik. Dass sie sich dennoch für eine umfassende Finanzierung der Programme entschied, lag vermutlich auch am sowjetischen Vorbild. Die SU zahlte in der Regel ebenfalls alle anfallenden Ausgaben, sogar die Hin- und Rückreisekosten und neue Kleidung für die Teilnehmer:innen – beides Posten die bei den westdeutschen Programmen immer wieder zu Verhandlungen führten.<sup>237</sup>

Über die Frage, welche Stelle die Programme koordinieren und leiten sollte, hatte es im Vorfeld des Beschlusses Diskussionen gegeben. Die Entscheidung war vor allem deshalb nicht einfach zu treffen, da das Zentralkomitee (ZK) plante, das MAB aufzulösen, welches zuvor die Koordination übernommen hatte.<sup>238</sup> Das Ministerium existierte nur noch bis zum 31. Juli 1958.<sup>239</sup> Hinzu kam, dass die Programme sowohl außenpolitischen als auch außenwirtschaftlichen Interessen dienen sollten, sodass prinzipiell das Ministerium für Auswärtige Angelegenhei-

---

1958, S. 3; BArch DE 1/29073, Miller (SPK, Leitung IÖB) an Dr. Wittkowski (SPK, Leitung Versorgung der Bevölkerung), ohne Betreff, 16. 2. 1959.

**234** Vgl. für die frühe Phase exemplarisch: BArch DE 1/13589, Scholz (BBS Elbtalwerk Heidenau): Besprechung über Grundfragen der syrischen Bürger am 21.11.58 im Syrierheim Dresden, undatiert. 1966 legte die SED-Regierung den Anteil der Teilnehmer:innen an den Mietkosten einheitlich auf maximal 10 % ihres Stipendiums fest. Vgl. BArch DM 3/12515, Anordnung über die Finanzierung der beruflichen Aus- oder Weiterbildung von Bürgern aus Entwicklungsländern in der Deutschen Demokratischen Republik vom 13.12.1966, S. 4.

**235** Vgl. Schwab (MfAA): Anordnung über die berufliche Aus- und Weiterbildung von Bürgern anderer Staaten in volkseigenen Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, 20. 5. 1958, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil 1, 1958, S. 486; BArch DE 1/21382, SPK, IÖB: Konzeption für die Ausbildung nationaler Kader der ökonomisch unterentwickelten Nationalstaaten durch die DDR, 18. 8. 1960 [Entwurf], S. 1.

**236** Vgl. BArch B 149/6308, Niederschrift über den Aussprachekreis vom 15. 11. 1957.

**237** Vgl. Mazov: A Distant Front, S. 233.

**238** Vgl. BArch DC 20-I/4 255, Stellvertreter des Ministers für Handelspolitik KA an Rau (MAI), Betr.: Beschluß über die Berufsaus- oder Weiterbildung, 11. 9. 1957.

**239** Vgl. Peter Joachim Lapp: Der Ministerrat der DDR: Aufgaben, Arbeitsweise und Struktur der anderen deutschen Regierung, Opladen 1982, S. 225.



ten (MfAA) wie auch das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI) infrage kamen.<sup>240</sup> Letztlich übertrug das Präsidium des Ministerrats die Federführung dem MfAA.<sup>241</sup> In einigen Punkten war das Außenministerium aber angewiesen, sich mit dem MAI abzustimmen, vor allem hinsichtlich der Verteilung der Ausbildungsplätze.<sup>242</sup> Das Handelsministerium sollte das MfAA außerdem vertreten, wenn es Letzterem nicht möglich wäre, mit einzelnen Staaten Ausbildungsvereinbarungen zu treffen.<sup>243</sup> Wenn potenzielle Partnerländer Verhandlungen mit dem MfAA verweigerten, sollte also der Umweg über das Handelsressort genommen werden. Neben diesen beiden Ministerien übernahmen auch noch andere staatliche Stellen konkrete Aufgaben, sodass letztlich diverse Institutionen in die Programme eingebunden waren. Eine wichtige Rolle spielte auch die Staatliche Plankommission (SPK) als zentrale, staatliche Wirtschaftsplanungsstelle. Insbesondere die Abteilung Internationale Ökonomische Beziehungen (IÖB) der SPK besaß größeren konzeptionellen Einfluss und koordinierte praktisch die Aufnahme der Teilnehmer:innen in die einzelnen Betriebe.<sup>244</sup>

**Tabelle 4:** Zuständigkeiten bei den ostdeutschen Praktikumsprogrammen, 1957 – 1960.<sup>245</sup>

| Institution                                            | Zuständigkeit                                                                                                  | Organisationsform |
|--------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|
| <b>ZK der SED sowie dessen Organe und Kommissionen</b> | Übergeordnete Entscheidungsgewalt                                                                              | Parteiführung     |
| <b>MfAA</b>                                            | <b>Federführung</b> , Abschluss von bilateralen Abkommen, Entscheidung über Grundsatzfragen (zusammen mit SPK) | Ministerium       |

<sup>240</sup> Zur Konkurrenz zwischen dem MAI und dem MfAA siehe: Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen, S. 51–54.

<sup>241</sup> Vgl. BArch DC 20/647, Präsidium des Ministerrates: Beschluß 63/5 [...], 12.9.1957, S. 1; Schwab (MfAA): Anordnung über die berufliche Aus- und Weiterbildung, S. 485.

<sup>242</sup> Vgl. BArch DC 20/647, Präsidium des Ministerrates: Beschluß 63/5 [...], 12.9.1957, S. 1.

<sup>243</sup> Vgl. ebd., S. 2.

<sup>244</sup> Vgl. BArch DE 1/14416, o. A.: Zusammenstellung der wichtigsten Aufgaben der Regierungsorgane der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB bei der Durchführung der beruflichen Ausbildung von Arbeitern und Technikern aus den antiimperialistischen Nationalstaaten im Jahre 1959, undatiert, S. 2f.

<sup>245</sup> Vgl. BArch DC 20/647, Präsidium des Ministerrats: Beschluss 63/5 [...], 12.9.1957, S. 136–138; Schwab (MfAA): Anordnung über die berufliche Aus- und Weiterbildung, S. 485; BArch DE 1/14416, Zusammenstellung der wichtigsten Aufgaben der Regierungsorgane der DDR [...], S. 1f. Zur Einordnung der Organisationsformen vgl. u. a.: Lapp: Der Ministerrat; Stefan Paul Werum: Gewerkschaftlicher Niedergang im sozialistischen Aufbau. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) 1945 bis 1953, Göttingen 2005.



**Tabelle 4:** Zuständigkeiten bei den ostdeutschen Praktikumsprogrammen, 1957–1960.  
(Fortsetzung)

| Institution                                                                       | Zuständigkeit                                                                                                                                                                                                            | Organisationsform                   |
|-----------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------|
|                                                                                   | und Fachministerien), Verteilung der Ausbildungsplätze (zusammen mit MAI), Anleitung und Kontrolle der Auslandsvertretungen, Entscheidung über Streitfälle (zusammen mit Fachministerien und IÖB des SPK)                |                                     |
| <b>MAI</b>                                                                        | Vertretung des MfAA (bei Bedarf), Verteilung der Ausbildungsplätze (zusammen mit MfAA)                                                                                                                                   | Ministerium                         |
| <b>MdF (zusammen mit der Abteilung Haushalt der SPK)</b>                          | Finanzen                                                                                                                                                                                                                 | Ministerium                         |
| <b>SPK, Abteilung IÖB</b>                                                         | Verteilung der Praktikant:innen auf die Betriebe, Klärung von Fragen der Berufsausbildung, Empfehlungen für einheitliche Ausbildung und Betreuung, Entscheidung über Streitfälle (zusammen mit Fachministerien und MfAA) | Zentrales Staatsorgan               |
| <b>Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen (mit Unterstützung des MfV)</b> | Empfang der Teilnehmer:innen in der DDR, Organisation der ersten Unterkunft, Information über die DDR-Gesellschaft, Vorbereitung der Teilnehmer:innen auf ihre Schulungen, Sprachkurse                                   | Staatliche Behörde                  |
| <b>FDGB, Abteilung Internationale Verbindungen</b>                                | Anleitung der Gewerkschaftsleitungen zur Unterstützung der Ausbildungen                                                                                                                                                  | Abteilung des Gewerkschaftsbundes   |
| <b>Einzelne Fachministerien und Fachabteilungen der SPK</b>                       | Unterbringung und Verpflegung der Praktikant:innen, Kontrolle der betrieblichen Ausbildung, Zahlung von Lebenshaltungskosten, Entscheidung über Streitfälle (zusammen mit MfAA und IÖB des SPK)                          | Ministerien und staatliche Behörden |
| <b>FDJ, FDGB, Solidaritätskomitee (ab 1960) u. a.</b>                             | Organisation eigener Schulungen                                                                                                                                                                                          | Gesellschaftliche Organisationen    |

### **Außenpolitische Öffnung**

Die „Aus- und Weiterbildungen für Bürger anderer Staaten“<sup>246</sup>, so die offizielle Bezeichnung der Programme, richtete sich vor allem an die „antiimperialistischen Staaten“<sup>247</sup> in Afrika und Asien. Damit waren die Schulungsangebote Teil einer außenpolitischen Öffnung der DDR, die ein relativ neues Phänomen darstellte. Noch wenige Jahre zuvor hatten die sozialistischen Staaten nur mit Partner:innen kooperiert, die ihnen politisch nahestanden. Nach dem Tod Stalins im Jahr 1953 hatte sich Chruschtschow bereits nach und nach von dieser exklusiven Außenpolitik abgewandt. Den entscheidenden Impuls zur Neuausrichtung gab dann aber die Konferenz von Bandung 1955.<sup>248</sup> Nach der afro-asiatischen Konferenz bemühten sich die Sowjetunion und ihre Verbündeten verstärkt um die Zusammenarbeit mit den jungen postkolonialen Staaten, die nun als potenziell verbündete „antiimperialistische Kräfte“<sup>249</sup> galten.

Auch die SED-Regierung strebte in der Folge gezielt engere Beziehungen mit den afrikanischen und asiatischen Staaten an, um mit deren Hilfe ihr vorrangiges außenpolitisches Ziel zu erreichen, nämlich die Hallstein-Doktrin zu „durchbrechen“.<sup>250</sup> Die Doktrin aber schränkte die außenpolitischen Möglichkeiten der DDR stark ein, da die afrikanischen und asiatischen Staaten sich in der Regel der westdeutschen Sanktionsdrohung beugten. Da die SED-Regierung wegen der wirtschaftlichen Schwäche des Landes nicht in der Lage war, andere Staaten wirtschaftlich an sich zu binden, blieben Ost-Berlin vor allem kulturelle Wege und die „wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit“, um internationale Kontakte zu intensivieren und so die dringend benötigten Verbündeten zu finden.<sup>251</sup> Die

---

**246** BArch DC 20/647, Präsidium des Ministerrates: Beschluß 63/5 [...], 12.9.1957, S. 1.

**247** Ebd. Der Beschluss selbst sprach von „sozialistischen und antiimperialistischen Staaten“, die vorbereitende Korrespondenz verdeutlicht aber, dass die Programme speziell auf die sogenannten Entwicklungsländer ausgerichtet waren. Die zugehörige Anordnung hierzu nannte beispielsweise die Attribute „außereuropäisch“ und „wirtschaftlich unterentwickelt“ für die Zielländer. Siehe: BArch DC 20/647, Präsidium des Ministerrates: Beschluß 63/5 [...], 12.9.1957, S. 1; BArch DC 20-I/4 255, o. A.: Anordnung zum Beschluß des Ministerrates vom 12.9.1957 über die berufliche Aus- oder Weiterbildung [...], undatiert, S. 1; BArch DC 20-I/4 255, Schwab an Wießner, ohne Betreff, 20.6.1957.

**248** Vgl. u. a. Perraton: *International Students*, S. 199.

**249** Engel/Schleicher: *Die beiden deutschen Staaten*, S. 91 & 98; Spanger/Brock: *Die beiden deutschen Staaten*, S. 162.

**250** Spanger/Brock: *Die beiden deutschen Staaten*, S. 160 – 164.

**251** Vgl. Eric Burton: *Socialisms in Development. Revolution, Divergence, and Crisis, 1917–1991*, in: *Journal für Entwicklungspolitik* XXXIII, 3/2017, S. 4–20, hier: S. 11; Wentker: *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 51–54. Zur intensiven Kulturarbeit der DDR in den afrikanischen und asiatischen Staaten siehe u. a.: Joerg Schumacher: *Das Ende der kulturellen Doppelrepräsentation. Die*

Praktikumsprogramme stellten eine relativ kostengünstige Möglichkeit dar, unterhalb der Schwelle der diplomatischen Anerkennung mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten, deren Vertrauen zu gewinnen und die Beziehungen nach und nach auszuweiten.<sup>252</sup> Wie auch im westdeutschen Fall galt die Suche nach politischen Fürsprecher:innen dabei nicht nur den kooperierenden Regierungen, sondern auch den Fachkräften. Dementsprechend ging SPK-Mitarbeiter Schwant optimistisch davon aus, „dass jeder ausländische Bürger, der unseren Staat wieder mit zufriedener Dankbarkeit verlässt, zu einem Freund unserer Arbeiter- und Bauernmacht geworden ist, der einen wichtigen Aktivposten für unsere Republik bedeutet.“<sup>253</sup> Auch wenn die Formulierungen variierten, glichen sich in diesem Punkt also die west- und ostdeutschen Motive. Die Frage, wie die Fachkräfte sich denn zu „Freunden“ des jeweiligen Gastlandes entwickeln sollten, wie sie also vom jeweiligen politischen und gesellschaftlichen System überzeugt werden sollten, beantworteten die beiden Staaten allerdings unterschiedlich. Die Bundesrepublik setzte anscheinend vor allem darauf, dass die vermeintlich positiven Erfahrungen der Teilnehmer:innen in Westdeutschland ausreichen würden. Die Betreuung, welche an die CDG ausgelagert war, umfasste zwar auch politische Informationsveranstaltungen, wurde aber nicht systematisch zur politischen Schulung genutzt. Die Teilnahme an diesen Veranstaltungen war ohnehin gänzlich freiwillig. Die DDR hingegen schrieb der „kulturpolitische[n] Erziehung und Betreuung“<sup>254</sup> von Anfang an große Bedeutung zu. Zuständig für die Betreuung waren die einzelnen Betriebe, sodass die Angebote fest in den Betriebsalltag eingebunden waren. Diese umfassten neben einem Freizeitprogramm, wie dem Besuch von Sportveranstaltungen oder Konzerten, auch die Einbeziehung in

---

Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland und der DDR am Beispiel ihrer Kulturinstitute 1989/90, Frankfurt a. M. 2011.

**252** Vgl. Graewe: Entwicklungspolitische Zusammenarbeit, S. 87. Siehe dazu auch: PA AA MfAA A 16837, o. A.: Unterlagen über eine Besprechung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten über die Planung 1959, [undatiert].

**253** BArch DE 1/13589, Schwant (SPK): Vorschlag für die Ausbildung ausländischer Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik, 1.11.1958, S. 2.

**254** BArch SAPMO DY 30-IV 2-20 39, Begründung zum Beschluß über Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Aus- und Weiterbildung von Facharbeitern aus antiimperialistischen Nationalstaaten und anderen ökonomisch unterentwickelten Gebieten in volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, Anlage zum Schreiben von Kiesewetter (MfAA) an ZK, Abteilung Außenpolitik, ohne Betreff, 21.9.1959, S. 2.

politische Tätigkeiten, Betriebsversammlungen und Demonstrationen. Die konkrete Ausgestaltung war den jeweiligen Betrieben überlassen.<sup>255</sup>

Das Ziel, neue Verbündete zu finden, bestimmte auch die Wahl der Partnerländer. Zunächst nahm die DDR beinahe ausschließlich Fachkräfte auf, die aus den sogenannten Schwerpunktländern kamen. Dieser Begriff bezeichnete Staaten, mit denen Ost-Berlin im Rahmen der „Internationalen Solidarität“ besonders eng zusammenarbeitete. Sie sollten der DDR politisch nahestehen, sodass es möglich sei, sie zur diplomatischen Anerkennung zu bewegen.<sup>256</sup> Mit der Konzentration auf die Schwerpunktländer hoffte die ostdeutsche Regierung, ihre internationale Isolation überwinden zu können. In den 1950er Jahren waren Nordafrika, der Nahe Osten, Indien, Indonesien, Burma, Guinea und der Sudan Schwerpunktreionen beziehungsweise -länder.<sup>257</sup> Auch gegenüber Ghana bemühte sich die DDR um „enge Kontakte“<sup>258</sup>. Die ersten Berufspraktikanten kamen dementsprechend 1958 aus der Vereinigten Arabischen Republik (VAR), zu der Ägypten sich im gleichen Jahr mit Syrien zusammengeschlossen hatte.<sup>259</sup> Auch im folgenden Jahr stellte die VAR das Gros der Teilnehmer:innen.<sup>260</sup> Das entsprach ihrer herausragenden Stellung für die ostdeutsche Außenpolitik. Die sozialistische ägyptische Regierung unter Gamal Abdel Nasser stimmte, nachdem die DDR sie in der Suezkrise unterstützt hatte, als erster außereuropäischer Staat der gegenseitigen Errichtung von Handelsmission zu. Seit 1957 existierte eine ägyptische Handelsvertretung in Ost-Berlin und eine ostdeutsche in Kairo, die 1959

---

**255** Vgl. u. a. BArch SAPMO DY 30/IV 2/20/57, Ritzau/Stumpe (Betriebsberufsschule Heinz Kapelle, Pößneck): Kurzbericht über die bisherigen Erfahrungen in der Ausbildung der guinesischen Staatsbürger, 27.9.1960, S. 2; BArch SAPMO DY 30/IV 2/20/57, Kreisleitung der SED, Kombinat Schwarze Pumpe: Auszug aus dem Informationsbericht vom 9.3.1961 über die im KSP anwesenden Ghanesen, 24.5.1961.

**256** Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 92–94.

**257** Vgl. Spanger/Brock: Die beiden deutschen Staaten, S. 163.

**258** PA AA MfAA 14352, Zur Entwicklung der Beziehungen zu Ghana, 17.12.1957. Vgl. zu den Schwerpunktländern insgesamt: Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 92f; Spanger/Brock: Die beiden deutschen Staaten, S. 163.

**259** Vgl. BArch DE 1/13589, Schwant (SPK): Aktenvermerk über eine Besprechung bei der Abteilung IÖB über die Ausbildung von syrischen und ägyptischen Praktikanten in der DDR, 8.9.1958, S. 1; BArch DE 1/13589, Scholz (BBS Elbtalwerk Heidenau): Besprechung über Grundfragen der syrischen Bürger am 21.11.58 im Syrierheim Dresden, 26.11.1958.

**260** Vgl. PA AA MfAA A 16837, o. A.: Unterlagen über eine Besprechung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten über die Planung 1959, undatiert, S. 1; BArch DC 20-I-4/364, o. A.: Begründung zum Beschlussentwurf, Materialien zur 31. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 11.2.1960.

sogar in ein Generalkonsulat umgewandelt wurde.<sup>261</sup> Die übrigen Praktikant:innen kamen ebenfalls aus Schwerpunktländern: aus Ghana, Indien, dem Irak und Guinea.<sup>262</sup> Ausschlaggebend für die Wahl der Herkunftsländer war also das Potenzial für die Herstellung diplomatischer Beziehungen.<sup>263</sup> Die DDR versuchte, die Praktikumsprogramme als Türöffner zu nutzen, um damit die bilateralen Beziehungen zu intensivieren und letztlich die Anerkennung zu erreichen.

Im Kontext der außenpolitischen Öffnung erfüllten die Programme noch eine weitere Funktion: Die Ausbildung internationaler Fachkräfte konnte als sichtbarer Beweis für internationale Solidarität und praktizierte Völkerfreundschaft des Arbeiter- und Bauernstaates dienen und entfaltete somit auch eine Wirkung nach Innen. Die internationale Solidarität, die in der DDR „Verfassungsrang“<sup>264</sup> besaß, war eng mit dem staatlichen Selbstbild verknüpft. Sie diente auch der Identitätsstiftung und Systemlegitimation.<sup>265</sup> Im Falle der Schulungen veranschaulichten gelegentliche Berichte der Praktikant:innen über den „Freiheitskampf ihres Landes“<sup>266</sup> in der Presse, im Radio oder auf Veranstaltungen die angeblichen Erfolge des globalen antiimperialistischen Kampfes.

Von Beginn an bemühte sich die SED-Regierung intensiv darum, die Schwerpunktländer zum Abschluss von Ausbildungsabkommen zu motivieren. Spätestens nach dem Präsidiumsbeschluss von 1957 trat sie aktiv mit Fortbildungsangeboten an die ausgewählten ausländischen Partner:innen heran und warb für die Programme. Im Fall Ghanas beispielsweise richtete Ministerpräsident

---

**261** Vgl. Rainer A. Blasius: „Völkerfreundschaft“ am Nil. Ägypten und die DDR im Februar 1965. Stenographische Aufzeichnungen aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten über den Ulbricht-Besuch bei Nasser, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Vol. 46 (1998), 4, S. 748 f.

**262** Vgl. BArch DE 1/21380, Vereinbarung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung Ghanas über die berufliche Aus- und Weiterbildung von Bürgern Ghanas in Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik [Abschrift von Abschrift], 16.9.1959; BArch DC 20-I-4/364, Begründung zum Beschlussentwurf, 11.2.1960, S. 2; BArch DE 1/21382, SPK, IÖB: Konzeption für die Ausbildung nationaler Kader der ökonomisch unterentwickelten Nationalstaaten durch die DDR [Entwurf], 18.8.1960, S. 2; BArch, DE 1/1961, Niederberger (SPK) an Göhler (SPK), ohne Betreff, 23.12.1960.

**263** Vgl. Weiser: Zur Bildungshilfe, S. 226. Exemplarisch aus den Quellen: BArch DC 20/15630, Grotewohl an Nkrumah, ohne Betreff, 15.1.1959.

**264** Detlev Brunner: DDR „transnational“. Die „internationale Solidarität“ der DDR, in: Gallus/Schildt/Siegfried (Hg.): Deutsche Zeitgeschichte – transnational, S. 64–80, hier: S. 64. Brunner bezieht sich hier auf die Verfassung von 1974. Aber schon 1958 hatte Walter Ulbricht die internationale Solidarität als erstes seiner zehn Gebote der sozialistischen Moral genannt. Vgl. ebd.

**265** Vgl. ebd., S. 64 f.

**266** BArch SAPMO DY 30/IV 2/20/57, Kreisleitung der SED, Kombinat Schwarze Pumpe: Auszug aus dem Informationsbericht vom 9.3.1961 über die im KSP anwesenden Ghanesen, 24.5.1961.

Otto Grotewohl in Vorbereitung einer ostdeutschen Delegationsreise 1959 ein Schreiben an den ghanaischen Staatschef Kwame Nkrumah. Grotewohl stellte „Hilfe und Unterstützung“<sup>267</sup> für die ghanaische Wirtschaft in Aussicht, konkret nannte er 30 Ausbildungsstellen in ostdeutschen Betrieben. Den Betriebspraktika syrischer und guineischer Fachkräfte waren ebenfalls Angebote der DDR vorausgegangen.<sup>268</sup> Auch die außenpolitische Delegation, die im Januar 1959 unter der Leitung Otto Grotewohls nach Indien, in den Irak und nach Ägypten reiste, um für die Anerkennung der DDR zu werben, setzte sich nebenher für das Zustandekommen von weiteren Aus- und Weiterbildungen ein.<sup>269</sup> Das blieb nicht ohne Erfolg. So wusste Hubertus Bernicke, Sektorenleiter für Elektrotechnik in der SPK im Februar 1959, zu berichten:

„Neben der Ausbildung von ausländischen Bürgern, die auf Grund von Regierungsvereinbarungen zu ihrer fachlichen Qualifizierung zu uns kommen, häufen sich besonders nach der Reise unseres Ministerpräsidenten Gen. Grotewohl die Anträge einzelner Studenten und ausländischer Hochschulen für die Ableistung des Betriebspraktikums in den Produktionsbetrieben der DDR.“<sup>270</sup>

In den ersten beiden Jahren blieb der Umfang der Programme dennoch überschaubar: 143 Praktikant:innen nahmen 1958 und 1959 an der berufspraktischen Ausbildung teil.<sup>271</sup> Ob diese relativ geringe Zahl auf Anlaufschwierigkeiten zurückging oder seitens der SED-Regierung gezielt so geplant war, geht aus den Quellen nicht hervor.

---

**267** BArch DC 20/15630, Grotewohl an Nkrumah, ohne Betreff, 15.1.1959.

**268** Vgl. BArch DE 1/21382, SPK, IÖB: Konzeption für die Ausbildung nationaler Kader der ökonomisch unterentwickelten Nationalstaaten durch die DDR, 18.8.1960 [Entwurf], S. 2.

**269** Für den indischen Fall verdeutlicht Johannes Voigt allerdings, dass der initiale Impuls für die Aufnahme indischer Student:innen und Praktikant:innen bereits zwei Jahre zuvor von der indischen Seite ausgegangen war. Vgl. Johannes H. Voigt: Die Indienpolitik der DDR. Von den Anfängen bis zur Anerkennung (1952–1972), Köln 2008, S. 252–258. Für den Zeitpunkt der Reise siehe Dierk Hoffmann: Otto Grotewohl. Eine politische Biographie, München 2009, S. 638f; Hermann Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen, S. 175f. Spanger und Brock geben fälschlicherweise den November 1959 als Reisetermin an. Vgl. Spanger/Brock: Die beiden deutschen Staaten, S. 163.

**270** Vgl. BArch DE 1/13589, Bernicke (SPK) an Miller (SPK, IÖB), Betr.: Fachliche Ausbildung und Praktikantentätigkeit ausländischer Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik, 20.2.1959.

**271** Vgl. BArch DC 20-I-4/364, MfV: Begründung zum Beschlussentwurf, Materialien zur 31. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 11. Februar 1960, S. 1.

**Tabelle 5:** Internationale Praktikant:innen in der DDR, 1959 – 1961.<sup>272</sup>

| 1959 | 1960 | 1961 |
|------|------|------|
| 143  | 162  | 185  |

***Der wirtschaftliche Impetus***

Neben diesen politischen Zielsetzungen verfolgte Ost-Berlin ähnlich wie Bonn von Beginn an auch wirtschaftliche Interessen mit den Programmen. Schon im September 1957 hatte Johannes König (MfAA) darauf hingewiesen, dass die Fachkräfte „in erster Linie nach handelspolitischen Gesichtspunkten“<sup>273</sup> ausgewählt würden. Auch ein Blick auf die Ausbildungsbranchen bestätigt die ökonomische Ausrichtung. Die DDR legte die Bereiche gemeinsam mit den Regierungen der Herkunftsländer fest. In den ersten Jahren lag der Schwerpunkt eindeutig auf dem Maschinenbau und der Lebensmittelindustrie. In diesen beiden Bereichen wurden die meisten Fachkräfte ausgebildet, zumeist in handwerklichen und technischen Berufen.<sup>274</sup> Oft koppelte Ost-Berlin die Betriebspraktika an den kommerziellen Export von Industrieanlagen oder aber an deren Ausfuhr im Rahmen der ostdeutschen Solidaritätsleistungen.<sup>275</sup> So bildete der VEB Stahlbau und Verzin-

**272** BArch DC 20-I-4 364, o.A.: Berechnung für die aus dem Lohnfonds im Jahre 1960 benötigten Mittel, undatiert [12/1959]; BArch DE 1/21382, SPK, Abteilung IÖB: Konzeption für die Ausbildung nationaler Kader der ökonomisch unterentwickelten Nationalstaaten durch die DDR, 18.8.1960 [Entwurf], S. 2; BArch DE 1/21382, SPK, Abteilung IÖB: Überblick über die Aus- und Weiterbildung von Bürgern nationaldemokratischer Staaten in Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik, 29.9.1961, S. 1.

**273** BArch DC 20-I/4 255, König (MfAA): Betr.: Beschluß über die berufliche Aus- und Weiterbildung [...], 10.9.1957, S. 2.

**274** Vgl. BArch DE 1/13589, Scholz (BBS Elbtalwerk Heidenau): Besprechung über Grundfragen der syrischen Bürger am 21.11.58, 26.11.1958; BArch DE 1/29073, Zorn (SPK) an Niedergesäß (SPK), Betr.: Betriebspraktikum ägyptischer Lehrer, 5.12.1958; BArch DE 1/29073, Miller (SPK, Leiter IÖB) an Dr. Wittkowski (SPK, Leiter Versorgung der Bevölkerung), ohne Betreff, 16.2.1959. Daneben waren auch Gewerbelehrer und Funktechniker stark vertreten. Vgl. BArch DE 1/29073, Ali-Amin Helal und Mohamed Mokhtar an das Staatssekretariat (MfV), Betr.: Unseren Studienaufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik, 14.8.1959; BArch, DE 1/21380, Neidhardt (MfV) an Wiesenfeldt, (SPK, IÖB), Betr.: Weiterbildung von 19 Bürgern aus Ghana, 17.11.1960.

**275** Vgl. Schulz: Development Policy, S. 150 f. Als Quellenbelege siehe exemplarisch: BArch DE 1/1961, Treptow (VEB INEX Berlin, Industrieanlagen-Export) an Schomburg (SPK, Leiter Schwermaschinenbau), Betr.: Ausbildung ägyptischer Fachkräfte in der DDR, 25.7.1959; BArch DE 1/21380, 4. AEA: Maßnahmenplan für die Unterstützung des Genossenschaftswesens in Ghana, 13.2.1960, S. 2.

kerlei Leipzig beispielsweise drei Ägypter aus, die anschließend vor Ort in einer Feuerverzinkerei für Stahlmaste von Hochspannungsleitungen arbeiten sollten, welche von der DDR produziert worden war.<sup>276</sup> Auch hinsichtlich der Ausbildung ägyptischer Gewerbelehrer betonte die SPK, dass die Schulung „in politisch-ökonomischer Hinsicht für uns besonders bedeutungsvoll“<sup>277</sup> sei. Es gelte, „den Praktikanten eine genaue Kenntnis aller technischen Erzeugnisse zu vermitteln, die von der DDR nach Ägypten exportiert werden.“<sup>278</sup>

Damit griffen verschiedene entwicklungspolitische und handelspolitische Instrumente ineinander: Den Anlagenexport subsummierten die ostdeutschen Stellen zwar häufig unter die Maßnahmen der „solidarischen Hilfe“, er erfolgte aber üblicherweise zu kommerziellen Bedingungen oder aber im Rahmen von Kreditabkommen.<sup>279</sup> Die Kopplung von Anlagenexport und Praktikumsprogrammen hatte erstens pragmatische Gründe – sicherlich war es sinnvoll, wenn für die gelieferten Anlagen auch Fachkräfte zur Verfügung standen, die diese bedienen konnten –, zweitens sollten sie den ostdeutschen Export ankurbeln und drittens schonte dieses Vorgehen die ostdeutschen Devisen. Insofern ist Ulf Engel und Hans-Georg Schleicher zumindest für den Bereich der Praktikumsprogramme zu widersprechen, wenn sie behaupten, dass ökonomische Interessen in der Afrikapolitik der DDR in den 1950er Jahren beinahe keine Rolle gespielt hätten.<sup>280</sup> Denn in der konkreten Zusammenarbeit mit den Staaten, die sie nach politischen Kriterien ausgewählt hatte, ging es der ostdeutschen Regierung durchaus auch darum, den Außenhandel auszuweiten.

### ***Erste praktische Erfahrungen***

Trotz der klareren Konzeption, die den ostdeutschen Programmen zugrunde lag, brachten die ersten Schulungen auch in der DDR eine ganze Reihe an praktischen

---

**276** Vgl. BArch DE 1/1961, Treptow (VEB Industrieanlagen-Export Berlin) an Schomburg (SPK), Betr.: Ausbildung ägyptischer Fachkräfte in der DDR, 25.7.1959. Siehe für den Export in anderen Bereichen auch: DE 1/29073, Treptow (VEB Industrieanlagen-Export Berlin) an Klevesath (SPK), Betr.: Ausbildung ägyptischer Fachkräfte in der DDR, 25.7.1959.

**277** BArch DE 1/13589, Schwant (SPK, Sektor Elektrotechnik): Aktenvermerk über eine Besprechung bei der Abteilung Internationale ökonomische Beziehungen über die Ausbildung von syrischen und ägyptischen Praktikanten in der DDR, 8.9.1958.

**278** Ebd.

**279** Vgl. Hans Siegfried Lamm/Siegfried Kupper: DDR und Dritte Welt, Wien 1976, S. 104 f; Schulz: Development Policy, S. 150 f. Für Anlagenlieferungen als Teil der Kreditabkommen vgl. exemplarisch: GH/PRAAD/ RG 7/1/1970, K.K. Apeadu (Development Secretary) an Kurt Enkelmann (MAI), ohne Betreff, 10.7.1961 [Kopie].

**280** Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 91.



Problemen mit sich. Die Vielzahl an Konflikten war geradezu charakteristisch für die frühe Phase der Programme. Die Auseinandersetzungen zwischen den – zu meist syrischen und ägyptischen – Praktikanten einerseits und den ostdeutschen Behörden andererseits entbrannten an verschiedenen Aspekten wie der Zuweisung der Ausbildungsbereiche, der Unterbringung im Heim, der Essenversorgung oder der Genehmigung von Büchergeld.<sup>281</sup> Auch sprachliche Schwierigkeiten bei der Ausbildung wurden deutlich.<sup>282</sup> Das Ministerium für Volksbildung führte diese Probleme unter anderem darauf zurück, „daß die zuständigen Organe für die Durchführung dieser Aufgaben nur wenig praktische Erfahrungen hatten“<sup>283</sup>.

Insbesondere die Frage der Wohnunterkunft entwickelte sich – wie im Westen auch – zum Zankapfel der Weiterbildungen (siehe Kap. 1.3). Schon vor der offiziellen Einrichtung der Programme hatte der damalige Minister für Kultur, Johannes R. Becher, das MAB gewarnt, dass sich die Wohnraumsuche, gerade für Gruppen, oft als schwierig erweise.<sup>284</sup> Tatsächlich beschwerten sich viele Fachkräfte über die ihnen zugewiesene Unterkunft.<sup>285</sup> Auf der anderen Seite kündigten Vermieter:innen nach nicht näher benannten Unstimmigkeiten den bei ihnen lebenden Praktikant:innen vorzeitig.<sup>286</sup> Die entstandenen Konflikte – auch über andere Streitpunkte – waren teilweise so tiefgreifend, dass einige Programme vorzeitig abgebrochen wurden.<sup>287</sup> Manche Fachkräfte reisten aus eigener Initiative vorzeitig ab, in anderen Fällen kam es sogar zur Ausweisung der Teilnehmer:innen. Dies war zwar nicht die Regel, kam aber immerhin so häufig vor, dass die SPK

---

**281** Vgl. u. a. BArch DE 1/13589, Scholz (BBS Elbtalwerk Heidenau): Besprechung über Grundlagen der syrischen Bürger am 21.11.58, 26.11.1958; BArch DE 1/13589, Bernicke (SPK, Leiter Sektor Elektrotechnik) an Miller (SPK, IÖB), Betr.: Fachliche Ausbildung und Praktikantentätigkeit ausländischer Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik, 20.2.1959; BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 373, Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen (ZK der SED) an MfAA, Länderreferat VAR, Betr.: Syrische Arbeiter in der DDR, 10.4.1959; BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 373, Kiewewetter (MfAA) an Schwotzer (ZK der SED), Betr.: Syrische Praktikanten in der DDR, 16.4.1959.

**282** Vgl. BArch DE 1/13589, Bernicke (SPK, Abt. Maschinenbau) an Handke (MfAA), Betr.: Vorschlag für die Ausbildung ausländischer Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik, 6.11.1958.

**283** BArch DC 20-I-4/364, MfV: Begründung zum Beschlussentwurf, Materialien zur 31. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 11. Februar 1960, S. 1.

**284** Vgl. BArch DC 20-I/4 255, Johannes R. Becher (Minister für Kultur) an Wießner (MAB), Betr.: Beschlußentwurf über die berufliche Aus- oder Weiterbildung [...] 5/1957 [Eingang 17.5.1957].

**285** Vgl. BArch DE 1/13589, Stöhr (Hauptdirektor, VVB Elektromaschinen) an Bernicke (SPK, Abt. Maschinenbau), Betr.: Syrische Facharbeiter, 15.1.1959.

**286** Vgl. BArch DE 1/13589, Bernicke (SPK, Abt. Maschinenbau) an Handke (MfAA), Betr.: Ausbildung syrischer Bürger in der DDR, 20.1.1959.

**287** Vgl. u. a. ebd.

und das MfAA im Sommer 1959 festlegten, wie zu verfahren sei, wenn Praktikant:innen „aufgrund ihres Verhaltens aus der DDR ausgewiesen werden müssen“<sup>288</sup>.

Die SED-Regierung reagierte vergleichsweise schnell auf die Probleme. Im Sommer 1959, also nur etwa eineinhalb Jahre nach der Einrichtung der Programme, trat eine Kommission unter dem Vorsitz des MfAA zusammen, um die Praktikumsprogramme zu evaluieren und die entstandenen Schwierigkeiten zu beheben.<sup>289</sup> Die staatlichen Stellen kamen zu dem Schluss, dass insbesondere die vielen beteiligten Verwaltungsstellen die Organisation der Weiterbildungen erschwert hätten.<sup>290</sup> Um die Schulungen tatsächlich einheitlicher zu gestalten und die direkte Kommunikation mit den Betrieben zu erleichtern, sollten die Programme an eine zentrale Stelle übergeben werden.<sup>291</sup> Schließlich entschieden das MfAA und die Außenpolitische Kommission des ZK, die Federführung dem Ministerium für Volksbildung zu übergeben. Dieses übernahm die leitende Zuständigkeit Anfang 1960, realisierte die Aus- und Weiterbildungen aber in Zusammenarbeit mit der SPK.<sup>292</sup> Diese organisatorische Neuausrichtung markiert formal das Ende der ersten Phase.

---

**288** BArch DE 1/21882, Wiesenfeldt (SPK, IÖB): Aktennotiz über eine Besprechung beim MfAA, Konsularabteilung, bezüglich der Behandlung von ausländischen Arbeitern (6.6.1959), 6.8.1959, S. 1.

**289** Vgl. BArch SAPMO DY 30/IV 2 20/57, Cuneus (MfAA) an Markowski (ZK der SED, Abteilung Außenpolitik), Betr.: Berufsausbildung von Arbeitern und Technikern aus antiimperialistischen Nationalstaaten, 28.5.1959. Die Kommission setzte sich zusammen aus dem MfAA, der SPK, IÖB, dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, dem MfV, dem MdF und dem Bundesvorstand des FDGB. Vgl. ebd.

**290** Vgl. BArch SAPMO DY 30/IV 2 20/57, o. A.: Entwurf für die Kommission „Berufliche Ausbildung von Arbeitern und Technikern aus den antiimperialistischen Nationalstaaten“, Betr.: Einschätzung der bisherigen Arbeit zu diesem Gebiet und Vorschläge zur Verbesserung 19.5.1959, S. 3.

**291** Vgl. ebd., S. 5.

**292** Vgl. BArch DE 1/1961, Opitz (SPK) an Schomburg (SPK, Leiter Schwermaschinenbau), ohne Betreff, 26.10.1959; BArch DC 20-I-4/364, Auszug aus dem Beschlußprotokoll der Außenpolitischen Kommission [des ZK der SED], Betr.: Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Aus- oder Weiterbildung [...], 10.8.1959 [Abschrift]; BArch DC 20-I-4/363, Präsidium des Ministerrates: Beschluss über Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Aus- oder Weiterbildung von Facharbeitern aus antiimperialistischen Nationalstaaten und anderen Entwicklungsländern in volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, 11.2.1960.

## 1.2 Zögerlicher Beginn – die frühe Fortbildungskooperation zwischen Ghana und den beiden deutschen Staaten

Ghana war nach Ägypten das zweite Land, das Ausbildungsangebote in beiden deutschen Staaten wahrnahm.<sup>293</sup> Bereits Anfang 1959 absolvierten erste ghanaische „Regierungspraktikanten“ eine Ausbildung in der Bundesrepublik.<sup>294</sup> Noch im gleichen Jahr vereinbarte Accra mit Ost-Berlin die Entsendung von 30 Berufspraktikant:innen in die DDR.<sup>295</sup> Indem die ghanaische Regierung sowohl mit West- als auch mit Ostdeutschland zusammenarbeitete, entstand eine Dreiecks-konstellation, in der die BRD und die DDR miteinander konkurrierten. Die Forschungsliteratur betrachtet die Beziehungen zwischen Ghana und den beiden deutschen Staaten bisher hauptsächlich vor dem Hintergrund des Kalten Krieges. Das gängige Narrativ lautet, dass Bonn und Ost-Berlin um die Gunst Accras buhlten, um so ihre Position im Ost-West-Konflikt zu verbessern. Diese Konkurrenz habe sich insbesondere in der Entwicklungspolitik und der kulturellen Zusammenarbeit niedergeschlagen – also genau in den beiden Bereichen, zu denen auch die Praktikumsprogramme zählten.<sup>296</sup> Das vorliegende Kapitel prüft daher, inwiefern sich die systempolitische Rivalität auch auf die Fortbildungskooperation auswirkte und wie Ghana sich dazu verhielt. Dabei untersucht es gleichzeitig, welche anderen Faktoren die Zusammenarbeit bestimmten.

Die Schulungsangebote der Bundesrepublik und der DDR stellten für die Regierung in Accra nur zwei Möglichkeiten unter vielen dar. Mit der BRD hatte die Goldküste schon Mitte der 1950er Jahre erste Erfahrungen in der Bildungs-ko-

---

**293** Die ersten ägyptischen Praktikanten kamen Ende 1958 in die DDR. Vgl. BArch DE 1/13589, Schwant (SPK): Aktenvermerk über eine Besprechung bei der Abteilung Internationale ökonomische Beziehungen über die Ausbildung von syrischen und ägyptischen Praktikanten in der DDR, 8.9.1958.

**294** Vgl. HHStAW 502–11647a, Reuß (Staatssekretär, Wirtschaftsministerium Hessen) an Zinn (Ministerpräsident), Betr.: Ghana, 27.2.1959 sowie als Anlage: Foto dpa: „Afrikanische Eisenbahner lernen in Kassel“. Die eingesehenen Quellen dokumentieren die Ausbildung ghanaischer Fachkräfte erstmalig für 1959. Pläne, Praktikanten aus der Goldküste aufzunehmen, gab es schon im März 1957. Daher ist es möglich, dass die Programme für Ghana schon vor 1959 anliefen. Vgl. BArch B 149/6293, AA: Aufstellung der vordringlichsten Praktikantenvorhaben, 26.3.1957. Siehe auch: BArch B 149/6308, Anlage zum Protokoll des Aussprachekreises vom 17.12.1957, Betr.: „Praktikantenprogramme (sog. Regierungsprogramme), deren Durchführung feststeht oder im Jahre 1958 möglich werden kann“.

**295** Vgl. BArch DE 1/21380, Abschrift: Vereinbarung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung Ghanas über die berufliche Aus- und Weiterbildung von Bürgern Ghanas in Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, 16.9.1959.

**296** Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 37, 99f, 103, 181–219; Kilian: Die Hallstein-Doktrin, S. 67–83; Landricina: Nkrumah and the West, S. 268f.

operation gesammelt. Das *Cocoa Marketing Board* schickte einige Studenten mit ghanaischen Regierungsstipendien nach Westdeutschland.<sup>297</sup> Darüber hinaus war Bonn der dritt wichtigste Handelspartner Accras. Die Bundesregierung kaufte insbesondere Kakao in großen Mengen und war somit die zweitgrößte Abnehmerin von Ghanas Hauptexportprodukt.<sup>298</sup> Die westdeutsche Kakaoabnahme war so groß, dass Ghana gegenüber der BRD über eine positive Handelsbilanz verfügte.<sup>299</sup> Die Wirtschaftskontakte nach Westdeutschland waren also ausgesprochen wichtig für Ghana.

Mit der DDR hatte die CPP vor der Dekolonisation noch keine Vorerfahrungen im Bereich der Fortbildungskooperation gesammelt. Auch bestanden keine engen Wirtschaftskontakte. So hatten Bonn und Ost-Berlin deutlich ungleiche Startvoraussetzungen. Nichtsdestotrotz verhandelte Nkrumahs Regierung bereits wenige Monate nach der Unabhängigkeit mit *beiden* deutschen Staaten über die Fachkräfteausbildungen. Zur Einführung bilateraler Fortbildungsprogramme kam es aber erst zwei bis drei Jahre später, denn in beiden Fällen trat Ghana aus unterschiedlichen Gründen zunächst zurückhaltend auf.

## Ghana und die BRD: der späte Start der gemeinsamen Fortbildungsprogramme

### *Unergiebige Kontaktaufnahme*

Etwa ein halbes Jahr nach der Unabhängigkeitsfeier, Ende September 1957, war eine erste westdeutsche Wirtschaftsmission in Accra zu Gast. Im Auftrag des AA lotete sie aus, inwiefern sich eine intensivere wirtschaftliche Kooperation mit Ghana lohnen würde. Im Rahmen dieses Besuchs sprachen beide Seiten erstmals über eine mögliche bilaterale Bildungskooperation. Die CPP-Regierung, so berichteten die westdeutschen Delegierten im Anschluss an die Reise, sei sehr an Fortbildungen in Übersee interessiert. Inlands- und Auslandsschulungen zählten zu den fünf großen Entwicklungszielen Ghanas.<sup>300</sup> Die westdeutschen Vertreter

<sup>297</sup> Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/571, Ministry of Education: Statistics of Government and Other Scholarships Held by Ghanaians at Universities and Colleges, 1.3.1958. Siehe auch: Leney: Decolonisation, S. 324.

<sup>298</sup> Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 216; Landricina: Nkrumah and the West, S. 268; Langer: Die Außen- und Entwicklungspolitik, S. 47–49.

<sup>299</sup> Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation (Hg.): Merkblätter für den deutschen Außenhandel: Ghana, Köln 1963, S. 18; Langer: Die Außen- und Entwicklungspolitik, S. 45 & 49.

<sup>300</sup> Vgl. BARCH B 116/21748, H. Hansen: Report of the German Economic Study Mission which stayed in Ghana from 24.9. to 1.10.1957, Hamburg, January 1958. Die weiteren großen Entwicklungsziele seien der bessere Absatz von Rohstoffen, die gesteigerte Gewinnung von Rohstoffen, der Aufbau einer Leichtindustrie und verstärkte ausländische Investitionen. Vgl. ebd.

äußerten sich aber zurückhaltend zu engeren Wirtschaftsbeziehungen. Auch Fortbildungsprogramme für Ghanaer sahen die Delegierten skeptisch. Fortbildungen seien zwar notwendig für den Entwicklungsprozess, sollten aber überwiegend im Herkunftsland stattfinden. Das würde Sprachprobleme vermeiden und garantieren, dass die Kurse an die lokalen Umstände angepasst wären. Schulungen in der BRD könnten daher nur eine Ergänzung zu den Maßnahmen vor Ort darstellen.<sup>301</sup> Diese Argumentation kontrastiert bemerkenswert mit dem Vorgehen in den 1960er Jahren. Auch wenn die sachlichen Gründe vielleicht stichhaltig waren, ist also davon auszugehen, dass die westdeutschen Wirtschafts- und Regierungsvertreter kein gesteigertes Interesse an einer wirtschaftlichen oder entwicklungspolitischen Kooperation mit Ghana besaßen.<sup>302</sup>

Ob dies auf der ghanaischen Seite anders aussah, ist unklar, auch wenn die westdeutschen Delegationsteilnehmer von einem starken Interesse Accras an den Schulungen ausgingen. Die internen ghanaischen Dokumente zum Delegationsbesuch formulierten jedenfalls keine eigenen Interessen an einer erweiterten wirtschaftlichen oder entwicklungspolitischen Kooperation.<sup>303</sup> Auch spätere Quellen lassen darauf schließen, dass zumindest Teile der Regierung die Zusammenarbeit mit Bonn nur langsam angehen und es keinesfalls mit gemeinsamen Projekten überstürzen wollten.<sup>304</sup> Denn Nkrumahs Regierung war zwar auf Auslandsschulungen und internationale finanzielle Unterstützung angewiesen, aber die BRD war dabei nicht ihre bevorzugter Kooperationspartnerin.<sup>305</sup> Andere Staaten lagen als Partner:innen näher: Großbritannien und die USA, mit denen Accra schon wesentlich mehr Erfahrungen im Bildungsaustausch gesammelt hatte, sowie die anderen Staaten des *Commonwealth*, zu dem auch Ghana ge-

---

**301** Vgl. ebd.

**302** Auch der Umstand, dass Bonn sich zu diesem Zeitpunkt noch sehr bemühte, keinen zu großen Einfluss in Ghana aufzubauen, um nicht in Konkurrenz mit der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien zu treten, mag eine Rolle gespielt haben. Vgl. Matteo Landricina: Deutsch-deutscher Gegensatz am Volta. Kwame Nkrumahs Ghana aus der Sicht der Bundesrepublik, in: Historische Zeitschrift, Vol. 304 (2017), S. 370 – 379, hier: S. 371 – 373; ders.: Nkrumah and the West, S. 268, 273 & 275.

**303** Vgl. die gesamte Akte: GH/PRAAD/RG 7/1/2166 German Goodwill Mission to Ghana. Hieraus insbesondere: J. E. Parkinson (Ministry of Trade and Development) an Permanent Secretary (Ministry of Finance) u. a., Betr.: German Goodwill Mission, 2.9.1957; Notes for a short introductory speech by the Minister of trade and development at the meeting with the German Goodwill Mission on Wednesday, the 25th September, 1957. To discuss the economic problems of Ghana.

**304** Vgl. GH/PRAAD/RG 6/3/14, P.A.S.: P.S., without subject, 27.11.59.

**305** Vgl. Gocking: The History of Ghana, S. 118 & 126 f.

hörte.<sup>306</sup> Hier erleichterten die gemeinsame Sprache und ein ähnliches Bildungssystem die Zusammenarbeit. Vor diesem Hintergrund blieben die ersten Gespräche über Praktikumsprogramme in der BRD unergiebig. Bis 1960 liefen keine bundesdeutsch-ghanaischen Schulungen an. Die einzige Ausnahme bildeten zwölf Fortbildungen, welche die hessische Landesregierung arrangiert hatte.<sup>307</sup> Die ungewöhnliche Zusammenarbeit zwischen Accra und Wiesbaden kam durch einen Zufall zustande und entwickelte schnell mehr Elan als die Beziehungen zu Bonn.

### ***Ein verpatzter Empfang und eine genutzte Chance – Hessen tritt als Förderer auf***

Im Frühling 1958 kam es am Frankfurter Flughafen zu einer unvorhergesehenen Kontaktaufnahme zwischen hessischen Regierungsstellen und einer ghanaischen Regierungsdelegation. Letztere hätte eigentlich protokollgerecht vom AA in Empfang genommen werden sollen. Das Außenministerium hatte jedoch vergessen, den Termin vorzubereiten, sodass kurzfristig Dr. Friedrich Wilhelm Reuß einsprang, Staatssekretär im hessischen Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr. Er übernahm die Begrüßung der Ghanaer. Reuß nutzte die Chance, um ausführlich mit den westafrikanischen Politikern ins Gespräch zu kommen.<sup>308</sup> Aus dieser ersten Begegnung entwickelte sich in den nächsten Jahren eine intensive Kooperation, sowohl auf wirtschaftlicher Ebene als auch hinsichtlich der Praktikantenaufnahme.

Die hessisch-ghanaische Zusammenarbeit stellt einen Sonderfall dar. Weder mit einem anderen Bundesland noch mit der DDR ergaben sich ähnlich enge Verbindungen. Aber nicht nur die Intensität, auch die Art des Kontakts war ungewöhnlich, denn von Beginn an mischten sich offizielle politisch-wirtschaftliche Kooperationen mit engen persönlichen Beziehungen. Entscheidend für den Auf- und Ausbau dieser Beziehungen waren vor allem zwei Persönlichkeiten: auf der hessischen Seite der umtriebige Staatssekretär Reuß und auf der ghanaischen Seite der damalige Innenminister Krobo Edusei. Edusei war ein langjähriger Weggefährte Nkrumahs. Schon 1949 war er der CPP beigetreten und hatte in den frühen 1950er Jahren in seiner Heimatregion Ashanti – eigentlich eines der Oppositionszentren – beträchtliche Wahlerfolge erlangt. Im Laufe seiner Karriere

---

**306** Vgl. Thompson: Ghana's Foreign Policy, S. 42–44 & 47. Vgl. für tansanische Studierende analog: Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus, S. 193.

**307** Vgl. HHStAW 502–11647a, dpa-Pressefoto: „Afrikanische Eisenbahner lernen in Kassel“, undatiert [02/1959].

**308** Vgl. o. A.: Immer neue Kunden, in: Der Spiegel, Nr. 39/1964, S. 81.

leitete er unterschiedliche Ministerien wie viele führende Politiker der CPP. Trotz wiederkehrender Korruptionsvorwürfe, die mehrfach dazu führten, dass er vorübergehend sein Amt abgeben musste, blieb er während der gesamten Regierungszeit Nkrumahs ein beliebter Politiker, „noted for his flamboyant style and bombastic speeches“<sup>309</sup>. Reuß wiederum war Sozialdemokrat und bereits seit 1949 als Staatssekretär im Dienst der hessischen Landesregierung.<sup>310</sup> Innerhalb kürzester Zeit entwickelte sich zwischen Edusei und Reuß eine ausgesprochen enge Beziehung: Reuß kümmerte sich stellvertretend um die Angelegenheiten von Yaw Krobo Edusei, dem damals 8-jährigen Sohn des ghanaischen Innenministers, welcher ein hessisches Internat besuchte. Der kleine Krobo verbrachte beispielsweise das Weihnachtsfest 1958 im Haus der Familie Reuß.<sup>311</sup> Im Jahr darauf fuhr er über die Sommerferien mit Reuß' Ehefrau an die italienische Adria, wo er seinen Geburtstag feierte.<sup>312</sup> Der Staatssekretär besuchte gelegentlich die Schule des Jungen, um dafür zu sorgen, dass es Krobo Junior dort gut ging. Auch verwaltete er offensichtlich dessen deutsches Konto.<sup>313</sup> Die umfangreiche Korrespondenz zwischen Edusei und Reuß enthält daher viele Briefe, die gleichzeitig privater als auch offizieller Natur sind. Beide besprachen wirtschaftliche Kooperationsprojekte oft in einem Atemzug mit persönlichen Informationen.

Nach der ersten Kontaktaufnahme am Frankfurter Flughafen lud die CPP-Regierung Reuß nach Ghana ein. Im September 1959 verbrachte der Staatssekretär einen ganzen Monat im Land, führte Gespräche mit fast allen ghanaischen Ministern sowie mit Premierminister Nkrumah. Krobo Edusei begleitete ihn auf viele seiner Expeditionen innerhalb Ghanas. Reuß kehrte sichtlich beeindruckt von seiner Reise zurück. Besonders begeisterten ihn die wirtschaftlichen Potenziale einer Kooperationen mit dem westafrikanischen Staat: „In Ghana“,

---

**309** Emmanuel K. Akyeampong/Henry Louis Gates Jr. (Hg.): *Dictionary of African Biography*, Vol. 2, New York 2012, S. 278. Für die Presse im In- und Ausland war es ein gefundenes Fressen, als Eduseis Ehefrau sich im Jahr 1962 vom Privatvermögen des Paares ein goldenes Bett kaufte. Als dieser Kauf an die Öffentlichkeit drang, zog er lange Pressekampagnen nach sich, die in der BRD mit einer harschen Kritik an der Vergabe westdeutscher Entwicklungsgelder an Ghana einhergingen. Vgl. ebd.; Hein: *Die Westdeutschen*, S. 98 f.

**310** Vgl. Wolfgang Schroeder/Arijana Neumann (Hg.): *Politik und Regieren in Hessen*, Wiesbaden 2016, S. 360 – 362.

**311** Vgl. HHStAW 502–11647b, Zinn (Ministerpräsident) an Krobo Edusei, ohne Betreff, 13.1.1959.

**312** Vgl. HHStAW 507–11273, Reuß an Edusei, ohne Betreff 18.8.1959.

**313** Vgl. HHStAW 507–11273, Reuß an Edusei, ohne Betreff, 30.1.1959; HHStAW 507–11273, Reuß an Edusei, ohne Betreff, 5.1.1960.



schwärmte er, „bestehen zur Zeit noch gar nicht abzuschätzende, kaum zu ahnende *Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Betätigung*“<sup>314</sup>.

Ein konkretes Ergebnis der Besprechungen vor Ort war das erste westdeutsche Praktikumsprogramm für Ghana. Sowohl Edusei, inzwischen *Minister of Transports and Communications*, als auch Emmanuel Kobla Bensah, *Minister of Works*, hätten Reuß gegenüber erklärt, dass sie „großen Wert“<sup>315</sup> auf die Ausbildung von Ghanaer:innen in deutschen Industriebetrieben legten. Reuß kehrte also mit dem Plan zurück, in den Jahren 1959/60 insgesamt 26 ghanaische Fachkräfte – vor allem Techniker und Ingenieure für den Eisenbahnbetrieb – in Hessen zu schulen.<sup>316</sup> Direkt nach seiner Rückkehr begeisterte er zum einen Ausbildungsfirmen für die Teilnahme an dem Programm, zum anderen nahm er Kontakt zum AA und zum BMWi auf, um die Finanzierungsmöglichkeiten zu klären. Dabei erreichte er, dass die Programme aus dem Etat für „Technische Hilfe“ des Außenministeriums bezahlt wurden.<sup>317</sup>

Reuß' Bemühungen führten zu schnellen Ergebnissen. Schon Anfang 1959 absolvierten die ersten Praktikanten aus Ghana eine Fortbildung bei den Kasseler Henschel-Werken. Das Unternehmen produzierte zu diesem Zeitpunkt unter anderem 24 Lokomotiven für den Export nach Ghana.<sup>318</sup> Darüber hinaus ergaben die hessisch-ghanaischen Kontakte weitere sichtbare Erfolge: Hessen konnte seinen Export nach Ghana im Vergleich zu 1957 insgesamt deutlich steigern. So informierte der Staatssekretär seinen Arbeitgeber, Ministerpräsident Georg-August Zinn, dass während „die Bundesausfuhr nach Ghana etwas rückläufig war, [...] die hessische Ausfuhr dorthin um etwa 25 % zugenommen hat.“<sup>319</sup> 1960 lag der hessische Anteil an der Bundesausfuhr nach Ghana bei ganzen 40 %.<sup>320</sup> Die von Reuß und Edusei vermittelten Wirtschaftskontakte schlossen oft Praktikantenausbildungen mit ein. Im Laufe der nächsten Jahre erhielten bis zu 100 ghanaische Teilnehmer:innen jährlich eine Fortbildung in hessischen Betrieben, sodass

---

**314** HHStAW 502–11647b, Bericht des Staatssekretärs Dr. Reuß – Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr – über seine Reise nach GHANA in der Zeit vom 4. September – 2. Oktober 1958, undatiert, S. 7, Hervorhebung i. O.

**315** Ebd., S. 19.

**316** HHStAW 502–11647b, Anlage: Einsatzplan für Studenten, die zur technischen Ausbildung 1959/60 nach Deutschland entsandt werden sollen.

**317** Vgl. HHStAW 502–11647b, Reuß an Zinn, Betr.: Ghana, 10.11.1958.

**318** Vgl. HHStAW 502–11647a, dpa-Foto: „Afrikanische Eisenbahner lernen in Kassel“, 02/1959.

**319** HHStAW 502–11647b, Reuß an Zinn, Betr.: Ghana, 28.2.1959, S. 3f.

**320** Vgl. HHStAW 502–11647b, ohne Titel [Übersicht über Aufträge Ghanas an hessische Firmen], undatiert [1960].



das Bundesland stets ein Gros der westdeutschen Praktikumsprogramme für Ghana ausrichtete.<sup>321</sup>

**Tabelle 6:** Ghanaische „Regierungspraktikanten“ in der Bundesrepublik, 1959–1961.<sup>322</sup>

| Ghanaische „Regierungspraktikanten“ | 1959 | 1960  | 1961 |
|-------------------------------------|------|-------|------|
| in der BRD                          | 13   | k. A. | 95   |
| davon in Hessen                     | 12   | k. A. | 85   |

Damit gingen die ersten westdeutschen „Regierungspraktikantenprogramme“ für Ghana ganz wesentlich auf die Einzelinitiative von zwei Personen zurück: Reuß und Edusei. Der hessische Staatssekretär beabsichtigte, mit dem Aufbau der Fortbildungs Kooperation vor allem, den hessischen Export zu fördern. Dabei versuchte Reuß ganz gezielt, nicht nur die internationale Konkurrenz, sondern auch rivalisierende Bundesländer auszuspielen. Nach einem Besuch Eduseis in München, der offensichtlich nicht dessen Vorstellungen entsprochen hatte, schrieb Reuß an den ghanaischen Minister:

„My driver told me you found the organisation in Munich not quite as satisfactory as in Hesse! Obviously you had not even been told what hotel had been booked for you. This is another indication for the particularly good attention you get in Land Hesse and I want to assure you that the ‚good Hessian Service‘ is applying to both, the Land Government and to Hessian business.“<sup>323</sup>

Darüber hinaus drängte er Edusei, doch wieder Kontakte zur Firma Henschel aufzunehmen, statt sich an andere Partner wie die italienischen Fiat-Werke zu wenden.<sup>324</sup> Dieses Interesse an engen Handelsbeziehungen zu Ghana ermöglichte

**321** Vgl. HHStAW 502–11647a, Reuß an Zinn, Betr.: Ghana, 6.7.1961; HHStAW 502–11647a, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.3.62; HHStAW 502–11647a, Osswald (Hess. Ministerium für Wirtschaft und Verkehr) an C. de Graft-Dickson (Ghana Supply Commission), ohne Betreff, 12/1963 [Übersetzung, Kopie].

**322** Vgl. HHStAW 502–11647a, dpa-Pressfoto: „Afrikanische Eisenbahner lernen in Kassel“, undatiert [02/1959]; BArch 116/21748, Ergebnisbericht der Interministeriellen Referentenausschusssitzung für Entwicklungsländer am 8.7.1959, S. 1f; PA AA B 34 73, Stein an AA, Betr.: Ausbildung von Angehörigen der „Ghana Chamber of Commerce“ in der Bundesrepublik, 28.7.1959; PA AA B 58 994, i. A. Dr. Blank (AA) an Botschaft der BRD, Accra, Betr.: Ausbildung ghanaischer Praktikanten in der Bundesrepublik, 4.2.1961; HHStAW 502–11647a, Reuß an Zinn, Betr.: Ghana, 6.7.1961.

**323** HHStAW 507–11273, Reuß an Edusei, ohne Betreff, 22.4.1959 [Abschrift].

**324** Vgl. ebd.

es Edusei wiederum, persönliche Vorteile aus der Kooperation zu ziehen. So vermittelte er mithilfe seiner Kontakte beispielsweise seiner Nichte ein Praktikum als Krankenschwester.<sup>325</sup> Auch zahlte die Firma Henschel 1960 eine größere Summe auf das private Konto von Krobo Edusei Junior ein – eine Transaktion, über die Reuß Edusei schriftlich informierte.<sup>326</sup> Ob in letzterem Fall ein direkter Bezug zu dem Praktikumsprogramm bestand, welches Henschel seit 1959 durchführte, geht aus den zugehörigen Unterlagen nicht hervor. Möglich wäre ein Zusammenhang zwischen Auftragsvergabe, Ausbildungen und der Zahlung aber durchaus. Ob auch Staatssekretär Reuß privat davon profitierte, dass er sich so für die ghanaischen Schulungen einsetzte, ist nicht dokumentiert.

Abgesehen von seiner rein quantitativen Bedeutung verdeutlicht der hessische Fall damit auch, dass führende Akteur:innen die Praktikumsprogramme nutzen konnten, um sich eigene Vorteile zu verschaffen. Eduseis Vorgehen blieb kein Einzelfall. Neben ihm organisierte unter anderem auch Kojo Botsio, damals ghanaischer Außenminister, Praktikumsplätze für Verwandte und „junge Menschen aus seinem Wahlkreis“<sup>327</sup> in West- und Ostdeutschland. In einigen Fällen entwickelte sich also um die Auslandsschulungen eine Form von Klientelpolitik, die darauf verweist, wie sehr diese Bildungsmöglichkeiten ein begehrtes Privileg darstellten, das afrikanischen Karrieren einen entscheidenden Impuls geben konnte.<sup>328</sup> Beide deutschen Regierungen trugen diese Entwicklung bewusst mit, um politischen *good will* zu schaffen.<sup>329</sup>

---

**325** Vgl. HHStAW 507–11273, Reuß an Edusei, ohne Betreff, [Entwurf], 4.4.1960.

**326** Vgl. HHStAW 507–11273, Reuß an Edusei, ohne Betreff, 5.1.1960. 1964 sagte Bernhard Litzscher, der sich als Vertreter der Henschel-Werke in Ghana aufhielt, bei einer Befragung durch die ghanaische Polizei aus, dass er ghanaische Politiker, darunter u.a. Edusei „durch finanzielle zuwendungen bei der anbahnung von geschäften beeinflusst“ habe. Inwieweit die ghanaischen Vorwürfe hauptsächlich politisch motiviert waren – Accra äußerte Kritik an Litzschers Handelskontakten nach Südafrika – kann anhand der Quellenlage nicht endgültig beantwortet werden. Dass politische Gesichtspunkte zumindest auch eine Rolle spielten, ist wahrscheinlich, da Litzscher, nachdem er sich entschuldigt hatte, kurze Zeit später ohne Verfahren wieder entlassen wurde. PA AA B 34 485, Brühl (Botschaft der BRD, Accra) an AA, Telegramm, ohne Betreff, 15.2.1964. Vgl. auch: PA AA B 34 485, Steltzer (Botschaft Accra) an AA, Fernschreiben, 11.2.1964; PA AA B 34 485, Brühl (Botschaft Accra) an AA, Fernschreiben, 27.2.1964.

**327** BArch SAPMO DY 30/IV A 2/20 906, Kern (WHM Ghana), Vermerk über eine Aussprache mit dem Außenminister der Republik Ghana am 18.2.65, 26.2.1965. Siehe zu Botsio auch: AV Neues Amt 19.400, Dr. Harting (BPA) an die deutsche Botschaft Accra, Betr.: Journalistisches Praktikum für Herrn Botsio aus Ghana, 19.6.1964; AV Neues Amt 19.400, Steltzer (Botschaft Accra) an das AA, Betr.: Stipendiantrag für die Nichte des ghanaischen Aussenministers, Frl. Sarah Mbroh, 5.3.1965.

**328** Siehe ähnlich für Tansania: Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus, S. 201 & 209.

### ***Das Bonner Interesse erwacht***

Erst im Frühjahr 1959 – und damit etwa ein Jahr nach dem Beginn der hessisch-ghanaischen Verhandlungen – fing auch Bonn an, sich ernsthaft um bessere Verbindungen zu Accra zu bemühen. Zwei Entwicklungen waren entscheidend für die bundesdeutsche Annäherung: erstens die Tatsache, dass Ghana damit begonnen hatte, engere Beziehungen zur Sowjetunion und auch zur DDR zu knüpfen.<sup>330</sup> Zweitens gelangte Bonn zu der Erkenntnis, dass Ghana, nun da die afrikanische Dekolonisation weiter voranschritt, als politisch bedeutsamer Staat, dessen Premierminister den Anspruch auf eine Führungsrolle in Afrika erhob, künftig einen noch größeren Einfluss entfalten könnte.<sup>331</sup> Ghana wiederum benötigte dringend ausländische Investitionen, um die Industrialisierungspläne endlich in größerem Umfang voranzutreiben und den „big push“ für den wirtschaftlichen Aufschwung auszulösen. Die Verhandlungen mit anderen westlichen Staaten waren bis dahin weitestgehend ergebnislos verlaufen und so sah die CPP-Regierung sich nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten um. Denn schließlich sei Ghana gezwungen, sich zu modernisieren, so betonte Nkrumah auf einer Reise durch die USA 1958.<sup>332</sup> Matteo Landricina fasst die Lage des Staatmannes treffend zusammen:

„Accra's patience with the West was running out. For almost two years Ghana had played, at least at the level of foreign relations, the role of the Western poster boy in sub-Saharan Africa. They had waited until January 1959 to establish diplomatic relations with the Soviet Union, exercised a moderating influence on Guinea's President Sékou Touré, and provided a counterweight to Nasser's anti-imperialist nationalism. However, lacking major foreign investments or capital aid initiatives, this strategy was not paying off at the economic level as much as Nkrumah had hoped.“<sup>333</sup>

Auf der Suche nach Investor:innen wandte sich die ghanaische Regierung daher nun auch den sozialistischen Staaten zu: Im Januar 1959 nahm Ghana diploma-

**329** Vgl. BArch SAPMO DY 3/IV A 2/20 906, Kern (WHM Ghana), Vermerk über eine Aussprache mit dem Außenminister der Republik Ghana am 18.2.65, 26. 2. 1965; AV Neues Amt 19.400, Steltzer (Botschaft Accra) an das AA, Betr.: Stipendienantrag für die Nichte des ghanaischen Aussenministers, FrI. Sarah Mbroh, 5. 3. 1965.

**330** Vgl. BArch, B 116/21748, Vermerk, Betr.: Ressortbesprechung betreffend Ghana im Auswärtigen Amt, 14. 7. 1959. Siehe auch: Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 36.

**331** Vgl. exempl. für diese Argumentation: BArch 116/21748, AA: Vermerk, Betr.: Ressortbesprechung betreffend Ghana im Auswärtigen Amt, 14. 7. 1959, S. 3; HHStAW 502–11647b, von Bargen (AA): Aufzeichnung für den Handelspolitischen Beirat im Bundestag, Betr.: Bevorstehende Wirtschaftsverhandlungen mit Ghana, 28. 10. 1959.

**332** Vgl. Landricina: Nkrumah and the West, S. 278f.

**333** Ebd., S. 277.

tische Beziehungen mit der Sowjetunion auf.<sup>334</sup> Und im Februar 1959 gestattete Accra Ost-Berlin, eine Handelsvertretung zu eröffnen.<sup>335</sup>

Die westdeutsche Botschaft in Accra berichtete dem AA regelmäßig von neuen Schritten der Annäherung zwischen Ghana und der DDR.<sup>336</sup> Erwähnenswert schienen dem Botschafter, Carl Stein, in diesem Kontext stets auch die Fortbildungsabkommen, die Accra mit der DDR oder der SU abschloss.<sup>337</sup> Angesichts der erstarkenden ostdeutschen Konkurrenz bemühte sich auch die alarmierte Bundesregierung fortan um engere Beziehungen zu Nkrumahs Regierung.<sup>338</sup> Erstmals plante nun auch Bonn eigene Regierungspraktika für ghanaische Fachkräfte, wobei deren Umsetzung noch stockte. Im Sommer 1959 reiste zumindest ein erster „Regierungspraktikant“ in die BRD.<sup>339</sup> Die Fortbildungspläne waren Teil einer Trendwende in den westdeutsch-ghanaischen Beziehungen. Die BRD strebte danach, den westlichen Einfluss dort zu halten, während Ghana auf der Suche nach ausländischer Unterstützung für den *Second Development Plan* war. So gingen beide Staaten aufeinander zu. Bonn trieb in erster Linie den Abschluss eines gemeinsamen Handelsabkommens voran, während Accra sich um westdeutsche Investitionen bemühte.<sup>340</sup> Wesentliche Schritte der bilateralen Annäherung waren daher die Gewährung von Lieferkrediten für westdeutsche Waren in Höhe von 200 Millionen DM im August 1959 in Bonn und

---

**334** Vgl. ebd.

**335** Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 93.

**336** Vgl. PA AA B 34 75, Protz (Geschäftsträger, Botschaft der BRD Accra) an das AA, Betr.: „Trade Mission“ der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik nach Ghana, 11.9.1958; PA AA B 34 75, Protz an das AA, Betr.: „Trade Mission“ der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik nach Ghana, 19.9.1958; PA AA B 34 75, Stein (Botschafter der BRD Accra) an das AA, Betr.: Handelsdelegation der sog. „Deutschen Demokratischen Republik“, 5.2.1959; PA AA B 34 75, Stein an das AA, Betr.: Handelsdelegation der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik“, 24.2.1959.

**337** Vgl. PA AA B 34 75, Stein (Botschaft Accra) an das AA, Betr.: Gewährung von Stipendien zum Studium in der Sowjetzone, 16.2.1959; PA AA B 34 75, Sowjetzone und Ghana nehmen Handelsbeziehungen auf, 26.2.59, PA AA B 34 75, verschlüsseltes Telegramm, Stein an AA, ohne Betreff, 19.3.1959.

**338** Vgl. Landricina: Deutsch-deutscher Gegensatz, S. 374.

**339** BAArch 116/21748, o. A.: Ergebnisbericht der Interministeriellen Referentenausschusssitzung für Entwicklungsländer am 8.7.1959, S. 1f; PA AA B 34 73, Stein an das AA, Betr.: Ausbildung von Angehörigen der „Ghana Chamber of Commerce“ in der Bundesrepublik, 28.7.1959.

**340** Vgl. PA AA B 34 73, Stein an AA, Betr.: Handelsvertrag mit Ghana, 17.6.1959; HHStAW 502–11647b, von Bahren (AA): Aufzeichnung für den Handelspolitischen Beirat im Bundestag, Betr.: Bevorstehende Wirtschaftsverhandlungen mit Ghana, 28.10.1959.

der Abschluss mehrerer Abkommen im Dezember 1959 in Accra, darunter ein Handelsabkommen.<sup>341</sup>

Mit den Abkommen verfolgte die Bundesregierung das Ziel „die selbständigen afrikanischen Länder etwas mehr an die Bundesrepublik zu binden“, denn, so betonte der Verhandlungsleiter Werner von Barga, Ministerialdirigent im AA, in einer internen Besprechung, „[d]ie Politik Ghanas spiele in Afrika eine bedeutende, wenn nicht entscheidende Rolle. Die politische Haltung Ghanas sei zur Zeit noch labil. Entscheidend sei auch die Konkurrenz zur DDR“<sup>342</sup>. Bonn strebte also danach, mehr Einfluss in Ghana zu entfalten und damit gleichzeitig die Wirkung der ostdeutschen Offensive zu mindern. Die abgeschlossenen Verträge stellten ein Mittel dazu dar.<sup>343</sup> Zu den Vereinbarungen zählte auch ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, das die zukünftige entwicklungspolitische Kooperation zwischen Ghana und der BRD regelte und in dem die Bundesregierung sich verpflichtete, Stipendien und Ausbildungsmöglichkeiten für ghanaische Student:innen und Fachkräfte zur Verfügung zu stellen.<sup>344</sup>

Erstaunlicherweise war es nicht die unter Fachkräftemangel leidende ghanaische Regierung, die in den Verhandlungen darauf drängte, die Fortbildungskooperation auszubauen. Stattdessen ging der Impuls von der BRD aus. Nach den bilateralen Gesprächen informierte der Vorsitzende der ghanaischen *Development Commission* die Mitglieder dieses Entwicklungsausschusses über den Verhandlungsstand. Er lenkte ihre Aufmerksamkeit auf die westdeutschen Intentionen:

„Members will observe that the Federal Republic is not only hoping to provide assistance, in conducting economic surveys and in placing technical expertise at the disposal of this country, but is hoping to channel this assistance mainly into fields of industrial training. To

---

**341** Vgl. BAArch B 116/21748, Vermerk, Betr.: Verhandlungen über ein Handelsabkommen und ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Ghana, 6.1.1960, S. 3, sowie: BAArch, B 116/21748, Betr.: Verhandlungen einer deutschen Regierungsdelegation unter Führung des Gesandten Dr. v. Barga, Auswärtiges Amt, mit Ghana, 22.12.1959, S. 1. Die durch Bundesbürgschaften abgesicherten Lieferkredite entsprachen zwar nicht ganz den von Nkrumah angestrebten direkten Investitionen, dafür entschädigte nicht nur das große Volumen des Kredits, sondern auch die Tatsache, dass das Kreditabkommen Ghanas ersten umfassenden Vertrag mit einem westlichen Staat darstellte. Vgl. Landricina: Nkrumah and the West, S. 280f; Langer: Die Außen- und Entwicklungspolitik, S. 50.

**342** BAArch 116/21748, Vermerk, Betr.: Ressortbesprechung betreffend Ghana im Auswärtigen Amt, 14.7.1959.

**343** Vgl. HHStAW 502–11647b, von Barga (AA): Aufzeichnung für den Handelspolitischen Beirat im Bundestag, Betr.: Bevorstehende Wirtschaftsverhandlungen mit Ghana, 28.10.1959.

**344** Vgl. GH/PRAAD/MFA 4/72, Agreement between The Government of Ghana and the Government of the Federal Republic of Germany concerning Economic and Technical Co-operation, 21.12.1959.

this end, the Federal Republic wishes to enter into a supplementary agreement, providing for the establishment of an industrial Training Institute in Ghana.“<sup>345</sup>

Für diese Gewerbeschule plante Bonn, in der BRD zwölf Gewerbelehrer auszubilden.<sup>346</sup> Die Einrichtung von Gewerbeschulen und anderen Ausbildungsstätten zählte zu den frühen entwicklungspolitischen Schwerpunkten der BRD. Zwischen 1956 und 1959 hatte das AA insgesamt 34 Ausbildungsstätten und zwölf Musterreinrichtungen im globalen Süden finanziert. 1959 hatte das Außenministerium zudem seinen entwicklungspolitischen Haushaltstitel überwiegend für den Aufbau und den Betrieb solcher Einrichtungen verwendet.<sup>347</sup> Im Bereich der beruflichen „Bildungshilfe“ hatte Bonn also bereits eine gewisse Expertise erworben und plante offensichtlich, diesen Bereich weiter auszubauen. Die westdeutsch-ghanaischen Praktikumsprogramme entstanden daher nicht dadurch, dass die Bundesregierung einer ghanaischen Bitte entgegenkam, sondern sie bildeten einen essenziellen Bestandteil der bundesdeutschen Entwicklungsprojekte für Ghana. Das westdeutsche Interesse an den Schulungen nahm kurz darauf noch zu, als sich Ghana Anfang der 1960er Jahre weiter dem Osten zuwandte und sich gleichzeitig der Systemkonflikt verschärfte.

### ***Aufschwung der Praktikumsprogramme durch die erstarkende sozialistische Konkurrenz***

Die außenpolitische Neuausrichtung war das Ergebnis größerer innenpolitischer Umwälzungen in Ghana. Anfang Juli 1960 machte Nkrumah das Land zur Republik und weitete damit seine eigene Machtposition aus. Als Präsident des Landes

---

**345** GH/PRAAD/RG 7/1/2166, S.D.C. Memo. 1452: Standing Development Committee, note by the Permanent Secretary, Development Commission, Subject: Agreement with the Government of the Federal German Republic for Economic and Technical Cooperation, undatiert. Die hier angesprochene von Bonn anvisierte Gewerbeschule wurde letztlich zugunsten einer Ausbildungswerkstatt für Kfz-Handwerker aufgegeben, an der Accra interessiert war, um den städtischen Omnibusverkehr zu verbessern. Einige Arbeiter dieses Projekts erhielten eine Ausbildung in der BRD und sollten später als *counterparts* in dieser Lehrwerkstatt eingesetzt werden. Vgl. Langer: Die Außen- und Entwicklungspolitik, S. 132.

**346** Vgl. BAArch 116/21748, o. A.: Ergebnisbericht der Interministeriellen Referentenausschuss-sitzung für Entwicklungsländer am 8.7.1959, S. 1f.

**347** Vgl. BDI: Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, 1. Oktober 1959 – 30. April 1960, Köln 1960, S. 34. Siehe auch: Britta Schilling: Kolonialismus und Kalter Krieg. Unabhängigkeitsgeschenke und die materielle Politik der Erinnerung (1949–1968), in: Marianne Bechhaus-Gerst/Joachim Zeller (Hg.): Deutschland postkolonial? Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit, Berlin 2018, S. 182–203, hier: S. 195f.

konnte er Ghana beinahe im Alleingang regieren. Die neue Verfassung gewährte ihm erheblichen Einfluss, einschließlich der Gesetzgebungskompetenz.<sup>348</sup> Etwa gleichzeitig gewannen die sogenannten Radikalen innerhalb der CPP – junge Politiker, die mit dem Sozialismus sympathisierten – an Macht. Sie organisierten eine Antikorruptionskampagne, mithilfe derer sie die alten, west-orientierten Weggefährten Nkrumahs entmachteten. Die alten Eliten wurden weitestgehend von den jungen Sozialisten abgelöst. Die Tatsache, dass die ghanaische Wirtschaft schwächelte, da ausländische Investitionen ausblieben, die Industrialisierungsprojekte sich nicht wie geplant umsetzen ließen und noch dazu die internationalen Kakaopreise fielen, half dabei, den Machtwechsel zu legitimieren.<sup>349</sup> Die neue Spitze der CPP orientierte sich wirtschaftlich und politisch deutlich stärker an den sozialistischen Staaten. Das schlug sich auf die Fortbildungskooperation nieder. Der Systemkonflikt gewann auch bei der Realisierung der Praktikumsprogramme an Bedeutung.

Wieder war es die hessische Landesregierung, welche die Ostannäherung Accras erstmalig als Problem thematisierte und daraufhin die eigenen Bemühungen um ghanaische Praktikant:innen verstärkte. Als im Mai 1960 ausgerechnet Krobo Edusei und Kojo Botsio eine ghanaische Regierungsdelegation in die Sowjetunion leiteten und Gerüchte darüber kursierten, dass Accra und Moskau nicht nur ein sehr großzügiges Kreditabkommen, sondern auch ein Abkommen über „Technische Hilfe“ unterzeichnet hätten, wuchs in Wiesbaden die Sorge um die eigenen privilegierten Kontakte nach Westafrika.<sup>350</sup> Besonders Meldungen darüber, dass die ghanaische Regierung ein Fortbildungsabkommen mit der DDR unterzeichnet habe, lösten Befürchtungen innerhalb der Landesregierung aus. Staatssekretär Reuß entwarf daraufhin ein Schreiben, in dem er seinen Vertrauten, Krobo Edusei, drängte, doch endlich die westdeutschen, insbesondere die hessischen, Schulungsangebote anzunehmen, die schon seit Längerem vorlagen, statt die ostdeutschen Offerten vorzuziehen.<sup>351</sup> Doch Reuß' Bitten blieben erfolglos. Im Oktober 1960 berichtete die *Ghanaian Times* von 50 ghanaischen Stipendiat:innen in der DDR.<sup>352</sup>

---

**348** Vgl. Gocking: *History of Ghana*, S. 125; Iandolo: *Rise and Fall*, S. 694; Landricina: *Nkrumah and the West*, S. 28, 48–50; Thompson: *Ghana's Foreign Policy*, S. 111f.

**349** Vgl. Gocking: *The History of Ghana*, S. 120f; Thompson: *Ghana's Foreign Policy*, S. 112, 117.

**350** Vgl. HHStAW 502–11647b, Reuß: Vermerk, Betr.: Besuch einer ghanaischen Parlamentarier-Delegation in der Sowjet-Union unter Führung der Minister Botsio und Edusei, 13.6.1960; HHStAW 502–11647b, Reuß an Zinn, Betr.: Ghana, 20.6.1960.

**351** Vgl. HHStAW 502–11647b, Reuß an Edusei, ohne Betreff, undatiert [Entwurf, Anlage zum Schreiben vom 20.6.1960 an Zinn].

**352** Vgl. HHStAW 502–11647a, „12 Students get G.D.R. Bursaries“, *Ghanaian Times*, 15.10.1960.

Der hessische Staatsbeamte wandte sich um Unterstützung suchend an Dr. Hilger van Scherpenberg, Staatssekretär im AA, durch dessen Initiative die „Regierungspraktikantenprogramme“ ursprünglich entstanden waren. Reuß mahnte:

„Erfahrungsgemäß hat allein schon eine solche Meldung eine nicht zu unterschätzende propagandistische Wirkung. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung, die für die Zukunft der Tatsache zukommt, daß allein bis jetzt 50 junge Ghanaier, die voraussichtlich einmal zur führenden Schicht des Landes gehören werden, ihre berufliche Ausbildung und entscheidende Eindrücke während eines mehrjährigen Aufenthalts in der SBZ erhalten, kann m. E. nicht hoch genug eingeschätzt werden.“<sup>353</sup>

Reuß drängte van Scherpenberg daher, die Bemühungen um gute Beziehungen zu Ghana zu verstärken.<sup>354</sup> Interessanterweise argumentierte auch Reuß, der ansonsten stets vor allem den wirtschaftlichen Nutzen der Schulungen hervorgehoben hatte, hier mit der deutsch-deutschen Konkurrenz. Dafür, dass dies nicht nur ein instrumentelles Argument gegenüber dem antikomunistisch geprägten Außenministerium war, sondern auch den eigenen Überzeugungen des hessischen Staatssekretärs widerspiegelt, spricht dessen Korrespondenz mit Ministerpräsident Zinn. Hier äußerte sich Reuß stets im gleichen Sinne und führte dabei aus, dass ihn die Sorge um die ostdeutsche Konkurrenz auch persönlich umtreibe.<sup>355</sup> Wahrscheinlicher als ein instrumenteller Verweis auf die Konkurrenz zur „SBZ“ ist also, dass sich auch bei den Motiven des Regierungsbeamten antikomunistische Überzeugungen und wirtschaftliche Ambitionen mischten und gegenseitig beförderten.

In jedem Fall führte Reuß' Drängen dazu, dass das AA endlich bereit war, ein eigenes Fortbildungsprogramm für Ghana auszurichten. 1960 „überreichte“ die Bundesregierung Accra anlässlich der Erklärung Ghanas zur Republik dreizehn Regierungsstipendien, darunter drei akademische und zehn für Praktikant:innen.<sup>356</sup> Bezeichnenderweise titulierte das AA diese Schulungen, als sie 1961 unter dem Namen „I. Ghanaisches Praktikantenprogramm“ anliefen, als Unabhängig-

<sup>353</sup> HHStAW 502–11647a, Reuß an van Scherpenberg, ohne Betreff, 7.11.1960.

<sup>354</sup> Vgl. HHStAW 502–11647a, Reuß an van Scherpenberg, ohne Betreff, 7.11.1960.

<sup>355</sup> Vgl. exemplarisch HHStAW 502–11647a, Reuß an Zinn, Betr.: Stipendien für Studienbewerber aus Ghana, 27.7.1960; HHStAW 502–11647a, Schreiben von Reuß (Wirtschaft und Verkehr) an Zinn, ohne Betreff, 2.2. 1961.

<sup>356</sup> Vgl. PA AA B 58 994, i. V. Eichborn (Botschaft Accra) an AA, Betr.: Geschenk der Bundesrepublik (13 Stipendien) anlässlich der Erklärung Ghanas zur Republik, 13.12.1960.



keitsgeschenk.<sup>357</sup> Ob es sich dabei tatsächlich um eine Gabe zur ghanaischen Unabhängigkeit handelte, die nur verspätet übergeben wurde, oder ob es sich bei dieser Einordnung schlicht um eine Verwechslung handelte, da das Geschenk anlässlich der Erklärung des Landes zur Republik überreicht wurde, konnte nicht rekonstruiert werden.<sup>358</sup> In jedem Fall nutzten sowohl die BRD als auch die DDR solche Staatsgeschenke mit dem Ziel, sich die Loyalitäten der neuen afrikanischen Regierungen zu sichern.<sup>359</sup> Dabei war es durchaus üblich, Geschenke zu wählen, die von entwicklungspolitischen Nutzen für die jungen Staaten waren, sodass „[n]icht immer [...] deutlich [war], wo ein Staatsgeschenk endete und wo technische oder wirtschaftliche Hilfe begann.“<sup>360</sup> Das erste Stipendienprogramm für Ghana sollte offensichtlich dazu dienen, Bonn die Sympathien Accras zu sichern und damit die DDR auszuspielen. Auch im folgenden Jahr war die deutsch-deutsche Konkurrenz das entscheidende Argument dafür, die Schulungen auszubauen – und Reuß wiederum der treibende Akteur dahinter.

Als die *Ghanaian Times* Anfang 1961 vermeldete, dass die sozialistischen Staaten insgesamt 3.000 Stipendien für Ghana finanzierten, nahm Reuß erneut Kontakt zum Außenministerium und auch zur Botschaft in Accra auf. Er fragte bei beiden Stellen nach, ob denn angesichts dieser Lage überhaupt noch westdeutsche Stipendien an Ghana vergeben werden sollten. Die Antworten, so meldete der Staatssekretär an Ministerpräsident Zinn, seien eindeutig gewesen: Die westdeutsche Förderung solle nun „erst recht“ zur Verfügung gestellt werden, um „ein Gegengewicht zu der starken Linksrichtung zu schaffen“<sup>361</sup>. Reuß fuhr fort:

„Unter diesen Gesichtspunkten hat mich auch Herr Loewe von der Deutschen Botschaft Accra dringend gebeten, doch bei der hessischen Stipendien-Aktion für Ghana finanziell nicht kleinlich zu sein und die Reisekosten der Praktikanten und Stipendiaten voll zu

---

**357** Vgl. PA AA B 58 994, i. A. Dr. Blank (AA) an Botschaft der BRD, Accra, Betr.: Ausbildung ghanaischer Praktikanten in der Bundesrepublik, 4.2.1961, S. 1.

**358** Britta Schilling stellt allerdings fest, dass es durchaus üblich war, dass Unabhängigkeitsgeschenke nicht pünktlich zur Unabhängigkeit überreicht wurden, sondern teilweise erst mit mehreren Jahren Verspätung bei den neuen Regierungen eintrafen. Ebenso entschieden die westdeutschen Stellen gelegentlich neu, welches Geschenk sie denn überhaupt vergeben wollten. Vgl. Britta Schilling: *Kolonialismus und Kalter Krieg. Unabhängigkeitsgeschenke und die materielle Politik der Erinnerung (1949–1968)*, in: Marianne Bechhaus-Gerst/Joachim Zeller (Hg.): *Deutschland postkolonial? Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit*, Berlin 2018, S. 182–203, hier insbesondere: S. 192–194, S. 198–200.

**359** Vgl. ebd., S. 201.

**360** Ebd., S. 189.

**361** Vgl. HHStAW 502–11647a, Reuß an Zinn, ohne Betreff, 2.2.1961, S. 1.

übernehmen, damit die Regierung von Ghana die hessischen Angebote nicht minderwertiger beurteilen könne als die russischen und sowjetzonalen.“<sup>362</sup>

Stipendien ohne Reisekostenübernahme seien wegen der damit verbundenen Kosten für Ghana „völlig unbrauchbar“, so Loewe. Der Anregung, die Reisekosten zu übernehmen, kam Hessen umgehend nach, obwohl deren Finanzierung üblicherweise Sache der Herkunftsländer war.<sup>363</sup> Um ähnliche Bedingungen zu bieten wie die östliche Konkurrenz, zahlten die westdeutschen Stellen nicht nur die Schulungsprogramme, sondern kamen auch für die Reisekosten der ghanaischen Fachkräfte auf. So zog die Ostannäherung für Accra selbst in der Zusammenarbeit mit der BRD finanzielle Vorteile nach sich. Darüber hinaus spornte die Tatsache, dass die ostdeutsche Regierung begonnen hatte, ghanaische Fachkräfte und Student:innen zu fördern, die Bundesregierung an, weitere Stipendien zuzusagen, wenn auch noch in kleinerem Rahmen. 1961 beschloss sie beispielsweise die Aufnahme von fünf ghanaischen Drucktechnikern.<sup>364</sup>

Der Ost-West-Konflikt war also der entscheidende Faktor dafür, dass Bonn langsam das Potenzial der Stipendien erkannte, die, so Botschaftsmitarbeiter Loewe, „in der immer schwieriger werdenden politischen Arbeit hier sehr wichtige und gute Wirkung erzi[en].“<sup>365</sup> Innerhalb weniger Jahre hatte sich die westdeutsche Haltung zur Stipendienvergabe stark gewandelt. Von der anfänglichen Reserviertheit war wenig geblieben. 1961 finanzierte Bonn nicht nur eigene Stipendien, sondern war sogar bereit, Ghana finanzielle Konzessionen zuzugestehen, um die Attraktivität der westdeutschen Programme zu steigern. Dieser Wandel ging ganz wesentlich auf die wachsende Konkurrenz durch die sozialistischen Staaten zurück.

Wie sich im gleichen Zeitraum Accras Haltung zu den westdeutschen Schulungen entwickelte, geht aus den Quellen kaum hervor. Einen kleinen Hinweis liefern die ghanaischen Aufzeichnungen über den Verhandlungsstand hinsichtlich eines Kreditabkommens mit Bonn sowie einem parallelen Angebot westdeutscher Firmen, dem sogenannten *West German Consortium*, das sich ebenfalls bereit erklärt hatte, den Bau von Industrieanlagen und Infrastrukturprojekten in

---

**362** Vgl. HHStAW 502–11647a, Reuß an Zinn, ohne Betreff, 2.2.1961, S. 2.

**363** Vgl. ebd.

**364** Vgl. BArch B 213/4027, Ausschnitt aus dem Ergebnisbericht des AA über die Sitzung des Interministeriellen Referentenausschusses für Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern – IRA – am 14.6.61.

**365** HHStAW 502–11647a, Loewe an Reuß, ohne Betreff, 15.6.1961, S. 1.

Ghana durchzuführen und mit Krediten zu finanzieren.<sup>366</sup> Die ausführlich aufgelisteten Modalitäten und Aufgaben kommentierte ein Regierungsmitarbeiter mit der Randbemerkung: „(Training of Ghanaians not included?)“<sup>367</sup>. Dies spricht zumindest für ein gewisses ghanaisches Interesse an den westdeutschen Schulungen. Wie weit dieses reichte und auf welche Ausbildungssektoren es sich besonders bezog, muss jedoch offenbleiben.

## **Ghana und die DDR: Sorge vor einer versehentlichen diplomatischen Anerkennung**

### ***Ostdeutsches Interesse trifft auf ghanaische Verzögerungstaktik***

Im Gegensatz zur BRD bemühte sich die ostdeutsche Regierung schon 1957 aktiv darum, ein Fortbildungsabkommen mit Accra abzuschließen. Im Herbst des Jahres bot Ost-Berlin erstmals an, ghanaische Fachkräfte in der DDR auszubilden. Zuvor hatten Mitarbeiter des MfAA und des MAI bei einer ostdeutschen Industrieausstellung in Kairo das Gespräch mit der ghanaischen Regierungsdelegation gesucht und dabei erfahren, dass Ghana angeblich sehr an Schulungen in der DDR interessiert sei.<sup>368</sup> Die SED-Regierung offerierte Accra daraufhin je zehn Hoch- und Fachschulstipendien sowie 30 Stipendien für eine betriebliche Ausbildung.<sup>369</sup> Die ostdeutschen Praktikumsprogramme sollten als Türöffner dienen, um Beziehungen zu der jungen afrikanischen Regierung aufzubauen. Das MfAA drängte darauf, „recht schnell enge Kontakte zu Ghana herzustellen“<sup>370</sup>, um damit zum einen (möglichen) westdeutschen Aktivitäten entgegenzuwirken und um zum anderen einen Ausgangspunkt zu schaffen, von dem aus eine potenzielle DDR-Vertretung Beziehungen zu anderen westafrikanischen Staaten aufbauen könnte.<sup>371</sup>

Doch es kam erst einmal anders. Trotz des Fachkräftemangels zögerte Ghana jeden einzelnen Schritt auf dem Weg zu gemeinsamen Praktikumsprogrammen

---

**366** Vgl. Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (Hg.): Ghana, Wirtschaftsdienst, Vol. 41, 10, Hamburg 1961, S. III; Langer: Die Außen- und Entwicklungspolitik, S. 51f.

**367** GH/PRAAD/ RG 7/1/1544, Memorandum by the Adviser on Loans, Betr.: Credit Lines Available from the Federal Republic of Germany, 24.7.61.

**368** Vgl. BArch DC 20/683, Heinrich Rau an Otto Grotewohl, ohne Betreff, 23.9.1958, S. 2 sowie Anlage.

**369** Vgl. BArch DC 20/15630, Otto Grotewohl an Dr. Nkrumah, ohne Betreff, 15.1.1959.

**370** PA AA MfAA A 14352, [Schu]: Zur Entwicklung der Beziehungen zu Ghana, 17.12.1957, S. 2.

**371** Ebd., S. 2f. Ganz ähnlichen Ziele verfolgte zeitgleich die Sowjetunion beim Aufbau von Beziehungen zu Ghana und Guinea vgl. Iandolo: The Rise and Fall, S. 684.

hinaus. Erst im September 1959 unterzeichneten beide Staaten schließlich ein gemeinsames Abkommen über die Aufnahme von Student:innen und Praktikant:innen. Zuvor hatte Nkrumahs Regierung nicht nur den angesetzten Termin für die bilateralen Gespräche verschoben, sondern auch das vorbereitete Abkommen monatelang nicht unterzeichnet.<sup>372</sup> Aber selbst als die Vereinbarung unterschrieben war, hielt die ghanaische Verzögerungstaktik an. Vor dem Herbst 1960 reiste kein:e einzige:r ghanaische:r Betriebspraktikant:in in die DDR. Noch im September 1959 hatte der zuständige Kabinettsausschuss in Accra entschieden, von den Stipendienangeboten der sozialistischen Staaten statt der angebotenen 30 Plätze vorerst nur drei bis vier pro Jahr anzunehmen. Diese Entscheidung betraf nicht nur die DDR, sondern auch die Tschechoslowakei und Jugoslawien.<sup>373</sup> Die Regierung hatte die Auswahlkomitees, die im November 1959 die Bewerbungsgespräche in London und Accra führten, gezielt nicht über diese Beschränkung informiert, da zumindest in Accra auch Vertreter:innen der Partnerländer bei den Auswahlgesprächen anwesend waren. Das *Scholarship Secretariat* erklärte dieses Vorgehen folgendermaßen:

„The Cabinet’s decision to award only 3 or 4 scholarships was not brought to the notice of the Selection Boards for a variety of reasons. With regard to the Accra Selection Committee the Representatives of the donor Government were present and it would be highly impolitic to divulge such confidential information to the Committee especially as Government has officially accepted and advertised the whole awards.“<sup>374</sup>

Die ghanaische Regierung verschwieg also sowohl den sozialistischen Partnerländern als auch Teilen der eigenen Verwaltung ganz bewusst, dass sie gar nicht beabsichtigte, die Vereinbarungen in vollem Umfang auszunutzen. Accra, das sich zu diesem Zeitpunkt noch überwiegend am Westen orientierte, war offensichtlich zurückhaltend gegenüber den sozialistischen Staaten, gleichzeitig wollte die CPP-Regierung die Tür, die sich hier öffnete, nicht gleich wieder zuschlagen, sondern sich durch eine eingeschränkte Teilnahme an den Programmen alle Optionen offenhalten.

Dies entsprach dem ebenfalls zögerlichen ghanaischen Vorgehen gegenüber der Sowjetunion im gleichen Zeitraum. Alessandro Iandolo hat gezeigt, dass Großbritannien und die USA Nkrumah in den späten 1950er Jahren mit massivem

<sup>372</sup> Vgl. BArch DC 20/683, Schwab (Stellvertreter des MfAA) an Staatssekretär Plenikowski, ohne Betreff, 30.12.1958; PA AA MfAA A 14352, HA II/3: Information über die Beziehungen der DDR zu Ghana – III. Quartal 1959.

<sup>373</sup> Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, D. D. Charmichael (Registrar of Scholarship) to the Cabinet, Betr.: Scholarships from East European Countries, 15.12.[1959].

<sup>374</sup> GH/PRAAD/RG 3/1/600, File No. AS/H/24, drafted by AS (S. D.), ohne Betreff, 4.12.1959.

Druck davon abhielten, zu enge Beziehungen zu Moskau aufzubauen.<sup>375</sup> Auch die Zusammenarbeit mit der DDR schien aus ghanaischer Perspektive kritisch, da hier stets die westdeutsche Sanktionsdrohung im Raum stand. Dies lag auch daran, dass der Abschluss von Stipendienabkommen unter anderem an den internationalen Status der DDR geknüpft war. Mit internationalen Verträgen wollte Ost-Berlin zeigen, dass die DDR *de facto* durchaus ein „normaler“ Staat war, der vielfältige außenpolitische Beziehungen pflegte.

### ***Die Formfrage – Stipendienabkommen zur Aufwertung des internationalen Status***

Dementsprechend ging es der ostdeutschen Regierung auch bei sämtlichen Stipendienprogrammen darum, entsprechende bilaterale Verträge in einer möglichst offiziellen Form zu vereinbaren. Selbst der Abschluss von Studenten- und Praktikantenabkommen war für die DDR letztlich eine Statusfrage.<sup>376</sup> Um das Prestige der DDR zu steigern und den Schritt zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen möglichst klein zu halten, baute die SED-Regierung „mit vielfältigen Vertragsbeziehungen [...] ein Netz faktischer bilateraler Beziehungen zu einzelnen Schwerpunktländern“<sup>377</sup> auf, zu dem auch Ghana zählen sollte. Die Verträge über die gemeinsame Fortbildungskooperation sollten dazu beitragen, die internationale Position der DDR zu verbessern.

Als es der DDR 1959 nach monatelangen Verhandlungen endlich gelungen war, das erste Abkommen über die Aufnahme von Student:innen und Praktikant:innen mit Ghana abzuschließen, reagierte das Präsidium des Ministerrates daher dennoch verärgert, denn der Vertrag hatte die „falsche“ Form. Er war nicht von einem Minister, sondern vom Leiter der ostdeutschen Handelsvertretung in Accra, Rolf Seidel, unterschrieben worden, der noch dazu keine Vollmacht für die Unterzeichnung besaß. Damit entsprach die Vereinbarung „nicht den Gepflogenheiten, die zwischen souveränen Staaten üblich sind“. „Es ist fraglich“, kritisierte das Präsidium die verantwortlichen ostdeutschen Stellen, „ob Vereinbarungen in einer derartigen Form der Stärkung unserer Autorität dienlich sind.“<sup>378</sup>

---

<sup>375</sup> Vgl. Iandolo: Rise and Fall, S. 688 f.

<sup>376</sup> Siehe dazu auch: PA AA MfAA A 16837, Kulturabteilung, Sektion 2: Konzeption für die Verstärkung der kulturellen Beziehungen mit den afrikanischen Hauptländern (Entwurf), 3.7.1963. Sowie: Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 189, 195 f & 391 f. Zur entsprechenden Funktion der Kulturabkommen vgl. Düwell: Zwischen Propaganda und Friedensarbeit, S. 80.

<sup>377</sup> Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 392.

<sup>378</sup> BAArch DC 20/683, Böthling: Vermerk, ohne Betreff, undatiert [1959].

Ghana wiederum war stark darauf bedacht, der SED-Regierung gerade nicht zu einer solchen Aufwertung zu verhelfen. Zu groß war die Sorge, die Bundesrepublik als wichtige Handelspartnerin zu verprellen. Obwohl Bonn die Hallstein-Doktrin erst 1964 auch auf das Vorfeld der diplomatischen Anerkennung ausweitete, ging Accra schon in den 1950er Jahren in Statusfragen gegenüber der DDR sehr bedacht vor.<sup>379</sup> Diese Rücksichtnahme ging allerdings nicht so weit, dass Nkrumahs Regierung gänzlich darauf verzichtet hätte, mit Ost-Berlin zu kooperieren. Stattdessen lotete sie immer wieder die Grenze aus, bis zu der eine Zusammenarbeit mit Ost-Berlin von der BRD toleriert wurde. So hatte Accra beispielsweise der Eröffnung einer ostdeutschen Handelsmission in Ghana zugestimmt, sich aber aus Sorge vor den westdeutschen Reaktionen dagegen gewehrt, dieser konsularische oder diplomatische Rechte zuzugestehen.<sup>380</sup> Wie viele andere Staaten auch versuchte Accra unterhalb der Schwelle der offiziellen Anerkennung zu bleiben, ohne dabei aber die realen Beziehungen zur SED-Regierung zu stark einzuschränken.<sup>381</sup> Die „Statusfrage“ wurde so zu einem Fixpunkt, an dem sich alle drei Staaten auf ihre Weise abarbeiteten. Im Falle von Ghana und der DDR führte das dazu, dass sich beide immer wieder ausgiebig mit formalen beziehungsweise juristischen Fragen befassten.

### ***Der ostdeutsche Trumpf: Lieferung von Industrieanlagen***

Dass die ostdeutsch-ghanaische Fortbildungskooperation trotz der konträren Interessen dann doch recht bald in größerem Umfang zustande kam, lag vor allem daran, dass die DDR die Schulungen auch in diesem Fall an den Export von Industrieanlagen knüpfte.<sup>382</sup> Im Dezember 1959 plädierte der damalige *Minister of Economic Affairs*, Kojo Botsio, erstmalig dafür, die Entscheidung zu revidieren, derzufolge die Regierung nur drei bis vier der ostdeutschen Schulungsplätze annehmen wollte.<sup>383</sup> Daraufhin erhöhte der zuständige Kabinettsausschuss die Zahl der Teilnehmer:innen im Januar 1960 auf acht Personen.<sup>384</sup> Als der stell-

---

**379** Vgl. Kilian: Die Hallstein-Doktrin, S. 165 f.

**380** Vgl. Landricina: Nkrumah and the West, S. 285.

**381** Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 106.

**382** Für die Verknüpfung der Fortbildungen mit der Anlagelieferung vgl. BArch DE 1/21380, 4. AEA: Maßnahmenplan für die Unterstützung des Genossenschaftswesens in Ghana, 13.2.1960, S. 2 & 4.

**383** Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, Registrar of Scholarship an Cabinet, Betr.: Scholarships from East European Countries, 18.12.1959.

**384** Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, Kojo Botsio (Minister of Economic Affairs): Cabinet Committee on Establishment Matters and Scholarships, Memorandum, Subject: Offers of Scholarship from East European Countries, 23.3.1960.

vertretende Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Carl Alexander Eckloff, Accra kurz darauf ein Kreditangebot, gebunden an den Abschluss eines gemeinsamen Handelsabkommens unterbreitete, drängte Botsio erneut darauf, das gesamte ostdeutsche Kontingent auszuschöpfen.<sup>385</sup>

Der ghanaische Wirtschaftsminister sah eine große Chance in der Offerte der DDR. Das Kreditangebot umfasste Waren, Dienstleistungen und Fabriken im Wert von 10 Millionen Pfund. Damit, so Botsio, könne die Regierung endlich die ghanaischen Industrialisierungspläne voranbringen.<sup>386</sup> Denn Ghana wartete zu diesem Zeitpunkt immer noch auf größere Zusagen potenzieller Kreditgeber:innen. Die USA hatten bisher nur Hilfen in geringem Umfang geleistet, die BRD erwog zwar ein Kreditabkommen, hatte aber bislang noch keine Zusagen gemacht, Großbritannien hielt sich insgesamt zurück und die ersten Verhandlungen mit der SU sollten erst im Mai des Jahres stattfinden.<sup>387</sup> Nachdem Botsio im März 1960 mit dem Leiter der ostdeutschen Handelsvertretung Seidel über die geplante Anlagenlieferung verhandelt hatte, pochte er erneut darauf, alle ostdeutschen Schulungsplätze anzunehmen. Um die Fabriken zu betreiben, benötige Ghana Fachkräfte, die technisch in der Lage seien, die von der DDR gelieferten Maschinen auch zu bedienen. Daher seien die Fortbildungen in Ostdeutschland in vollem Umfang notwendig, argumentierte der Minister.<sup>388</sup> Auf der Grundlage dieser Argumentation entschied der Kabinettsausschuss Mitte April 1960, das ostdeutsche Kontingent doch in voller Höhe auszuschöpfen und damit dreißig Stipendien für Praktikant:innen sowie zwanzig für Student:innen anzunehmen.<sup>389</sup> Faktisch reisten 1960 aber nur 19 ghanaische Praktikanten in die DDR. Im Folgejahr stagnierten die Teilnahmezahlen, Accra entsandte keine weiteren Fachkräfte nach Ostdeutschland.

---

**385** Vgl. BArch DL 2/4307, Seidel (HV Ghana): Aktenvermerk über ein Gespräch mit dem Minister für ökonomische Angelegenheiten K. Botsio, 15. 3. 1960.

**386** Vgl. GH/PRAAD/RG 7/1/2188, Minister for Economic Affairs, Betr.: Economic Assistance from the Government of the German Democratic Republic to the Government of Ghana, undatiert [1960].

**387** Vgl. Landricina: Nkrumah and the West, S. 33–38.

**388** Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, Kojo Botsio (Minister of Economic Affairs): Cabinet Committee on Establishment Matters and Scholarships, Memorandum, Subject: Offers of Scholarship from East European Countries, 23. 3. 1960. Zu den Verhandlungen vgl. BArch DL 2/4307, Seidel (HV Ghana): Aktenvermerk über ein Gespräch mit dem Minister für ökonomische Angelegenheiten K. Botsio am 9. 3. 60, 15. 3. 1960.

**389** Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, Extract from the Minutes of a Meeting of the Cabinet, Minute No. 27: Offers of Scholarships from East European Countries, 11. 4. 1960.

**Tabelle 7:** Ghanaische Praktikant:innen in der DDR, 1959 – 1961.<sup>390</sup>

| 1959 | 1960 | 1961 |
|------|------|------|
| –    | 19   | 19   |

Die Hoffnung der SED-Regierung, die Fortbildungsprogramme als Türöffner nutzen zu können, um damit engere politische Beziehungen aufzubauen oder gar die diplomatische Anerkennung zu erreichen, war enttäuscht worden. Stattdessen fungierte im ghanaischen Fall letztlich die Lieferung von Industrieanlagen als Türöffner für die Fortbildungs Kooperation.<sup>391</sup> Doch selbst, als die DDR mit Fabriken und Kreditangeboten lockte, gestaltete sich die Zusammenarbeit weiterhin schwierig. Das lag nicht zuletzt an der westdeutschen Hallsteinpolitik.

### ***Das Handelsabkommen und die Sorge vor der versehentlichen Anerkennung***

Trotz Botsios Plädoyer für das ostdeutsche Kreditangebot zögerte die CPP-Regierung, das damit verbundene Handelsabkommen zu unterzeichnen. Sie fürchtete, dies könne die Anerkennung der DDR implizieren und daher westdeutsche Sanktionen nach sich ziehen. Auf der Kabinettsitzung vom 15. März 1960 ging Nkrumah persönlich auf das Dilemma ein. Das Protokoll hielt hierzu fest:

„The Prime Minister warned that, much as the willingness of the Government of the German Democratic Republic to aid Ghana in its economic development was appreciated, it was essential for Ghana to avoid entering into any agreements which would, in effect, amount to or be interpreted to mean a recognition of the Government of the German Democratic Republic by Ghana.“<sup>392</sup>

Nkrumahs Sorge um eine ungewollte Anerkennung der DDR kam nicht von ungefähr. Nur wenige Tage zuvor hatte es einige Irritationen über die Frage gegeben, ob der westafrikanische Staat Guinea (ein enger Verbündeter Ghanas) offizielle Beziehungen zur DDR aufgenommen hatte. Der Vorfall machte weltweit Schlagzeilen und beschäftigte nicht nur die beteiligten Länder, sondern auch die internationale Gemeinschaft. Hätte sich die Anerkennung bestätigt, wäre es der

<sup>390</sup> Vgl. BArch DE 1/1961, Niederberger (SPK, IÖB) an Abteilung Schwermaschinenbau, ohne Betreff, 23.11.1960; PA AA MfAA A 14352, 4. AEA, Referat Ghana: Bericht über die Entwicklung der Beziehungen der DDR zur Republik Ghana, 23.11.1961.

<sup>391</sup> Für die tansanisch-ostdeutsche Kooperation kommt Eric Burton zum gleichen Ergebnis. Vgl. Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus, S. 201.

<sup>392</sup> GH/PRAAD/RG 7/1/2188, Extract from the Minutes of a Meeting of the Cabinet [...], 15.3.1960.



DDR erstmals gelungen, diplomatische Beziehungen zu einem nichtsozialistischen Staat aufzubauen.

Doch die Sachlage war verworren. Im Dezember 1959 hatte Guinea – der Hallstein-Doktrin zum Trotz – einer ostdeutschen Delegation die Anerkennung der DDR in Aussicht gestellt und in den folgenden Monaten den gegenseitigen Diplomatenaustausch vorbereitet. Ende Februar 1960 war der zukünftige guineische Botschafter nach Ost-Berlin gereist und hatte sich dort am 5. März 1960 offiziell akkreditieren lassen. Bonn plante daraufhin, die Beziehungen zu Conakry abubrechen und die Entwicklungsgelder zu streichen. Der guineische Präsident Sekou Touré bestritt aber wenige Tage später, dass er der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zugestimmt habe.<sup>393</sup>

Am 15. März 1960, als Nkrumah im ghanaischen Kabinett seine Warnung aussprach, war noch unklar, wie die Bundesrepublik sich Guinea gegenüber verhalten würde. Es war aber deutlich geworden, dass die westdeutsche Regierung durchaus gewillt war, auf eine Anerkennung der DDR mit Sanktionen zu reagieren. Auch wegen der eigenen engen Verbindungen zu Guinea beschäftigte Accra der Vorfall sehr.<sup>394</sup> Der ghanaische Botschafter in Bonn, Theodor O. Asare, mahnte Nkrumahs Regierung daher:

„One thing which is clear is that the East German Government should be watched with the greatest care because they will use the slightest opportunity they gain to create friction between any country and West Germany. There is no limit to the tactics which they will use in this respect. Of course, there is another aspect to this matter. One may take the position that as a sovereign nation one has the right to recognise any Government if one so desired. The East Germans will play on this technique, but it will all be for their own personal advantage rather than that of any Government they involve in this respect.“<sup>395</sup>

Die Sorge, in eine politische Kampagne Ost-Berlins hineingezogen zu werden und damit das Wohlwollen der BRD zu verspielen, führte dazu, dass Accra sich gegenüber der DDR ausgesprochen vorsichtig verhielt. In einem mehr als einjährigen Prozess versuchte Nkrumahs Regierung, die Frage zu klären, welche formalen Aspekte ein Abkommen berücksichtigen müsse, damit Ghana nicht unwissentlich – und unwillentlich – die DDR anerkannte. Dreizehn Monate lang untersuchte ein

**393** Vgl. Werner Kilian: Die Hallstein-Doktrin, S. 85–95.

**394** Vgl. GH/PRAAD/RG 17/1/163 Theodore O. Asare (Embassy of Ghana, Bad Godesberg) an Nkrumah, ohne Betreff (top secret), 17.3.1960; GH/PRAAD/RG 17/1/163, Asare an Nkrumah, ohne Betreff (top secret), 18.3.1960; GH/PRAAD/RG 17/1/163, Asare an Nkrumah, ohne Betreff (top secret), 5.4.1960.

**395** GH/PRAAD/RG 17/1/163, Asare an Nkrumah, ohne Betreff (top secret), 18.3.1960, S. 4.

interministerieller Ausschuss unter der Leitung des für Rechtsangelegenheiten zuständigen *Attorney-General* diese Frage. Mit dieser akribischen Untersuchung scheint Accra in gewisser Weise das Adenauersche Konstrukt der „erschlichene[n] Anerkennung“, also einer „Anerkennung wider Willen“<sup>396</sup>, vorweggenommen zu haben. Formale juristische Aspekte spielten wieder einmal eine zentrale Rolle in den Beziehungen zur DDR.

Die ghanaischen Überlegungen drehten sich in erster Linie um das vorgeschlagene Handels- und Kreditabkommen, parallel erstreckten sie sich aber auch auf die anderen, zeitgleich verhandelten Vereinbarungen, darunter ein Kulturabkommen, das Stipendienzusagen umfasste. Das lange Ringen darum, das eigene Vorgehen juristisch abzusichern, zeigt, dass die ghanaische Regierung durchaus an einer Kooperation mit Ost-Berlin interessiert war. Dabei stand sie aber vor der Frage, wie es möglich sei, Verträge mit der DDR abzuschließen, ohne sich anschließend den Vorwürfen einer Anerkennung ausgesetzt zu sehen. Bei der Lösung dieses Problems orientierte sich Accra schließlich interessanterweise am indischen Vorbild.

### ***What would Nehru do?***

In den folgenden Monaten zog das beauftragte ghanaische Komitee verschiedene Möglichkeiten in Erwägung, wie es gelingen könne, das Kredit- und Handelsabkommen mit der DDR zu unterzeichnen, ohne gleichzeitig den Anschein zu erwecken, dass damit auch eine Anerkennung verbunden sei. Eine Überlegung war, eine Präambel zu dem Abkommen aufzusetzen oder alternativ ein Begleitschreiben an die ostdeutsche Regierung zu formulieren, welche die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR explizit dementierten. Falls Bonn die Haltung Ghanas infrage stellen sollte, könnten diese Schreiben vorgezeigt werden.<sup>397</sup> Letztlich verwarf das Komitee diese Idee aber wieder.

Stattdessen beauftragte das *Ministry of Foreign Affairs* den ghanaischen *High Commissioner* in Neu-Delhi damit, zu ergründen, wie es denn der indischen Regierung gelungen sei, dieses Problem zu lösen.<sup>398</sup> Dieses Vorgehen war nicht ganz neu. Schon vor der Unabhängigkeit hatte die ghanaische Verwaltung sich in au-

---

<sup>396</sup> Kilian: Die Hallstein-Doktrin, S. 373.

Adenauer warnte im Sommer 1963 im Gespräch mit US-Außenminister Dean Rusk vor dieser Art der „Anerkennung“. Eine rechtliche Grundlage für Adenauers Konstrukt gab es nicht. Vgl. ebd.

<sup>397</sup> Vgl. GH/PRAAD/RG 7/1/2188, Notes of a Meeting held at the Office of the Attorney-General [...], 26.10.1960; GH/PRAAD/RG 7/1/2188, Draft to Mr. Apeadu, 5.11.1960.

<sup>398</sup> Vgl. GH/RAAD/RG 7/1/2188, Principal Secretary (Ministry of Foreign Affairs) an Development Secretariat, Betr.: Agreement for Trade, Economic, Scientific, and Cultural Co-operation between the Government of the German Democratic Republic and the Government of Ghana, 30.12.1960.

ßenpolitischen Aspekten häufig am indischen Vorgehen orientiert. Trotz angespannter persönlicher Beziehungen zwischen Nkrumah und Nehru diente Indien Ghana offenbar als Vorbild in diplomatischen Fragen.<sup>399</sup> Das ging auf die politischen und historischen Parallelen zwischen den beiden Staaten zurück. Beide waren ehemalige britische Kolonien und Mitglieder des *Commonwealth*, beide waren relativ früh unabhängig geworden und beide verfolgten eine blockfreie Politik. Hinzu kam in diesem Fall, dass Indien zu den wenigen postkolonialen Staaten zählte, die Handelskontakte zur DDR besaßen.<sup>400</sup> Daher lag es für Accra in gewisser Weise nahe, sich am indischen Beispiel zu orientieren. Die ghanaische Regierung beschloss daher schließlich, dem Vorgehen Neu-Delhis zu folgen.<sup>401</sup> Das Abkommen mit der DDR sollte in Briefform abgeschlossen und nur von einem Verwaltungsbeamten unterzeichnet werden, statt auf ministerieller oder auf Regierungsebene. Denn, so führte S. L. Howell, ein Mitarbeiter des *Attorney General* aus: „This is the form in which India made her Agreement with the German Democratic Republic, and so far as I am aware it has never been suggested that her Agreement involved diplomatic recognition.“<sup>402</sup> Außerdem, betonte Howell, impliziere ein Abkommen zu einem begrenzten Zweck, wie das von der DDR vorgeschlagene Handelsabkommen, nach internationalem Recht keine diplomatische Anerkennung der Vertragspartnerin.<sup>403</sup> Erst nachdem die ghanaische Regierung sich derart abgesichert hatte, war sie bereit, das besagte Handelsabkommen sowie zusätzlich ein Abkommen über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie ein Kulturabkommen mit der DDR abzuschließen.<sup>404</sup>

Das Vorgehen Accras verdeutlicht zweierlei: Zum einen zeigt es, wie aktiv die CPP-Regierung die afro-asiatische Verbindung nutzte, um sich in diplomatischen

---

**399** Vgl. Thompson: *Ghana's Foreign Policy*, S. 51.

**400** Vgl. GH/RAAD/RG 7/1/2188, Principal Secretary (Ministry of Foreign Affairs) an Development Secretariat, Betr.: Agreement for Trade, Economic, Scientific, and Cultural Co-operation between the Government of the German Democratic Republic and the Government of Ghana, 30.12.1960.

**401** Vgl. GH/PRAAD/RG 7/1/2188, K. K. Apeadu (Development Secretariat) an Geoffrey Bing (Attorney-General), ohne Betreff, 14. 1.1961; PRAAD, RG 7/1/2188, Geoffrey Bing an K. K. Apeadu, ohne Betreff, 24.1.1961; GH/PRAAD/RG 7/1/2188, S. L. Howell for Attorney-General an Development Secretariat, Betr.: Economic Assistance Agreement with the German Democratic Republic, 18.4.1961.

**402** GH/PRAAD/RG 7/1/2188, S. L. Howell for Attorney-General an Development Secretariat, Betr.: Economic Assistance Agreement with the German Democratic Republic, 18.4.1961.

**403** Vgl. ebd.

**404** Vgl. GH/PRAAD/RG 7/1/2188, Extract from the Minutes of a Meeting of the Cabinet, 2.5.1961. Siehe auch: PA AA MfAA A 14352, 4. AEA, Referat Ghana: Bericht über die Entwicklung der Beziehungen der DDR zur Republik Ghana, Stand November 1961, 23.11.1961.

Fragen abzusichern. Indien, das einen ähnlichen Weg der Dekolonisation und der politischen Orientierung als junger Staat etwas früher beschritten hatte als Ghana, diente Accra als Vorbild für die Gestaltung der eigenen Außenpolitik. Nkrumah lernte von Nehru – trotz der persönlichen Antipathien zwischen beiden. Zum anderen veranschaulicht das ausgesprochen vorsichtige Verhalten Ghanas gegenüber der DDR, wie groß die Sorge vor den Bonner Sanktionen war. Die Verwicklungen um Guinea im Frühling 1960 hatten die Gefahr noch einmal verdeutlicht. Die darauffolgenden Vorsichtsmaßnahmen zeigen, dass Nkrumah im Zweifelsfall nicht bereit war, die Beziehungen und Wirtschaftskontakte zur BRD zu riskieren. Das wirkte sich auch hemmend auf die Fortbildungskooperation mit der DDR aus. Gleichzeitig führte die westdeutsche Drohung dazu, dass sowohl Ost-Berlin als auch Accra sich ausgiebig mit formalen juristischen Fragen beschäftigten, wie der, welche Form die gemeinsamen Abkommen annehmen sollten. Die Ironie der Geschichte liegt darin, dass all die sorgsam rechtlichen Überlegungen zumindest im Falle der Kulturabkommen letztlich gar nicht zur Anwendung kamen. Sie wurden gleich zweifach von der historischen Entwicklung überholt: erst durch einen Alleingang Kojo Botsios und kurz darauf durch den Linksruck der ghanaischen Regierung.

### ***Botsio: die treibende Kraft hinter der Fortbildungskooperation?***

Im Sommer 1961 setzte sich Botsio, der inzwischen das Amt des *Minister of Agriculture* übernommen hatte, über die explizite Weisung Nkrumahs hinweg und unterzeichnete das Kulturabkommen mit der DDR als formale Vereinbarung auf ministerieller Ebene. Das brachte ihm nicht nur scharfe Kritik ein, sondern führte nach ghanaischen Informationen auch dazu, dass Ost-Berlin umgehend versuchte, das Abkommen propagandistisch zu nutzen.<sup>405</sup>

Dass Botsio die klaren Vorgaben des Regierungschefs ignorierte und außerhalb seines eigentlichen Zuständigkeitsbereichs eigenmächtig agierte, wirft Fragen über seine Rolle bei der Fortbildungskooperation mit Ost-Berlin auf. Faktisch trieb Botsio die Zusammenarbeit Ghanas mit der DDR immer wieder aktiv voran. Dabei hatte der alte Weggefährte Nkrumahs sowohl unter seinen Zeitgenoss:innen als auch bei damaligen und heutigen Forscher:innen den Ruf, eher dem Westen nahezustehen, auch wenn er die kapitalistischen und sozialistischen Unterstützungsangebote stets pragmatisch auslotete.<sup>406</sup> Ob Botsio aus politischen Loyali-

---

<sup>405</sup> Vgl. PRAAD, RG 7/1/2188, Principal Secretary an Ministry of Education and Social Welfare, Betr.: Ghana/German Democratic Republic Cultural and Scientific Agreement, 8.8.1961.

<sup>406</sup> Vgl. Kilian: Die Hallstein-Doktrin, S. 71f; Landricina: Nkrumah and the West, S. 321, 335 & 337; Thompson: Ghana's Foreign Policy, S. 55 & 106.

täten heraus handelte, ist daher fraglich. Betrachtet man die politischen Schwerpunkte Botsios in seiner vorherigen Karriere ist es wesentlich wahrscheinlicher, dass der Minister entweder aus bildungspolitischen oder aus wirtschaftspolitischen Motiven heraus handelte. Schon während der Zeit der Doppelregierung vor 1957 hatte der ehemalige Lehrer sich stark für den Bildungsausbau in der Goldküste eingesetzt. Gegen den Widerstand des britischen *Colonial Office* hatte der damalige *Minister of Education* dafür gesorgt, dass das Land innerhalb kürzester Zeit die allgemeine und freie Primarschulbildung einführte.<sup>407</sup> Zum anderen ist es durchaus denkbar, dass Botsio auch über seine Amtszeit als Wirtschaftsminister hinaus versuchte, die ghanaischen Industrialisierungspläne voranzubringen, die er möglicherweise als sein persönliches Projekt betrachtete. Botsio habe stets ausgiebige wirtschaftliche Interessen gezeigt und sei selbst in seiner Zeit als Außenminister 1958/59 mehr an ökonomischen Angelegenheiten interessiert gewesen als an außenpolitischen, bemerkt Willard Scott Thompson.<sup>408</sup>

Warum Botsio der DDR in die Hände spielte, indem er ihr ein formal höherwertiges Abkommen bescherte, kann hier nicht abschließend beantwortet werden. Es ist durchaus möglich, dass er, neben bildungspolitischen oder wirtschaftspolitischen Erwägungen, auch Hoffnungen auf eine persönliche Vorteilsnahme damit verband, wie schon sein Kollege Edusei. Zumal Botsio zu den Politikern zählte, die regelmäßig Stipendien an Verwandte oder an potenzielle Wähler vermittelten.<sup>409</sup> Festzuhalten bleibt in jedem Fall, dass die bilaterale Fortbildungs Kooperation sowohl mit der BRD als auch mit der DDR in den ersten Jahren maßgeblich auf die Eigeninitiative einzelner ghanaischer Politiker zurückging. In der Zusammenarbeit mit Ost-Berlin änderte sich dies im Herbst 1961, nachdem Nkrumah eine ausgiebige Reise durch die sozialistischen Staaten unternommen hatte. Ghana wandte sich daraufhin offensiv dem Osten zu. Das beeinflusste auch die Stipendienpolitik. Die CPP-Regierung, die noch Anfang August 1961 Botsios Alleingang kritisiert hatte, war zwei Monate später explizit bereit,

---

<sup>407</sup> Vgl. Armah: *Peace without Power*, S. 25 f.

<sup>408</sup> Vgl. Thompson: *Ghana's Foreign Policy*, S. 17 f & 106.

<sup>409</sup> Vgl. PA AA AV Neues Amt 19400, Dr. Harting (BPA) an die deutsche Botschaft Accra, Betr.: Journalistisches Praktikum für Herrn Botsio aus Ghana, 19.6.1964; BArch SAPMO DY 30/IV A 2/20 906, Kern (WHM Ghana), Vermerk über eine Aussprache mit dem Außenminister der Republik Ghana am 18.2.65, 26.2.1965; PA AA AV Neues Amt 19400, Steltzer (Botschaft Accra) an das AA, Betr.: Stipendienantrag für die Nichte des ghanaischen Aussenministers, Fr. Sarah Mbroh, 5.3.1965. Auch in anderen Bereichen wurde Botsio wiederholt Vorteilsnahme oder Bestechlichkeit vorgeworfen. Siehe: Kilian: *Die Hallstein-Doktrin*, S. 70 f; Landricina: *Nkrumah and the West*, S. 50 f & 337 f.

sämtliche Abkommen mit der DDR offiziell auf Regierungsebene zu unterzeichnen, darunter auch das Kulturabkommen, welches neue Stipendienzusagen enthielt (siehe Kap. 2.2).<sup>410</sup>

### 1.3 Spurensuche – der Eigen-Sinn der Praktikant:innen

Ausgehend von der Frage, wie sich das Nord-Süd-Verhältnis und der Ost-West-Konflikt auf die Fortbildungsprogramme niederschlugen und welche Faktoren bei der Realisierung relevant waren, muss eine weitere Ebene berücksichtigt werden: die Alltagsgeschichte der Praktikumsprogramme. Dieser widmet sich das folgende Kapitel, das alltägliche Aushandlungen zwischen den afrikanischen Programmteilnehmer:innen und verschiedenen deutschen Akteur:innen wie Behörden, Arbeitgeber:innen, Kolleg:innen und Bekannten analysiert. Für die Fachkräfte stand in der Regel nicht der staatliche Nutzen der Schulungen im Vordergrund, sondern der persönliche Gewinn, den sie sich von den Weiterbildungen versprachen. Sie unternahmen die Reise auf einen anderen Kontinent üblicherweise, um ihre beruflichen Aussichten zu verbessern und damit sozial aufzusteigen oder aber, um (mehr) Geld zu verdienen.<sup>411</sup> Die Perspektive der Teilnehmer:innen wich also von den Zielen und Konzepten der Programme ab. Bei der Realisierung des zweiten ägyptischen „Regierungspraktikantenprogramms“ stellten beispielsweise die westdeutschen Ministerien und Organisationen erstaunt fest, dass „sich die persönlichen Wünsche der Ägypter weniger auf eine berufliche Ausbildung als auf einen schnellen und hohen Gelderwerb erstreckten.“<sup>412</sup> Und sie entschieden daraufhin lapidar, „daß derartige Wünsche mit der zwischen beiden Regierungen getroffenen Vereinbarung in Widerspruch stünden und infolgedessen keine Berücksichtigung finden könnten.“<sup>413</sup> In der Praxis war es aber nicht so einfach, die Wünsche und Ziele der Praktikant:innen zu ignorieren. Diese wandten sich in vielen Fällen mit Forderungen, Wünschen, Anregungen, Kritik oder auch Lob an die (staatlichen) deutschen Entschei-

---

**410** Vgl. GH/PRAAD/MFA 4/141, Agreement on Cultural Co-operation Between the Government of the Republic of Ghana and the Government of the German Democratic Republic, 19.10.1961; BArch DL 2/VAN 762, Referat Ghana (MfAA) an Kramer (MAI): Bericht über den Aufenthalt der Ghane-sischen Regierungs-Delegation in der Deutschen Demokratischen Republik, 25.10.1961, S. 8.

**411** Vgl. zu den Motiven anderer Stipendiatengruppen: Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus, S. 212–217; Harisch: „Mit gewerkschaftlichem Gruß!“, S. 97–100; Tarradellas: „A Glorious Future“, S. 12.

**412** BArch B 149/6308, Vermerk über die Sitzung des Aussprachekreises vom 17.12.1957, S. 5.

**413** Ebd.

dungsträger:innen. Sie verhandelten mit ost- und westdeutschen Beamt:innen, Regierungsmitarbeiter:innen und Arbeitgeber:innen über die Umstände und Bedingungen ihrer Fortbildungen in der BRD oder der DDR.

Um sich dem Gehalt dieser Interaktionen zu nähern, bietet sich das alltagsgeschichtliche Konzept des Eigen-Sinns an. Der von Alf Lüdtke eingeführte Begriff bezeichnet, wie Thomas Lindenberger zusammenfasst, „individuelle Verhaltensweisen und Handlungen in ihrer Bedeutung für Macht und Herrschaft, für Unterwerfung und Aufbegehren, für Mitmachen, Widerstehen oder Aussteigen“.<sup>414</sup> Das Konzept des Eigen-Sinns eignet sich unter anderem deshalb für die Analyse alltäglicher Interaktionen, da es den Blick auf (gesellschaftliche) Machtverhältnisse richtet, diese aber mittels alltagsgeschichtlicher Quellen kritisch hinterfragt. Vermeintliche Eindeutigkeit kann so zugunsten eines komplexeren, vielfältigeren Bildes aufgelöst werden. Im Fall dieser Arbeit geht es gleich in doppelter Hinsicht um Asymmetrien. Zum einen betrachtet sie das asymmetrische Verhältnis zwischen Ghana als „Empfängerin von Entwicklungshilfe“ und den beiden industrialisierten deutschen Staaten als „Geberländern“, zum anderen bestanden auch zwischen den afrikanischen Teilnehmer:innen und den jeweiligen Regierungsbehörden oder den Arbeitgeber:innen asymmetrische Beziehungen. Die Entscheidung über Erfolg oder Misserfolg der Praktikant:innen und über ihren Verbleib im Programm lag formal bei den Regierungen in Bonn, Ost-Berlin und dem jeweiligen Partnerland. In der Praxis wurde diese staatliche Kontrolle aber immer wieder durch Handlungen der Fachkräfte unterlaufen. Es lohnt sich also, diese Aushandlungen zu untersuchen, um sich der Realität der Fortbildungsprogramme stärker anzunähern. Im Fokus stehen dabei Fälle, in denen die Vorstellungen oder Handlungen der Teilnehmer und die staatlichen Erwartungen an die Programme mehr oder weniger konflikthaft aufeinanderprallten. Obwohl das Konzept des Eigen-Sinns sich ganz explizit nicht nur auf widerständige Handlungen bezieht, sondern ebenso affirmatives und kooperatives Verhalten miteinbezieht, umfassen die Beispiele in dieser Untersuchung hauptsächlich solche Fälle, in denen es zu irgendeiner Art von Kontroverse kam.<sup>415</sup> Das ist der Quellenlage geschuldet, denn vor allem diese konflikthaften

---

**414** Vgl. Thomas Lindenberger: Eigen-Sinn, Herrschaft und kein Widerstand, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 02.09.2014. URL: [http://docupedia.de/zg/Lindenberger\\_eigensinn\\_v1\\_de\\_2014](http://docupedia.de/zg/Lindenberger_eigensinn_v1_de_2014) [letzter Zugriff am 19.09.2018, 10:35 Uhr]. Lindenberger verweist darüber hinaus darauf, dass Alltagshistoriker:innen sich in der Regel einer eindeutigen Definition des Konzepts verwehren, da dieses an sich auf einer Mehrdeutigkeit und flexiblen Anpassung an den Untersuchungsgegenstand beruhe.

**415** Zum Konzept des Eigen-Sinns und seiner „Mehrdeutigkeit“ vgl. Alf Lüdtke: Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: Ders. (Hg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-



Episoden schlugen sich in den Archiven nieder. Die Studie bemüht sich dennoch darum, auch zwischen den Zeilen zu lesen und gegebenenfalls Punkte der Übereinstimmung herauszuarbeiten.

### ***Methodische Herangehensweise***

Die alltäglichen Interaktionen können, allein schon aufgrund der Quellenlage, nur episodenhaft dargestellt werden. Um jedoch die einzelnen Aushandlungen nicht individuell losgelöst zu betrachten, sondern sie in einen größeren Zusammenhang einordnen zu können, wurden umfangreiche Vorarbeiten durchgeführt: Zunächst einmal wurde geprüft, welche Themen die jeweiligen Interaktionen verhandelten. Dabei zeichneten sich sieben Hauptkategorien ab, die jeweils mehrere Unterkategorien umfassen. Daraus ergab sich das in Tabelle 8 dargestellte Schema.

Die dort genannten Kategorien und Unterkategorien überschnitten sich häufig. So drehten sich Diskussionen über die Qualität der Fortbildungen teilweise auch um den beruflichen Status der Praktikant:innen. Oder aber die Fachkräfte thematisierten bei Verhandlungen um höhere Unterhaltszahlungen die Ost-West-Konkurrenz. Eine eindeutige Trennung der verschiedenen Kategorien ist also nicht immer möglich. Für die Analyse ist das aber kein Nachteil, da gerade die argumentativen Verquickungen auch Einblick in die Interessen und Strategien der Praktikant:innen geben können.

Neben der Kategorienbildung diente eine Reihe inhaltlicher Leitfragen als Grundlage, um die konkreten Fallbeispiele zu analysieren. Jede Aushandlung wurde nach den folgenden Aspekten befragt: Welche Interessen verfolgten die Beteiligten? Wie versuchten sie ihre Interessen durchzusetzen? Welche Koalitionen bildeten sie? Wie begründeten sie ihre Anliegen? Welche Argumente waren erfolgreich? In welchen Fragen gab es Übereinstimmung? Wie entwickelten sich die Interaktionen? Was war das Ergebnis der Aushandlungen? Nahmen die Akteur:innen Bezug auf größere politische Kontexte? Die Untersuchung anhand dieser Fragen stellt die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Aushandlungen sicher. Die daran geknüpften Aspekte – Interessen, Handlungen, Koalitionen, Argumentationsmuster, Konsens, Ergebnis und Bezugnahme auf politische Themen – wurden so herausgearbeitet und vergleichbar gemacht.

---

anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 9 – 63, hier insbesondere: S. 12 – 15 & 49 – 51; Lüdtkke: Einleitung, in: ders.: *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrung und Politik*, S. 9 f. Siehe auch: Belinda Davis/Thomas Lindenberger/Michael Wildt: *Einleitung*, in: Dies. (Hg.): *Alltag, Erfahrung, Eigensinn. Historisch-anthropologische Erkundungen*, Frankfurt/New York 2008, S. 11 – 28, hier: S. 18; Lindenberger: *Eigen-Sinn, Herrschaft und kein Widerstand*.



**Tabelle 8:** Themen und Kategorien der Aushandlungen in der BRD und der DDR.

| Allgemeine Lebensbedingungen                       | Arbeitsituation, Ausbildungspraxis und Lehrinhalte | Politische Aspekte                          | Reisefreiheit, Aufenthalts- und Einwanderungsfragen | Sexualität und Liebesbeziehungen                    | Religion                         | Persönliche Konflikte                                                  |
|----------------------------------------------------|----------------------------------------------------|---------------------------------------------|-----------------------------------------------------|-----------------------------------------------------|----------------------------------|------------------------------------------------------------------------|
| Höhe der Förderungen und andere finanzielle Fragen | Sprachunterricht                                   | Politische Aktivitäten der Teilnehmer:innen | Grenzübertritt und Reisefreiheit im Inland          | Staatliche Kontrolle von Sexualität und Beziehungen | Ausübung der Religionsfreiheit   | Reaktionen auf sexuelle Beziehungen oder Liebesbeziehungen, Eifersucht |
| Wohnverhältnisse                                   | Lehrpläne und Lehrinhalte                          | Ost-West-Konflikt                           | Rückkehr                                            | Eheschließungen                                     | Religiöse Ernährungsvorschriften | (Rassistische) Beleidigungen und Übergriffe                            |
| Essensversorgung                                   | Ablauf der praktischen Fortbildungen               | Anfragen nach politischem Asyl              | Einbürgerung                                        |                                                     |                                  | Körperliche Auseinandersetzungen mit ungeklärtem Hintergrund           |
| Aufenthalt von Familienangehörigen                 | Qualität der Fortbildungen                         |                                             | Stipendienrückzahlung bei ausbleibender Rückkehr    |                                                     |                                  |                                                                        |
| Freizeitgestaltung                                 | Arbeitsdisziplin                                   |                                             |                                                     |                                                     |                                  |                                                                        |
| Betreuung                                          | Beruflicher Status, Position in den Berufen        |                                             |                                                     |                                                     |                                  |                                                                        |
|                                                    | Anerkennung der Zeugnisse                          |                                             |                                                     |                                                     |                                  |                                                                        |

Nach dieser inhaltlichen Analyse wurden die Fallbeispiele ausgewählt, die in den Kapiteln wiedergegeben werden. Bei der Auswahl waren zwei Bedingungen leitend: Erstens sollte den Beispielen eine gewisse *Relevanz* zukommen. Sie gehören entweder zu den Kategorien, die im jeweiligen Zeitraum besonders häufig verhandelt wurden, und illustrieren diese exemplarisch. Oder aber sie veranschaulichen einen Bereich, der sich bereits in den vorangehenden Kapiteln zur staatlichen Konzeption oder zur bilateralen Zusammenarbeit als wichtiges Thema herauskristallisiert hat. Beispielsweise drehte sich ein beachtlicher Teil der ministerialen Debatten in der BRD um Fragen des Aufenthalts- und Einwanderungsrechts. Diesem Aspekt kam ein so großer Stellenwert zu, dass es naheliegt zu fragen, wie er denn auf der Mikroebene verhandelt wurde. Zweitens war die *Nachvollziehbarkeit* ausschlaggebend. Es wurden in der Regel besonders sprechende Beispiele gewählt, also Fälle, bei denen mehrere Quellen über den gesamten Zeitraum der jeweiligen Aushandlung erhalten sind. Das können wenige Tage oder auch mehrere Jahre sein, je nachdem, wie lang die Auseinandersetzung dauerte, entscheidend war vor allem, dass die Prozesshaftigkeit der Interaktion ersichtlich wird. Die Unwucht, die zwangsläufig entsteht, wenn nur gut dokumentierte Beispiele geschildert werden, soll durch den oben ausgeführten vorherigen Abgleich mit weniger gut belegten Interaktionen gemindert werden. Die Gegenüberstellung ermöglicht es, die ausgewählten Fälle in einen größeren Kontext einzuordnen. Einen dritten, allerdings nicht obligatorischen, Aspekt bildete darüber hinaus die *Multiperspektivität*. Aushandlungen, bei denen sich die unterschiedlichen Sichtweisen der verschiedenen beteiligten Akteur:innen gut nachvollziehen lassen, wurden bevorzugt ausgewählt.

### ***Die Interaktionen in der Anfangsphase***

Für die ersten Jahre sind hauptsächlich Kontroversen zwischen Ägyptern und Syrern und den deutschen Stellen dokumentiert, was daran liegt, dass Bürger der VAR in beiden deutschen Staaten die ersten und größten Teilnehmergruppen stellten. Erst etwa ab 1960 tauchen vermehrt Praktikant:innen aus anderen afrikanischen Staaten in der Überlieferung der Aushandlungen auf. In der ersten Phase bildeten die allgemeinen Lebensbedingungen wie zum Beispiel die Wohnunterkunft, die materielle Lebenssituation sowie die Arbeits- und Lernbedingungen sowohl in der BRD als auch in der DDR die häufigsten Streitpunkte. In beiden deutschen Staaten wurden also im Wesentlichen die gleichen Themen verhandelt. Diese Aushandlungen sind oft nur indirekt überliefert, also durch Dokumente der zuständigen Regierungsabteilungen und Betreuungsorganisationen. Ego-Dokumente der Teilnehmer:innen fehlen meist, insbesondere für die

BRD. Dennoch lassen sich Haltungen und Handlungen der Praktikant:innen zumindest partiell aus den Akten rekonstruieren.

### **Die Wohnraumfrage**

Die größte Schwierigkeit des westdeutschen „Regierungspraktikantenprogramms“ stellte in den ersten Jahren die Beschaffung von Unterkünften dar, so zumindest schätzten es die zuständigen Institutionen ein und die Quellen scheinen dies zu bestätigen.<sup>416</sup> Als erste größere Gruppe afrikanischer Praktikanten trafen 1956 rund 100 ägyptische Gewerbeschullehrer in der Bundesrepublik ein.<sup>417</sup> Kurz darauf, im Januar 1957, mussten die zuständigen Stellen konstatieren, dass sich die Suche nach Wohnraum für die Teilnehmer ausgesprochen schwierig gestaltete. Die „Regierungspraktikanten“ wurden teilweise in Gemeinschaftsunterkünften, wie in betrieblichen Wohnheimen, teilweise aber auch in Zimmern bei Gastfamilien oder in privaten Wohnungen untergebracht. Gerade die Suche nach solchen privaten Unterkünften, welche die Fachkräfte zunächst weitestgehend alleine zu bewältigen hatten, war alles andere als einfach, insbesondere dann, wenn die Praktikanten keine weiße Hautfarbe hatten. Teilnehmer mit dunklerer Haut hatten nicht nur häufiger Konflikte mit ihren Vermieter:innen und erhielten bei der Wohnungssuche viele Absagen. Sie mussten, wenn sie eine Unterkunft fanden, in der Regel auch deutlich überhöhte Mieten zahlen.<sup>418</sup> Unklar ist im Einzelfall, ob die Vermieter:innen sich hierbei von manifesten rassistischen Ressentiments leiten ließen oder aber ob sie Kapital aus der unsicheren Lage der Praktikanten ziehen wollten. Jedenfalls erschwerte der verbreitete Alltagsrassismus vor allem den afrikanischen Fachkräften ihre Ankunft in der BRD.

In dieser Situation ergriffen drei unterschiedliche Akteursgruppen die Initiative. Die erste Gruppe bildeten die Praktikanten. Sie gehörten in Ägypten, nach Einschätzung des AA, zur Oberschicht und waren eine solche diskriminierende

---

**416** Vgl. PA AA B 94 148, Graf von Posadowsky-Wehner (AA): Vermerk, Betr.: Betreuung ausländischer Praktikanten in Deutschland, 14.1.1957, S. 1.

**417** Vgl. BAArch B 149/6308, Bdl: Niederschrift über die Sitzung des „Aussprachekreises für die berufliche Aus- und Weiterbildung von Ausländern in der Bundesrepublik“ am 4.1.1957, undatiert, S. 4.

**418** Vgl. PA AA B 94 148, Graf von Posadowsky-Wehner (AA): Vermerk, Betr.: Betreuung ausländischer Praktikanten in Deutschland, 14.1.1957, S. 1; PA AA B 94 148, CDG: Protokoll über die Beiratssitzung am 24.1.57, S. 2; PA AA B 94 149, Dr. Krug/Dr. Walter (CDG): Betr.: Wohnheime für ausländische Praktikanten, 26.1.1958, S. 1; PA AA B 94 148, CDG: Protokoll über die Beiratssitzung am 24.1.57, S. 2f.

Behandlung von dort vermutlich nicht gewohnt.<sup>419</sup> Die Deklassierungserfahrung, die sie in der Bundesrepublik machen mussten, führte dazu, dass einige Praktikanten entschieden, ihre Schulungen vorzeitig zu beenden. Sie entzogen sich der belastenden Wohnungssuche, indem sie kurzerhand ihre Sachen packten, die kaum begonnene Fortbildung wieder abbrachen und die BRD „enttäuscht oder sogar verärgert“<sup>420</sup> verließen. Andere Teilnehmer beschwerten sich bei den westdeutschen Betreuungsorganisationen darüber, dass die Vermieter zu hohe Mieten verlangten.<sup>421</sup> Mit diesen Protestformen, der Abreise wie der Beschwerde, bewirkten die Fachkräfte, dass die westdeutschen Stellen das Problem zur Kenntnis nehmen mussten. Die zuständigen Institutionen konnten die große Zahl von Abbrechern nicht ignorieren.<sup>422</sup>

Die schwierige Wohnungssuche zog für die Bundesregierung und für die mit der Betreuung der Praktikanten betraute CDG hohe Folgekosten nach sich. Neben Hotel- und Pensionskosten für die provisorische Unterbringung der Teilnehmer entstanden zusätzliche Verwaltungskosten, da CDG-Mitarbeiter Dienstreisen unternahmen, um Unterkünfte zu finden, Makler einschalteten und Zeitungsinserate aufgaben.<sup>423</sup> Die CDG war also die zweite Akteurin, die in der Wohnraumfrage die Initiative ergriff. Durch ihre Betreuungstätigkeit erfuhr sie aus erster Hand von den Schwierigkeiten der Teilnehmer. In Anbetracht der bestehenden Probleme führte die Organisation zum einen eine Umfrage unter den Praktikanten durch, bezog diese also in die Lösungsfindung mit ein.<sup>424</sup> Zum anderen beteiligte sich die CDG, wie an den oben aufgezählten Maßnahmen deutlich wird, bald an der Wohnungssuche. Sie übernahm in einigen Fällen den direkten Kontakt zu den Vermieter:innen, was nach eigener Einschätzung gute Erfolge brachte. Wenn die CDG die Vermittlung übernahm, so die Einschätzung der Organisation, waren die Wohnungsbesitzer:innen eher bereit, an ausländische Praktikanten zu vermieten, weil sie darin eine „Zahlungsgarantie“<sup>425</sup> sahen. Außerdem würden sie seltener

---

**419** Vgl. PA AA B 94 148, Graf von Posadowsky-Wehner (AA): Vermerk, Betr.: Betreuung ausländischer Praktikanten in Deutschland, 14.1.1957, S. 2.

**420** Ebd.

**421** Vgl. PA AA B 94 149, K. Sass (CDG): Bericht über das Zwischenseminar der 2. Gruppe II. Jahrgang ägyptischer Praktikanten, 28.8.1958, S. 2.

**422** Vgl. PA AA B 94 148, Graf von Posadowsky-Wehner (AA): Vermerk, Betr.: Betreuung ausländischer Praktikanten in Deutschland, 14.1.1957, S. 1; PA AA B 94 149, Dr. Krug/Dr. Walter (CDG): Betr.: Wohnheime für ausländische Praktikanten, 26.1.1958, S. 1.

**423** Vgl. PA AA B 94 149, Dr. Krug/Dr. Walter (CDG): Betr.: Wohnheime für ausländische Praktikanten, 26.1.1958, S. 1.

**424** Vgl. ebd.

**425** PA AA B 94 149, K. Sass (CDG): Bericht über das Zwischenseminar der 2. Gruppe II. Jahrgang ägyptischer Praktikanten, 28.8.1958, S. 2.

überhöhte Mieten verlangen. Mit diesem arbeitsaufwendigen Einsatz war das Problem aber noch nicht gänzlich gelöst. Daher empfahl die Organisation darüber hinaus, den Bau von Wohnheimen zu finanzieren.

Hier waren drittens schon die großen Ausbildungsfirmen aktiv geworden. Viele von ihnen hatten bereits aus eigenen Mitteln Wohnheime gebaut oder aber käuflich erworben, um die bei ihnen beschäftigten Praktikanten unterzubringen. Trotz dieses Einsatzes reichten die Unterkünfte aber noch nicht aus. Die CDG schlug daher konkret vor, einen Etat für den Wohnraumbau im Bundeshaushalt zu schaffen.<sup>426</sup> Auf längere Sicht war sie mit diesem Vorschlag erfolgreich. Die Bundesregierung, die sich zunächst recht wenig um die Schaffung neuer Unterkünfte bemüht hatte, entschied 1958, Bundeszuschüsse für den Bau von Wohnheimen für internationale Student:innen und Praktikant:innen vorrangig zu gewähren.<sup>427</sup> Da die Situation sich aber nicht grundlegend verbesserte und Bonn daran gelegen war, dass die ausländischen Fachkräfte die BRD mit guten Eindrücken wieder verließen, richtete sie schließlich 1960 den vorgeschlagenen Haushaltsetat ein.<sup>428</sup> Denn, so begründete Außenminister von Brentano die Entscheidung,

„[w]enn diese jungen Leute die Bundesrepublik enttäuscht verlassen, dann ist die ganze Kulturarbeit im Ausland in Frage gestellt. [...] Nichts ist gefährlicher [...] als wenn diese jungen Leute, die mit Vertrauen und – ich möchte beinahe sagen – gläubig nach Deutschland kommen, hier enttäuscht werden [...]. Sie sind dann nicht Dolmetscher der Freundschaft ihres Landes mit Deutschland, sondern wenden natürlich ihr Interesse anderen Ländern zu. Wir sehen ja, mit welcher Intensität andere Länder – hier in Konkurrenz mit der Bundesregierung insbesondere auch die Sowjetzone – um diese Studenten werben.“<sup>429</sup>

Brentanos Argumentation veranschaulicht, wie sehr die Bundesregierung die Praktikumsprogramme stets im Licht der internationalen Konkurrenz betrachtete – wobei die Rivalität zur DDR das schlagendste Argument war. In den Ausführungen des Außenministers nahm die Systemfrage geradezu religiöse Dimensionen an. Die deutsch-deutsche Konkurrenz schwang also immer mit. Ohne dass die Praktikanten selbst auf eine bessere Wohnsituation in Ostdeutschland verwiesen – zumindest sind keine Dokumente hierzu überliefert –, sah sich Bonn angesichts

<sup>426</sup> Vgl. PA AA B 94 148, Graf von Posadowsky-Wehner (AA): Vermerk, Betr.: Betreuung ausländischer Praktikanten in Deutschland, 14.1.1957, S. 2; PA AA B 94 149, Dr. Krug/Dr. Walter (CDG): Betr.: Wohnheime für ausländische Praktikanten, 26.1.1958, S. 2.

<sup>427</sup> 3. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 47. Sitzung, 29.10.1958, S. 2618B.

<sup>428</sup> Vgl. 3. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 119. Sitzung, 23.6.1960, S. 6890C.

<sup>429</sup> Ebd., S. 6881C–D.

der allgemeinen Beschwerden und der Ausreisen letztlich genötigt, in der Wohnraumfrage aktiv zu werden.

In der DDR waren die ausländischen Fachkräfte üblicherweise in Betriebs- oder auch Studentenwohnheimen untergebracht, in Ausnahmefällen wohnten sie aber auch bei privaten Vermieter:innen. Die ostdeutsche Regierung hatte schon 1957, während sie den Beschluss über die Praktikumsprogramme vorbereitete, erkannt, dass die Unterbringung der Teilnehmer:innen Schwierigkeiten bereiten könnte.<sup>430</sup> Früher als die Bonner Regierung zog sie aus dieser Erkenntnis den Schluss, eigene Wohnheime auf Staatskosten zu errichten.<sup>431</sup> Daher waren die Fachkräfte in der DDR nicht in dem Ausmaß von der Wohnungsnot betroffen, wie diejenigen in der BRD. Aushandlungen über die Gemeinschaftsunterkünfte, also die Wohnform und deren Bedingungen, gab es dennoch. Vor allem die syrischen Praktikanten beschwerten sich regelmäßig über die Einschränkungen, die mit der kollektiven Unterkunft einhergingen. Von den 60 Syrern, die sich seit Ende Oktober 1958 in der DDR aufhielten, um sich zu Fachkräften im Bereich Elektromaschinenbau ausbilden zu lassen, verließ einer das Land bereits im Januar 1959 aus Protest gegen die Gruppenunterbringung. Seine syrischen Kollegen, die mit ihm in Heidenau bei Dresden eingesetzt waren, blieben zwar vor Ort, protestierten aber weiter.<sup>432</sup> Die Staatliche Plankommission setzte dem entgegen, dass die Unterkunft im neu errichteten Wohnheim dazu dienen solle, die Betreuung der Syrer zu erleichtern, da diese nicht über deutsche Sprachkenntnisse verfügten.<sup>433</sup> Auch in einem Magdeburger Betrieb forderten die syrischen Praktikanten Einzelunterkünfte und drohten sogar mit Streik, für den Fall, dass ihre Forderungen nicht erfüllt würden.<sup>434</sup> In beiden Fällen ist nicht übermittelt, wie die staatlichen Stellen den Konflikt schließlich lösten. Da sich aber generell an der Unterkunftssituation in der DDR nichts änderte, Praktikant:innen also weiterhin in der Regel in Wohnheimen untergebracht waren, kann davon ausgegangen werden, dass die Regierung den Teilnehmer:innen höchstens in Einzelfällen entgegen-

---

**430** Vgl. BArch DC 20-I/4 255, Johannes R. Becher (Minister für Kultur) an Wießner (MAB), Betr.: Beschlußentwurf über die berufliche Aus- oder Weiterbildung [...], undatiert [Eingang 17.5.1957].

**431** Vgl. BArch DE 1/13589, Bernicke (SPK) an Handke (MfAA), Betr.: Ausbildung syrischer Bürger in der DDR, 20.1.1959.

**432** Vgl. BArch DE 1/13589, Stöhr (Hauptdirektor VVB Elektromaschinen) an Bernicke (SPK), Betr.: Syrische Facharbeiter, 15.1.1959; BArch DE 1/13589, Bernicke (SPK) an Handke (MfAA), Betr.: Ausbildung syrischer Bürger in der DDR, 20.1.1959.

**433** Vgl. BArch DE 1/13589, Bernicke (SPK) an Handke (MfAA), Betr.: Ausbildung syrischer Bürger in der DDR, 20.1.1959.

**434** Vgl. BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 373, Bezirksleitung Magdeburg der SED an das ZK der SED, Betr.: Aufnahme von Syrern im VEB Schwermaschinenbau „Karl Liebknecht“ Magdeburg, 18.3.1959.

kam.<sup>435</sup> Eine flächendeckende Versorgung mit Einzelunterkünften wäre in Anbetracht des Wohnraummangels weder realisierbar noch finanzierbar gewesen.

**„Es gibt doch bestimmt neuere und modernere Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik“ – vier Ägypter verhandeln um die Schulungsbedingungen**

Die Praktikant:innen in der DDR wandten sich aber auch mit anderen Anliegen an ihre Ausbildungsbetriebe oder an die staatlichen Stellen, so auch Teilnehmer der ersten ägyptischen Gruppe. Die ersten Ägypter trafen Ende 1958 in Ostdeutschland ein; wie auch in der BRD handelte es sich unter anderem um Gewerbelehrer. Mit anfänglich 31 Personen bildete diese Gruppe das größte Kontingent unter den ersten Teilnehmern.<sup>436</sup> Im Januar 1959 reisten weitere 18 ägyptische Gewerbelehrer in die DDR, als Teil einer größeren Gruppe von Fachkräften aus der VAR und dem Irak. Gemeinsam mit ihren Landsleuten nahmen die Lehrer bis Ende März an einem Deutschkurs im Ostseebad Kühlungsborn teil. Schon während dieses Sprachkurses kam es zu den ersten Verhandlungen mit den ostdeutschen Behörden. Einige Teilnehmer protestierten gegen die ihnen zugeordneten Schulungsbereiche und waren damit erfolgreich. In Ermangelung konkreter Vorgaben der Herkunftsländer suchte die SPK das persönliche Gespräch mit den betreffenden Praktikanten, nahm deren Ausbildungswünsche auf und überarbeitete auf Grundlage dessen die Ausbildungspläne. Die ägyptischen Gewerbelehrer wurden daraufhin in zwei Gruppen aufgeteilt: 14 von ihnen unterstanden weiterhin dem MfV, vier andere – um die es im Folgenden gehen soll – wurden von der Abteilung Lebensmittelindustrie der SPK betreut.<sup>437</sup> Ab März 1959 sollten Letztere innerhalb von 16 Monaten verschiedene Betriebe besuchen.<sup>438</sup> Zuvor erreichten die Gewer-

---

**435** Vgl. BArch DC 20-I-4/1307, Grundsätze über die Verantwortung und Aufgaben der staatlichen Organe der DDR bei der Aus- und Weiterbildung [...] vom 31.3.1966, in: Mitteilungen des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 14.6.1966, S. 136; BArch DR 2/11426, K. Müller (MAI): Vorläufige Richtlinie für die Arbeit mit Berufspraktikanten aus Entwicklungsländern in Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, 1.7.1966, S. 12.

**436** Vgl. BArch DC 20-I/4 255, o. A.: Anordnung zum Beschluß des Ministerrates vom 12.9.1957 über die berufliche Aus- oder Weiterbildung für Bürger anderer Staaten [...], 12.9.1957; BArch DE 1/13589, Scholz (BBS Elbtalwerk Heidenau): Besprechung über Grundfragen der syrischen Bürger am 21.11.58, 26.11.1958, S. 4f.

**437** Vgl. BArch DE 1/29073, Korm (SPK): Betr.: Betriebspraktikum von Angehörigen antiimp. Nationalstaaten, 6.2.59; BArch DE 1/29073, DE 1/29073 Miller (SPK) an Dr. Wittkowski (SPK), ohne Betreff, 16.2.59; BArch DE 1/29073, Zorn (SPK): Information über den Einsatz von Spezialisten aus der Vereinigten Arabischen Republik und dem Irak, undatiert [02/1959].

**438** Vgl. BArch DE 1/29073, Zorn (SPK): Information über den Einsatz von Spezialisten aus der Vereinigten Arabischen Republik und dem Irak, undatiert [02/1959].

belehrer insgesamt vermutlich nach erneuten Protesten, dass ihre Stipendien per Ausnahmegenehmigung von 300 Mark auf 470 Mark monatlich erhöht wurden.<sup>439</sup>

Ende Juni 1959 äußerten die vier Ägypter dann erneut mehrere Anliegen. Dieses Mal wandten sie sich an das Ministerium für Volksbildung, nachdem sie auf unteren Entscheidungsebenen keinen Erfolg gehabt hatten. Die vier Gewerbelehrer forderten erstens staatliches Büchergeld in Höhe von 450 Mark pro Person, da sie die ausgesprochen teuren Fachbücher sonst nicht bezahlen könnten sowie zweitens die Übernahme von Tagesspesen und Übernachtungsgeld bei beruflichen Reisen. Die anderen 14 Ägypter aus ihrer Gruppe, so argumentierten die Autoren, würden die genannten Vergünstigungen erhalten und somit deutlich bessere Schulungsbedingungen genießen. Um ihren Forderungen Gewicht zu verleihen, pochten die Praktikanten auf Gleichbehandlung: „Wir sind doch alle gleich und bringen für diese unterschiedliche Behandlung keinerlei Verständnis auf.“<sup>440</sup> Diese Argumentation verbanden sie damit, ihre Verbindung zur DDR herauszustellen:

„Wir als Ausländer, die mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, sind gerne in die Deutsche Demokratische Republik gekommen, um zu lernen und diese Kenntnisse in unserem Lande weiter zu verwenden, doch können wir nicht verstehen, daß man solche Unterschiede macht. Wir beanspruchen die gleichen Rechte, wie sie unsere 14 Landsleute zubilligt erhalten.“<sup>441</sup>

Die vier Praktikanten argumentierten also nicht nur mit ihrem Anspruch auf Gleichbehandlung, sondern auch mit ihrer Verbundenheit zur DDR. Eine Argumentation, die offensichtlich darauf zielte, das Wohlwollen der ostdeutschen Behörden zu erreichen. Das gelang ihnen jedoch nicht, ganz im Gegenteil. Als die SPK-Mitarbeiterin Dombrowski einige Wochen später eine Abschrift des Briefes erhielt, echauffierte sie sich über das Schreiben. Angesichts des sprachlichen Niveaus des Schreibens ging sie davon aus, dass die Fachkräfte den Text mithilfe von deutschen Kolleg:innen oder Betreuer:innen verfasst hatten. Verärgert fragte

---

**439** BArch DE 1/29073, Wiesenfeldt (SPK): Hausmitteilung der SPK, Abteilung IÖB, Betr.: Erhöhung der Unterhaltsbeihilfe für ägyptische Lehrer, 17.4.1959; BArch DE 1/29073, Dethloff Zentral-Molkerei und Dauermilch-Fabrik an die SPK, Betr.: Betreuung der Gewerbelehrer aus Ägypten, 20.4.1959.

**440** BArch DE 1/29073, Ali-Amin Helal/Mohamed Mokhtar/Ali Zein El Refaat/Mohamed Amin an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Volksbildung, Staatssekretariat, Betr.: Unseren Studienaufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik, Schwerin den 23.6.1959, Magdeburg den 24.6.1959 [Abschrift].

**441** Ebd.



sie ihren Kollegen Zorn: „Wer hat den Arabern diesen Brief aufgesetzt? Vertritt derjenige die Interessen d. DDR oder d. VAR?“<sup>442</sup>

Tatsächlich deuten die verwendeten Formulierungen darauf hin, dass die Ägypter, die erst seit relativ kurzer Zeit Deutsch lernten, Hilfe beim Schreiben des Briefes erhielten. Vermutlich standen also zumindest einzelne DDR-Bürger:innen dem Anliegen der Praktikanten solidarisch gegenüber und unterstützten dieses mehr oder weniger verdeckt. Eine solche Solidarität zwischen den ausländischen Fachkräften und der ostdeutschen Bevölkerung sah die SPK aber kritisch. Daher mahnte Zorn den Direktor des Ausbildungsbetriebs: „Uns setzte der vollendete Briefstil beider Schreiben in Erstaunen. Wenn tatsächlich die ägyptischen Gewerbelehrer das Bedürfnis haben, an die staatlichen Stellen zu schreiben, sollten sie es auch selbst tun.“<sup>443</sup> Die Reaktionen von Zorn und Dombrowski zeigen wiederum, ganz im Gegensatz zu der Solidarität der Kolleg:innen oder Betreuer:innen, dass zumindest einige ostdeutsche Regierungsmitarbeiter:innen im Konfliktfall in ein dichotomes Denken verfielen. Aus ihrer Perspektive erschienen die Anliegen der DDR und die mutmaßlichen Wünsche der Partnerländer – in diesem Fall verkörpert durch die vier Praktikanten – als konträr. Statt die verantwortlichen Mitarbeiter:innen in der SPK zu überzeugen, bewirkte das Schreiben der Ägypter hier also zunächst eine negative Reaktion. Letztlich lehnte die SPK die materiellen Forderungen der Gewerbelehrer ab, wobei sie auf sachliche Gründe verwies, nämlich die fehlenden finanziellen Mittel hierfür. Während das MfV über das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen Mittel für das Büchergeld zur Verfügung stellen konnte, sei dies seitens der SPK nicht möglich.<sup>444</sup> Gegenüber untergeordneten Behörden rechtfertigte der zuständige Sachbearbeiter die Entscheidung damit, dass schließlich auch die ostdeutschen Löhne in den unterschiedlichen Industriezweigen voneinander abwichen.<sup>445</sup>

Neben den aufgeführten monetären Forderungen enthielt das Schreiben der vier Ägypter aber noch einen weiteren Kritikpunkt, der sich im Laufe der Ver-

---

**442** BArch DE 1/29073, Randbemerkung Dombrowski (SPK) an Zorn (SPK), in: Neidhardt (MfV) an Dombrowski (SPK), Betr.: Schreiben betr. Studienaufenthalt in der DDR, 5.8.1959.

**443** BArch DE 1/29073, Zorn (SPK) an den Direktor der Vereinigung für die Lenkung der milchwirtschaftlichen Industrie, Betr.: Studium der zwei ägyptischen Gewerbelehrer in Ihrem Bereich, 23.9.59.

**444** Vgl. BArch DE 1/29073, Korm (SPK): Vermerk, Betr.: Büchergeld für die ägyptischen Gewerbelehrer, 7.8.1959.

**445** Vgl. BArch DE 1/29073, Zorn (SPK) an den Direktor der Vereinigung für die Lenkung der milchwirtschaftlichen Industrie, Betr.: Studium der zwei ägyptischen Gewerbelehrer in Ihrem Bereich, 23.9.59.

handlungen als Kern der Auseinandersetzung erweisen sollte. Die vier Gewerbelehrer, von denen inzwischen zwei bei der Schweriner Zentral-Molkerei und zwei in der Konservenfabrik VEB Ogema Magdeburg eingesetzt waren, bemängelten, dass diese Ausbildungsbetriebe technisch veraltet seien, sodass sie dort „nicht mehr viel hinzulernen“<sup>446</sup> könnten: „Es handelt sich bei der Schweriner Zentral-Molkerei um einen maschinell-technisch und räumlich sehr veralteten Betrieb, in welchem wir praktisch mitarbeiten. [...] Es gibt doch bestimmt neuere und modernere Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik“<sup>447</sup>. Als die SPK als Reaktion auf den Brief Anfang Juli 1959 zwei Mitarbeiter zu den ägyptischen Fachleuten entsandte, stand dieses Thema im Mittelpunkt der Gespräche. Die beiden Gewerbelehrer, Ali Abdin und Amin Rifat, hatten bereits im Vorfeld erläutert, dass die ägyptischen Obst- und Gemüsebetriebe über US-amerikanische und englische Maschinen verfügten, die deutlich moderner seien, weshalb sie ihren Lernerfolg als gering einschätzten. Eine gemeinsame Aussprache mit den beiden Praktikanten und der Sekretärin des verhinderten Betriebsleiters ergab, „daß die Technik des Magdeburger Betriebes nicht dem bereits vorhandenen Niveau in Ägypten entspräche“<sup>448</sup>, weshalb beide Teilnehmer darum baten, ihre Schulungszeit dort zu verkürzen. Diesem Wunsch stimmten die zuständigen Stellen zu, sodass die beiden Gewerbelehrer früher zu anderen Betrieben wechseln konnten.<sup>449</sup>

Angesichts der anscheinend veralteten ostdeutschen Industrieanlage und der westlichen Konkurrenz sahen sich die SPK-Mitarbeiter:innen in Erklärungsnot. Sie wiesen die Ägypter darauf hin, „daß selbstverständlich nicht alle Lebensmittelbetriebe der DDR in der Technik das Weltniveau besitzen würden, aber im Laufe der vor uns stehenden Rekonstruktion auch für diese Betriebe modernste Technik eingeführt würde.“<sup>450</sup> Vor ähnlichen Rechtfertigungsproblemen stand

---

**446** BArch DE 1/29073, Helal/Mokhtar/Refaat/Amin an MfV, Betr.: Unseren Studienaufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik, Schwerin den 23.6.1959, Magdeburg den 24.6.1959 [Abschrift].

**447** Ebd.

**448** BArch DE 1/29073, Zorn (SPK): Niederschrift über Beratung mit dem VEB Obst- und Gemüseverarbeitungsbetriebe Magdeburg über den Einsatz der ägyptischen Gewerbelehrer Abdin und Rifat am 2.7.1959, 7.7.1959.

**449** Vgl. BArch DE 1/29073, Bosse/Unterdörfer (VVB Magdeburger Obst u. Gemüse Verarbeitungsbetriebe) an die SPK, Sektor Lebensmittelindustrie, Betr.: Praktikanten – Einsatz der Herren Abdin und Refaat aus Ägypten in unserem Betrieb. 16.7.1959.

**450** BArch DE 1/29073, Zorn (SPK): Niederschrift über Beratung mit dem VEB Obst- und Gemüseverarbeitungsbetriebe Magdeburg über den Einsatz der ägyptischen Gewerbelehrer Abdin und Rifat am 2.7.1959, 7.7.1959.

auch die Betriebsleitung. In einem Abschlussbericht gestand sie ein, dass das Ziel der Schulungen nicht komplett erreicht worden sei, was aber nicht den Praktikanten angelastet werden könne. Stattdessen seien äußere Umstände ausschlaggebend gewesen, unter anderem das besagte technische Gefälle zwischen Ägypten und der DDR: „Beide [Teilnehmer, J. O.] kennen in ihrem Heimatlande Konservenfabriken, die einen hohen Stand der Technik aufweisen und mit den modernsten italienischen und amerikanischen Maschinen ausgerüstet sind.“<sup>451</sup> Die Betriebsleitung sah sich ebenfalls veranlasst, den Programmteilnehmern die offensichtlich gewordene technologische Rückständigkeit der DDR zu erklären:

„Wir haben in mehreren Aussprachen und vor allem in der Abschlußbesprechung sehr offen darüber gesprochen und ihnen die Ursachen aufgezeigt, die uns als Erster Deutscher Arbeiter- und Bauernstaat veranlaßten, erst die Grundstoffindustrie und andere wichtige Industrien zu schaffen und zu entwickeln, die uns jetzt die Grundlage dafür sind, die Leicht- und Lebensmittelindustrie auf einen hohen Stand der Technik zu bringen.“<sup>452</sup>

Erschwerend kam in dem Obst- und Gemüseverarbeitungsbetrieb hinzu, dass während des Aufenthaltes der Ägypter diverse Montage-, Umbau- und Straßenbauarbeiten durchgeführt wurden, die „sich äußerst hemmend in der Produktion auswirkten und den Eindruck erweckten, daß keine planmäßige Arbeitsorganisation vorhanden wäre.“<sup>453</sup> Kurz gesagt mussten die Praktikanten den Eindruck gewinnen, dass die Magdeburger Fabrik nicht nur mit veralteten Maschinen, sondern darüber hinaus völlig unkoordiniert arbeitete. Diesen Eindruck wollte die SPK nicht so stehen lassen. Sie bemühte sich daher in den folgenden Monaten engagiert darum, „daß beide Gewerbelehrer wirklich gute Betriebe kennenlernen.“<sup>454</sup>

Aus den oben geschilderten Interaktionen lassen sich mehrere Erkenntnisse ziehen. Zum einen wird deutlich, dass die ostdeutsche Regierung im Großen und Ganzen sehr darum bemüht war, die ausländischen Praktikanten gut zu betreuen und sie in Entscheidungen mit einzubeziehen. Das aktive Eintreten der Teilnehmer für ihre Anliegen war vielfach erfolgreich. Selbst bei grundlegenden Beschlüssen, wie beispielsweise über den Ausbildungsbereich, die Höhe des Sti-

---

<sup>451</sup> BArch DE 1/29073, Bosse/Unterdörfer (VVB Magdeburger Obst u. Gemüse Verarbeitungsbetriebe) an die SPK, Sektor Lebensmittelindustrie, Betr.: Praktikanten – Einsatz der Herren Abdin und Refaat aus Ägypten in unserem Betrieb. 16.7.1959.

<sup>452</sup> Ebd.

<sup>453</sup> Ebd.

<sup>454</sup> BArch DE 1/29073, Zorn (SPK) an den Direktor der Vereinigung für die Lenkung der milch-wirtschaftlichen Industrie, Betr.: Studium der zwei ägyptischen Gewerbelehrer in Ihrem Bereich, 23.9.59.

pendiums oder die Versetzung in andere (modernere) Betriebe, fanden die Teilnehmer mit ihren Positionen Gehör. Daneben erfüllte die DDR-Regierung ihnen auch diverse kleinere Wünsche. Als einer der Praktikanten operiert werden musste, übernahm die SPK zum Beispiel die Zusatzkosten, um ihm einen Krankenhausaufenthalt zu ermöglichen.<sup>455</sup> Sie bemühte sich auch darum, für zwei der Ägypter eine kurzfristige Unterkunft in einem Betriebsheim zu organisieren, damit diese in der bereits ausgebuchten Stadt Warnemünde ihren Urlaub verbringen konnten.<sup>456</sup> Nur hinsichtlich des Bücher- und Reisegelds erteilte das Staatsorgan eine Absage, wobei nicht mehr nachvollziehbar ist, ob an dieser Stelle das Wohlwollen der Sachbearbeiter:innen erschöpft war – zumal den Gewerbelehrern erst drei Monate zuvor eine deutliche Stipendienerrhöhung zugestanden worden war – oder aber ob die SPK hier an ihre eigenen finanziellen oder administrativen Grenzen stieß.

Zum anderen zeigt die Kritik am Stand der ostdeutschen Industrieanlagen, dass das technische Gefälle zwischen Ägypten und der DDR – zumindest in dieser Branche – anders verlief als sowohl die ägyptischen Praktikanten als auch die ostdeutschen Regierungsstellen angenommen hatten. Beide waren ursprünglich offenbar davon ausgegangen, dass die DDR über modernere Industrieanlagen verfüge als Ägypten. In der Realität besaß in diesem Fall aber der vermeintlich rückständige Süden anscheinend bessere Fabriken als der industrialisierte Norden. Diese Tatsache stellte das gesamte Prinzip der Praktikumsprogramme infrage – auch wenn die zeitgenössischen Akteur:innen diesen Schluss nicht explizit zogen – und führte zur Erklärungsnot der ostdeutschen Stellen, die nicht nur das Prestige ihres Landes, sondern auch das Ansehen des sozialistischen Systems bedroht sahen. Das „verkehrte“ Technologiegefälle war dabei keineswegs ein Spezifikum der DDR-Programme. Auch in der BRD beklagten die Teilnehmer der frühen Programme immer wieder rückständige Technologien und veraltete Maschinen in den Ausbildungsbetrieben.<sup>457</sup> Diejenigen Ägypter, die beantragten, in einen anderen Betrieb versetzt zu werden – im zweiten Jahrgang der westdeutschen Programme waren das immerhin 40 % – gaben als Grund für den erwünschten Wechsel unter anderem an: „[D]er Betrieb ist zu rückständig, das

---

<sup>455</sup> Vgl. BArch DE 1/29073, Zorn (SPK): Niederschrift über Beratung mit dem VEB Obst- und Gemüseverarbeitungsbetriebe Magdeburg über den Einsatz der ägyptischen Gewerbelehrer Abdin und Rifat am 2.7.1959, 7.7.1959.

<sup>456</sup> Vgl. BArch DE 1/29073, Zorn (SPK) an Depersdorf (VVB Hochseefischerei), Betr.: Einige Fragen bezüglich der internationalen Zusammenarbeit, 7.7.1959.

<sup>457</sup> Vgl. Ruth Kronenberg/Hans Otto Rhode (CDG): Ein Jahr in Deutschland. Bericht über das erste Jahr „Ägypter-Ausbildung“ (Oktober 1956 bis September 1957), Köln 1957, S. 27.

Produktionsverfahren und die Maschinen sind veraltet; ich kann dort nichts hinzulernen“<sup>458</sup>.

Darüber hinaus zeigt das Beispiel auch, dass die ägyptischen Gewerbelehrer in der Lage waren, innerhalb der DDR miteinander in Kontakt zu bleiben, auch wenn sie in unterschiedlichen Städten eingesetzt waren. Die vier Praktikanten in Schwerin und Magdeburg schafften es nicht nur, gemeinsame Schreiben zu verfassen, sie informierten sich offensichtlich auch regelmäßig über die Schulungsbedingungen der zweiten Gewerbelehrergruppe und waren sehr darauf bedacht, im Vergleich zu diesen nicht schlechter behandelt zu werden.<sup>459</sup> Das Aufrechterhalten dieses Kontaktes und der daraus resultierende gute Informationsstand verschafften ihnen eine bessere Verhandlungsposition.

**„[...] ,daß die körperliche Arbeit in Deutschland durchaus nicht als Deklassierung empfunden wird“ – Ringen um den sozialen Status**

Bei den frühen westdeutschen Programmen stellte die schwierige Unterkunftssuche nicht das einzige Problem dar, mit dem die verantwortlichen Stellen zu kämpfen hatten. Anfang 1957, also ebenfalls recht kurz nach Anlaufen des ersten Ägypter-Programmes, sah die CDG sich veranlasst, eine Reise durch verschiedene norddeutsche Ausbildungsbetriebe zu unternehmen, um im direkten Gespräch mit den Praktikanten und deren Arbeitgebern einige aufgetretene Schwierigkeiten zu bewältigen. Ein doppelter Anlass hatte die Betreuungsorganisation zu diesem Schritt bewogen: Erstens hatte eine ganze Reihe der Gewerbeschullehrer darüber geklagt, in einem für sie ungeeigneten Betrieb untergebracht worden zu sein. Und zweitens hatten sich diverse Firmen über das Verhalten der Teilnehmer beschwert. Um die Lage zu klären, besuchte Rolf Vente einen Teil der, inzwischen nur noch 88 Personen umfassenden, ägyptischen Gruppe. Bei Vente handelte es sich um denjenigen Mitarbeiter der CDG, der einige Jahre später die bereits geschilderten erzieherischen Ansätze zur Schulung von entwicklungspolitischen „Neuerern“ formuliert. Begleitet wurde der studierte Volkswirt bei seiner Reise

---

<sup>458</sup> PA AA B 94 149, K. Sass (CDG): Bericht über das Zwischenseminar der 2. Gruppe II. Jahrgang ägyptischer Praktikanten, 28.8.1958, S. 5.

<sup>459</sup> Vgl. BArch DE 1/29073, Helal/Mokhtar/El Refaat/Amin MfV, Betr.: Unseren Studienaufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik, Schwerin den 23.6.1959, Magdeburg den 24.6.1959 [Abschrift]; BArch DE 1/29073, Zorn (SPK): Niederschrift über Beratung mit dem VEB Obst- und Gemüseverarbeitungsbetriebe Magdeburg über den Einsatz der ägyptischen Gewerbelehrer Abdin und Rifat am 2.7.1959, 7.7.1959.

von zwei ägyptischen Dozenten, die von ihrer Regierung zur Betreuung der Fachkräfte entsandt worden waren.<sup>460</sup>

Bei der Ergründung der entstandenen ernsthaften Probleme trafen die drei Entsandten auf eine Gemengelage unterschiedlichster Aspekte. Fachliche und finanzielle Anliegen mischten sich mit der Frage nach dem sozialen Status der Praktikanten in der BRD sowie ihrer Position in den Betrieben. Ein wichtiges Thema war das Einkommen der Teilnehmer. Dieses setzte sich anfänglich aus mehreren Komponenten zusammen. Zum einen zahlten die Firmen Löhne an die Fachkräfte, die aber in den meisten Fällen nicht ausreichten, um die Lebenshaltungskosten zu decken. Daher finanzierte die ägyptische Regierung ein ergänzendes Stipendium. Wenn auch diese beiden Zahlungen zusammen nicht ausreichten, um das Existenzminimum von 300 DM aufzubringen, sprang die Bundesregierung mit einem weiteren aufstockenden Zuschuss bei.<sup>461</sup> Das Einkommen der einzelnen Praktikanten unterschied sich daher zum Teil deutlich. Ein einheitliches Stipendium existierte nicht. Als die ägyptischen Fachkräfte ihre Kritik äußerten, beschwerten sie sich aber nicht einfach über eine zu geringe Entlohnung, stattdessen setzten sie ihre Bezahlung ins Verhältnis zu den Leistungen, die ihre deutschen Kolleg:innen erhielten. Der CDG-Mitarbeiter Vente bemerkte dazu: „Fast alle befragten Praktikanten gaben an, daß ihr Lohn – abgesehen davon, ob er in seiner absoluten Höhe für ausreichend oder nicht gehalten wurde – relativ, d.h. im Verhältnis zum Arbeitseinsatz zu gering sei. Die deutschen Arbeiter verdienten bei gleicher Arbeit mehr.“<sup>462</sup> Die Teilnehmer pochten also nicht allein darauf, besser entlohnt zu werden, sondern sie forderten darüber hinaus, ihre Tätigkeit durch eine entsprechende Bezahlung als gleichwertig anzuerkennen. Demgegenüber gewann Vente den Eindruck, dass einzelne Arbeitgeber:innen weniger an der Ausbildung der Ägypter als an einer billigen Arbeitskraft interessiert seien.<sup>463</sup>

Darüber hinaus beschwerten sich viele Praktikanten, dass sie in einem falschen Betrieb eingesetzt seien und forderten ihre Umsetzung in andere Firmen. Inwiefern sie ihre Forderung mit fachlichen Argumenten untermauerten, ist unklar. Vente schob die Umsetzungswünsche allein darauf, dass die Teilnehmer

---

**460** Vgl. PA AA B 94 148, Vente (CDG), Betr.: Ausbildung von 88 ägyptischen Praktikanten in Deutschland. Hier: Bericht über eine Rundreise zu Ausbildungsbetrieben vom 21.1. bis 8.2.1957, 8.3.1957, S. 1.

**461** Vgl. ebd., S. 7; BArch B 149/6308, o. A.: Vermerk: Aussprachekreis des BDI vom 16.10.1957.

**462** PA AA B 94 148, Vente (CDG), Betr.: Ausbildung von 88 ägyptischen Praktikanten in Deutschland, 8.3.1957, S. 5, Hervorhebung i. O.

**463** Vgl. ebd., S. 5.

unzufrieden seien mit den repetitiven Aufgaben, die ihnen gestellt würden.<sup>464</sup> Der Aussprachekreis des BDI interpretierte die Versetzungswünsche als Unwillen, körperlich zu arbeiten. Der geplanten zweiten Gruppe ägyptischer Gewerbelehrer, so das Gremium, müsse schon vor der Abreise verdeutlicht werden, „daß die körperliche Arbeit in Deutschland durchaus nicht als Deklassierung empfunden wird“<sup>465</sup>. Die Einschätzung des Aussprachekreises legt die Vermutung nahe, dass auch die Kritik an der Fehlplatzierung mit den Statuserwartungen der Fachkräfte zusammenhing. Die in ihrer Heimat relativ privilegierten Ägypter erfuhren in der BRD in der Tat eine Deklassierung. Sie wurden schlechter entlohnt als ihre deutschen Kolleg:innen und entgegen ihren Erwartungen zu körperlicher Arbeit eingeteilt. Angesichts ihres Berufes als Lehrer ist ihr Erstaunen über diese Art von Tätigkeit nicht besonders verwunderlich. Gleichzeitig interpretierten die verschiedenen deutschen Akteur:innen, sei es die CDG als Betreuungsorganisation, der wirtschaftliche Interessenverband, aber auch die deutschen Vorgesetzten und Kolleg:innen in den Betrieben, die reale oder unterstellte Abneigung gegen körperliche Arbeiten als Faulheit oder gleich als Zeichen dafür, dass die Praktikanten noch nicht zu einer modernen und modernisierenden Persönlichkeit herangereift seien, denn auch die Aufgeschlossenheit gegenüber körperlicher Arbeit galt als ein Kriterium für den „modern man“.<sup>466</sup> Bei dieser Frage zeigte sich besonders, wie modernisierungstheoretische Vorstellungen mit den praktischen Erwartungen der Betriebe korrespondierten und im Sinne einer kulturellen Überlegenheit interpretiert wurden. Hinzu kam, dass einige Praktikanten direkte rassistische Diskriminierungen in den Betrieben erlebten.<sup>467</sup>

So kam es immer wieder vor, dass die ägyptischen Fachkräfte in andere Betriebe versetzt werden wollten, in der Hoffnung, dort bessere Arbeitsbedingungen vorzufinden. Um dieses Ziel zu erreichen, nutzten sie zwei Mittel. Entweder wandten sich die Praktikanten mit ihrem Anliegen an die CDG oder auch an ihre Arbeitgeber:innen und baten diese um eine Versetzung oder aber sie weigerten sich schlicht, weiter in der ihnen zugewiesenen Firma zu arbeiten. Ein Teilnehmer in Hannover, so Vente, sei über drei Wochen nicht bei seiner Arbeitsstelle erschienen.<sup>468</sup> Die Beschwerden und Arbeitsverweigerungen hatten zunächst zur

---

<sup>464</sup> Vgl. ebd., S. 6.

<sup>465</sup> BAarch B 149/6308, ORR von Wistinghausen (BMA): Vermerk, Betr.: Sitzung des Aussprachekreises des BDI über die Aufnahme und Weiterbildung von Ausländern am 21. 5. 1957, 22. 5. 1957, S. 3.

<sup>466</sup> Vgl. Dörre: Entwicklung durch Leistungsstreben, S. 323.

<sup>467</sup> Vgl. PA AA B 94 148, Vente (CDG), Betr.: Ausbildung von 88 ägyptischen Praktikanten in Deutschland, 8. 3. 1957, S. 5.

<sup>468</sup> Vgl. ebd., S. 1.

Folge, dass die CDG die oben genannte Delegation entsandte. Der zuständige Mitarbeiter Vente betrachtete die aufgetretenen Schwierigkeiten allerdings in erster Linie als Ergebnis einer unzureichenden Informationspolitik. In der Forderung nach höheren und gleichwertigen Löhnen sah er kein materielles Anliegen und auch kein Problem fehlender Anerkennung. Stattdessen kommentierte er die Kritik an der ungleichen Bezahlung mit den Worten: „Den Praktikanten ist durchweg nicht klar, daß ihr Einsatz im Betrieb unter ganz anderen Voraussetzungen erfolgt und erhebliche Aufwendungen des Unternehmens notwendig macht.“<sup>469</sup> In Anbetracht der Erkenntnis, dass die von den Betrieben ausgezahlten Löhne oft nicht reichten, um die Lebenshaltungskosten zu decken, empfahl er immerhin ergänzend, die staatlichen Beihilfen verlässlich zum Monatsanfang auszuzahlen und nicht erst zur Monatsmitte.<sup>470</sup> Auch die Versetzungswünsche der Teilnehmer sah Vente lediglich darin begründet, dass es den Ägyptern an Kenntnissen der deutschen Ausbildungsmethoden mangle.<sup>471</sup> Er riet daher dazu, für jedes Praktikumsprogramm eine eigene Informationsschrift zu erstellen, um die Teilnehmer über das Programm und seine Hintergründe aufzuklären. Parallel dazu sollten auch die Ausbildungsbetriebe über das ägyptische Ausbildungswesen, die dortigen Lebensbedingungen und -gewohnheiten und über soziale Gruppen in Ägypten informiert werden.<sup>472</sup>

Bei der zweiten Gruppe ägyptischer Gewerbelehrer, die Ende 1957 in die Bundesrepublik kam, traten wieder ähnliche Schwierigkeiten auf. Nach sieben Monaten in Westdeutschland hatten 40 % der Teilnehmer bereits mindestens einmal den Betrieb gewechselt, 10 % hatten sogar schon zwei Wechsel hinter sich. Die Gründe für ihre Versetzungswünsche waren unterschiedlich. Einige Praktikanten kritisierten, dass ihre Ausbildungsfirma zu klein sei, zu spezialisiert oder nicht über das gewünschte Produktionsverfahren verfüge. Andere fanden, dass sie zu einseitig eingesetzt seien oder aber im Betrieb nichts mehr lernen könnten, da die Maschinen oder das Herstellungsverfahren zu veraltet seien.<sup>473</sup> Ursächlich für die vielen Versetzungen waren demnach offenbar hauptsächlich fachliche Gründe. Die Frage des sozialen Status und der beruflichen Anerkennung kam aber an einem anderen Punkt wieder auf. Bei dem Zwischenseminar, das die CDG veranstaltete, um das laufende Programm zu evaluieren, beschwerten sich die meisten ägyptischen Praktikanten darüber, dass sie nicht ihrer Berufserfahrung

---

<sup>469</sup> Ebd., S. 5.

<sup>470</sup> Vgl. ebd., S. 5.

<sup>471</sup> Vgl. ebd., S. 6.

<sup>472</sup> Vgl. ebd., S. 8–10.

<sup>473</sup> Vgl. PA AA B 94 149, K. Sass (CDG): Bericht über das Zwischenseminar der 2. Gruppe II. Jahrgang ägyptischer Praktikanten vom 30.7.–2.8.58, 28.8.1958, S. 5.



entsprechend entlohnt würden. Die Teilnehmer waren keine Berufsanfänger und nach jahrelanger Tätigkeit als Gewerbelehrer, so fanden sie, stünde ihnen ein Nettoeinkommen von 480 bis 500 DM zu. Außerdem müssten sie mehr Geld für Kleidung ausgeben, um ihr Land und ihren sozialen Status angemessen zu repräsentieren. Hinzu kam, dass sie als Muslime höhere Kosten für ihre Ernährung aufwenden mussten, da sie die vielen deutschen Gerichte mit Schweinefleisch nicht zu sich nehmen konnten.<sup>474</sup>

Dieses Mal waren die Vorschläge der CDG umfassender. Zwar forderte sie auch weiterhin eine bessere Informationspolitik, sie kam aber auch zu dem Schluss, dass es notwendig sei, gemeinsame Ausbildungsunterlagen und einheitliche Programmrichtlinien zu erstellen, da die Ausbildungen in den verschiedenen Betrieben oft erheblich voneinander abwichen. Gerade kleinere Betriebe bräuchten eine Orientierung, um die Schulungen angemessen zu gestalten.<sup>475</sup> Darüber hinaus empfahl sie, künftig einheitliche „Praktikantenbeihilfen“<sup>476</sup> zu zahlen statt des betrieblichen Lohns und dies mit dem Hinweis zu verbinden, dass es sich bei dem Praktikum um ein Ausbildungsverhältnis handle und nicht um ein Arbeitsverhältnis. Und schließlich schlug sie vor, die Federführung der Programme bei nur einer Stelle zu zentralisieren, da die weite Streuung an Zuständigkeiten sowohl für die Praktikanten als auch für die Betriebe zu unübersichtlich sei.<sup>477</sup> Damit setzte die CDG auf Vereinheitlichung in Kombination mit einer besseren Information der Teilnehmer. Zumindest die Empfehlung, ein einheitliches Praktikantenentgelt festzulegen, wurde schon kurz darauf von den westdeutschen Ministerien aufgegriffen, die eine einheitliche Bezahlung von 350 DM festlegten.<sup>478</sup>

Die Beschwerden und die anfängliche Arbeitsverweigerung der ägyptischen Praktikanten führten also nicht nur dazu, dass diese von den deutschen Betreuungsstellen angehört wurden. Vielmehr zogen sie konkrete Ergebnisse nach sich, auch wenn diese zum Teil nicht genau den Vorstellungen der Fachkräfte entsprachen. Am größten war die Erfolgsquote bei den Versetzungsanträgen, die häufig genehmigt wurden. Das Einkommen der Teilnehmer wurde zwar nicht im gewünschten Maße angehoben, aber zumindest verbindlich festgelegt.

---

<sup>474</sup> Vgl. ebd., S. 2f.

<sup>475</sup> Vgl. ebd., S. 5 & 7f.

<sup>476</sup> Ebd., S. 9.

<sup>477</sup> Vgl. ebd., S. 9.

<sup>478</sup> BAarch B 149/6308, ORR von Wistinghausen (BMA): Vermerk zum Aussprachekreis vom 16.9.1958.

### ***Statuskonflikte und internationale Konkurrenz***

Bei den Verhandlungen der vier ägyptischen Gewerbelehrer in der DDR im Jahr 1959 hatten Statusfragen deutlich weniger Raum eingenommen. Explizit erwähnten die Praktikanten ihren sozialen Status nicht. Dennoch schwangen zwischen den Zeilen Anspielungen darauf mit, zum Beispiel, wenn die Teilnehmer feststellten, sie hätten erwartet, zum Studium in die DDR zu kommen, müssten nun aber in ihren Betrieben praktisch mitarbeiten.<sup>479</sup> Die Vermutung liegt nahe, dass bei den nicht überlieferten Verhandlungen um die Stipendienerrhöhung der berufliche Status ebenfalls eine Rolle spielte, da die Erhöhung explizit nur für die Lehrer genehmigt wurde, nicht aber für die restlichen über 100 Praktikanten aus der VAR und dem Irak.<sup>480</sup>

Als im Laufe der nächsten Jahre vermehrt Teilnehmer:innen aus anderen Nationen in die DDR kamen, gewann die Statusfrage an Relevanz. Sie stand häufig im Zentrum der Aushandlungen, zusammen mit einem zweiten Aspekt: der Tatsache, dass den Praktikant:innen Schulungen in anderen europäischen Ländern offenstanden. Diese internationale Konkurrenz stärkte die Verhandlungsposition der Fachkräfte enorm. Die afrikanischen Teilnehmer:innen konnten faktisch nach eigenem Belieben aus der DDR aus- und in die BRD einreisen – oder auch umgekehrt – sowie Reisen in Drittstaaten unternehmen. Die Einreise in die Bundesrepublik war afrikanischen Staatsbürger:innen in den 1950er und frühen 1960er Jahren relativ einfach möglich. Vor 1965 regelte noch kein Gesetz die Einreise, sondern sie unterlag Verordnungen. Diese boten Ausländer:innen zwar keinerlei Rechtssicherheit, ermöglichten aber in der Regel zunächst einmal eine ungehinderte Einreise.<sup>481</sup> Die Einreise in die DDR war theoretisch schwieriger. Ausländer:innen benötigten hier entweder einen Registriervermerk der Volkspolizei, wenn sie nur kurz im Land bleiben wollten, oder aber eine Aufenthaltserlaubnis der DDR für einen längeren Aufenthalt. Letztere konnte bei unerlaubten Ausreisen ins Ausland ihre Gültigkeit verlieren.<sup>482</sup> Praktisch sind aber keine Fälle

---

**479** Vgl. BArch DE 1/29073, Helal/Mokhtar/El Refaat/Amin an MfV, Betr.: Unseren Studienaufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik, Schwerin den 23.6.1959, Magdeburg den 24.6.1959 [Abschrift].

**480** Vgl. BArch DE 1/29073, Wiesenfeldt (SPK): Hausmitteilung der SPK, Abteilung IÖB, Betr.: Erhöhung der Unterhaltsbeihilfe für ägyptische Lehrer, 17.4.1959.

**481** Vgl. Karen Schönwälder: Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, Essen 2001, S. 217–220; Mark Terkessidis: Migranten, Hamburg 2000, S. 57.

**482** Vgl. Ministerrat der DDR: Verordnung über den Aufenthalt von Ausländern im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. Dezember 1956, in: Gesetzblatt der DDR I, 1957, S. 1, wiedergegeben nach: Eva-Maria Elsner/Lothar Elsner: Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949–1990, Rostock 1994, S. 87.

bekannt, in denen ausgereisten Praktikant:innen die Wiedereinreise verwehrt wurde. In der Regel konnten sich die afrikanischen Fachkräfte zwischen den beiden deutschen Staaten frei bewegen. Im Gegensatz zu den DDR-Bürger:innen konnten sie auch in späteren Jahren problemlos und ohne Ausreiseantrag die DDR verlassen.<sup>483</sup> Die Möglichkeit, zwischen Ost- und Westdeutschland zu wechseln, oder auch nur damit zu drohen, verschaffte den Programmteilnehmer:innen einen nicht zu unterschätzenden Handlungsspielraum, denn die Fortbildungsprogramme in der BRD und der DDR, in Frankreich und Großbritannien, in der SU und den USA konkurrierten permanent miteinander. Das zeigte sich unter anderem an den Auseinandersetzungen einer kamerunischen und einer ghanaischen Gruppe mit ihren jeweiligen ostdeutschen Arbeitgeber:innen.

Seitens der fünf Kameruner, die Anfang 1961 eine Ausbildung zu Buchdruckern beziehungsweise Schriftsetzern durchliefen, gab es drei größere Kritikpunkte. Erstens forderten sie mehr Urlaub als die ihnen zugestandenen 18 Tage pro Jahr, zweitens kritisierten sie, dass sie in einem anderen Beruf ausgebildet würden als von ihnen gewünscht, und drittens weigerten sie sich, über die regulären Stunden hinaus Mehrarbeit zu übernehmen. In allen drei Punkten beriefen sich die Teilnehmer auf ihren sozialen Status. Sie sahen sich selbst nicht als Arbeiter, sondern als Studenten an und „wollten danach behandelt werden“<sup>484</sup>. Das betonten sie beispielsweise, wenn die Werksleitung ihre Arbeitsdisziplin kritisierte, aber auch, wenn sie mehr Urlaubstage forderten. Sie argumentierten, da sie als Studenten in die DDR gekommen seien, stünden ihnen auch die gleichen Ferienzeiten zu wie anderen Studenten. Gleichzeitig beriefen sie sich, wie auch die ägyptischen Gewerbelehrer, darauf, dass ihre Landsleute in anderen Betrieben deutlich mehr Urlaubstage erhielten. Dass Fachkräfte darauf beharrten, Student:innen zu sein und keine Arbeiter:innen, war ein verbreitetes Phänomen.<sup>485</sup>

Offensichtlich existierte eine Kluft zwischen der Selbsteinschätzung der Programmteilnehmer:innen sowie ihrer Einschätzung und Behandlung in Deutschland. Diese Differenz mag darauf zurückgehen, dass die Fachkräfte, wie von deutschen Stellen oft vermutet, in ihrem Herkunftsland nicht ausreichend über die Form der Praktikumsprogramme informiert wurden. Wahrscheinlich war

---

**483** Vgl. BArch DE 1/29073, Bräutigam (Deutsche Akademie der Wissenschaft zu Berlin) an Zorn (SPK, Abt. Lebensmittelindustrie), Betr.: Einweisung von 2 ägyptischen Gewerbelehrern, 19.9.1959.

**484** BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Bille (Werksleitung)/Linke (BPO): Bericht über die Ausbildung von Bürgern aus Kamerun im I. Quartal 1961, 11.4.1961.

**485** Siehe hierzu auch: HHStAW 502–11647a, Dietrich Loewe (BRD-Botschaft Accra) an E. Barth (Hess. Ministerium f. Wirtschaft und Verkehr), ohne Betreff, 12.7.1961, S. 1.

sie aber auch eine Folge des Gesamtszenarios der Bildungsmigration aus dem Süden in den Norden: Zum einen neigten die deutschen Stellen in der Regel dazu, die Fachkräfte aus dem globalen Süden nicht anhand ihrer bisherigen beruflichen Qualifikationen und Erfahrungen zu beurteilen, sondern sie pauschal als unerfahrene Schüler:innen oder Lehrlinge zu betrachten. Zum anderen hielt sich in der Vorstellung der Teilnehmer:innen hartnäckig die Gleichsetzung von Auslandsaufenthalt und Studium, da praktische, nichtakademische Aus- und Fortbildungsprogramme ein relativ neues Phänomen waren und noch dazu nur einen geringen Teil der Stipendienprogramme ausmachten. Akademische Programme dominierten die Stipendienlandschaft deutlich.<sup>486</sup> Dementsprechend ging ein Großteil der Fachkräfte davon aus, im Ausland eine Art Studium aufzunehmen.

Auch drei der kamerunischen Buchdrucker kritisierten, dass es nicht ihrem Wunsch entspreche, diesen Beruf zu erlernen, stattdessen würden sie zum Beispiel lieber Journalisten werden – was in der DDR ein akademisches Studium voraussetzte.<sup>487</sup> Erschwerend kam hinzu, dass einige Praktikant:innen vor ihrem Deutschlandaufenthalt tatsächlich schon über akademische Qualifikationen verfügten. In diesen Fällen gingen die Teilnehmer:innen mehr oder weniger selbstverständlich davon aus, dass sie mit der Schulung ihre bisherige Karriere fortsetzen würden und nicht auf einer niedrigeren Stufe neu anfangen müssten. Die Statuserwartungen der afrikanischen Fachkräfte, ihre Lebensrealität und Ausbildungsprogramme klafften in Ost- oder Westdeutschland also häufig auseinander. Streitpunkte, die sich daraus ergaben, waren zum einen Fragen nach Privilegien, wie höherem Einkommen oder Urlaubsanspruch, sowie zum anderen die Frage der körperlichen Arbeit, die gebildete oder privilegierte Teilnehmer:innen als Deklassierung empfanden und entschieden ablehnten.

Die kamerunischen Praktikanten fielen in ihrem ostdeutschen Betrieb besonders mit ihrer Weigerung auf, über die regulären Zeiten hinaus zu arbeiten. Die

---

**486** Die Dominanz akademischer Stipendienprogramme gegenüber nichtakademischen gilt als so selbstverständlich, dass sie in der Forschungsliteratur kaum explizit benannt wird. Dass nichtakademische Programme erst in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts langsam entstanden, die prominentesten und zugkräftigsten Formate sich aber weiterhin an Akademiker:innen richteten, beschreiben Tournès und Scott-Smith. Vgl. Tournès/Scott-Smith: Introduction, S. 10–16.

**487** Vgl. BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Bille (Werkleitung)/Linke (BPO): Bericht über die Ausbildung von Bürgern aus Kamerun im I. Quartal 1961, 11.4.1961.

Hinsichtlich der Berufswahl genossen die Kameruner also offensichtlich nicht das gleiche Mitspracherecht wie die Ägypter, was auf andere bilaterale Absprachen zurückgehen kann.

Zur Journalistenausbildung in der DDR siehe: Dirk Sager: Journalistenausbildung in der DDR, in: Jörg Aufermann, Ernst Elitz (Hg.): Ausbildungswege zum Journalismus. Bestandsaufnahmen, Kritik und Alternativen der Journalistenausbildung, Wiesbaden, 1975, S. 108–116.

Werksleitung beschwerte sich daraufhin über die vermeintlich mangelnde „Arbeitsdisziplin“ der Praktikanten, die „trotz mehrfacher Aussprachen nicht dazu bewegt werden [konnten], die von der gesamten Belegschaft vorgearbeiteten Stunden für den Ostersonnabend ebenfalls mit vorzuarbeiten.“<sup>488</sup> Auch die Ankündigung, dass den Kamerunern diese nicht geleistete Arbeitszeit an der Ausbildung fehlen und ihnen vom Stipendium abgezogen würde, fruchtete nicht. Stattdessen führte Charles Pehm, einer der betroffenen Teilnehmer, seinen Arbeitgebern vor Augen, dass er durchaus noch andere Wahlmöglichkeiten habe. Nach Aussage der Werksleitung habe er auf deren Drohung reagiert, indem er „seine Ausweise holte, sie uns zeigte und sagte, daß die Ausbildung auch in Westdeutschland, Frankreich oder Moskau erfolgen könne.“<sup>489</sup> Pehm stellte damit klar, dass die Kameruner die DDR nach eigenem Belieben verlassen konnten. Darüber hinaus verwies er auf den internationalen Stipendienmarkt, also die konkurrierenden Schulungsangebote verschiedener westlicher und östlicher Staaten, die ihm als Alternative offenstanden. Zwar war es keineswegs gesichert, dass ein:e Praktikant:in, die:der eine Schulung auf eigene Faust abbrach, eine Förderung in einem anderen europäischen Land fand, aber die Möglichkeit bestand immerhin. Allein das Wissen darum eröffnete den afrikanischen Fachkräften einen größeren Handlungsspielraum, denn selbst wenn sie sich letztlich gar nicht anderweitig orientierten, konnten sie, wie hier deutlich wird, diese Möglichkeit zumindest als Argument ins Feld führen. Der Vergleich verschiedener Angebote war allgegenwärtig und die internationale Konkurrenzsituation führte – gerade vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts – dazu, dass die gastgebenden Staaten sich aktiv um ihre Praktikant:innen bemühen mussten. Auf der Alltagsebene ermöglichte das „golden age“<sup>490</sup> der Stipendienprogramme den Teilnehmer:innen eine größere Einflussnahme.

Ähnlich wie die Kameruner argumentierten auch drei ghanaische Bauingenieure, die eine Schulung im Braunkohlewerk Kombinat „Schwarze Pumpe“ absolvierten. Die Ghanaer stammten aus bürgerlichen Kreisen und hatten vor ihrer Zeit in der DDR in England ein Studium im Bauingenieurswesen abgeschlossen.<sup>491</sup> Die Kreisleitung des Kombinats beschwerte sich bei der SED darüber, dass die Praktikanten sich weigerten, mehr als acht Stunden pro Tag zu arbeiten. Außer-

---

**488** BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Bille (Werksleitung)/Linke (BPO): Bericht über die Ausbildung von Bürgern aus Kamerun im I. Quartal 1961, 11.4.1961.

**489** Ebd.

**490** Tournès/Scott-Smith: Introduction, S. 15.

**491** Vgl. BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, SED Abteilung Parteiorgane an Abteilung Internationale Verbindungen: Hausmitteilung, Betr.: Einsatz der 3 Bauingenieure aus Ghana, 11.2.1961.

dem seien die Ghanaer „überheblich“<sup>492</sup>. Der Betriebsleitung zufolge erwiderten sie bei Kritik, dass sie sich im Konfliktfall Geld von ihren privaten Konten in West-Berlin holen würden.<sup>493</sup> Verschärft wurde die Situation dadurch, dass die ost-deutschen Stellen davon ausgingen, dass einer der Teilnehmer, George Sapara-Arthur, der Sohn des ghanaischen Botschafters in London sei und die drei Ingenieure daher angeblich „ständig“ damit drohten, „daß sie alles nach London schreiben werden was ihnen hier nicht paßt.“<sup>494</sup> Aus Angst vor kritischen englischen Pressekampagnen, so monierte die Betriebsleitung, hätten die zuständigen Ministerien es abgelehnt, die ghanaischen Praktikanten zu versetzen.<sup>495</sup> Die Drohung mit der internationalen Konkurrenz wirkte. In Anbetracht dessen, dass Ost-Berlin die Praktikumsprogramme erstens hauptsächlich deshalb ausrichtete, um die afrikanischen Partnerstaaten als Verbündete im Systemkonflikt zu gewinnen, und dass sich die DDR dabei zweitens international wie auch innenpolitisch stets auf ein antirassistisches Ideal berief, um sich so vom „imperialistischen“ Westen abzugrenzen, konnte sich die ostdeutsche Regierung eine Infragestellung ihres antirassistischen Images nicht leisten.<sup>496</sup>

Um die Lage zu klären, reisten auch hier staatliche Vertreter, in diesem Fall Mitarbeiter der SED-Kreisleitung, zu Gesprächen mit den Praktikanten an. Durch die Aussprache kam die Delegation zu dem Schluss, dass das Hauptproblem für die angespannte Situation in der mangelnden Betreuung der Teilnehmer läge. Die Betriebsleitung habe „bisher ungenügend mit den Freunden gearbeitet [...] und vor allen Dingen in der Freizeitgestaltung keine Unterstützung“<sup>497</sup> geleistet. Das Parteiorgan schlug daher ein interessantes Lösungsmodell vor: Um die Teilnehmer besser in die Betriebsgemeinschaft zu integrieren, setzte es zwei Betreuer ein und plante außerdem, die Ghanaer stärker in die „politische Arbeit“ mit einzubeziehen, zum Beispiel, indem sie auf Veranstaltungen vom ghanaischen Unabhängigkeitskampf berichteten. Zumindest zwei der Praktikanten stünden dieser politischen Arbeit ausgesprochen offen gegenüber und hätten bei ersten Veranstaltungen bereits einen positiven Eindruck hinterlassen. Sie fanden anscheinend

---

<sup>492</sup> Ebd.

<sup>493</sup> Vgl. ebd.

<sup>494</sup> Ebd. Hinweise darauf, dass Sapara-Arthur tatsächlich der Sohn eines ghanaischen Diplomaten war, konnten nicht gefunden werden.

<sup>495</sup> Vgl. ebd.

<sup>496</sup> Vgl. Brunner: DDR „transnational“, S. 64; Pugach: *African Students and the Politics of Race*, S. 131f, 134 & 143.

<sup>497</sup> BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Kreisleitung der SED, Kombinat „Schwarze Pumpe“: Bericht, Betr.: Auszug aus dem Informationsbericht vom 9.3.1961 über die im KSP anwesenden Ghanesen, [Abschrift] 24.5.1961.

in der politischen Arbeit einen gemeinsamen Nenner, der sie mit den lokalen Partei- und Betriebsorganen verband. Eine ähnliche Verbundenheit mit der ostdeutschen Politik hatten auch schon die kamerunischen Buchdrucker signalisiert, als sie die vielen Einladungen von Schulen, FDJ- und Pioniergruppen nicht etwa ausschlugen, sondern stattdessen darum baten, diese besser zu koordinieren.<sup>498</sup>

Gleichzeitig ermöglichte die Tatsache, dass sich ein Teil der Praktikant:innen weitgehend in das sozialistische System integrierte, es den ostdeutschen Stellen, einzelne Teilnehmer:innen, die den politischen und moralischen Anforderungen nicht gerecht wurden, als Abweichler:innen oder Querulant:innen darzustellen. In der „Schwarzen Pumpe“ war dies bei Sapara-Arthur der Fall. Nach ihrem Besuch in dem Kombinat stellte die SED-Kreisleitung fest, dass der vermeintliche Botschaftersohn eigene Wege gehe. Er verbringe viel Zeit in der lokalen Gaststätte, reise nach West-Berlin und habe angeblich eine Affäre mit seiner ehemaligen ostdeutschen Betreuerin.<sup>499</sup> Damit brach er gleich mehrere Regeln: Seine Weigerung, mehr zu arbeiten, widersprach der Anforderung, die individuellen Kräfte und Fähigkeiten stets in den Dienst der gemeinsamen sozialistischen Sache zu stellen.<sup>500</sup> Ausgiebigen Alkoholkonsum kritisierte die Parteiführung als Fortschrittshemmnis, ungeachtet des ebenfalls hohen Alkoholverbrauchs der ostdeutschen Bevölkerung.<sup>501</sup> Häufige Reisen in den Westen verboten sich schon allein wegen der geforderten Verbundenheit mit der DDR. Und Sexualität war in der ostdeutschen Gesellschaft zwar kein Tabu, sollte aber stets in den sittlich korrekten Rahmen der Ehe eingebunden bleiben, wobei der Umgang mit den eigenen sexuellen Bedürfnissen und die Gestaltung der geschlechtlichen Beziehungen auch als Gradmesser für die moralische Entwicklung eines Menschen galt.<sup>502</sup>

Dieser Schilderung zufolge hatte Sapara-Arthur als sozialistische Persönlichkeit versagt, damit schien er auch ungeeignet als Nutznießer der „Internationalen Solidarität“. Konsequenterweise verließ er die DDR bald wieder. Nach-

---

**498** Vgl. BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Bille (Werkleitung)/Linke (BPO): Bericht über die Ausbildung von Bürgern aus Kamerun im I. Quartal 1961, 11.4.1961.

**499** Vgl. BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Kreisleitung der SED, Kombinat „Schwarze Pumpe“: Bericht, Betr.: Auszug aus dem Informationsbericht vom 9.3.1961 über die im KSP anwesenden Ghanesen, [Abschrift] 24.5.1961.

**500** Vgl. Bernd Bittighöfer/Jürgen Schmollack: Moral und Gesellschaft. Entwicklungsprobleme der sozialistischen Moral in der DDR, Berlin 1968, S. 98–102 & 104.

**501** Vgl. Anne Kluger: Vom „Teufel Alkohol“ in der DDR, in: Zeitgeschichte-online, August 2015, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/vom-teufel-alkohol-der-ddr> [letzter Zugriff am 06.06.2019].

**502** Vgl. Bittighöfer/Schmollack: Moral und Gesellschaft, S. 272–275 & 280–282.

dem er vergeblich versucht hatte, auf eigene Kosten in der BRD zu studieren – die ghanaische Regierung hatte ihm ein Stipendium hierfür verweigert – kehrte Sapa-Arthur schließlich auf Weisung des *Ministry of Foreign Affairs* nach London zurück.<sup>503</sup> Dort besuchte er die Polytechnische Universität. Außerdem gab er der englischen und der westdeutschen Presse Interviews, in denen er die Fortbildungsbedingungen in der DDR scharf kritisierte und betonte, dass nur kommunistische Praktikant:innen in Ostdeutschland gut behandelt würden.<sup>504</sup> Damit waren die schlimmsten Befürchtungen Ost-Berlins wahr geworden.

### ***Kontakte zur deutschen Bevölkerung und deren staatliche Regulation***

Einen Aspekt, der jenseits von konkreten Missständen oder Forderungen die Aufmerksamkeit der Behörden forderte, bildeten die Beziehungen der Praktikant:innen zur lokalen Bevölkerung. Sie waren für die ost- und westdeutschen Behörden zwar kein Problem, das gelöst, aber doch ein Bereich, der reguliert werden musste. Das ergab sich aus der zwiespältigen Zielsetzung der Programme: Beide deutschen Regierungen wollten den Teilnehmer:innen einen positiven Eindruck ihres Landes vermitteln. Dazu musste auch die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland beitragen, denn schließlich trafen die Praktikant:innen überall und ständig auf Deutsche. Positive oder zumindest konfliktfreie Begegnungen waren notwendig, damit die Schulungen möglichst reibungslos ablaufen konnten. Die ausländischen Fachkräfte mussten also, wenn auch nur temporär, ein Stück weit in die jeweilige deutsche Gesellschaft integriert werden. Gleichzeitig sollten sie die BRD oder die DDR nach dem Ende ihrer Schulungen aber wieder möglichst schnell verlassen. Eine zu weitgehende Integration war daher staatlicherseits auch nicht erwünscht. Kontakte zu Deutschen sollten zwar entstehen, aber nicht zu eng werden, denn das erklärte Ziel der kooperierenden Staaten war ja die umgehende Rückkehr der Teilnehmer:innen, die mit ihren Kenntnissen und ihrer Arbeitskraft anschließend zur Entwicklung ihres Herkunftslandes beitragen sollten.<sup>505</sup>

---

**503** Vgl. GH/PRAAD, RG 3/1/600, Daniel Woode for Education Attache (Botschaft Ghana, Bonn) an Scholarship Secretariat, Betr.: Mr. George S. Arthur Jun. – East German Government Scholarship Holder, 15.3.1961 [Kopie]; GH/PRAAD/RG 3/1/600, Ministry of Foreign Affairs an ghanaische Botschaft Bonn, Fernschreiben, ohne Betreff, 24.3.1961 [Kopie]; GH/PRAAD/RG 3/1/600, A. W. Kayper-Mensah (Botschaft Ghana, Bonn) an Scholarship Secretariat, Betr.: Ghana Scholars on East European Governments Scholarships – Defection Cases, 7.2.1963.

**504** Vgl. Sara Pugach: African Students and Racial Ambivalence in the GDR during the 1960s, in: Konrad H. Jarausch/Harald Wenzel/Krain Goihl (Hg.): *Different Germans, Many Germanies*. New Transatlantic Perspectives, New York/Oxford 2017, S. 178–197, hier: S. 190.

**505** Siehe hierzu auch: Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus, S. 199 f.



Für die zuständigen Stellen ergaben sich so zwei Kernaufgaben. Sie mussten dafür sorgen, dass die Teilnehmer:innen während ihrer Schulungen so weit in die Gesellschaft eingebunden waren, dass sie sich wohlfühlten oder aber zumindest keine Probleme verursachten. Gleichzeitig sollten sie aber verhindern, dass sich die Afrikaner:innen zu sehr einlebten und womöglich beschlossen, in Deutschland zu bleiben. Dieser Balanceakt beschäftigte die ost- und westdeutschen Stellen in den verschiedenen Phasen des Untersuchungszeitraums unterschiedlich stark. In den ersten Jahren war die Thematik noch relativ wenig präsent. Beide deutschen Staaten standen Kontakten zur deutschen Bevölkerung insgesamt positiv gegenüber und versuchten diese aktiv zu fördern.<sup>506</sup> In der DDR wurden die afrikanischen Praktikant:innen also nicht von der ostdeutschen Bevölkerung isoliert, wie einige Veröffentlichungen nahelegen.<sup>507</sup> Die ostdeutschen Versuche, die Praktikant:innen sozial, politisch und kulturell einzubinden, stießen allerdings nicht immer auf ein positives Echo. Teilweise erlebten die Teilnehmer:innen die arrangierten Kontakte auch als Einschränkung und entzogen sich diesen.<sup>508</sup>

Insgesamt waren die Erfahrungen gemischt, welche die afrikanischen Praktikant:innen mit der ost- und der westdeutschen Bevölkerung machten. In beiden Ländern gab es Arbeitgeber:innen, die die Teilnehmer:innen herablassend behandelten oder offen rassistisch diskriminierten.<sup>509</sup> In anderen Fällen waren die

---

**506** Vgl. u. a. PA AA B 94 149, Dr. Siegfried Walter (CDG): Betreuung ausländischer Praktikanten in der Bundesrepublik, 09/1958, S. 1; BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Ritzau/Stumpe (Betriebsberufsschule Heinz Kapelle, Pößneck): Kurzbericht über die bisherigen Erfahrungen in der Ausbildung der guinesischen Staatsbürger, 27.9.1960; DSE: Ziele, Methoden und Probleme einer erfolgreichen Nachwuchsausbildung aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin, Zusammenfassung der Erkenntnisse und Vorschläge der Arbeitstagungen für deutsche betriebliche Führungskräfte, Berlin 1960, S. 11.

**507** Vgl. zu dieser Behauptung: Mac Con Uladh: Studium bei Freunden? Ausländische Studierende in der DDR bis 1970, in: Christian Th. Müller/Patrice G. Poutrus (Hg.): Ankunft – Alltag – Ausreise: Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft, Köln 2005, S. 175–220; Poutrus: Aufnahme in die „geschlossene Gesellschaft“, S. 967–995, sowie Pugach: African Students and the Politics of Race, S. 132.

**508** BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Ritzau/Stumpe (Betriebsberufsschule Heinz Kapelle, Pößneck): Kurzbericht über die bisherigen Erfahrungen in der Ausbildung der guinesischen Staatsbürger, 27.9.1960, S. 2f. Siehe auch Damian Mac Con Uladh: Studium bei Freunden? Ausländische Studierende in der DDR bis 1970, in: Christian Th. Müller/Patrice G. Poutrus (Hg.): Ankunft – Alltag – Ausreise: Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft, Köln 2005, S. 175–220, hier: S. 202f.

**509** Vgl. exemplarisch: PA AA B 94 148, Vente (CDG), Betr.: Ausbildung von 88 ägyptischen Praktikanten in Deutschland, 8.3.1957; BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, SED Abteilung Parteior-

Betriebe hingegen sehr um die dort eingesetzten Fachkräfte bemüht.<sup>510</sup> In der BRD berichteten die Teilnehmer:innen immer wieder von rassistischen Kommentaren im Alltag.<sup>511</sup> Hinzu kam, dass sich dort viele Vermieter:innen weigerten, Wohnungen oder Zimmer an Menschen mit nicht-weißer Hautfarbe abzugeben, oder aber finanziellen Profit aus deren Notlage zogen. In der DDR beschwerten sich manche Putzfrauen über die vermeintlich mangelnde Sauberkeit der Afrikaner:innen und lehnten es ab, deren Zimmer zu säubern.<sup>512</sup> In anderen Fällen hoben die Praktikant:innen ihr positives Verhältnis zur deutschen Bevölkerung hervor.<sup>513</sup> Sowohl in der BRD als auch in der DDR schlossen sie Freundschaften, bauten gute Beziehungen zu Kolleg:innen auf oder gingen Liebesbeziehungen ein.<sup>514</sup>

Sexuelle Kontakte und Liebesbeziehungen beobachteten die SED-Regierung und ebenso weite Teile der ostdeutschen Bevölkerung aber von Beginn an kritisch.<sup>515</sup> Intime körperliche Beziehungen vor allem zwischen deutschen Frauen und den männlichen Praktikanten, insbesondere Afrikanern, waren nicht gerne gesehen und konnten in einzelnen Fällen, wenn sie mit Ehebruch einhergingen, auch schon mal als Kündigungsgrund dienen.<sup>516</sup> Teilweise waren Besuche von Frauen in den Praktikantenwohnheimen untersagt.<sup>517</sup> In den ersten Jahren beschränkten sich die ostdeutschen Ausbildungsbetriebe und Behörden darauf, reale oder vermeintliche sexuelle Beziehungen kritisch zu registrieren.<sup>518</sup> Zu Be-

---

gane an Abteilung Internationale Verbindungen: Hausmitteilung, Betr.: Einsatz der 3 Bauingenieure aus Ghana, 11.2.1961.

**510** Vgl. u. a.: BArch DE 1/29073, Bosse und Unterdörfer (VVB Magdeburger Obst u. Gemüse) an SPK, IÖB, Betr.: Praktikanten – Einsatz der Herren Abdin und Refaat aus Ägypten in unserem Betrieb. 16.7.1959; PA AA B 94 149, K. Sass (CDG): Bericht über das Zwischenseminar der 2. Gruppe II. Jahrgang ägyptischer Praktikanten vom 30.7.–2.8.58, 28.8.1958, S. 3.

**511** Vgl. u. a. Kronenberg/Rhode (CDG): Ein Jahr in Deutschland, S. 13 & 16.

**512** Vgl. BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Ritzau/ Stumpe (Betriebsberufsschule Heinz Kapelle, Pößneck): Kurzbericht über die bisherigen Erfahrungen in der Ausbildung der guinesischen Staatsbürger, 27.9.1960, S. 2.

**513** Vgl. PA AA B 94 149, K. Sass (CDG): Bericht über das Zwischenseminar der 2. Gruppe II. Jahrgang ägyptischer Praktikanten vom 30.7.–2.8.58, 28.8.1958.

**514** Vgl. Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus, S., S. 220.

**515** Siehe dazu auch: Pugach: African Students and the Politics of Race, S. 131–135.

**516** Vgl. BArch DE 1/29073, Günther (Werkleiter VEB Dieselmotorenwerk Schönebeck) an Fayiz Sufi, Betr.: Ihre Ausbildung als Praktikant in unserem Betrieb, gemäß Regierungsvereinbarung, 13.7.59. Siehe auch: Pugach: African Students and the Politics of Race, S. 135.

**517** Vgl. BArch DE 1/13589, Scholz (BBS Elbtalwerk Heidenau): Besprechung über Grundfragen der syrischen Bürger am 21.11.58, 26.11.1958.

**518** Vgl. exempl. BArch DE 1/29073, Zorn (SPK): Niederschrift über Beratung mit dem VEB Obst- und Gemüseverarbeitungsbetriebe Magdeburg über den Einsatz der ägyptischen Gewerbelehrer

ginn überwogen eine kooperative Haltung und der Wille, das Wohlwollen der Partnerländer und der Praktikant:innen nicht aufs Spiel zu setzen.<sup>519</sup>

### ***Einbeziehung, Entgegenkommen und Disziplinarmaßnahmen – staatliche Reaktionen auf den Eigen-Sinn der Praktikant:innen***

Die verantwortlichen Stellen in Ost- und Westdeutschland standen regelmäßig vor der Frage, wie sie mit den Vorstellungen der Praktikant:innen, mit deren Kritik, deren Widerstand oder auch deren konstruktiven Anregungen umgehen sollten. Ein Ziel der Programme war es wohlgemerkt, dessen Teilnehmer:innen als Fürsprecher:innen der BRD respektive der DDR zu gewinnen, also einen positiven Eindruck zu hinterlassen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass beide deutsche Staaten sich anfänglich bemühten, die Praktikant:innen in die Programmgestaltung einzubeziehen. Dafür setzten Bonn und Ost-Berlin auf eine intensive Betreuung. Die Bundesregierung lagerte diese allerdings weitestgehend aus, indem sie die CDG damit beauftragte.<sup>520</sup> Die Betreuungsorganisation konnte von ihrer langjährigen Erfahrung in der Arbeit mit ausländischen Student:innen profitieren. Um die Einbeziehung der Teilnehmer:innen sicherzustellen, organisierte sie Umfragen, führte regelmäßige Zwischenseminare durch und suchte im Konfliktfall das direkte Gespräch mit den Fachkräften. In der DDR blieben staatliche Organe für die Betreuung zuständig.<sup>521</sup> Aber auch sie bezogen die Teilnehmer:innen intensiv in die Programmgestaltung ein und suchten häufig – gerade bei auftretenden Problemen – das persönliche Gespräch.

Auch wenn manche Wünsche abgelehnt wurden, konnten die Teilnehmer:innen in Ost und West zumindest in einigen Punkten mitentscheiden, wenn sie sich aktiv für ihre Belange einsetzten. Sie taten dies in persönlichen Gesprächen, durch Beschwerdebriefe, indem sie mit Streik drohten oder sich der Arbeit verweigerten. Gerade in der BRD dauerte es teilweise recht lange, bis sich die Adenauer-Regierung genötigt sah, auf Bitten, Kritik oder Missstände zu reagieren.

---

Abdin und Rifat am 2.7.1959, 7.7.1959; BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Ritzau/Stumpe (Betriebsberufsschule Heinz Kapelle, Pößneck): Kurzbericht über die bisherigen Erfahrungen in der Ausbildung der guinesischen Staatsbürger, 27.9.1960, S. 3; BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, SED Abteilung Parteiorgane an Abteilung Internationale Verbindungen: Hausmitteilung, Betr.: Einsatz der 3 Bauingenieure aus Ghana, 11. 2.1961.

**519** Zu ähnlichen Erkenntnissen kommt auch Sara Pugach. Vgl. Pugach: *African Students and the Politics of Race*, S. 134 f.

**520** Vgl. PA AA B 94 148, Referat 402: Vermerk, Betr.: Betreuung ausländischer Praktikanten in Deutschland, 14.1.1957.

**521** Vgl. Schwab (MfAA): Anordnung über die berufliche Aus- und Weiterbildung von Bürgern anderer Staaten [...], S. 485.

Obwohl das Problem, eine Unterkunft für die Fachkräfte zu finden, schon Anfang 1957 deutlich wurde, richtete die Bundesregierung erst im Sommer 1960 einen Haushaltstitel ein, um weitere Wohnheime zu bauen. Die ostdeutsche Regierung war in der Regel schneller und stärker darum bemüht, den internationalen „Gäste[n]“<sup>522</sup> entgegenzukommen. Dennoch setzten die BRD und die DDR auch auf disziplinierende Maßnahmen. Beide Staaten schufen Möglichkeiten, die ausländischen Fachkräfte bei anhaltenden Konflikten aus dem Programm zu nehmen und auszuweisen.<sup>523</sup> Die westdeutschen Organisationen rieten sogar dazu, bei „notwendig werdenden disziplinarischen Massnahmen [...] eine allzu nachsichtige Behandlung abzulehnen. Übertretungen sollten sofortiges Einschreiten auslösen.“<sup>524</sup> Trotz der Tatsache, dass die internationale Konkurrenz die Verhandlungsposition der Praktikant:innen verbesserte, lag die endgültige Entscheidungsgewalt im Konfliktfall letztlich weiterhin bei den staatlichen west- und ostdeutschen Institutionen, wobei diese ihre Machposition in den Anfangsjahren nur begrenzt ausnutzten. Das sollte sich in den nächsten beiden Phasen deutlich ändern.

## 1.4 Zwischenfazit: Praktikumsprogramme als Feld der internationalen Konkurrenz

In den 1950er Jahren waren Praktikumsprogramme Teil eines entwicklungspolitischen und kulturdiplomatischen Aufbruchs. Entwicklungspolitik gewann international zunehmend an Bedeutung. Immer mehr Länder des globalen Nordens und eine wachsende Zahl unabhängiger Staaten im globalen Süden beteiligten sich daran. Entwicklungszusammenarbeit wurde zu einer wichtigen Interaktionsform zwischen Nord und Süd.<sup>525</sup> Akademische und berufspraktische Stipendienprogramme waren Bestandteil dieses Booms. Regierungen, internationale und supranationale Organisationen finanzierten zunehmend Schulungen mit

---

**522** BArch DE 1/13589, Schwant (SPK): Vorschlag für die Ausbildung ausländischer Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik, 1.11.1958.

**523** Vgl. BArch B 149/6308, Wistinghausen (BMA): Vermerk, Betr.: Aussprachekreis des BDI für die berufliche Aus- und Weiterbildung von Ausländern in der Bundesrepublik, 17.4.1957; BArch DE 1/21882, Wiesenfeldt (SPK): Aktennotiz über eine Besprechung beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Konsularabteilung, bezüglich der Behandlung von ausländischen Arbeitern (6.6.1959), 6.8.1959, S. 1; DSE: Ziele, Methoden und Probleme, S. 11.

**524** DSE: Ziele, Methoden und Probleme, S. 16.

**525** Vgl. Cooper/Packard: Introduction, S. 5 & 8; Macekura/Manela: Introduction, S. 2; Unger: International Development, S. 79 – 84.

entwicklungspolitischer Zielsetzung, auch als Teil ihrer *Cultural Diplomacy*.<sup>526</sup> Die ausrichtenden Staaten sahen die Fortbildungen unter anderem als Möglichkeit, ihr internationales Renommee zu steigern und vielversprechende politische wie auch wirtschaftliche Verbindungen zu knüpfen.<sup>527</sup> Die verschiedenen nationalen Fortbildungsangebote standen von Anfang an in Konkurrenz zueinander. Das galt insbesondere für die unterschiedlichen Programme im Osten und im Westen, die stets auch darauf ausgerichtet waren, Fürsprecher:innen für das jeweils vertretene gesellschafts- und wirtschaftspolitische Modell zu gewinnen.<sup>528</sup> Die Konferenz von Bandung 1955 hatte gezeigt, dass eine dritte Kraft entstand, um die der globale Norden – Ost wie West – nun unter anderem mit entwicklungspolitischen Mitteln warb. Fortbildungsprogramme und Stipendien zählten dabei zu den Mitteln der Wahl.<sup>529</sup> Angetrieben von der systempolitischen Konkurrenz erlebten internationale Stipendienprogramme in der Zeit ab den 1950er Jahren ihr „golden age“<sup>530</sup>. Aber auch innerhalb der zwei politischen Blöcke konkurrierten die Fortbildungen miteinander.

Zwischenstaatliche Konkurrenz war allerdings nicht der einzige Faktor, der zum globalen Erfolg internationaler (Aus-)Bildungsprogramme beitrug. Ebenso wichtig waren geteilte Modernisierungsvorstellungen, die von einem inhärenten Zusammenhang zwischen Fachwissen, insbesondere technischer Expertise, und wirtschaftlicher Entwicklung ausgingen. Diese Annahme einte Fachleute und Politiker:innen in Ost, Süd und West. Sie fand sich in kapitalistischen Modernisierungstheorien ebenso wieder wie in marxistisch-leninistischen Konzepten oder in Ansätzen des „Afrikanischen Sozialismus“, sodass von einem globalen Konsens gesprochen werden kann. Dieser globale Konsens bildete die ideengeschichtliche Grundlage für den Boom internationaler Stipendienprogramme in der Nachkriegszeit.<sup>531</sup>

---

**526** Vgl. u. a. Lin/David/Rodogno: Fellowship Programs for Public Health, S. 140 – 155; Martin Rempe: Entwicklung im Konflikt, S. 223 – 240; Plata-Stenger: New Missionaries, S. 156; Tournès/Scott-Smith: Introduction, S. 16.

**527** Vgl. Hessler: Third World Students, S. 203; Higgin: US-Exchange Programs, S. 216 f.; Perraton: Learning Abroad, S. 27; Tournès/Scott-Smith: Introduction, S. 7 & 15.

**528** Vgl. Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus, S. 193 f.; Katsakioris: Socialist Intelligentsia, S. 260.

**529** Vgl. u. a. Fettich-Biernath: Deutschland gibt, S. 61; Gerits: Bandung as the Call; Hong: Cold War Germany, S. 3; Pharo/Fraser: Introduction, S. 10; Slobodian: Bandung in Divided Germany, S. 646 f.

**530** Tournès/Scott-Smith: Introduction, S. 15. Siehe auch: Katsakioris: Socialist Intelligentsia, S. 275.

**531** Zur Kombination von politischer Offenheit und Rivalität der Modernisierungstheorie vgl. Anselm Doering-Manteuffel: Konturen von „Ordnung“ in den Zeitschichten des 20. Jahrhunderts,

Die Schulungen in Ost- und Westdeutschland entstanden in diesem Kontext von entwicklungspolitischem Aufbruch und Konkurrenz. Für die BRD und die DDR waren die Praktikumsprogramme zunächst noch Neuland. Die Bundesregierung übernahm die Anregung dazu von den internationalen Organisationen, insbesondere der ILO, mit der sie bereits Anfang der 1950er Jahre gemeinsame Fortbildungen ausgerichtet hatte.<sup>532</sup> Die ostdeutsche Regierung reagierte mit den Schulungen auf die zunehmenden Anfragen der Herkunftsländer.<sup>533</sup> BRD und DDR verfolgten zumindest partiell ähnliche Interessen mit den Fortbildungsangeboten: Die Schulungen sollten der Bundesrepublik zum einen neue Exportmärkte in Afrika und Asien eröffnen, zum anderen sollten sie – auch durch den wirtschaftlichen Erfolg – den politischen Einfluss der BRD stärken, als Gegengewicht zu sozialistischen Tendenzen. Die ehemaligen Teilnehmer – anfänglich ausschließlich Männer – sollten zu Wirtschaftspartnern und Fürsprechern der BRD werden.<sup>534</sup> Nach einem größeren politischen Einfluss strebte auch Ost-Berlin. Da die westdeutsche Hallstein-Doktrin die DDR daran hinderte, diplomatische Beziehungen aufzubauen, sollten die Praktikumsprogramme als Türöffner dienen, um sowohl die außenpolitischen Beziehungen als auch die Handelskontakte zu den Schwerpunktländern zu fördern. Wie auch im westdeutschen Fall galt die Suche nach politischen Fürsprecher:innen nicht nur den kooperierenden Regierungen, sondern auch den Programmteilnehmer:innen.<sup>535</sup>

Ghana hatte im Gegensatz zu den beiden deutschen Staaten bereits mehr Erfahrung mit der Koordination von Auslandsschulungen. Schon vor der Unabhängigkeit hatte die Regierung des Landes ausländische Fortbildungsprogramme gefördert und auch eigene Stipendien finanziert.<sup>536</sup> Nach der Unabhängigkeit weitete Accra die Fortbildungskooperation aus und arbeitete mit immer mehr Staaten zusammen. Dabei stand die Regierung vor dem klassischen postkolonialen Fachkräftedilemma: Ghana war zwar auf Auslandsschulungen angewiesen, wollte aber auch das eigene Bildungssystem ausbauen. Da Bildungsinstitutionen vor Ort nicht oder nur sehr begrenzt existierten, wanderten die lokalen

---

in: Thomas Etzemüller: Die Ordnung der Moderne: Social Engineering im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2009, S. 41–64, hier: S. 58.

**532** Vgl. BArch B 149/6293, R. Rao (ILO) an Maximilian Sauerborn (BMA), ohne Betreff, 26. 3. 1955.

**533** Vgl. BArch DC 20-I/4 255, MAB: Begründung zum Beschluß über die berufliche Aus- und Weiterbildung [...], undatiert [8.4.1957].

**534** Vgl. u. a. BArch B 149/6308, o. A.: Vermerk zur Sitzung des Aussprachekreises vom 29.7.1958, S. 3.

**535** Vgl. u. a. BArch DC 20-I/4 255, König (MfAA): Betr.: Beschluß über die berufliche Aus- und Weiterbildung [...], 10.9.1957, S. 2, BArch DE 1/13589, Schwant (SPK): Vorschlag für die Ausbildung ausländischer Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik, 1.11.1958, S. 2.

**536** Vgl. Leney: Decolonisation, S. 324–326.

Fachkräfte ab. Das hatte zur Folge, dass es schwieriger war, die entsprechenden Schulen vor Ort aufzubauen und zu betreiben.<sup>537</sup> Die CPP-Regierung versuchte, dieses Problem in den Griff zu bekommen, indem sie die Kontrolle über alle Auslandsstipendien zentralisierte und verfügte, dass Teilnehmer:innen nur für solche Kurse entsandt werden sollten, die in Ghana nicht angeboten werden konnten.<sup>538</sup> Da die Praxis aber von diesem Beschluss abwich, änderte sich zunächst einmal nicht viel. Dennoch bleibt festzuhalten, dass Accra trotz des Fachkräftemangels weit davon entfernt war, jedes ausländische Schulungsangebot dankend anzunehmen. Damit kommt die vorliegende Studie für das ghanaische Fallbeispiel zu einem anderen Ergebnis als Alena Alamgir, die feststellt, dass die Stipendienprogramme zwischen dem globalen Süden und den sozialistischen Staaten häufig erst nach anhaltendem Drängen der postkolonialen Regierungen zustande kamen.<sup>539</sup>

Das zeigte sich auch in der Kooperation mit den beiden deutschen Staaten. In beiden Fällen verhielt sich Accra zunächst zögerlich. Weder die BRD noch die DDR zählten zu den bevorzugten Partnerinnen der CPP-Regierung. Mit Großbritannien und den USA besaß Ghana bereits langjährige, zahlungsfähige und politisch einflussreiche Kooperationspartner:innen, bei denen noch dazu weniger Sprachbarrieren oder bürokratische Unterschiede bestanden. Diese Faktoren waren für die ghanaische Regierung letztlich ausschlaggebender als der Wunsch, möglichst unabhängig von der ehemaligen Kolonialmacht zu agieren. Anders als von der Bundesregierung erhofft, verschaffte die postkoloniale Sonderrolle Deutschlands, die darin bestand, dass die deutsche Kolonialvergangenheit bereits länger zurücklag, der BRD und der DDR also keinen Vorteil im Wettkampf um gemeinsame Fortbildungskooperationen.<sup>540</sup>

Anfänglich war die Bundesrepublik aber ebenfalls weit davon entfernt, die Zusammenarbeit mit Ghana voranzutreiben.<sup>541</sup> In den ersten Jahren sah nur die hessische Regierung ein wirtschaftliches Potenzial in der Zusammenarbeit mit Ghana. Erst als die Presse zunehmend über ghanaische Student:innen und Praktikant:innen in den sozialistischen Staaten berichtete, erwachte auch Bonns

---

**537** Vgl. u. a. GH/PRAAD/RG 3/6/1074, Summary of the Recommendations [...], undatiert.

**538** Vgl. GH/PRAAD/RG 7/1/2141, Confidential Extract from the Minutes of a Meeting of the Cabinet Committee on Est. & Scholarship Matters, 18. 5. 1961.

**539** Vgl. Alamgir: *Mobility*, S. 298 f.

**540** Zu ähnlichen Hoffnungen der sozialistischen Staaten siehe: James Mark/Paul Betts: Introduction, in: Dies. u. a.: *Socialism Goes Global. The Soviet Union and Eastern Europe in the Age of Decolonization*, Oxford 2022, S. 1–24, hier: S. 16.

**541** Vgl. BAArch B 116/21748, H. Hansen: Report of the German Economic Study Mission which stayed in Ghana from 24.9. to 1.10.1957, Hamburg, 01/1958, S. 21.



Interesse. Angesporn durch die ostdeutsche Konkurrenz, organisierte die Bundesregierung erstmals eigene Praktikumsprogramme für ghanaische Teilnehmer und war dabei sogar bereit, finanzielle Konzessionen zu machen, um nicht hinter der DDR zurückzustehen.<sup>542</sup> Im Gegensatz dazu war Ost-Berlin von Anfang an sehr an gemeinsamen Weiterbildungsprogrammen mit Ghana interessiert.<sup>543</sup> In dieser Hinsicht kann die DDR als der aktivste Part unter den drei Untersuchungsländern angesehen werden. Accra wiederum verzögerte die Zusammenarbeit aus Furcht vor westdeutschen Sanktionen immer wieder. Die Hoffnung der SED-Regierung, die Praktikumsprogramme als Türöffner für diplomatische Beziehungen nutzen zu können, erfüllte sich nicht. Stattdessen öffnete sich der Weg für die Fortbildungskooperation erst dadurch, dass Ost-Berlin Industrieanlagen lieferte. Die ghanaische Regierung achtete währenddessen peinlich genau darauf, keinesfalls den Eindruck zu erwecken, dass sie die DDR anerkannt habe.<sup>544</sup>

In der Zusammenarbeit mit beiden deutschen Staaten trieben zu Beginn vor allem einzelne ghanaische Politiker die Kooperation voran. Sie hatten dabei weniger die bildungs- oder arbeitsmarktpolitischen Effekte der Fortbildungen im Blick als die industrielle Entwicklung Ghanas oder auch ihren eigenen Nutzen. Die Versuche, einen persönlichen Vorteil aus der Fortbildungskooperation zu ziehen, zeigen, wie sehr die Schulungsmöglichkeiten im Ausland in den postkolonialen Staaten eine Ressource darstellte, mit der Politiker oder auch Regierungsbeamt:innen Verwandte, Freund:innen und potenzielle Wähler:innen „versorgen“ konnten. Bildung im Ausland, und dazu zählte auch die Berufsbildung, galt in den postkolonialen Staaten nach wie vor als Königsweg zu einer erfolgreichen Karriere. Dabei bezog sich diese Annahme auf die Karrierewege und Bildungsitinerarien der lokalen Eliten während der Kolonialzeit, die in den meisten Fällen einen längeren Bildungsaufenthalt im Ausland absolviert hatten.<sup>545</sup> Dass sich die persönliche Vorteilsnahme bei der Fortbildungskooperation in Teilen des ghanaischen Regierungsapparates etablierte, lag auch an der entgegenkommenden Haltung der jeweiligen deutschen Institutionen. Die Ministerien in Bonn, Ost-Berlin und auch Wiesbaden plädierten stets dafür, diese persönliche Nutzung der Programme zu fördern, um sich das politische Wohlwollen ghanaischer Politiker oder Beamt:innen zu sichern. Damit unterliefen sie nicht

---

**542** Vgl. Landricina: Deutsch-deutscher Gegensatz, S. 374; HHStAW 502–11647a, Reuß an Zinn, ohne Betreff, 2.2.1961, S. 2.

**543** Vgl. PA AA MfAA A 14352, HA II/3: Information über die Beziehungen der DDR zu Ghana – III. Quartal 1959, S. 2.

**544** Vgl. u. a. GH/PRAAD/RG 7/1/2188, Extract from the Minutes of a Meeting of the Cabinet [...], 15.3.1960.

**545** Vgl. Tarradellas: „A Glorious Future“, S. 1f.



nur eigene Vorgaben, zum Beispiel hinsichtlich der Qualifikationen der Teilnehmer:innen, sondern behinderten auch die ghanaische Kontrolle der Praktikumsvergabe. Da allerdings die gleichen Personen oft Angebote aus beiden deutschen Staaten vermittelten, kann bezweifelt werden, dass es mithilfe der ost- und westdeutschen Zusagen tatsächlich gelang, politische Loyalitäten zu sichern.

Die zweite Hoffnung der beiden deutschen Staaten, nämlich mit den Schulungen den Export zu fördern, erfüllte sich nur im westdeutschen Fall. Der Wiesbadener Landesregierung gelang es tatsächlich, mit dem umtriebigen Kontaktaufbau die Ausfuhr hessischer Firmen nach Ghana zu steigern. Die DDR hingegen scheiterte mit ihrem Plan, mit den Fortbildungen eine engere Wirtschaftskooperation voranzutreiben. Im ostdeutschen Fall folgten die Schulungen dem Anlagenexport und nicht umgekehrt. Dieser unterschiedliche Erfolg war sicherlich auch in der Art des Exports begründet. Während die hessischen Firmen in erster Linie Material oder Fahrzeuge nach Ghana lieferten, hoffte Ost-Berlin auf den Verkauf ganzer Industrieanlagen. Für solche Großinvestitionen fehlten Accra aber zum einen die Mittel. Zum anderen hoffte Nkrumahs Regierung noch darauf, gerade solche Anlagen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu günstigeren Bedingungen zu bekommen.

Die praktische Realisierung vor Ort stieß, wie auch die bilaterale Kooperation, anfangs auf Schwierigkeiten. Die frühen Programme waren sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR weit davon entfernt, reibungslos abzulaufen. Insbesondere die Bundesregierung trat zu Beginn weitestgehend konzeptlos auf. Die wichtigen programmatischen Entscheidungen überließ sie in der Regel ihren innerdeutschen Kooperationspartner:innen – vor allem den Spitzenverbänden der Wirtschaft und der CDG – oder auch den Regierungen der Herkunftsländer. Vermutlich waren drei Gründe ausschlaggebend für diese bewusste Konzeptlosigkeit: Erstens war die Bundesregierung in dem neuen Aufgabenfeld noch gänzlich unerfahren. Sie brauchte insgesamt mehrere Jahre, um sich in die entwicklungspolitischen Aufgaben einzuarbeiten.<sup>546</sup> Zweitens war Bonn in den ersten Jahren ausgesprochen bemüht darum, die eigene Entwicklungspolitik so zu gestalten, dass diese keine Vorwürfe des Neo-Kolonialismus provozierten. Um diesen potenziellen Vorwürfen den Boden zu entziehen, genehmigte die BRD stets nur dann Entwicklungsprojekte, wenn ein entsprechender Antrag aus dem jeweiligen Partnerland vorlag. Die Adenauer-Regierung verzichtete damit bewusst auf eine stärkere Lenkung der Entwicklungspolitik.<sup>547</sup> Drittens spielte aber auch ein gewisses westliches Überlegenheitsdenken eine Rolle. Bonn schien davon

---

**546** Vgl. Hein: Die Westdeutschen, S. 37–40; Lohmann: Von der Entwicklungspolitik, S. 42.

**547** Vgl. Hein: Die Westdeutschen, S. 55f.

auszugehen, dass Schulungen in der Bundesrepublik den Fachkräften aus dem globalen Süden prinzipiell einen Wissensgewinn garantieren würden, unabhängig davon, wie diese realisiert wurden, welche Lerninhalte sie umfassten und wie die Ausbildungspläne gestaltet waren. Mit dieser Annahme stand die Bundesregierung nicht alleine da. Auch andere Staaten setzten mit ihren Schulungsprogrammen anfänglich schlicht darauf, dass diese schon funktionieren würden, statt leitende Richtlinien zu entwerfen.<sup>548</sup> Die realen Erfahrungen bewiesen jedoch das Gegenteil.

Den ostdeutschen Schulungen lag von Beginn an eine klarere Konzeption zugrunde als den westdeutschen.<sup>549</sup> Das lag vermutlich zum einen an der höheren Planungsaffinität der DDR, zum anderen aber auch daran, dass sie sich angesichts ihrer relativen wirtschaftlichen Schwäche und der diplomatischen Einschränkungen stets mehr um ihre internationalen Beziehungen bemühen musste und diese daher gezielter vorbereitete – im Gegensatz zur BRD, die sich auf ihren Ruf als Wirtschaftswunder verlassen konnte. Aber auch die ostdeutschen Stellen mussten erst einmal Erfahrungen bei der Programmrealisierung sammeln. Trotz der konsistenteren Planung traten in der DDR insgesamt nicht weniger praktische Probleme auf als in der BRD. Die ostdeutsche Regierung wertete die ersten Praktika – paradoxerweise unter Verweis auf die entstandenen Schwierigkeiten – dennoch als Erfolg.<sup>550</sup> Die internen Erfolgsmeldungen waren aber nicht viel mehr als Rhetorik, denn gleichzeitig sah sich die SED-Spitze veranlasst, grundlegende organisatorische Veränderungen vorzunehmen.<sup>551</sup> Damit zogen beide deutschen Staaten schon nach wenigen Jahren aus den anfänglichen Problemen die Konsequenz, die Programmkompetenzen stärker zu zentralisieren.

Beide deutschen Regierungen schienen überrascht davon, dass sich die Praktikant:innen mit eigenen Vorstellungen und Forderungen in die Programme einbrachten. Die Erwartungen der Teilnehmer:innen und der staatlichen Institutionen prallten häufig aufeinander. Neben greifbaren praktischen Problemen, wie zum Beispiel der Tatsache, dass die ausländischen Fachkräfte in der Bundesrepublik vielfach keine Unterkunft fanden (in diesem Punkt war das geplante

---

**548** Hilary Perraton konstatiert dies beispielsweise für den *Commonwealth Scholarship and Fellowship Plan*. Vgl. Perraton: *Learning Abroad*, S. 45.

**549** Vgl. u. a. BAArch DC 20/647, Präsidium des Ministerrates: Beschluß 63/5 [...], 12.9.1957.

**550** Vgl. u. a. BAArch DC 20-I-4/364, Materialien zur 31. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 11.2.1960, Geheime Regierungssache, MfV: Beschluß über Maßnahmen zur Verbesserung [...] [Entwurf], undatiert, S. 1.

**551** Vgl. BAArch DC 20-I-4/364, Materialien zur 31. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 11.2.1960, Geheime Regierungssache, MfV: Beschluß über Maßnahmen zur Verbesserung [...] [Entwurf], undatiert.

ostdeutsche Vorgehen tatsächlich von Vorteil), entbrannten die Auseinandersetzungen oft an Statusfragen. Hierzu zählten ganz wesentlich auch die Fragen, ob die Teilnehmer:innen körperliche Arbeit auszuführen hatten, was vor allem die ägyptischen Fachkräfte kritisierten, ob sie Mehrarbeit verrichten mussten oder ob sie im Vergleich zu anderen Praktikant:innen, zu Student:innen und zu deutschen Facharbeiter:innen schlechter gestellt waren. Situationen oder Umständen, die sie als deklassierend erlebten, entzogen sich die Teilnehmer:innen entweder dadurch, dass sie ihre Fortbildungen abbrachen und wieder abreisten, oder dadurch, dass sie ihrer Arbeitsstelle fernblieben. Oder aber sie versuchten mit verschiedenen Mitteln, eine Änderung ihrer Lage zu erreichen, zum Beispiel, indem sie mit Streik drohten oder sich bei den staatlichen Stellen oder ihren Arbeitgeber:innen beschwerten.<sup>552</sup> Einen weiteren Streitpunkt bildeten die technischen Ausbildungsbedingungen, die bei einigen Praktikant:innen zu der Erkenntnis führten, dass das Modernisierungsgefälle, zumindest teilweise, nicht von Nord nach Süd verlief, sondern umgekehrt.<sup>553</sup>

Die ausländischen Fachkräfte besaßen insgesamt keine schlechte Verhandlungsposition. Die internationale Konkurrenz im Bereich der Auslandsschulungen gab den Praktikant:innen ein Druckmittel an die Hand. Die Tatsache, dass den Teilnehmer:innen theoretisch auch Fortbildungen in anderen Ländern offenstanden, führte dazu, dass sie häufig mit ihren Forderungen erfolgreich waren. Gerade vor dem Hintergrund des Systemkonflikts erzielte die Drohung, auszureisen, ihre Wirkung. Das „golden age“<sup>554</sup> der Praktikumsprogramme wirkte sich also auch auf der Mikroebene aus. Die Teilnehmer:innen waren sich der unterschiedlichen Optionen wohl bewusst. Sie verglichen die verschiedenen Möglichkeiten und erwogen zumindest theoretisch, diese auch zu nutzen. Faktisch sind allerdings für die ersten Jahre nur wenige „fliegende Wechsel“ zwischen Ost und West dokumentiert. In den meisten Fällen kehrten Praktikant:innen, die ihre

---

**552** Vgl. u. a. PA AA B 94 148, Vente (CDG), Betr.: Ausbildung von 88 ägyptischen Praktikanten in Deutschland, 8.3.1957, S. 5; BArch B 149/6308, ORR von Wistinghausen (BMA): Vermerk, Betr.: Sitzung des Aussprachekreises des BDI über die Aufnahme und Weiterbildung von Ausländern am 21.5.1957, 22.5.1957, S. 3; BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, SED Abteilung Parteiorgane an Abteilung Internationale Verbindungen: Hausmitteilung, Betr.: Einsatz der 3 Bauingenieure aus Ghana, 11.2.1961; BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Bille (Werkleitung)/Linke (BPO): Bericht über die Ausbildung von Bürgern aus Kamerun im I. Quartal 1961, 11.4.1961.

**553** Vgl. BArch DE 1/29073, Helal/Mokhtar/El Refaat/Amin an MfV, Betr.: Unseren Studienaufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik, Schwerin den 23.6.1959, Magdeburg den 24.6.1959 [Abschrift].

**554** Tournès/Scott-Smith: Introduction, S. 15.

Schulung abbrechen, einfach in ihr Heimatland zurück.<sup>555</sup> Sowohl die BRD als auch die DDR setzten anfänglich auf eine relativ starke Einbeziehung der Teilnehmer:innen. Disziplinierungsmaßnahmen waren zwar vorhanden, praktisch wurden sie aber selten angewandt, zu sehr waren beide deutschen Staaten in der Anfangsphase darum bemüht, den *good will* der Praktikant:innen und der Partnerländer nicht aufs Spiel zu setzen.

Auffällig ist in allen drei untersuchten Bereichen, wie stark die Programmkonzeptionen auf ungeprüften Annahmen basierten. Das trifft besonders für die beiden deutschen Staaten zu, in begrenzterem Maße aber auch für Ghana. Sowohl Bonn als auch Ost-Berlin gründeten ihre Programme auf Erwartungen, die weder theoretisch begründet waren noch später systematisch evaluiert wurden. Gilbert Rist sieht in solchen Annahmen – „beliefs“<sup>556</sup> – eine grundlegende Komponente internationaler Entwicklungspolitik: „they [the beliefs, J. O.] are expressed in the form of simple propositions widely held to be true, which people believe – unable to do otherwise – because they hear everyone else saying them, and think that everyone believes them“. Dazu zählte im Bereich der Fortbildungsprogramme die Annahme, dass die Schulungen die politischen Loyalitäten der afrikanischen Politiker:innen und Teilnehmer:innen sichern und darüber hinaus auch den deutschen Export fördern würden. Aber auch die Hypothese, dass Praktika in Deutschland *per se* förderlich für die Entwicklung in Afrika seien, da die Betriebe in der BRD und der DDR denen in den afrikanischen Staaten technisch überlegen seien, gehörte zu diesen ungeprüften Prämissen. Dass die praktischen Erfahrungen zumindest partiell das Gegenteil bewiesen, scheint die Überzeugungen der zuständigen Minister und Sachbearbeiter:innen in den ersten Jahren nicht erschüttert zu haben.<sup>557</sup>

Die Beharrungskräfte dieser „beliefs“ werfen die Frage danach auf, welche Rolle ideologische Faktoren bei der Konzeption und Realisierung der Praktikumsprogramme spielten. Hier scheint es sinnvoll zu sein, zwischen *politischen Ideologien* und *sozioökonomischen Ideologien* zu differenzieren. Trotz des erklärten Ziels der beiden deutschen Staaten, mit den Schulungen Fürsprecher:innen im Systemkonflikt zu gewinnen, spielten politisch-ideologische Mittel in der ersten Phase keine zentrale Rolle. Die Programme sollten zwar der *Bindung* an den Osten respektive den Westen dienen, systematische Maßnahmen zur politischen Meinungsbildung oder *Beeinflussung* der Teilnehmer:innen existierten anfänglich aber weder in der DDR noch in der BRD. Dies war insbesondere im Vergleich zu

---

<sup>555</sup> Vgl. PA AA B 94 148, Graf von Posadowsky-Wehner (AA): Vermerk, Betr.: Betreuung ausländischer Praktikanten in Deutschland, 14.1.1957, S. 2.

<sup>556</sup> Rist: *The History*, S. 22.

<sup>557</sup> Vgl. ebd., S. 24.

den zeitgenössischen US-amerikanischen Programmen auffällig, die ganz gezielt auf eine politisch-ideologische Erziehung ihrer Teilnehmer:innen setzten.<sup>558</sup> Auch Ghana integrierte bei den Fortbildungsprogrammen im eigenen Land bereits in den 1950er Jahren politische Schulungsmaßnahmen.

Prägender waren allerdings in der ersten Phase sozioökonomische Ansätze zur Modernisierung, die ebenfalls ideologischen Charakter besaßen und eng mit Vorstellungen von globalen Hierarchien verbunden waren. Modernisierung avancierte selbst zur Ideologie, verstanden als ein „firmly held set of mutually reinforcing ideas about the ‚passing‘ of traditional society, the integration of social, economic, and political change“<sup>559</sup>. Diese gesellschaftliche Neuordnung, so die Annahme zeitgenössischer Expert:innen, müsse zwingend mit charakterlichen und kulturellen Veränderungen einhergehen.<sup>560</sup> Der modernisierungstheoretische Glaubenssatz bestand somit aus drei Annahmen, die von allen drei Staaten geteilt wurden: Erstens gingen sie davon aus, dass Industrialisierung und gesellschaftliche Modernisierung notwendig seien, um das Ziel, eine „Entwicklung“ der postkolonialen Staaten, zu erreichen, zweitens müsse der Weg dorthin neben der Weitergabe von technischem Wissen auch die Vermittlung von kulturellen Werten und Verhaltensweisen umfassen und drittens verlaufe dieser Transfer, zumindest vorerst, als nachholende Modernisierung von Nord nach Süd. Dieser Vorstellungskomplex prägte die Herangehensweisen aller drei Staaten an die Praktikumsprogramme, wenn auch in unterschiedlicher Variation.

Aus ghanaischer Sicht stellte der Wissenstransfer von Nord nach Süd nur eine Übergangslösung dar. Letztlich sollte die, aus rein pragmatischen Gründen gewählte, Teilnahme an Auslandsschulungen durch den Aufbau eigener Bildungsinstitutionen ersetzt werden. Dennoch sollten die Fortbildungen im Ausland ihren Beitrag zum gesellschaftspolitischen Ziel Nkrumahs leisten: einen eigenständigen, wirtschaftlich und politisch unabhängigen, supranationalen Afrikanischen Sozialismus „as a form of counter-modernity“<sup>561</sup> aufzubauen. Auch die europäischen sozialistischen Staaten, wie die DDR, verstanden ihren sozialistischen Gesellschaftsentwurf als „different pathway to modernization“<sup>562</sup>. Unter Bezug auf

---

**558** Vgl. Nwaubani: *The United States*, S. 94–97; Karen B. Bell: *Developing a „Sense of Community“*. U.S. Cultural Diplomacy and the Place of Africa during the Early Cold War Period, 1953–64, in: Alusine Jalloh/Toyin Falola (Hg.): *The United States and West Africa. Interactions and Relations*, Rochester, N.Y. 2008, S. 125–146, hier: S. 138.

**559** Latham: *Introduction*, S. 2.

**560** Vgl. ebd., S. 3.

**561** Robert J. C. Young: *Postcolonialism. A Historical Introduction*, Oxford u. a. 2001, S. 241. Siehe auch: ebd., S. 241–243.

**562** Mark/Betts: *Introduction*, S. 16.

das marxistische Stufenmodell nahm Ost-Berlin an, den postkolonialen Staaten in der gesellschaftlichen Entwicklung bereits einen Schritt voraus zu sein. Eine Haltung, die György Péteri als „discourse of systemic relativism“<sup>563</sup> bezeichnet und deren Grundlage die Annahme war, dass die Welt des Staatssozialismus sich essenziell von anderen Gesellschaftsformen unterscheide. Die Praktikumsprogramme, so die Schlussfolgerung, würden dementsprechend durch die Teilhabe der Fachkräfte am gesellschaftlichen Zukunftsentwurf zur Modernisierung beitragen. Gezielte Maßnahmen, um diesen Prozess voranzutreiben, existierten anfänglich nicht. Dies stellte einen Unterschied zur BRD dar, die angeregt von Mittlerorganisationen und Wirtschaftsverbänden recht bald damit begann, sozialtechnische Ansätze in ihre Programme zu integrieren. Auch dies geschah allerdings zunächst uneinheitlich, fand aber einen verstärkenden Widerhall in den Betrieben, welche die Praktikant:innen regelmäßig zu Pünktlichkeit, Fleiß und körperlicher Arbeit anhielten. Besonders konsistent wirkten sich die westlichen modernisierungstheoretischen Vorstellungen bei der Fokussierung der bundesdeutschen Programme auf männliche Praktikanten aus, die keineswegs nur der zeitgenössischen Erwerbsstruktur geschuldet war.<sup>564</sup>

---

**563** György Péteri: Nylon Cutrain. Transnational and Transsystemic Tendencies in the Cultural Life of State-Socialist Russia and East-Central Europe, in: Slavonica, Vol. 10/2 (2004), S. 113 – 123, hier: S. 117.

**564** Vgl. zur Unterrepräsentation von Frauen in Modernisierungsprojekten auch: David C. Engerman/Corinna R. Unger: Introduction: Towards a Global History of Modernization, in: Diplomatic History, Vol 33/3 (2009), S. 375 – 385, hier: S. 383.